

comparativ

ZEITSCHRIFT FÜR GLOBALGESCHICHTE UND
VERGLEICHENDE GESELLSCHAFTSFORSCHUNG

Herausgegeben im Auftrag der
Karl-Lamprecht-Gesellschaft e. V. (KLG) / European Network in
Universal and Global History (ENIUGH) von
Matthias Middell und Hannes Siegrist

Redaktion

Gerald Diesener (Leipzig), Andreas Eckert (Berlin), Ulf
Engel (Leipzig), Harald Fischer-Tiné (Zürich), Marc Frey
(Bremen), Eckhardt Fuchs (Braunschweig), Frank Hadler
(Leipzig), Silke Hensel (Münster), Madeleine Herren (Basel),
Michael Mann (Berlin), Astrid Meier (Halle), Katharina
Middell (Leipzig), Mathias Middell (Leipzig), Ursula Rao
(Leipzig), Dominic Sachsenmaier (Bremen), Hannes Siegrist
(Leipzig), Stefan Troebst (Leipzig), Michael Zeuske (Köln)

Anschrift der Redaktion

Global and European Studies Institute
Universität Leipzig
Emil-Fuchs-Str. 1
D-04105 Leipzig

Tel.: +49 / (0)341 / 97 30 230
Fax.: +49 / (0)341 / 960 52 61
E-Mail: comparativ@uni-leipzig.de
Internet: www.uni-leipzig.de/comparativ/

Redaktionssekretärin: Katja Naumann
(knaumann@uni-leipzig.de)

Comparativ erscheint sechsmal jährlich mit einem Umfang von
jeweils ca. 140 Seiten. Einzelheft: 12.00 €; Doppelheft 22.00€;
Jahresabonnement 50.00 €; ermäßigtes Abonnement 25.00 €. Für
Mitglieder der KLG / ENIUGH ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Zuschriften und Manuskripte senden Sie bitte an die
Redaktion. Bestellungen richten Sie an den Buchhandel oder
direkt an den Verlag. Ein Bestellformular finden Sie unter:
<http://www.uni-leipzig.de/comparativ/>

Wissenschaftlicher Beirat

Gareth Austin (London), Carlo Marco Belfanti (Brescia), Christophe Charle (Paris), Catherine Coquery-Vidrovitch (Paris), Michel Espagne (Paris), Etienne François (Paris / Berlin), Michael Geyer (Chicago), Giovanni Gozzini (Siena), Regina Grafe (Evanston / Chicago), Margarete Grandner (Wien), Michael Harbsmeier (Roskilde), Heinz-Gerhard Haupt (Florenz), Konrad H. Jarausch (Chapel Hill), Hartmut Kaelble (Berlin), Markéta Křížová (Prag), Wolfgang Küttler (Berlin), Marcel van der Linden (Amsterdam), Hans-Jürgen Lüsebrink (Saarbrücken), Barbara Lüthi (Köln), Attila Melegh (Budapest), Alexey Miller (Moskau), Patrick O'Brien (London), Diego Olstein (Pittsburgh), Juan Carmona Pidal (Madrid), Lluís Roura y Aulinas (Barcelona), Jürgen Schriewer (Berlin), Hagen Schulz-Forberg (Aarhus), Alessandro Stanziani (Paris), Edoardo Tortarolo (Turin), Eric Vanhaute (Gent), Peer Vries (Wien), Susan Zimmermann (Budapest)

Leipziger Universitätsverlag GmbH
Oststraße 41
D – 04317 Leipzig
Tel. / Fax: +49 / (0)341 / 990 04 40
info@univerlag-leipzig.de
www.univerlag-leipzig.de

Wahlen in der transatlantischen Moderne

**Herausgegeben von
Claudia Christiane Gatzka, Hedwig Richter und
Benjamin Schröder**



Leipziger Universitätsverlag

Comparativ.

Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung / hrsg. von
Matthias Middell und Hannes Siegrist – Leipzig: Leipziger Univ.-Verl.

ISSN 0940-3566

Jg. 23, H. 1. Wahlen in der transatlantischen Moderne. – 2013

Wahlen in der transatlantischen Moderne. Hg. von Claudia Christiane Gatzka,
Hedwig Richter und Benjamin Schröder – Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 2013

(Comparativ; Jg. 23, H. 1)

ISBN 978-3-86583-778-3

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2013

Comparativ.

Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung 23 (2013) 1

ISSN 0940-3566

ISBN 978-3-86583-778-3

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

- Claudia Christiane Gatzka / Hedwig Richter / Benjamin Schröder*
Zur Kulturgeschichte moderner Wahlen in vergleichender Perspektive.
Eine Einleitung 7
- Hedwig Richter*
Disziplinierung und Nationsbildung durch politische Wahlen. Preußen und
USA von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg 20
- Benjamin Schröder*
Stately Ceremony and Carnival. Voting and Social Pressure in Germany and
Britain between the World Wars 41
- Claudia Christiane Gatzka*
Des Wahlvolks großer Auftritt. Wahlritual und demokratische Kultur in Italien
und Westdeutschland nach 1945 64

Forum

- Jan C. Breiting*
„Ujamaa Revisited“. Zur entwicklungstheoretischen Verankerung und
politischen Wahrnehmung eines spezifisch tansanischen Entwicklungsmodells 89

Literaturbericht

- Maike Lebmann*
Saids Großväter oder die Hoffnung auf ein besseres Imperium. Neuere
Forschungen zur russischen und sowjetischen Orientalistik 112

Buchbesprechungen

Trude Maurer (Hrsg.): Der Weg an die Universität. Höhere Frauenstudien vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 2010 <i>Alexandra Tischel</i>	121
Andre M. Fleche: The Revolution of 1861. The American Civil War in the Age of Nationalist Conflict, Chapel Hill 2012 <i>Michael Hochgeschwender</i>	123
A. Ricardo López/ Barbara Weinstein (Hrsg.): The Making of the Middle Class. Toward a Transnational History (= Radical Perspectives), Durham 2012 <i>Christian Johann</i>	127
Bogdan Góralczyk (ed.): Polska – Chiny. Wczoraj, dziś, jutro [Poland – China. Yesterday, Today, Tomorrow] Toruń 2009 <i>Malwina Talik</i>	131
Mark Gamsa: The Reading of Russian Literature in China. A Moral Example and Manual of Practice, Basingstoke 2010 <i>Yvonne Schulz Zinda</i>	134
Christian Peterson: Globalizing Human Rights. Private Citizens, the Soviet Union and the West, New York 2012 <i>Umberto Tulli</i>	137
Alexander J. Schwitanski (Hrsg.): „Nie wieder Krieg“. Antimilitarismus und Frieden in der Geschichte der Sozialistischen Jugendinternationale (= Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Schriftenreihe Bd. 21), Essen 2012 <i>Gerd Callesen</i>	139
Ralf Roth/Karl Schlögel (Hrsg.): Neue Wege in ein neues Europa. Geschichte und Verkehr im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2009 <i>Ralph Kaschka</i>	142
Autorinnen und Autoren	146

Zur Kulturgeschichte moderner Wahlen in vergleichender Perspektive. Eine Einleitung

**Claudia Christiane Gatzka /
Hedwig Richter / Benjamin Schröder**

In aller Regelmäßigkeit schreiten die Bürger in der westlichen Welt an die Wahlurne, um ein Urteil über ihre Regierungen zu fällen und ihrem Anspruch auf Partizipation Ausdruck zu verleihen. Zu Recht gilt die Institution der Wahlen, wie sie sich über das 19. und 20. Jahrhundert entwickelt hat, als *das* zentrale Merkmal moderner Demokratien,¹ und stellt daher auch für Historiker ein zentrales Untersuchungsfeld dar. Die historische Wahlforschung in Deutschland hat sich dabei lange auf die Untersuchung des Wahlrechts und des Wahlverhaltens konzentriert.² Die Wahlrechtsforschung kennt zwei Spielarten. Zum einen zeichnet sie nach, wie das demokratische Wahlrecht überhaupt entstand. Zugespitzt formuliert, schreibt sie damit eine Fortschrittsgeschichte von den eingeschränkten, oftmals indirekten und offenen Wahlordnungen im frühen 19. Jahrhundert bis hin zur Vollendung unserer heutigen Demokratien, in denen alle mündigen erwachsenen Staatsbürger mit gleichem Stimmrecht geheim mit ihrer Wahlentscheidung über das Gemeinwesen entscheiden. Zum anderen untersucht sie, wie in den so entstandenen Demokratien die Funktionsweise verschiedener Wahlsysteme unterschiedliche Parteiensysteme und damit Wahloptionen produziert. Die zweite Tradition der

- 1 Vgl. D. Nohlen, Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, Opladen/Farmington Hills 2009^f, S. 23, 27.
- 2 Anstelle einer Rekapitulation der umfangreichen älteren Literatur sei hier und für das Folgende verwiesen auf den exzellenten Überblick bei T. Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 481–547.

historischen Wahlforschung befasst sich noch zentraler mit der Wahlentscheidung: Wer wählte wen aus welchen Gründen, sind die klassischen Fragen der historischen Wahlsoziologie.

Beide Traditionen legen ihren Fokus auf Wahlen als ein Moment der Entscheidungsfindung und auf die Erklärung von Ergebnissen.³ Das ist nicht weiter verwunderlich, denn Wahlen leisten genau darin eine entscheidende Funktion für demokratische Systeme: Sie ermöglichen eine friedliche Übertragung der Macht in Form einer von allen als legitim anerkannten Entscheidung. In den Wahlergebnissen, so scheint es hier, spiegeln sich Millionen kleiner, individueller Entscheidungen. Das implizierte Bild von der Bevölkerung ist das einer Masse von Entscheidungsträgern.

Dabei ist die Institution der Wahlen keineswegs zwangsläufig an die modernen Demokratien und ihre Herausbildung über das 19. Jahrhundert gebunden, denn auch in der Vormoderne und selbst in den diktatorischen Systemen des 20. Jahrhunderts wurde gewählt. Hierbei spielte die Entscheidungsfindung offenkundig nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle, weshalb diese Wahlen ausgehend von unserem heutigen Verständnis fremd und erklärungsbedürftig wirken. Historiker haben sich darum mit der Frage beschäftigt, welche anderen Funktionen und Bedeutungen das Abstimmen für vormoderne und nichtdemokratische Regierungsformen hatte.⁴ Wir glauben, dass diese Frage auch für die konstitutionellen und demokratischen Systeme des 19. und 20. Jahrhunderts erkenntnisfördernd ist, und wollen ihr in diesem Themenheft anhand von drei Einzelstudien nachspüren. Was können uns Wahlen in Demokratien und konstitutionellen Systemen jenseits der Ergebnisse noch verraten?

Anders als die Wahlsystem- und die Wahlverhaltensforschung, die mit institutionen- und sozialgeschichtlichen bis hin zu komplexen statistischen Methoden arbeitet, erfordert diese Frage einen kulturgeschichtlich informierten Zugang, der vom Konstruktcharakter sozialer Wirklichkeiten ausgeht und auf die symbolische Qualität kommunikativer Praktiken abhebt.⁵ Auch für die Untersuchung von Wahlen ist ein solcher Ansatz mittlerweile nicht mehr neu, wenngleich die Forschungsrichtung insbesondere in Deutschland jung ist und in weiten Teilen der Wahlforschung noch immer nicht wahrgenommen wird.⁶ Britische Historiker beschäftigen sich schon seit längerer Zeit mit Kampagnen-

3 Vgl. T. Mergel, Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: B. Stollberg-Rilinger (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlin 2005, S. 355–376.

4 Vgl. schon M. Wölk, Wahlbewußtsein und Wahlerfahrungen zwischen Tradition und Moderne, in: Historische Zeitschrift, 238 (1984) 2, S. 311–352; F. O’Gorman, Campaign Rituals and Ceremonies. The Social Meaning of Elections in England 1780–1860, in: Past & Present, 135 (1992), S. 79–115; jetzt: B. Stollberg-Rilinger (Hg.), Vormoderne politische Verfahren, Berlin 2001; D.W. Poeck, Rituale der Ratswahl. Zeichen und Zeremoniell der Ratssetzung in Europa (12.–18. Jahrhundert), Köln/Weimar/Wien 2003; R. Schlögl (Hg.), Urban Elections and Decision-Making in Early Modern Europe, 1500–1800, Newcastle upon Tyne 2009; C. Dartmann u. a. (Hg.), Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren, München 2010; R. Jessen/H. Richter (Hg.), Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships, Frankfurt a. M./New York 2011.

5 Auch für das Folgende: T. Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft, 28 (2002) 4, S. 574–606. Vgl. dazu auch den Ansatz einer „Neuen Politikgeschichte“, U. Frevert/H.-G. Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M./New York 2005.

6 Vgl. beispielhaft den Forschungsüberblick in R. J. Winkler, Historische Wahlforschung, in: J. W. Falter/H. Schoen

führung, Wahlkorruption, Gewalt oder der Stimmabgabe als Ritual – mit Aspekten also, die Antworten auf Fragen nach politischen Mentalitäten erlauben. Darin äußert sich ein breiteres Verständnis dessen, was „Politik“ und damit das Untersuchungsgebiet der Politikgeschichte ausmacht. Zudem wurde und wird den unmittelbaren Geschehnissen um die Urne in Großbritannien ein größerer Einfluss auf das Ergebnis von Wahlen beigemessen als in Deutschland.⁷ Starkes Interesse finden Fragen nach Bedeutungen und unvermuteten Funktionen auch im französischsprachigen Raum, wo man unter Begriffen wie „idéologie et intérêt“ oder dem „fétichisme“ der geheimen Wahl den Zusammenhang zwischen modernen Wahlen und der Legitimität politischer Meinungsäußerungen kritisch beleuchtet.⁸ In den USA hingegen ist die historische Wahlforschung nach wie vor stark an den klassischen Fragen nach Wahlrecht und Wahlergebnissen orientiert, wie nicht zuletzt das beeindruckende und viel gepriesene Überblickswerk von Alexander Keyssar zeigt.⁹ Doch erscheinen auch für die Vereinigten Staaten immer wieder kulturalistisch interessierte Studien, die allerdings theoretisch wenig reflektiert sind.¹⁰

Nicht zuletzt in Auseinandersetzung mit der britischen Tradition sowie inspiriert von in der Vormoderne erprobten Ansätzen hat sich seit einigen Jahren eine kulturgeschichtliche Wahlforschung zu Deutschland etabliert. Für das Kaiserreich untersucht sie vor allem Auseinandersetzungen um konkrete Wahlpraktiken, für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts steht der Wahlkampf als ein Ort besonders dichter politischer Kommunikation im Zentrum der Aufmerksamkeit. In Fragen zum Konfliktverhalten, zu politischen Erwartungshaltungen und zu Rollenverständnissen haben die entsprechenden Studien verwandte Themen, in der Beschreibung von Demokratisierung als Lernprozess folgen

(Hg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005, S. 543–572; beispielhaft als Einzelstudie K. Focke, *Wahlen und Abstimmungen in der Stadt Ludwigshafen am Rhein (1919–1932). Eine Wahlanalyse der zentralen Stadtteile in der Zeit der Weimarer Republik*, Saarbrücken 2010; vgl. auch unten (Anm. 9) zur historischen Wahlforschung in den USA.

- 7 Kühne, *Wahlrecht* (Anm. 1), S. 527–30; methodisch bahnbrechend F. O’Gorman, *Campaign Rituals* (Anm. 4); als straffen Überblick siehe jetzt J. Lawrence, *Electing our Masters. The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair*, New York 2009. Auch die neuere Forschung in Großbritannien hat das Wahlverhalten noch mehr im Blick als das für Deutschland der Fall ist, vgl. etwa ders./M. Taylor (Hg.), *Party, State, and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820*, Aldershot 1997.
- 8 R. Bertrand u. a. (Hg.), *The Hidden History of the Secret Ballot*, Bloomington 2006; C. Jaffrelot, *Inde: la démocratie par la caste. Histoire d’une mutation socio-politique (1885–2005)*, Paris 2005; A. Garrigou, *La construction sociale du vote. Fétichisme et raison instrumentale*, in: *Politix. Travaux de science politique* 22/2 (1993), S. 5–42; P. Rosanvallon, *Le sacre du citoyen*, Paris 1992; vgl. auch die Arbeiten der britischen Historiker Malcolm Crook und John Dunne über die Wahlen in Frankreich.
- 9 A. Keyssar, *The Right to Vote: The Contested History of Democracy in the United States*, New York 2000; beispielhaft auch die Studie von S. Beckert, *Democracy and its Discontents: Contesting Suffrage Rights in Gilded Age New York*, in: *Past & Present*, 174 (2002), S. 114–155; nach wie vor typisch ist auch D. W. Rogers (Hg.), *Voting and the Spirit of American Democracy: Essays on the History of Voting and Voting Rights in America*, Urbana/Chicago 1992.
- 10 Vgl. etwa R. F. Bense, *The American Ballot Box in the Mid-Nineteenth Century*, Cambridge (MA) 2004; J. Crowley, *Uses and Abuses of the Secret Ballot in the American Age of Reform*, in: Bertrand u. a., *Hidden History* (Anm. 8); A. Ware, *Anti-Partisan and Party Control of Political Reform in the United States: The Case of the Australian Ballot*, in: *British Journal of Political Science*, 30 (2000), S. 1–29.

sie einem ähnlichen Narrativ.¹¹ Ebenfalls nach britischem Vorbild haben sich Forscher jüngst auch für Italien der Wahl- und vor allem der Wahlkampfkultur gewidmet.¹²

Wie nicht zuletzt dieser kursorische Überblick über die in großen Teilen nebeneinander stehenden nationalen Forschungstraditionen zeigt, bleibt ein großes Desiderat kulturgeschichtlicher Wahlforschung der vergleichende Ansatz. In ihrer bahnbrechenden Studie zur Wahlkultur im Deutschen Kaiserreich hat Margaret L. Anderson aufgezeigt, wie erkenntnisfördernd der Blick über die Ländergrenzen hinweg sein kann,¹³ doch genuin international vergleichende Arbeiten hat die kulturhistorische Wahlforschung bislang nicht folgen lassen. Dabei ist gerade der Vergleich sozialer Praktiken hilfreich, um scheinbar bekannte Untersuchungsgegenstände durch unerwartete Befunde aus einem anderen nationalen Kontext zu verfremden.¹⁴ Im Hinblick auf unsere Frage soll dies den Blick öffnen für Bedeutungen und Funktionen von Wahlen jenseits der allzu vertrauten Entscheidung über die Machtoptionen.

Unsere Beiträge operieren mit einem kulturgeschichtlichen und ethnologisch interessierten Zugriff, doch setzen sie unterschiedliche methodische Schwerpunkte. Hedwig Richter untersucht, wie der Staat und soziale Eliten die Institution der Wahlen in Preußen und den Vereinigten Staaten im späten 19. Jahrhundert für die Gestaltung einer idealen Nation nach ihren Vorstellungen zu nutzen versuchten. Während darin ein Blick auf die Funktion von Wahlen aus der Sicht von Macht- und Funktionsebenen geworfen wird, blicken Benjamin Schröder und Claudia Gatzka aus der Froschperspektive auf Wahlen im lokalen Alltag. Hier geht es um die „einfachen Bürger“, ihre Praktiken am Wahltag und die Bedeutungen des Wählens, die darin zum Ausdruck kamen.

Im Folgenden wollen wir fünf zentrale Problemfelder aus den Beiträgen herausgreifen, um daran in systematischer Form Überlegungen zu den Erkenntnismöglichkeiten einer kulturgeschichtlich-vergleichenden Perspektive auf Wahlen zu diskutieren.

11 T. Kühne, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994; M. L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000; R. Arsenschek, *Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871–1914*, Düsseldorf 2003; T. Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2011; für den Wahlakt auch: A. Biefang, *Die Reichstagswahlen als demokratisches Zeremoniell*, in ders. u. a. (Hg.), *Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich 1871–1918*, Düsseldorf 2008, S. 233–270; vgl. auch die inspirierende Studie von H. Buchstein, *Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Eine wahlrechtshistorische und ideengeschichtliche Studie*, Baden-Baden 2000.

12 M. Schacht, *Wahlen zwischen Recht und Beeinflussung: Zur Wahlkultur in Italien um die Jahrhundertwende im Vergleich mit Preußen*, in: M. Kirsch u. a. (Hg.), *Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus um 1900 im europäischen Vergleich*, Berlin 2002, S. 197–221; P. L. Ballini/M. Ridolfi (Hg.), *Storia delle campagne elettorali in Italia*, Mailand 2002; M. Ridolfi (Hg.), *Propaganda e comunicazione politica. Storia e trasformazioni nell'età contemporanea*, Mailand 2004; S. Novelli (Hg.), *Le campagne elettorali. Passato, presente e futuro*, Rom 2005; E. Novelli, *La Turbopolitica. Sessant'anni di comunicazione politica e di scena pubblica in Italia, 1945–2005*, Mailand 2006; ders., *Le elezioni del quarantotto. Storia, strategie e immagini della prima campagna elettorale repubblicana*, Rom 2008.

13 Anderson, *Practicing Democracy* (Anm. 8).

14 Anstelle ausführlicher Reflexionen zum historischen Vergleich sei hier verwiesen auf T. Welskopp, *Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 35 (1995), S. 339–367.

Soziale Ordnungen

Die kulturellen Bedeutungen moderner Wahlen lassen sich nicht so sehr mit Blick auf ihre Ergebnisse, sondern mit Blick auf ihre Abläufe beobachten. Wahlpraktiken symbolisieren soziale Ordnungen und machen damit Zugehörigkeiten sichtbar. Nicht nur die konkrete Ausgestaltung des Wahlrechts, die darüber bestimmt, wer mitmachen darf und wer nicht, sondern auch die Art und Weise der Partizipation verweisen auf die hierarchischen Strukturen, die die soziale Verfasstheit moderner Gesellschaften durchziehen. Besonders deutlich kamen solche Hierarchien in einem abgestuften Stimmrecht zum Ausdruck: Das in der Literatur viel beschriebene preußische Dreiklassenwahlrecht etwa, nach dem alle Männer nacheinander nach Klassen getrennt offen ihre Stimmen abgaben, war eine deutliche Demonstration von Differenz.¹⁵ Aber auch unter einem gleichen Wahlrecht konnten soziale Unterschiede sichtbar werden. Wenn zum Beispiel im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik die Wähler ihre Stimmzettel nicht selbst in die Urne warfen, sondern dies dem Abstimmungsvorstand vorbehalten war, so sollte damit einerseits Wahlmanipulation durch die Abgabe mehrerer Stimmzettel auf einmal verhindert werden; zugleich drückte sich darin aber auch eine soziale Hierarchie zwischen den örtlichen Notabeln im Wahlvorstand und den Wählern aus: Erstere waren ob ihrer sozialen Stellung vertrauenswürdiger als der „gemeine“ Bürger.¹⁶ Dass für die Interpretation dieser Praktiken der Kontext eine zentrale Rolle spielt, zeigt dabei ein vergleichender Blick auf die USA, wo sich im 19. Jahrhundert die Distanz zwischen „election managers“ und Wählern noch größer gestaltete. Die Wahlvorsteher standen hier hinter einem „voting window“, durch das sie die Stimmzettel entgegennahmen.¹⁷ Auch hier wurde soziale Dominanz deutlich. Die „voting windows“ waren ein Symbol für die sozialen Unterschiede zwischen vertrauenswürdigen Wahlhelfern – die zudem oft informell vor Ort darüber bestimmten, wessen Wahlzettel sie akzeptierten und wen sie für nicht wahlberechtigt hielten – und potentiell gefährlichen Wählern. Doch zugleich weist das Fenster auf den vielfach extrem gewalttätigen Ablauf der Wahlen in den USA im 19. Jahrhundert, der es notwendig machte, dass die Urne vor dem Mob geschützt blieb.

Auch die Verfügbarkeit von Transportmitteln wie Karren, Eisenbahn und Autos, außerdem von Kommunikationstechnologie wie Telegraf und Telefon entschied darüber, wie traditionelle Machtstrukturen im Wahlakt zum Tragen kamen. Konservative Vereine etwa stellten ihren Wählern im Mecklenburg des späten 19. Jahrhunderts ein Dampfschiff zur Verfügung, damit sie das Wahllokal schnell und bequem erreichen konnten. Nach dem Ersten Weltkrieg bedeutete die Verfügbarkeit des Luxusguts Automobil für das ‚Heranschleppen‘ von Wählern nicht nur einen praktischen Vorteil, auch in diesen

15 Vgl. etwa C. Seymour/D. P. Frary, *How the World Votes. The Story of Democratic Development in Elections*, Bd. 2, Springfield (Mass.) 1918, S. 15–23; Kühne, *Dreiklassenwahlrecht* (Anm. 11), S. 128–141.

16 Nachweise für dieses und weitere genannte Beispiele in dieser Einleitung, denen keine Literatur- oder Quellenangabe folgt, finden sich in den Einzelbeiträgen.

17 Bensel, *Ballot Box* (Anm. 10), S. 11–13.

Transportarrangements bildeten sich Hierarchien zwischen Begüterten und weniger Begüterten ab. Materielle Dinge nahmen mithin in der sozialen Praxis des Wählens eine tragende Rolle ein und schufen Machtverhältnisse¹⁸ – eine Perspektive, die mit Blick auf konkrete Praktiken das von der rein wahlrechtlichen Entwicklung implizierte Narrativ fortschreitender Demokratisierung konterkariert.¹⁹

Schließlich lässt auch das Verhalten der Wähler selber soziale Ordnungen sichtbar werden. So wurde in Wahlpraktiken die Geschlechterordnung von Gesellschaften sichtbar: nicht nur, wenn bei exklusivem Männerwahlrecht die Straßen am Wahltag von Männern bevölkert waren und Frauen das Wahlrecht nicht zuletzt mit dem Argument vorenthalten wurde, dass das Wahllokal ein ungemütlicher, rauer Ort voller Gefahren sei. Auch bei allgemeinem Wahlrecht konnten sich divergierende Geschlechterrollen verdeutlichen, etwa wenn Frauen anders als Männer, die zu dieser Zeit arbeiten mussten, meist morgens wählen gingen (und dabei im Wahllokal auf einen fast durchgängig männlich besetzten Abstimmungsvorstand trafen). Dies war selbst in der Bundesrepublik noch der Fall, denn obwohl die Wahlen in Deutschland seit 1918 auf einen Sonntag fielen und damit den Wählern sehr viel mehr Zeit als an einem normalen Wochentag zur Verfügung stand, war das Wahllokal morgens häufig voller Frauen, die sich danach der Zubereitung des Mittagessens widmeten.²⁰

Wie diese mannigfaltigen Zugehörigkeiten und ihre Überlappungen in jeweils sehr verschiedenen Ausprägungen zeigen, können Wahlen soziale Ordnungen in vielen verschiedenen politischen Systemen, Kulturen und historischen Epochen symbolisch repräsentieren. Diese Polyvalenz in ihren jeweils spezifischen Ausprägungen aufzudecken, erscheint uns gewinnbringend für die Frage nach den Beziehungen zwischen dem Politischen und dem Sozialen in modernen Gesellschaften.

Bedeutungszuschreibungen

Dort, wo sich das allgemeine, freie, geheime und gleiche Wahlrecht durchgesetzt hatte, glichen sich Wahlen auf den ersten Blick. Man kann mit Fug und Recht konstatieren, dass sich innerhalb der westlichen Welt in wechselseitiger Beobachtung von Wahlregimen sowie durch Transfers von Technologien und Regulierungen über das 19. und 20. Jahrhundert eine erstaunliche formale Uniformität herausbildete.²¹ Sichtbar ist das etwa

18 Vgl. M. Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. M. 1994, S. 258f. sowie zu Dingen als Akteuren: B. Latour, Reassembling The Social, Oxford 2005.

19 Dieser Zusammenhang ist natürlich keineswegs neu, vgl. z. B. sehr deutlich J. Vernon, Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867, Cambridge 1993.

20 O.T. [„Wie man in Ulm den neuen Bundestag wählt...“], in: Schwäbische Donauzeitung, 18.9.1961; E. DuBois, Feminism and Suffrage: The Emergence of an Independent Women's Movement in America, 1848–1869, Ithaca (NY) 1999.

21 Vgl. dazu jetzt M. Crook/T. Crook, Reforming Voting Practices in a Global Age: The Making and Remaking of the Modern Secret Ballot in Britain, France and the United States, c.1600–c.1950, in: Past & Present, 212 (2011), S. 199–237.

in der ähnlichen dinglichen Ausstattung des Wählens mit Stimmzetteln und Wahlurnen oder der Zeitknappheit des Wahlaktes. Dem könnte man Prozesse der politischen Professionalisierung und Medialisierung an die Seite stellen, häufig unter dem Schlagwort der „Amerikanisierung“ zusammengefasst, die gleichfalls auf konvergierende Erfahrungen sowie eine Entörtlichung von Politik in den westlichen Demokratien des 20. Jahrhunderts hinweisen.²²

Doch formal ähnliche Wahlabläufe brachten keine quasi universellen Deutungen und Erfahrungen des Wählens mit sich. Die Geschichte moderner Wahlen lässt sich auch als eine Geschichte von (eigensinnigen) Bedeutungen erzählen, die an der Basis der Gesellschaft zirkulierten. Die modernen Regeln des freien, gleichen und geheimen Wählens leuchteten den Zeitgenossen häufig keineswegs unmittelbar ein, und die Normen des demokratischen Wahlrechts wurden an der Basis der Gesellschaft nicht immer goutiert. So gingen Wähler beispielsweise ganz unterschiedlich damit um, dass das freie und geheime Wählen ihnen die Chance zur Individualität bot. Wenn sich etwa Bürger beim Einwerfen ihres Stimmzettels bemüßigt sahen, laut zu verkünden, für wen sie gestimmt hatten, oder wenn sie sich von lokalen Autoritäten „empfehlen“ ließen, wen sie wählen sollten, verletzten sie damit das Wahlgeheimnis, taten dies aber aus guten Gründen. Offenbar hielten sie die Wahlentscheidung für eine öffentliche Angelegenheit und eine Möglichkeit, sich als Teil einer lokalen *community* auszuweisen, die ihre politischen Differenzen oder ihre Einigkeit zelebrierte. Dergleichen Fälle finden sich nicht nur im 19. Jahrhundert,²³ sondern noch bis weit ins 20. Jahrhundert.²⁴

Wähler, die abstimmen gingen, obwohl sie ihrer einzelnen Stimme kein Gewicht beimaßen oder nicht glaubten, etwas ändern zu können, oder Geschichten von Wählern, die sich bereits nachts am Wahllokal anstellten oder morgens unbedingt die ersten sein wollten, um als „Musterwahlbürger“ zu gelten, verweisen auf eigenlogische Bedeutungen der Wahlerfahrung, die nicht viel mit dem Wahlergebnis zu tun hatten. In diesen Geschichten und im Handeln der verschiedenen Akteure am Wahltag lassen sich die Bedeutungen ablesen, die das Wählen in unterschiedlichen Kontexten für die Akteure einnahm.

22 Kritisch dazu T. Mergel, *Americanization, European Styles or National Codes? The Culture of Election Campaigning in Western Europe, 1945–1990*, in: *East Central Europe*, 36 (2009), S. 254–280.

23 Vgl. H. Fischer, *Konservatismus von unten: Wahlen im ländlichen Preußen 1849/52 – Organisation, Agitation, Manipulation*, in: D. Stegmann u. a. (Hg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum*, Bonn 1983, S. 69–127; T. Mergel, *Die Wahlkabine*, in: A. Geisthövel/H. Knoch (Hg.), *Orte der Moderne. Erfahrungswelten des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 335–344.

24 Erst strahlte die Sonne – dann die CDU, in: *Schwäbische Donauzeitung*, 20.9.1965; *Der Kommandant der Tenenza dei Carabinieri in Monopoli an das Innenministerium, Generalkommandantur der Carabinieri*, 19.4.1948, *Archivio Centrale dello Stato, Rom, Ministero dell'Interno, Gabinetto*, 1948, b. 150, fasc. 17410, Telegramma N. 11618. Vgl. dazu auch den Beitrag von Benjamin Schröder.

Lokalität

Das Handeln der Akteure ist eng verbunden mit der lokalen Dimension von Wahlen. Richtet man das Interesse auf diese Lokalität, geraten lokale und soziale Zugehörigkeiten sowie die Kommunikation unter Anwesenden ins Blickfeld. So bieten Wahlen Gelegenheiten für lokale Vergemeinschaftung: Sie setzen die Bürger in Bewegung und formen lokale Traditionen für die Begehung des Wahltags. In der Mobilisierung der Bürgerschaft mittels Schleppdienst, in Wahlwetten, in ritualisierten Verkündungen des Ergebnisses sowie Siegesfeiern und auch in Schlägereien zwischen nicht immer ganz nüchternen Akteuren inszenierten sich Individuen und die Gesellschaft selbst.²⁵ Nationale Wahlen werden im Lokalen auch zu einer Frage sozialer Kontrolle und lokaler Hegemonie. Oft werden die Herrschaftsverhältnisse hier ganz anders ausgehandelt als auf nationaler Ebene, zuweilen mit Gewalt umgekehrt. So widerstanden weiße Südstaatler auch nach dem Bürgerkrieg der per Verfassungszusatz fixierten Norm der Gleichheit bei den Wahlen, patrouillierten bewaffnet die Straßen um das Wahllokal und bedrohten die wenigen schwarzen Wähler, die sich noch zu zeigen wagten.²⁶ Doch nicht nur in den Südstaaten entsprachen die Wahlen nach dem Bürgerkrieg nicht dem von Washington gewünschten Standard. In New York City beispielsweise bestand 1870 die Gefahr, dass Bundestruppen, staatliche Milizen und lokale Polizei auf der Straße die Regularien für die Wahlen mit Gewalt ausfechten würden.²⁷ In Preußen gelang es polnisch-katholisch dominierten Ortschaften immer wieder, die protestantischen, „regierungstreuen“ Wähler auszuschalten.²⁸ Anhand der Auseinandersetzungen vor Ort wird oft erst deutlich, wie stark die Durchschlagskraft einer nationalen Idee tatsächlich war, und die Wahlpraxis kann zeigen, ob lokale oder nationale Vorstellungen dominierten, abgelehnt oder umgedeutet wurden.

Weit weniger als für die Zeit bis 1914²⁹ wurde die lokale Ebene bisher für das „kurze“ 20. Jahrhundert untersucht. Benjamin Schröder und Claudia Gatzka zeigen nun in ihren Beiträgen zu Deutschland, Großbritannien und Italien, wie wichtig die konkrete lokale Lebenswelt als Referenzrahmen blieb. Hier lässt sich beobachten, dass Wahlen noch in

25 Vgl. zur Beobachtung solcher Selbstthematisierungen klassisch: C. Geertz, *Deep Play: Notes on the Balinese Cockfight*, in: *The Interpretation of Cultures. Selected Essays*, New York 1973, S. 412–453.

26 Vgl. beispielhaft die Auseinandersetzungen in National Archives and Records Administration (NARA), RG 60, E 56, General Records of Dept. of Justice, Letters Received by the Department of Justice from South Carolina, 1871–1884; Unterlagen in Charleston County Public Library, Records of Commission of Elections, 1877–79.

27 Brief von Office of the District Attorney of the US for the Southern District of NY an Amos T. Akerman, Attorney General, Washington DC, 3.11.1870, NARA (Anm. 26), RG 60, Entry A1 9: Letters Received, 1809–70, Container # 121, Folder: Southern District of New York (US Marshal) Sept 22, 1869–Nov 26, 1870; vgl. dazu auch die anderen Briefe bei der Frage um „placing armed forces“ in New York City.

28 Petition aus dem Kreise Pleschen, Großherzogtum Posen, an Preußisches Staatsministerium, 21.2.1849, Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Rep. 169 C, Abgeordnetenhaus Abschnitt 80, Nr. 4, Bd.1; vgl. auch die Klagen der preußischen Behörden in ebd., XVI. HA, Rep. 30, Nr. 2964, 18.12.1885–21.8.1919.

29 Vgl. Kühne, *Dreiklassenwahlrecht*; Anderson, *Practicing Democracy*; Arsenschek, *Wahlfreiheit*; Biefang, *Reichstagswahlen* (alle wie Anm. 11). Vgl. zur britischen Debatte über die „Nationalisierung“ der Politik den Überblick bei L. Blaxill, *Electioneering, the Third Reform Act, and Political Change in the 1880s*, in: *Parliamentary History*, 30 (2011) 3, S. 343–373.

der Zwischenkriegszeit und nach 1945 nicht auf individuell-autonome Entscheidungen reduziert werden können, sondern immer auch auf lokale *communities* bezogen waren und sozial konstituiert wurden: Niemand wählte isoliert für sich allein – trotz der Einsamkeit in der Wahlkabine –, sondern immer im Kontext sozialer Netzwerke und lokaler Zuschauer. Wie Bürger sich gegenseitig beobachteten, damit soziale Kontrolle ausübten, der Wiederhall des Wahlgesehens in der lokalen Presse – all dies war Teil einer örtlichen Wahlöffentlichkeit, in der Regeln, Verfahren und deren Legitimität verhandelt wurden. In dieser lokalen Wahlöffentlichkeit konnten die Grenzen zwischen sozialmoralischen Milieus verschwimmen, weil sich gegnerische Lager gegenseitig beobachteten und aufeinander Bezug nahmen, aber auch weil lokale Bedürfnisse nach Regelkonformität, Ruhe und Ordnung oder Eintracht der politischen Polarisierung entgegenstehen konnten.

Durch ihre Bindung an konkrete Orte stellten die Wahlen ein lokales Ereignis dar, das alle irgendwie involvierte und zu dem alle sich in irgendeiner Form verhalten mussten – es lohnt sich also, moderne Wahlen ebenso wie vormoderne Wahlen als Rituale aufzufassen, die in den sozialen Kontexten eines lokalen Umfeldes stattfanden.³⁰ Die rituelle Ausstattung des Wahltags lässt Rückschlüsse darüber zu, welche Rolle die Bürger und die Parteien, der Staat und die lokale Gemeinschaft für die jeweilige Demokratie spielten. Der Weg zum Wahllokal (und von ihm zurück) lässt die Verwobenheit des Wählens in politische Kulturen, die sich lokal manifestierten, sichtbar werden. In welcher Stimmung die Bürger zu den Wahllokalen strömten, welchen Raum sie anderen Aktivitäten gaben, welche lokalen Helden der Wahltag hervorbrachte, welche Rolle die Gewalt spielte – all das vermag vor dem Hintergrund formal ähnlicher Wahlverfahren im Zeitalter der Massendemokratien des 20. Jahrhunderts doch wesentliche Unterschiede in der Bedeutung des Wählens für die verschiedenen europäischen Demokratien aufzuzeigen, wie Benjamin Schröder und Claudia Gatzka in ihren Beiträgen argumentieren.

Anhand der Wahlen lassen sich gewisse ‚Inhalte‘ politischer Kulturen in ihrer historischen Kontingenz einfangen: etwa das Regelbewusstsein und die Konfliktkultur, aber auch die Selbstinszenierung des Bürgers als Bürger, sein Selbstverständnis und seine Beziehungen zu Parteien und Staat. In Deutschland etwa war der Wahlakt in der Zwischenkriegszeit wie nach 1945 unübersehbar von einem staatstragenden Hauch umweht, voller Ernst und Zeremonialität. Wie schon im Kaiserreich hatten die Deutschen auch in der Zwischenkriegszeit, ganz im Gegensatz zu den Briten und sichtbar an der Vielzahl der Wahlbeschwerden, ein nahezu obsessives Verhältnis zur Regelkonformität der Wahlabläufe, das sich auch noch nach 1945 darin zeigte, dass auf lokaler Ebene alle bemüht waren, für Regelsicherheit zu sorgen. Die Briten hingegen feierten am Wahltag der 1920er Jahre eine Art feuchtfröhliches Volksfest, geprägt von der demonstrativen Zurschaustellung parteipolitischer Rivalität. Ähnlich offen für Parteinahme und Rivalität waren die Italiener nach 1945, wo der Wahltag eigentlich den Höhepunkt des Wahlkampfes darstellte und Bürger sich gegenseitig am Wählen zu hindern suchten, wenn sie einander als po-

30 Vgl. bereits O’Gorman, *Campaign Rituals* (Anm. 4); Biefang, *Reichstagswahlen* (Anm. 11). Zur Vormoderne: Poeck, *Ratswahl*; Schlögl, *Urban Elections* (beide Anm. 4).

litische Gegner wahrnahmen. Regeln wurden hier nicht befolgt, sondern vor Ort erst gemacht. All diese Unterschiede wirkten sich auch auf die Atmosphäre im Wahllokal aus: man wählte, so könnte man sagen, nicht in einem Labor, sondern in Räumen, die von den Bedeutungen, Praktiken und Normen der Wahlen mit konstituiert wurden.

Nation und Normierung

Anhand von Wahlen lassen sich aber nicht nur ‚Kommunikationen‘ der gesellschaftlichen Basis mit sich selbst, sondern auch der ‚normalen‘ Bürger mit der virtuellen Gemeinschaft der Nation und mit dem Staat beobachten. Weil Wahlen so tief in die Gesellschaft hinein reichten und dem Anspruch nach alle mündigen Bürger auch noch im hintersten Dorf erfassten, schufen sie Gelegenheiten für den Staat, auf die Bevölkerung Einfluss zu nehmen und seine sozialen und politischen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen. Die Geschichte demokratischer Wahlen wächst an diesem Punkt gerade auch mit Blick auf alte Demokratien wie den USA über das euphemistische Verständnis vom allgemeinen Wahlrecht als vollendeter Volkssouveränität hinaus. Denn gerade die Allgemeinheit der Wahl ermöglichte dem Staat auch einen steuernden, normierenden und homogenisierenden Zugriff auf die gesamte Bevölkerung, die in Zeiten restriktiver Wahlregeln noch nicht möglich gewesen war. Die Wahlen brachten spezifische Instrumente hervor, mit denen das Wahlvolk kategorisiert, etikettiert und bewertet wurde. Wahlregistaturen produzierten Ausgeschlossene; Wahlreglements ermöglichten die systematische Behinderung unliebsamer Wählergruppen und die Disziplinierung derjenigen, die Loyalität verweigerten. Anhand dieser Steuerungen lässt sich ein Bild davon skizzieren, wie sich der werdende Nationalstaat im späten 19. Jahrhundert seine ideale Bevölkerung vorstellte. Der Wähler sollte als Individuum mit seiner Wahl die Anerkennung und Legitimierung des jeweiligen Herrschaftssystems signalisieren. Nicht umsonst verweigerten Sozialdemokraten in Preußen über lange Zeit die Teilnahme an Wahlen;³¹ auch britische Liberale zwischen den Weltkriegen³² und Bundesbürger nach 1945 nutzten die Wahlenthaltung bisweilen für öffentlichkeitswirksamen Protest.³³

31 Vgl. die Aufsätze von Leo Arons in den Sozialistischen Monatsheften von 1902 bis 1913, in denen er den Boykott diskutiert, sowie B. J. Warneken (Hg.), *Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster friedlicher Straßendemonstrationen im preußischen Wahlrechtskampf 1908–1910*, Tübingen 1986.

32 So gab es vereinzelt Debatten um die Legitimität der Stimmenthaltung als Protest gegen ein Wahlsystem, das Wählern in manchen Wahlkreisen Optionen vorenthielt und die Liberale Partei systematisch zu benachteiligen schien, vgl. etwa *Liberal Poll of 27,775*, in: *Sheffield Daily Independent*, 31.5.1929; *Hallam Liberal, Lord Mayor and Spoilt Ballot Papers*, in: ebd., 3.6.1929.

33 In der Gemeinde Linkenheim im Wahlkreis Karlsruhe-Land gingen 1957 von den 2 363 Wahlberechtigten nur 47 zur Wahl. Mit der Wahlenthaltung protestierten die Linkenheimer gegen den Bau eines Atomreaktors im Einzugsgebiet ihrer Gemeinde. Am Wahllokal hing am Wahlsonntag ein Plakat mit einem Atompilz und dem Ausruf „Linkenheimer, denkt an die Bürgerversammlung“, und die beschäftigungslosen Wahlhelfer im Inneren vertrieben sich den Wahlsonntag mit Skatrunden, was die Lokalpresse mit Fotos dokumentierte: *Wahlgang bei wechselndem Herbstwetter*, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 16.9.1957; *Der Wahlstreik von Linkenheim*, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 17.9.1957.

Auch in der dinglichen Ausstattung des Wählens lassen sich Vorstellungen vom idealen Wähler ablesen: Die Gestaltung von Wahllokalen, Urnen oder Stimmzetteln hatte nicht nur Einfluss auf die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis. Wenn zum Beispiel Stimmzettel in New York City am Ende des 19. Jahrhunderts dicht bedruckt im Umfang von einem Quadratmeter Dutzende von Kandidaten enthielten, ging es wie bei den in den 1920er Jahren erneut eingeführten Alphabetisierungstests gezielt darum, Analphabeten oder auch schwarze Wähler aus der politischen *community* auszuschalten.³⁴ In New York City wiederum setzten sich Reformer um 1900 dafür ein, dass Wahlen in öffentlichen Gebäuden stattfanden und nicht in Saloons oder kleinen Läden, dass diese gereinigt waren und mit elektrischem Licht beleuchtet – und trugen damit dazu bei, dass der Wahlakt wieder für Oberschichten akzeptabel wurden.

Neben dem autoritären Preußen waren es dabei auch die demokratischen USA, die um 1900 mit Hilfe von Wahlen und der Verwissenschaftlichung der Wahlreformdiskurse den Homogenisierungsprozess ihrer Bevölkerung vorantrieben. Die Mehrdeutigkeit von Wahlen zeigt sich hier von einer ganz anderen Seite als in den Beiträgen zum 20. Jahrhundert. Während sich die Wahlregime sowohl hinsichtlich ihrer rechtlichen Grundlagen als auch ihrer praktischen Umsetzung im 19. Jahrhundert in verschiedenen Ländern noch sehr viel stärker voneinander unterschieden, zeigen sich hier erstaunliche Ähnlichkeiten in den Versuchen sich konsolidierender Nationen, ihre Bürger mit Hilfe des ausgeweiteten Wahlrechts gleich mit zu formen. Dass indes diese Geschichte für eine sich ständig erneuernde Einwanderungsgesellschaft wie die Vereinigten Staaten mit dem 19. Jahrhundert nicht an ihr Ende gelangt ist, darauf mag die letzte Präsidentschaftswahl 2012 ein Schlaglicht werfen. Republikanische Senatoren versuchten im Vorfeld der Wahl Bestimmungen durchzusetzen, die mit ethnischen Minderheiten, Armen und Alten systematisch die Wählerschaft der Demokraten behindern würden. Am Wahltag triumphierte dennoch der erste schwarze Präsident, Barack Obama: Das „traditionelle Amerika“, das „weiße Establishment“ war bereits zu sehr geschrumpft, wie der konservative Meinungsmacher Bill O'Reilly noch in der Wahlnacht feststellte.³⁵

Die behördlichen Wahlpraktiken, die erst durch die Einrichtung des allgemeinen Wahlrechts potentiell jedes einzelne Individuum erfassten, zielten auf nationale Integration; die modernen demokratischen Wahlen boten mithin ganz neue, aber immer umkämpfte Möglichkeiten, die Nation zu identifizieren und unerwünschte Gruppen auszuschließen. Es zeigt sich damit, dass Wahlen wie in einem Brennglas die Beziehungen, Spannungen und Wechselwirkungen zwischen der lokalen und der zentralen Sphäre von Nationsbildung und (National-)Staatlichkeit sichtbar machen können. Dies wirft die Frage auf, ob nicht auch in dieser Funktionalisierbarkeit der Institution Wahlen ein Grund für ihre erfolgreiche Etablierung weltweit zu suchen ist.

34 Vgl. H. Buchstein, Geheime Abstimmung und Demokratiebewegung. Die politischen Ziele der Reformbewegung für das ‚Australian Ballot‘ in den USA, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (2000), S. 48–75.

35 E. Bronner, Voter ID Rules Fail Court Tests Across Country, in: The New York Times, 2.10.2012; The GOP Needs a [] Economic Plan for More Than the ‚White Establishment‘, in: The Atlantic, 7.11.2012.

Wissen

Die Intention staatlicher Steuerung, die sich parallel zur Ausbreitung des allgemeinen Wahlrechts einstellte, war eng verwoben mit dem Wissen des Staates über die Bevölkerung, auf die er Einfluss zu nehmen suchte. Moderne Wahlen forderten geradezu heraus, ein solches Wissen über die Bürger zu produzieren. Das *Movens* war ein Bedürfnis nach Prognosen, das sich aus der tiefen Unsicherheit und dem Risiko ergab, von denen moderne Wahlen – im Gegensatz zu ihren frühneuzeitlichen Vorgängern – gekennzeichnet sind. Je breiter und freier das Wahlrecht, umso schlechter ließ sich vorhersagen, wie die Wahlen ausgehen würden. Um aber Wahlen planbar zu gestalten, bedurfte es des Wissens über die, die am Wahltag erscheinen und entscheiden würden. Es liegt deshalb nahe, dass die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich entwickelnden Sozialwissenschaften ihren Hunger nach Daten für die statistische Beschreibung der Bevölkerung gerade auch im Umfeld der nationalen Wahlen stillen konnten, weil sie hier auf interessierte Machteliten und staatliche Behörden stießen.³⁶ Das ganze Setting moderner Wahlen – die Wählerfassung durch Registratur und Wählerlisten, die Annahmen der Machteliten über das Elektorat und seine innere Differenziertheit, aber auch das geographische und soziologische Wissen, das zur konkreten Durchführung von Wahlen notwendig war – bietet aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive eine ungemein reiche Quelle, die bislang nur im Kontext der sich professionalisierenden Demoskopie nach 1945 angezapft worden ist.³⁷

Wie Wahlen und Wissen in Beziehung zueinander standen, lässt sich dabei nicht nur auf der zentralen Ebene, sondern auch mit Blick auf die Akteure an der Basis untersuchen. Wahlkandidaten, lokale Parteileute und lokale Eliten wurden erst handlungsfähig auf der Basis des Wissens, das sie über die Wähler ihres Einzugsgebiets besaßen. Die im Kontext von Wahlen und auf unterschiedlichen Ebenen erfolgende Erhebung, Auswertung, Kategorisierung und Nutzung von Wissen über die Gesellschaft gibt Einblick in Prozesse der Zentralisierung oder Dezentralisierung von Politik.

Diese hier vorgestellten Dimensionen von Wahlen und ihrer kulturgeschichtlichen Erforschung – der Blick auf soziale Ordnungen, Bedeutungszuschreibungen, Lokalität, Nation und Normierung sowie Wissen – entfalten ihren Erkenntniswert vor allem in

36 Vgl. zum Zusammenhang von Bevölkerungsstatistik und staatlichen Interessen A. Pinwinkler, *Amtliche Statistik, Bevölkerung und staatliche Politik in Westeuropa, ca. 1850–1950*, in: P. Collin/T. Horstmann (Hg.), *Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis*, Baden-Baden 2004, S. 195–215.

37 Vgl. A. Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007; J. G. Geer, *Public Opinion and Polling Around the World. A Historical Encyclopedia*, 2 Bde., Santa Barbara (CA) 2004; R. Mannheimer/M. Barisione, *I sondaggi*, Bologna 1999; S. Rinauro, *Storia del sondaggio d'opinione in Italia, 1936–1994*, Venedig 2002; L. Beers, *Whose Opinion? Changing Attitudes Towards Opinion Polling in British Politics, 1937–64*, in: *Twentieth Century British History*, 17 (2006), S. 177–205. Bis heute produziert das Wahlgeheimnis Wissensbestände mit fragwürdigem Wahrheitsgehalt, vgl. E. Bytcek/S. Roßteuscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt a. M./New York 2011. Zu wissenschaftlichen Perspektiven vgl. C. Reinecke, *Wissensgesellschaft und Informationsgesellschaft*, Version 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.2.2010, <https://docupedia.de/zg/Wissensgesellschaft?olid=84670>.

vergleichender Perspektive oder werden teilweise sogar erst im Vergleich augenfällig. Der kulturgeschichtlich orientierte Vergleich von Wahlen in der Moderne zeigt eine verblüffende Vielfalt an Bedeutungen auf, die Wahlen an verschiedenen Orten und von unterschiedlichen Akteuren zugeschrieben wurden, und verweist auf ein Arsenal von Funktionen des Wählens für das moderne *nation-building*, das wohl zur weltweiten Attraktionskraft westlich geformter Wahlen beigetragen hat.

Disziplinierung und Nationsbildung durch politische Wahlen. Preußen und USA von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg

Hedwig Richter

ABSTRACT

Elections enabled a more efficient system of rule in the face of fundamentally changing coordinates in the nineteenth century. The territorially expansive nation states, the increasingly complex social structures, and the more mobile, wealthier and better educated population all required new forms of legitimacy. Elections increasingly proved themselves to be an intelligent instrument for integration and governance. Elections are interpreted here not only as a power tool for the masses to control those in power, but also as an instrument of domination that those in power used to control and discipline the population.

*„Gottesfurcht, Treue gegen dem König, Achtung von Gesetz und Obrigkeit, begeisterte Hingebung für das Vaterland und seine glorreiche Entwicklung, ächte Liebe zum Volk und treue Fürsorge für alle gesunden Keime der Volkswohlfahrt und – Bildung.“*¹ Dieser Wertekodex, den Bismarck „An alle preußischen Patrioten“ richtete, entstammt keinem Kriegsauf- ruf, keinem antisozialistischen Appell im Parlament, keiner Sonntagsrede zu Königs Geburtstag, sondern einem Aufruf für die anstehenden Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867. Gewiss dienten die Wahlen dazu, Männer für das Amt der Abgeordneten zu bestimmen. Bismarcks intensive Vorbereitungen zu den Wahlen, sein forsches Eingreifen, um die Abstimmungen zu einem „richtigen“ Ergebnis zu führen, und seine nachträgliche Verfolgung von „oppositionell“ wählenden Beamten zeigen indes nicht

1 Im Original mit Unterstreichung hervorgehoben. Dieser Wahlauf- ruf ist mit Korrekturen Bismarcks versehen, Berlin, den 18. Oktober 1967, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 190, Bd. 2.

nur die große Bedeutung, die den Wahlen in Preußen beigemessen wurden. Das manipulative Engagement des Staatschefs und sein Überwachungseifer verweisen darauf, dass er die Stimmabgabe auch als Mittel verstand, sein Staatsprogramm in der Fläche durchzusetzen.

Das mag überraschen, da allgemeine politische Wahlen in der neueren Forschung doch als die Boten einer neuen Zeit gelten und ihre Praktizierung als Einübung in die Demokratie.² Doch moderne politische Wahlen, so meine These, dienten auch dazu, die Bevölkerung zu homogenisieren, zu disziplinieren und die Nationsbildung zu befördern. Unter modernen Wahlen verstehe ich solche, die nicht wie bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur eine exklusive Gruppe involvierten, sondern Wahlen mit dem Anspruch der Allgemeinheit – was durchaus Hand in Hand mit dem Ausschluss großer Gruppen wie ethnischer Minderheiten, Frauen oder den Armen gehen konnte. Diese Wahlen erwiesen sich als ausgezeichnetes Instrument für den Zugriff auf das Individuum. Denn prinzipiell war jedes Individuum bis in die fernste Ecke des Herrschaftsbereiches einbezogen – und das auf eine effektive, lautlose Art.

Diese These bedient sich, insbesondere was den disziplinarischen und integrativen Effekt von Wahlen betrifft, einer funktionalistischen Argumentation. Eine solche ist gerechtfertigt, wenn sie kausale Entwicklungen mitbedenkt. Das heißt: Während die Einführung von Wahlen zur Legitimationsbeschaffung *intentional* genutzt wurde, ist die Genese des disziplinarischen und des inklusorischen Effekts komplexer. Selbst wenn zuweilen auch die disziplinarische Funktion der Wahlen intendiert gewesen ist, wäre doch die Argumentation zu eindimensional, Wahlen seien eingeführt worden, um die Bevölkerung zu disziplinieren.³ Vielmehr, so geht hier die Argumentation, zeitigten politische Wahlen, die offiziell für die Legitimation und Selbstbestimmung eingeführt wurden, disziplinarische und integrative Effekte. Nicht zuletzt diese Folgeerscheinungen ließen Wahlen auch in den Augen der Mächtigen sinnvoll und attraktiv erscheinen.

Für den Fall Preußen scheint die Zugriffs- und Züchtigungsfunktion von Wahlen unmittelbar einzuleuchten. Hier war das allgemeine Männerwahlrecht durch das Dreiklassenprinzip und die Öffentlichkeit gezähmt: Die preußischen Wähler wurden – so zumindest sahen es die Wahlregularen vor – nach ihrem Steueraufkommen in drei Klassen eingeteilt, mussten dann zur festgelegten Uhrzeit am Wahltag im Kollektiv ihrer Klasse vor den Wahltisch treten, wo sie laut ihren Kandidaten nannten. Zuerst wählte die dritte Klasse und zuletzt – ganz unter sich – die Wenigen der ersten Klasse.⁴ Doch interessanterweise findet sich das Phänomen der disziplinierenden Wahlfunktionen nicht nur im preußischen Staat, sondern auch in der Demokratie USA. Die Akten über Wahlen in dieser Zeit zeigen sowohl für Preußen als auch für die Vereinigten Staaten, wie auf vielen

2 Vgl. dazu die bahnbrechende Arbeit von Margaret Anderson über die Auswirkungen des Reichstagswahlrechts: M. L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000.

3 So ähnlich argumentiert etwa R. Hayduk, *Gatekeepers to the Franchise. Shaping Election Administration in New York*, DeKalb 2005, S. 37, 53f.

4 Später gab es neben dieser „Terminwahl“ auch die „Fristwahl“, die es dem Wähler ermöglichte, wie bei der Reichstagswahl individuell zur Wahl zu gehen und einzeln seinen Kandidaten zu nennen.

Ebenen Zugehörigkeit zur Nation und damit eine nationale Agenda definiert und in alle Richtungen Exklusion praktiziert wurde. Ich will das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg untersuchen, weil sich damals eben nicht nur die Massendemokratie entwickelte und in der westlichen Welt das Wahlrecht stark ausweitete. In den USA war es auch die Zeit nach dem Bürgerkrieg, die die *Progressive Era* einschließt, in der Sozialreformer und politische Reformer für ein *good governance* kämpften; sie wollten mit ihren Reformen nicht zuletzt ihr Verständnis von Nation und Zugehörigkeit zur Nation durchsetzen.⁵ Auch in Preußen zeigen sich in diesen Jahrzehnten Bestrebungen, die Nation zu konsolidieren, klare nationale Maßstäbe festzulegen, damit einhergehend die „anderen“ zu definieren und auszuschließen und zugleich die Einigkeit der Zugehörigen zu stärken. Gerade diese Tendenzen in Preußen und den USA verdeutlichen, wie Wahlen als Herrschaftsmittel fungieren konnten.

Zu den wenigen Historikern, die sich mit der nationalen Agenda in der zweiten Jahrhunderthälfte, insbesondere im *Gilded Age* nach dem Bürgerkrieg, beschäftigt haben, zählen Nancy F. Cott und David Goldfield. Während Cott das Bedürfnis nach nationaler Integration als Produkt der anschwellenden Einwanderungszahlen interpretiert, geht Goldfield weiter. Er sieht die Bekämpfung der Indianer, den gewalttätigen Kampf gegen die Sklaverei, die erneute Diskriminierung der Afro-Amerikaner, den Kampf gegen Alkohol, Restriktionen gegen Einwanderer und das Engagement für *good governance* in den Städten als Facetten des gleichen Phänomens.⁶ Das war keine Gesellschaft, die „apparently lost its moral compass“ und daher die Sozialreformer auf den Plan gerufen habe, wie der Historiker Steven L. Piott vermutet;⁷ hier gab es eine Überdosis an Moral, die sich in ihrer konsequenten Version mit dem in Mode gekommenen Sozialdarwinismus wissenschaftlich rechtfertigte und geradezu unangreifbar machte. Wer sich die Wahlen in den USA anschaut und das mit ihnen verfolgte Programm, kann der von Goldfield diagnostizierten nationalen Agenda noch weitere Aspekte hinzufügen: „Purity“ nicht nur der Wahlen, sondern auch der Straßen, Einsatz für saubere und helle Wahllokale, Kampf gegen Mormonen (gegen die falsche Art von sexueller Praxis), oder gegen Analphabeten.⁸ Cott verweist darauf, dass sich bei diesen Prozessen nicht nur die inhaltliche Definition der Nation als wichtig erweist, sondern auch die herrschaftstechnische Bedeutung, solche Gesetze durchzusetzen und zur Ausführung zu bringen:

5 J. L. Recchiuti, *Civic Engagement. Social Science and Progressive-Era Reform in New York City*, Philadelphia 2007; J. G. Sproat, *The Best Men: Liberal Reformers in the Gilded Age*, New York 1968.

6 D. Goldfield, *America Aflame. How the Civil War Created a Nation*, New York 2011, S. 14.

7 S. L. Piott, *American Reformers, 1870–1920. Progressives in Word and Deed*, Lanham 2006, S. 8; zuletzt hat Lee L. Willis die Kontinuitäten zwischen den *Progressives* und dem Second Great Awakening deutlich gemacht, L. L. Willis, *Southern Prohibition: Race, Reform, and Public Life in Middle Florida, 1821–1920*, Athens 2011.

8 Sven Beckert zeigt ähnliche Zusammenhänge in seiner Studie über New York: *The Monied Metropolis. New York City and the Consolidation of the American Bourgeoisie, 1850–1896*, Cambridge (Mass.) 2001. Auch Thomas Welskopp zeigt in seiner Studie über die Prohibition, wie „eine stets zunehmende Reihe von Feindbildern“ hervorbrachte und „vorrangig als Instrument der sozialen Kontrolle“ diente, T. Welskopp, *Amerikas große Ernüchterung. Eine Kulturgeschichte der Prohibition*, Paderborn 2010, S. 33f.

Both the exercise and the apparatus of restriction manifested national power and sovereignty. A post-Civil War generation of leaders intended to consolidate the United States and make it a power on the world stage, and that required knowing who belonged to the nation and who was welcome to join.⁹

Tatsächlich bestätigt eine Untersuchung der Wahlen: Die Zentralgewalt war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auch in Washington DC keineswegs schwach, wie dies von der Forschung in aller Regel behauptet wird.¹⁰ Auch in den Vereinigten Staaten spielte gerade die Zentralgewalt in Washington für die nationale Integration und nationale Stabilisierung eine entscheidende Rolle.¹¹

Wenn Goldfield die Homogenisierungsbemühungen als typisch amerikanisches Phänomen sieht, greift er allerdings zu kurz.¹² Der Vergleich mit Preußen zeigt, dass auch andere Nationalstaaten darum kämpften, sich zu konsolidieren und sich ihrer selbst gewiss zu werden. Im Folgenden will ich anhand von drei Beispielen zeigen, wie hilfreich Wahlen bei der Durchsetzung des nationalen Programms waren: Erstens anhand der Verwaltungstechnik mit Schwerpunkt auf der Registratur, zweitens (mit der Verwaltung eng zusammenhängend) anhand wissenschaftlicher Diskurse, die in die Wahlen eindringen, drittens durch eine Untersuchung des Wahlaktes als Gesinnungstest. Die Beispiele, die mit unterschiedlicher Intensität mal die USA, mal Deutschland im Blick haben, könnten durch zahlreiche weitere Beispiele ergänzt werden: etwa die Beschaffenheit des Stimmzettels, der bis zu zwei Quadratmeter umfassen und dicht bedruckt sein konnte und damit einen Ausschluss bildungsferner Schichten erzwang; oder die von Washington ausgesandten Truppen, die in New York City zu Wahlen immer wieder aufmarschierten; oder der Ausschluss der Chinesen als minderwertige Rasse aus der Wählerschaft in den 1880er Jahren.¹³ Doch zeigen die hier angeführten Beispiele das Spektrum von verwaltungstechnischer, wissenschaftlicher bis hin zu polizeilicher Disziplinierung, die mit Hilfe der Wahlen möglich waren und damit die nationale Integration beförderten. Dabei werde ich neben regionalen Schwerpunkten stets auch die föderale beziehungsweise die Reichsebene im Blick behalten.

Verwaltungstechnik und Registratur

Der Reformier, Wahlforscher und Erfinder einer der ersten Wahlmaschinen, Joseph P. Harris, schrieb in seinem 1929 erschienen Werk „Registration of Voters in the United

9 N. F. Cott, *Public Vows. A History of Marriage and the Nation*, Cambridge (Mass.)²2002, S. 132; vgl. dazu auch P. D. Hall, *Rediscovering the Bourgeoisie: Higher Education and Governing-Class Formation in the United States, 1870–1914*, in: S. Beckert/S. Rosenbaum/J. B. Rosenbaum (Hg.), *The American Bourgeoisie: Distinction and Identity in the Nineteenth Century*, New York 2010, S. 167–189, hier S. 168.

10 G. B. Tindall/D. E. Shi, *America. A Narrative History*, New York 122010, S. 653.

11 Cott, *Public Vows* (Anm. 9), S. 132.

12 Goldfield, *America Aflame* (Anm. 6), S. 4, 12.

13 Vgl. K. Calavita, *The Paradoxes of Race, Class, Identity, and “Passing”: Enforcing the Chinese Exclusion Acts, 1882–1910*, in: *Law & Social Inquiry*, 25 (2000) 1, S. 1–14.

States“: Die ganze Idee des „popular government“ beruhe letztlich darauf, dass es „a careful determination of those elements of the general population“ derer gebe, die zur „class“ der Wahlberechtigten gehörten. Es gelte nichts weniger, als die „purity of the elections“ zu sichern, eine Metapher, die in den US-Staaten schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts auftaucht und sich bis ins 20. Jahrhundert in nahezu allen Reformdiskursen wiederfindet.¹⁴ Andernfalls, meinte Harris, seien die Konsequenzen dramatisch: „popular government is polluted at its very source“, „the public morale is weakened if not destroyed.“¹⁵ Harris empfahl als Heilmittel die sorgfältige Registratur. Diese ermögliche, die Wähler zu identifizieren und zu exkludieren oder auch zu legitimieren, was in der Einwanderungsgesellschaft stets eine Herausforderung bedeutete. Um ein Wahlregister erstellen zu können, wurde jede Wahl auch zu einer kleinen Volkszählung. Jeder Stimmberechtigte musste für eine bestimmte Zeit an einem bestimmten Wohnort gelebt haben (in Preußen ein halbes Jahr, in den USA in der Regel von wenigen Wochen bis zu mehreren Jahren; in einigen Fällen gab es jedoch auch, um Siedler in die Frontier-Staaten zu locken, ein Ausländerwahlrecht). Die Kontrolle des Wohnortes aber gilt als eines der zentralen Instrumente der modernen Staatsmacht.¹⁶ Der preußische Innenminister Loebell erläuterte 1915, dass durch die permanente Wahlregistratur „der sesshaften und besitzenden Bevölkerungsklasse ein größerer Einfluss auf die Wahlen eingeräumt werde“.¹⁷ In der ersten Jahrhunderthälfte des 19. Jahrhunderts kommentierte ein Abgeordneter im pennsylvanischen Parlament die Auswirkungen des eben eingeführten *registration law*:

*Its effect is to give advantages to the rich and the knowing, to the prejudice of the poor laborer, who, toiling for his daily bread, has no time to run after these registering officers and their lists, [...] and thus it tramples under foot the rights of the poor and the humble.*¹⁸

Die Geschichtsschreibung hat sich kaum mit der Wahlregistratur beschäftigt.¹⁹ In den USA gibt es eine stark normativ gefärbte sozialwissenschaftliche Forschung zu aktuellen Entwicklungen in der Wählerregistratur, die historisch jedoch wenig befriedigend ist.²⁰

14 Z.B. Petition of L. G. W. Dill, 1843, South Carolina Department of Archives and History (SCDAH), S165015, Item 123, 1843; Memorial of Sundry citizens of Prince George Minyan, Dec. 15. 1830, SCDAH, S165015, Item 44, 1830; To the Honorable the Common Council of the City of New York, o.D., NYC Common Council Papers, Box 115, Folder 2143, Elections 1828, Municipal Archives NYC (MANYC).

15 J. P. Harris, Registration of Voters in the United States, Washington DC 1929, S. 1; vgl. zu Harris: Joseph P. Harris Dies, in: Los Angeles Times, 17.2.1985.

16 Vgl. Ch. S. Meyer, Leviathan 2.0. Die Erfindung moderner Staatlichkeit, in: E. S. Rosenberg (Hg.): 1870–1945. Weltmärkte und Weltkriege (Geschichte der Welt. Hg. von A. Iriye und J. Osterhammel, Bd. 5), München 2012, S. 33–286, hier S. 172 f.

17 Votum Innenminister Loebell an Reichskanzler (Bethmann Hollweg), 26.6.1915, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 3238, Bd. 1, S. 82.

18 Proceedings and Dabates of the Convention of the Commenwealth of Pennsylvania, May 1837, Vol. III, Harrisburg 1838, S. 39 f., s. auch S. 43.

19 Vgl. den Überblick von R. Arsenschek, Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871–1914, Düsseldorf 2003, S. 273.

20 R. J. Timpone, Mass Mobilization or Government Intervention? The Growth of Black Registration in the South, in: Journal of Politics, 57 (1995), S. 425–442; F. F. Piven u. a., Keeping Down the Black Vote. Race and the Demobi-

Dabei besaß die Registratur über das geltende Gesetz großen Einfluss auf die Zusammensetzung des Elektorats. In Preußen erstellten aufgrund der generellen Meldepflicht²¹ die Behörden zunächst von sich aus die Wählerregister, wodurch *de jure* jeder Wahlberechtigte in der Wählerliste auftauchen musste. In den USA, dem Einwanderungsland ohne Meldepflicht, wirkte die Wählerregistratur wesentlich stärker exkludierend, weil sich jeder Wähler zunächst erst selbst melden und in das Register aufnehmen lassen musste.

Die Wählerlisten sind ein Beispiel dafür, wie die Technik und die Materialität von Wahlen Einfluss auf die Abstimmungsergebnisse nehmen konnten. Wichtig war schon die Frage, wie viele Tage die fertig gestellten Listen auslagen, ob also genügend Zeit blieb, die Listen zu überprüfen und – wie es sowohl in den USA als auch Deutschland üblich war – abzuschreiben und dann mit den Anhängern der eigenen Partei abzugleichen.²² Während für das Deutsche Reich eine Zwei-Wochen-Frist für die Auslegung der Listen galt, hatten in Preußen die Wählerlisten je drei Tage öffentlich einsehbar zu sein.²³ In den USA lagen die Listen teilweise noch kürzer aus.²⁴ Oft versuchten die Beamten, die in Preußen nach dem Verfassungskonflikt bis Mitte der 1860er Jahre mehr oder weniger offiziell regierungstreue Gesinnung zeigen mussten, den „regierungsfeindlichen“ Parteien die Wählerlisten möglichst vorzuenthalten. In Köln etwa entriss der städtische Beamte 1877 dem wohlthätigen und renommierten Katholiken Dr. Peter Joseph Roeckerath die Listen mit Gewalt, als dieser sie im Auftrag der Zentrumsparterie abschreiben wollte.²⁵ Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein klagte 1867 darüber, dass ganze Straßenzüge, in denen Arbeiter wohnten, auf den Wählerlisten übergangen worden seien.²⁶ Ein konservativer Amtsvorsteher im Regierungsbezirk Königsberg nahm bei den Abgeord-

lization of American Voters, New York 2009; J. B. Lane, Voter Registration, New York 2002; Hayduk, Gatekeepers (Anm. 3); M. Perman, Struggle for Mastery. Disfranchisement in the South. 1888–1908, Chapel Hill 2001, insbes. S. 15.

- 21 R. Jessen, Polizei im Industrieviertel: Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet, Göttingen 1991, S. 112.
- 22 Proteste der liberalen und der litauischen Wahlvereine von Memel und Heydekrug an Wahlkommissar des Wahlkreises Memel, 30.5.1913, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 169 C 80, Nr. 4, Bd. 17; Großherzoglich Oldenburgisches Staatsministerium an Bismarck, 8.8.1867, Bundesarchiv (BArch), R1401/1433, S. 26 RS.
- 23 Das galt sowohl für die Urwählerlisten (aller Wahlberechtigten eines Urwahlbezirkes unter Angabe ihrer Steuerleistung) als auch für die „Abtheilungslisten“ (der Auflistung der Wahlberechtigten nach ihrer Steuerklasse). Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes, 31.5.1869, § 8; Verordnung betreffend die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer, 30.5.1849, §§ 15f.
- 24 US Attorney, Isaac W. Dyer, Maine, 23.8.1890, National Archives and Records Administration (NARA), RG 60, Entry 72, 8616-1890, Box 510, DJ. Centra (Year) File, S. 3; An Act to Regulate the Election of Mayor and Aldermen of the City of Charleston, 23.12.78, Charleston Archive, Records of the Commissioners of Elections for the City of Charleston, Box 1/7; Board of Elections, to Mayor Gaynor, 8.2.1910, darin zitiert Brief von Ann L. Muller vom 3.2.1910, MANYC (Anm. 14), Office of the Mayor, Gaynor, William J. Administration, Box 21, Folder 190, Board of Elections 1910.
- 25 Verhandlungen über die durch die Wahlprüfungs-Kommission geprüften Abgeordnetenwahlen No. 51, 12.11.1877, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 169 C 80, Nr. 18, Bd. 1; vgl. auch zahlreiche Beschwerden über die Nichteinhaltung der Frist für die Auslegung der Wählerlisten für die Preußischen Landtagswahlen in Wahlangelegenheiten (1849–1918), ebd., Bd. 1–5.
- 26 Allgemeiner Deutscher Arbeiter Verein, Rückers, an Staatsminister von Bismarck, Februar 1867, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 128.

netenwahlen die Abteilungslisten am ersten Tag der öffentlichen Auslegung zu sich nach Hause; und während er sie dort für die konservative Partei kopierte, konnten die anderen Parteien keine Einsicht nehmen.²⁷ Der sozialdemokratische Abgeordnete Johann Most beschwerte sich 1877 im Parlament bitter darüber, dass es sich bei den Manipulationen über die Wahllisten keineswegs nur um „Ungehörigkeiten“, sondern um „Ungeheuerlichkeiten“ handle.²⁸ Auch Polen mussten immer wieder feststellen, dass die Behörden ihre Namen vergessen hatten oder dass sie zahlreiche Dokumente beibringen mussten, um in das Register aufgenommen zu werden.²⁹

In den Vereinigten Staaten war die Registratur von noch größerer Bedeutung als in Preußen. Sie wurde in den USA offenbar immer dann auf die Tagesordnung gebracht und ihre Regularien verschärft, wenn das Wahlrecht expandierte, das Wahlvolk rasch anwuchs und die Wählermassen für die Regierenden nur schwer kontrollierbar schienen.³⁰ Nach Einführung von Wahlregistraturen in zahlreichen US-Staaten, die ab den 1820er Jahren mit der Ausweitung des Elektorats und der Wahlbeteiligung einher ging,³¹ kam es in den 1870er und 1880er Jahren auf Anstoß von zivilgesellschaftlich engagierten Reformern zu einer erneuten Intensivierung der Registratur. Auch in dieser Zeit breitete sich die Wählerschaft explosionsartig aus. Einerseits konnten nach dem Bürgerkrieg und dem 14. und 15. Amendment zunächst auch Afro-Amerikaner an den Wahlen teilnehmen, andererseits stieg die Zahl der Immigranten explosionsartig an. Ein Großteil der Einwanderer strömte in die Städte. Der Anteil der Stadtbevölkerung in Amerika im ausgehenden Jahrhundert stieg von 20 auf 40 Prozent. Die Armut, der Dreck, das Elend und die alltägliche Gewalt in den anschwellenden Städten, gerade auch unter den zahlreichen Einwanderern, bildeten enormen sozialen Sprengstoff.³² Das Volk, das hier hauste – so der Verdacht einflussreicher Eliten –, entsprach nicht der Idealvorstellung von „*we the people*“, jenem Volk, dem die Verfassungsväter vertrauensvoll das Schicksal der Nation in die Hände gelegt hatten. Die Migranten, die vielmals von ihrer Herkunft her der Institution Wahlen fremd gegenüber standen, waren in ihrer Not leicht bestechlich. Der Historiker und Politikwissenschaftler Charles Beard stellte fest, dass in New

27 Proteste der liberalen und der litauischen Wahlvereine von Memel und Heydekrug an Wahlkommissar des Wahlkreises Memel, 30.5.13, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 169 C 80, Nr. 4, Bd. 17, S. 14.

28 Stenographische Berichte Reichstag 3, 24. Sitzung, 18.4.1877, S. 584.

29 Wahlprüfungskommission, No 283, Haus der Abgeordneten. 13. Legislaturperiode. II. Session 1877–78, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 169 C 80, 18, Bd. 1; vgl. auch Arsenschek, Wahlfreiheit (Anm. 18), S. 274–279.

30 Vgl. dazu H. Richter, Discipline and Elections. Registration of Voters in the USA in the 19th Century, in: H.-U. Thamer/S. Hensel (Hg.), Constitutional Cultures: On the Concept and Representation of Constitutions in the Atlantic World, Newcastle 2012 (im Erscheinen).

31 Gienapp täuscht sich, wenn er dem für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts historisch wenig informierten Joseph P. Harris folgt (Harris, Registratura, wie Anm. 15) und behauptet, dass die Registratur vor 1861 kaum eine Rolle gespielt habe, W. E. Gienapp, „Politics Seem to Enter into Everything“: Political Culture in the North, 1840–1860, in: S. E. Maizlish/J. J. Kushma (Hg.), Essays on American Antebellum Politics 1840–1860, College Station 1982, S. 14–97; vgl. auch H. Buchstein, Buchstein, Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Eine wahlrechtshistorische und ideengeschichtliche Studie, Baden-Baden 2000, S. 489–530; A. Keyssar, The Right to Vote: The Contested History of Democracy in the United States, New York 2000, S. 65.

32 Piott, American Reformers (Anm. 7), S. 4f.; vgl. zu den Reformern auch Buchstein, Stimmabgabe (Anm. 30), 482f.

York City um die Jahrhundertwende 2 700 000 der insgesamt 3 500 000 Einwohner Immigranten oder deren Kinder waren. Städte wie New York konnten nicht zuletzt wegen dieser sozialen Schärpen über Jahrzehnte von mafiösen „Bossen“ regiert werden.³³ Die rivalisierenden Gruppen handelten teilweise die Wahlergebnisse im Vorfeld aus.³⁴ Warum trotz der massiven Fälschungen Wahlen weiterhin mit allen Ritualen der Geheimhaltung und demokratischen Symbolik durchgeführt wurden, verdeutlicht einmal mehr, dass sie Aufgaben erfüllten, die mit der offiziellen Funktion wenig zu tun hatten. In der Stadt New York wurde die Frage der Zugehörigkeit zum Wahlvolk zur Frage, wer zur Nation gehörte und wem die Herrschaft gebührte.

In den USA waren es die Reformer, die auf schärfere Regeln für die Registratur drängten.³⁵ Es handelte sich bei ihnen nicht um weltferne Idealisten, sondern um Eliten mit Geld und Macht. Der aus reichen New Yorker Verhältnissen stammende Theodore Roosevelt gehörte ebenso zu ihnen wie J. P. Morgan, Cornelius Vanderbilt oder John Jacob Astor. Viele arbeiteten als Juristen oder Geschäftsleute und hatten ihre Ausbildung an den besten Universitäten Amerikas und Europas absolviert.³⁶ Sie standen in aller Regel den Republikanern nahe, nahmen den Kampf gegen die klientelistische und korrupte *machine politics* mit den demokratisch dominierten Massenorganisationen wie *Tammany Hall* auf. Sie wollten die Politik den Händen der korrupten Politiker entreißen oder – wie Sven Beckert in seiner beeindruckenden Studie über das städtische Besitzbürgertum in New York argumentiert – sie wollten Politik dem Volk nehmen, um sie den Reichen zu geben.³⁷ Die Reformer gründeten zahlreiche Vereine zur Beförderung der *good governance*, darunter die *Honest Ballot Association*, *National Municipal League*, *Good Government Club* oder *Citizens' Union Club*. Die Clubs waren kein New Yorker Spezifikum, sondern fanden sich überall in amerikanischen Großstädten.³⁸ Viele agierten bundesweit und verabschiedeten auf großen Kongressen nationale Programme. Ihre Ideen waren

33 Vgl. dazu die umfassende Studie von O. A. Allen, *The Tiger. The Rise and Fall of Tammany Hall*, Cambridge (Mass.) 1993.

34 Zwar wird in der Forschung zuweilen behauptet, die Wahlfälschungen mit Hilfe der Migranten seien eine migrantenfeindliche Konstruktion: Gienapp, *Political Culture* (Anm. 30), S. 27. Vgl. auch Hayduk, *Gatekeepers* (Anm. 3), S. 43. Doch die Quellen lassen keinen Zweifel an der massiven Wahlfälschung mit Hilfe von Immigranten: J. L. Davenport, *The Election and Naturalization Fraud in New York City. 1860–1870*, New York 1894; Harris, *Registration* (Anm. 15); Committee on Press and Literature of the Citizens' Union: *Campaign Book of the Citizens' Union*, New York City 1901; Unterlagen in New York Public Library (NYPL), Albert S. Bard Papers, 1896–1959. Lediglich Politiker wie der skandalumwobene Tammany-Sprössling Daniel E. Sickles, die selbst von den Fälschungen profitierten, stritten diese ab: Remarks of Hon. Daniel E. Sickles in the Senate of the State of New York, on the Bill: "To Prevent Illegal Voting in the City of New York", Albany 1856, insbes. S. 12.

35 NARA (Anm. 23), RG 60, Entry A1 9: Letters Received, 1809–70, Container # 121, Folder: Southern District of New York (US Marshal) Sept 22, 1869–Nov 26, 1870; E. Y. Goildsborough, US Marshal, Maryland, to Deputy of Justice, including Instructions of Deputy US Marshal, November 6, 1876, NARA (Anm. 23), RG 60, Entry 56, Source Chron. Files, Maryland, 1877, M1352; Keyssar, *Right to Vote* (Anm. 30), S. 151–159.

36 Recchiuti, *Social Science* (Anm. 5), S. 21–25; vgl. etwa Robinson Family Papers 1822–1966, New York Historical Society, Box 10.

37 S. Beckert, *Monied Metropolis* (Anm. 8), insbes. S. 219–224.

38 In dieser Zeit war es auch, dass die *Alumni Associations* der Universitäten der Ivy League sich national organisierten, Hall, *Rediscovering the Bourgeoisie* (Anm. 9), S. 183f.

nicht Ausdruck eines New Yorker Elitismus, sondern einer übergreifenden elitären Ideologie von der sauberen Nation.³⁹

Im Programm des *Citizens' Union Club*, einem der Reform-Vereine, hieß es: „The history of New York City Government is an almost unbroken record of unpunished criminality. From the beginning of the Republic to the present time its city officials have come with alarming regularity from that class which bears and serves the name criminal.“⁴⁰ Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Frage der Registratur eine Klassenfrage war. Denn die Demokraten überschwemmt nicht einfach die Stadt mit ihrer Korruption, sondern sie kümmerten sich um die unteren Schichten, insbesondere um die Einwanderer. *Tammany Hall* hielt deswegen die Macht in Händen, weil es – in einer Zeit, in der es noch keinen Sozialstaat gab – den Einwanderern vielfältige Hilfe bot. Von einem führenden *Tammany*-Funktionär, George W. Plunkitt, ist eine Rede von 1905 überliefert, in der er offen seine Methoden erklärte,⁴¹ über die naiven, idealistischen, jungen Männer der *Citizens' Union* lästerte, und den Nutzen darlegte, den er aus dem Elend der Unterschichten zog. Besonders hilfreich seien etwa die zahlreichen Brandkatastrophen in New York City. „If there's a fire“, erklärte er,

*I'm usually there with some of my election district captains as soon as the fire engines. [...] Who can tell how many votes one of these fires bring me? The poor are the most grateful people in the world.*⁴²

Die vornehmen Reformer, die in ihren Rechtsanwaltskanzleien und *Harvard Alumni Clubs* zusammensaßen und an Registraturgesetzen feilten, verabscheuten solche Figuren aus der Unterschicht.

Wahlstatistiken und wissenschaftliche Objektivität

Die amerikanischen Reformer legitimierten ihre Bemühungen mit wissenschaftlichen Argumenten. David Goldfield bezeichnet Wissenschaft als eine Art neuen Glauben, der die Nation und insbesondere die nationalen Führer in der Zeit nach dem Bürgerkrieg beseelte.⁴³ Wesentlich trugen dazu die Sozialwissenschaften bei, die – um die Jahrhundertmitte in Europa entstanden – sich der sozialen Frage zuwandten und eine „ange-

39 Vgl. dazu NYPL (Anm. 33), Albert S. Bard Papers; J. L. Mariner, *Grafters and Goo Goos: Corruption and Reform in Chicago, 1833–2003*, Bristol 2004; vgl. auch P. D. Hall, *Rediscovering the Bourgeoisie* (Anm. 9), S. 168f., 183; R. B. Roosevelt, *Is Democracy Dishonesty? Are Four Men to Rule New York with a Rod of Iron? Is the Popular Voice to be Stifled at the Ballot-box?* New York 1871.

40 Committee of the Citizens' Union: *Campaign Book* (Anm. 33), S. 11.

41 Der Reformier Davenport war besonders erbost über die Offenheit, mit der die Demokraten ihre Korruption betrieben, Davenport, *Election* (Anm. 33), S. 291; er zitiert zudem zahlreiche Zeitungsartikel, die über die Wahlfälschungen berichten; vgl. zum offenerzigen Umgang der *Tammany*-Funktionäre mit korrupten Praktiken auch Allen, *The Tiger* (Anm. 32), S. ix.

42 P. G. Washington, *How to Get a Political Following*, in: W. L. Riordan, *Plunkitt of Tammany Hall*, New York 1905, S. 11–53.

43 Goldfield, *America Aflame* (Anm. 6), S. 13.

wandte Aufklärung“ (Dahrendorf) betrieben.⁴⁴ Viele Reformer der *Progressive Era* gehörten zu den führenden Vertretern der jungen Wissenschaft. Im Kontext dieser neuen Wissenschaftsdiskurse muss man die Fixierung der Reformer auf die im 19. Jahrhundert aufblühende Statistik verstehen, die bei den Wahlen zu einer Überfülle an Kategorisierungen, Registraturen und Wahlberechnungen führten. Die Forschung hat auf den Zusammenhang von Statistik, Herrschaftswissen und Herrschaftstechniken aufmerksam gemacht und auf die Doppelbödigkeit der Statistik: einerseits als ein Instrument zur reflexiven Beschreibung, andererseits ein überwältigender Etikettierungsapparat, der zur Konstruktion immer neuer Kategorien wie Klasse, Herkunft oder Rasse beitrug.⁴⁵ Die Statistik kam dem Bedürfnis moderner Gesellschaften nach Selbstbeobachtung entgegen und eignete sich ausgezeichnet für eine sanfte Beherrschung und Disziplinierung der Bevölkerung. „Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert des Zählens und Messens“, so Jürgen Osterhammel. „Erst jetzt steigerte sich die Idee der Aufklärung, die Welt vollständig beschreiben und taxonomisch ordnen zu können, zum Glauben an die wahrheiterschließende Kraft der Zahl.“⁴⁶

Im Jahre 1905 eröffneten die Reformer in New York mit Hilfe der *Citizens' Union* ein *Bureau of City Betterment*,⁴⁷ das Daten sammelte, um Missstände in der Stadt zu bekämpfen. Die Mitarbeiter des Büros, zu denen führende Sozialwissenschaftler und einflussreiche Journalisten gehörten, verfolgten mit der Institution „the idea of economical government – government based on honest bookkeeping“, wie es eine Zeitgenossin beschrieb.⁴⁸ Zu ihrem wohltätigen und wissenschaftlich-reformistischen Programm gehörte auch der Kampf gegen Analphabetismus, der sich freilich bald als Kampf gegen Analphabeten entpuppte. Die Forschung ist sich einig, dass die dramatische Abnahme der Wahlbeteiligung um die Jahrhundertwende auch auf die Bemühungen der Reformer um eine *pure ballot box*, die von analphabetischen Unterschichten rein gehalten werden sollte, zurückzuführen ist. Der *literacy test* hatte eine lange Tradition in den USA und wurde schon in der ersten Jahrhunderthälfte vielfach genutzt,⁴⁹ doch konnte er sich erst in den 1890er Jahren in größerem Ausmaß durchsetzen. Die Bemühungen der Reformer gingen hier Hand in Hand mit denen weißer Südstaatler, für die der Test ein wichtiges Instrument für die Exklusion schwarze Wähler war.⁵⁰ Auch die Einführung des *Australian Ballot*, also der geheimen Wahl mit Urne, Wahlkabine und einheitlichem, offiziellen

44 R. Dahrendorf, *Die angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika*, München 1963; vgl. dazu auch J. Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 57.

45 Vgl. ebd., S. 57–62; K. Levitan, *A Cultural History of the British Census. Envisioning the Multitude in the Nineteenth Century*, New York 2011; M. Bulmer u.a., *The social survey in historical perspective*, Cambridge 1991; Poo-vey, Mary: *History of the Modern Fact. Problems of Knowledge in the Sciences of Wealth and Society*. Chicago 1998; M. Foucault, *Security, Territory, Population. Lectures at the Collège De France*, New York 2003, S. 280; ders., *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a. M. 1977, S. 167, 169.

46 Osterhammel, *Verwandlung* (Anm. 43), S. 62.

47 Später genannt „Bureau of Municipal Research“, Recchiuti, *Social Science* (Anm. 5), S. 103 f.

48 Frances Perkins, zitiert nach ebd., S. 103.

49 Keyssar, *Right to Vote* (Anm. 30), S. 86 f.

50 Vgl. zur partiellen Übereinstimmung von Reformern und Rassisten Goldfield, *America Aflame* (Anm. 6), S. 12.

Stimmzettel, gehört zu diesen exklusorischen Anstrengungen.⁵¹ Der Ausschluss der Ungebildeten passte in die nationale Agenda Washingtons. Im Jahr 1917 wurde ein Lesetest für Einwanderer auf Bundesebene durchgesetzt.⁵² New York führt 1922 nach intensiver Lobbyarbeit der Reformer für die Wahlregistratur wieder einen *literacy test* ein.⁵³ Bis in die 1960er Jahren forderten auch viele andere US-Staaten Lesekenntnissen von den Wählern.⁵⁴

In Berlin nahm das *Königlich Preußische Statistische Bureau* bereits 1805 seine Arbeit auf.⁵⁵ Einer der führenden Statistiker seiner Zeit, Ernst Engel, übernahm 1860 das *Bureau* und arbeitete an der Idee, dass die Bevölkerung mit Hilfe der Statistik gewissermaßen perfektioniert werden könnte.⁵⁶ Immer wieder lieferte das *Bureau* auch ausführliches Material für Wahlergebnisse, Berechnungen möglicher Ergebnisse (im Sinne der Regierung) oder für die Optimierung des Wahlrechts. Insbesondere das 1849 eingeführte preußische Dreiklassenwahlrecht bot für die Statistik ein weites Arbeitsfeld und eine Vielfalt an Erfassungs- und Informations- und Übersichtsmöglichkeiten. Jede moderne Wahl bringt Aktenberge an Tabellen und Berechnungen zur Wahrheitsfindung hervor, doch das Dreiklassenwahlrecht toppte diese Möglichkeiten. Zwar klagten gerade Konservative nicht nur über die Allgemeinheit des Wahlrechts, die sie als zu modern und anstößig empfanden, sondern auch über das „plutokratische“ Element, das dem wahren Adel zu wenig Geltung verschaffe.⁵⁷ Doch die Verwaltung ließ es sich nicht nehmen, die Untertanen nicht nur in Wahlberechtigte und Nichtwahlberechtigte einzuteilen, sondern auch in Reiche, Mittelreiche und Arme.⁵⁸ Freilich bot das preußische Wahlrecht, wie sich zeigen wird, jenseits der Statistik und Registratur noch ganz andere Möglichkeiten der Disziplinierung und Überwachung, da es die offene Stimmabgabe erforderte. Aber in einem Punkte befanden sich die Preußen klar im Rückstand: Während in den USA die Registratur teilweise in 33 Spalten Informationen von den Bürgern erforderte – darunter „Number on ballot delivered to Voter“, „Citizen by Marriage in U. S. (years)“, „Year of last vote or registration“, „number of room or floor occupied by voter“⁵⁹ – konnten die

51 H. Buchstein, Geheime Abstimmung und Demokratiebewegung. Die politischen Ziele der Reformbewegung für das „Australian Ballot“ in den USA, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (2000), S. 48–75.

52 Tindall/Shi, *America* (Anm. 10), S. 628.

53 NYPL (Anm. 33), Albert S. Bard Papers, 1896–1959, Box 67, Folder 15. Vgl. auch die Informationen auf http://www.law.cornell.edu/supct/html/historics/USSC_CR_0384_0641_ZO.html. Im Prozess *Katzenbach vs. Morgan* (1966) wird deutlich, dass noch in den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts Analphabeten in den USA von der Wahl ausgeschlossen wurden.

54 *Katzenbach v. Morgan*, in: Wikipedia, 9.5.2012, 13:57 UTC (Abruf 27.11.2012), http://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Katzenbach_v._Morgan&oldid=491597800.

55 R. Böckh, Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des Preußischen Staates, Berlin 1863.

56 E. Blenck, Engel, Christian Lorenz Ernst, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 48, Leipzig 1904, S. 363–369.

57 Rede des Justiz-Raths Wagener, gehalten in der zweiten General-Versammlung des Central-Comité's für conservative Wahlen am 7.11.1861, GStA (Anm. 1), VI. HA, NI Boetticher, K., S. 31; Moltke im Abgeordnetenhaus, 18. Sitzung, 10.2.1910, S. 1422f.

58 Vgl. etwa die statistischen Unterlagen zu den Parlamentswahlen in GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 3226, Nr. 3230 sowie Nr. 3249; I. HA, Rep. 169 C 80, Nr. 28; XVI. HA, Rep. 30, 583.

59 Instructions in Registration Book, 1924, MANYC (Anm. 14); booklet „Jerome Nominators“, 1905, NYPL (Anm. 33), Albert S. Bard Papers, 1896–1959.

Preußen nur 20 Spalten aufbieten, in denen sie Details über die Person und seine steuerlichen Verhältnisse verlangten.⁶⁰

Die Wissenschaftsdiskurse bezogen sich ganz im Geiste der Zeit auch auf die Hygiene und Sauberkeit. Und so erkannten die Reformen der *Progressive Era* auch im Wahllokal ein Betätigungsfeld. In den 1880er Jahren fand noch ein Großteil der Wahlen in New York City in der von Männern dominierte Welt der „Saloons“ statt, wo die Handlanger der *political machines* die Urnen – so der gewiss nicht ganz realitätsferne Verdacht der Reformen – mit falschen Stimmzetteln anfüllen oder sich Fälschungen in der Registratur leichter verbergen ließen.⁶¹ „Saloon“ aber war für die Reformen nahezu der Inbegriff des Bösen: In einer Karikatur von 1869 wird eine als „Saloon“ beschriftete Krake mit Tentakeln versehen, die als Glücksspiel, Prostitution, Korruption und Gesetzesmissachtung bezeichnet sind; das Untier wird von einer Faust mit dem Schriftzug „Prohibition“ bedroht, die ein als „Vote“ bezeichnetes Messer in der Hand hält.⁶² 1893 gipfelte die Prohibitionsbewegung in der Gründung der „Anti-Saloon-Liga“. Da die Oberschichten den politischen Raum zurückerobern wollten, kümmerten sie sich auch um die Wahllokale.⁶³ Wichtig erschien ihnen zunächst deren Ausleuchtung, Kerzen reichten dafür nicht aus, es musste moderne Gasbeleuchtung sein.⁶⁴ Dietmar Kammerer hat in einer inspirierenden Studie darauf aufmerksam gemacht, wie eng die Geschichte der Straßenlaternen und Ausleuchtung mit der Geschichte der Überwachung zusammenhängt.⁶⁵ Tatsächlich gelang es den Reformern auch in dieser Hinsicht ein Umdenken herbeizuführen. Seit der Jahrhundertwende, als es nicht zuletzt mit Hilfe des republikanischen Bürgermeisters gelungen war, reformerische Projekte in New York City umzusetzen, sorgten die offiziellen Stellen für Wahllokale, die gut ausgeleuchtet waren, geräumig, sauber und für die Wähler leicht zugänglich; „Saloons“ dienten nun kaum noch für Abstimmungen.⁶⁶ Die Polizei musste die Wahllokale im Vorfeld überprüfen und sicherstellen, dass sie „fitted up, swept, heated, properly lighted“ waren.⁶⁷ Auch die alte Forderung der Reformen,

60 Ausschnitt aus Ostdeutsche Presse, Bromberg, 8.4.1808, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 580, 1908.

61 Tindall/Shi, *America* (Anm. 10), S. 630.

62 Vgl. Welskopp, *Ernüchterung* (Anm. 8), S. 34.

63 Vgl. zu den Reichen in New York City und ihre Haltung zum Wahlrecht S. Beckert, *Democracy and its Discontents: Contesting Suffrage Rights in Gilded Age New York*, in: *Past & Present*, 174 (2002), S. 114–155.

64 Davenport, *Election* (Anm. 33), S. 71.

65 D. Kammerer, *Bilder der Überwachung*, Frankfurt a. M. 2008.

66 Voorhis, Board of Elections of the City of New York, to McClellan, 20.10.1904, MANYC (Anm. 14), Office of the Mayor, McClellan, George B. Administration, Box 27, Folder 28, Board of Elections 1904; Board of Elections to Mayor Gaynor, 8.2.1910 + President John T. Dooling to Gaynor, Mayor, 6.10.1910, beide Akten, MANYC (Anm. 14), Office of the Mayor, Gaynor, William J. Administration, Box 21, Folder 190, Board of Elections 1910; Secretary, Board of elections, to Mr. Quinn, Brooklyn, NY, 6.10.1914, MANYC (Anm. 14), NYC Office of the Mayor, Mitchel, John P. Administration, Box 25, Folder 263, Board of Election 1914; President Boyle, Board of Elections, to S. L. Martin, Executive Secretary, Mayor's Office, NY City, 12.10.1917, MANYC (Anm. 14), NYC Office of the Mayor Mitchel, John P. Administration, Box 25, Folder 266, Board of Election 1917; vgl. auch *Political Leaders Seek no Reforms*, in: *New York Times* 2.6.1915; *Wallstein Praises Board of Elections*, in: ebd., 5.6.1915.

67 Police Department of the City of New York, 300 Mulberry Street, 29.10.1906, NYPL (Anm. 33), Albert S. Bard Papers, 1896–1959, Box 66, Folder 1; „Wallstein“ (Anm. 65); vgl. die Auflistung der Wahllokale in *Election Notice*, in: *New York Tribune*, 5.11.1912; vgl. auch *Inspectors of Elections to Board of Election*, o. D. (ca. Nov 1910), MANYC (Anm. 14), Office of the Mayor, Gaynor, William J. Administration, Box 21, Folder 190, Board of Elections 1910.

öffentliche Gebäude wie Schulen oder Rathäuser als Wahllokal zu nutzen,⁶⁸ wurde nach langen Querelen 1916 umgesetzt.⁶⁹ „The use of public buildings, with plenty of space, light, and air, and with an atmosphere of respectability“, so Jahre später der Politologe und Wahlpraktiker Joseph P. Harris, „tends to reduce the rowdyism which sometimes prevails at the polls. The use of basement rooms in apartments, of small shops, and contested quarters tends to facilitate frauds.“⁷⁰ 1916 fanden die Primaries ausschließlich in Schulen und öffentlichen Gebäuden statt. Der Vorsitzende des *Board of Elections* bezeichnete die Neuerung als „complete success and [it] contributed in no small way to the [...] most wholesome developments of electoral practices in this City.“⁷¹ Ein Jahr später schwärmte das *Board of Elections* über die Nutzung der öffentlichen Gebäude: „the atmosphere and surroundings [...] cannot fail to have a very wholesome effect upon those who go there to register and cast their votes.“⁷² Um den Wahlakt perfekt zu machen, warben zahlreiche Reformer für Wahlmaschinen. Diese komplexen Automaten mussten auf viele Bevölkerungsschichten abschreckend wirken; ihren Befürwortern aber erschienen sie als Garanten für „purity of the ballot box“ (vgl. Abbildung 1).⁷³

Das Wahllokal präsentierte im Kleinen das reformerische Ideal vom richtigen Leben: eine hygienische, standardisierte, lichte, korruptionsfreie, wissenschaftlich legitimierte Welt. Anders als der Saloon gehörten die öffentlichen Gebäude nicht in das Ambiente des einfachen Volkes; es wird manch einen armen Neueinwanderer eine ebensolche Überwindung gekostet haben, das Schulhaus zu betreten, wie einen wohlhabenden Wallstreet-Mann eine dreckige Spelunke. Vermutlich trug auch das Wahllokal dazu bei, dass die Wahlbeteiligung sank und die unteren Schichten der Urne zunehmend fern blieben.

68 President Boyle, Board of Elections, to S. L. Martin, Executive Secretary, Mayor's Office, NY City, 12.10.1917, MANYC (Anm. 14), NYC Office of the Mayor Mitchel, John P. Administration, Box 25, Folder 266, Board of Election 1917; President Dooling, Election Board of the City of New York, to Miss Lillian D. Wald, New York City, 8.10.1910, MANYC (Anm. 14), Office of the Mayor, Gaynor, William J. Administration, Box 21, Folder 190, Board of Elections 1910; Board of Elections annual report for the year 1915, MANYC (Anm. 14), NYC Office of the Mayor Mitchel, John P. Administration, Box 25, Folder 265, Board of Election 1916; Folder 264, Board of Election 1915.

69 Election Law State of New York, Amendment of 1916, http://www21.us.archive.org/stream/electionlawstat00of-figoog/electionlawstat00of-figoog_djvu.txt; vgl. zu dem Gesetz auch Commissioner Board of Elections of the City of New York, Edward F. Boyle, an E. H. Anderson, Public Library, 476 5th Ave, 28.5.1915, Edwin Hatfield Anderson records, NYPL (Anm. 33), Central Administration, Director's Office, Box 12, Folder 24: Board of Elections.

70 J. P. Harris, *Election Administration in the United States*. Washington 1934, S. 320.

71 President Boyle, Board of Elections, to Hon. William Williams, Commissioner, Dep. of Water supply, Gas & Electricity, Municipal Building, Manhattan, N. Y. City, 11.4.1916, NYC Office of the Mayor Mitchel, John P. Administration, Box 25, Folder 265, Board of Election 1916, MANYC (Anm. 14).

72 Zitiert in Board of Elections Reports in Favor of Their Use in Primaries, in: *Evening Post*, 17.1.1916, NYPL (Anm. 33), Albert S. Bard Papers, 1896–1959.

73 Vgl. Unterlagen in MANYC (Anm. 14), Office of the Mayor, Gaynor, William J. Administration, Box 21, Folder 190, Board of Elections 1910; Unterlagen der Honest Ballot Association. *Ballot Reform, 1899–1912*, NYPL (Anm. 33), Albert S. Bard Papers, 1896–1959, Box 62, Folder 3.

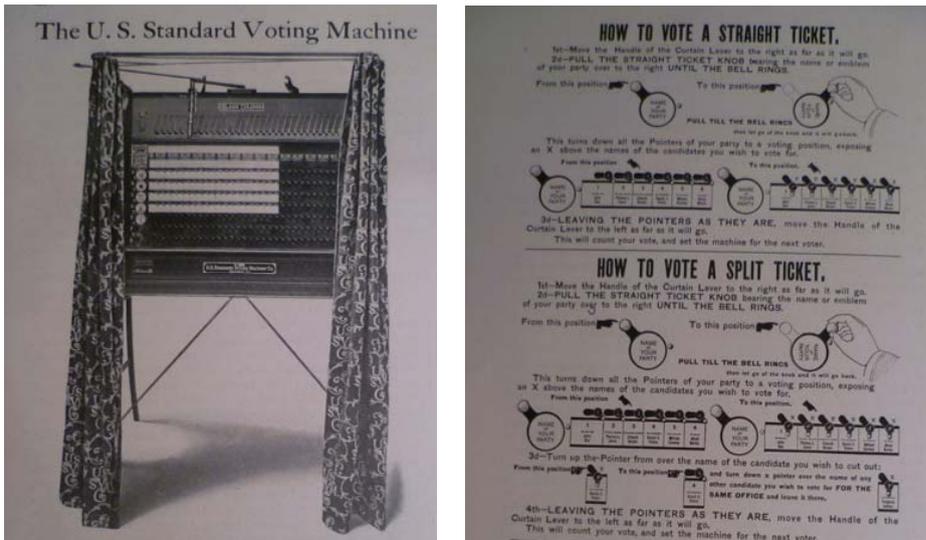


Abbildung 1: Die Maschine als Garant für „purity of the ballot“. Broschüre für „U.S. Standard Voting Machine“, mit Bedienungsanleitung für die Wahlmaschine (Ausschnitt), ca. 1904.⁷⁴

Der Wahlakt als Gesinnungstest I: Preußen

Die bisher genannten Techniken der Exklusion und Disziplinierung sind indirekt und durch die Wahltechnik bestimmt. Fast zeugen sie von einer Scham der Herrschenden, die die Ausgrenzung nicht offen ansprechen wollten. Doch der Wahlakt selbst konnte auch ganz explizit Bevölkerungsgruppen ausgrenzen. Das soll beispielhaft in diesem und dem folgenden Abschnitt gezeigt werden.

Die Wahlen erst brachten es zutage: Der Bromberger Stadtkämmerer Roman Pajzderski hegte antideutsche Gefühle. Bisher hatte er sich politisch unauffällig verhalten; bei den Kommunalwahlen 1904 jedoch weigerte er sich, überhaupt zum Wahllokal zu gehen. Dabei hatte ihm der Bürgermeister vor der Wahl nicht nur den Polizeisergeanten ins Haus geschickt, um ihm die Aufforderung zur Wahl unmissverständlich zu machen, sondern ihm ein zweites Mal mitteilen lassen, er müsse auf jeden Fall zur Wahl erscheinen – allerdings dürfe er wählen, wen er wolle. Man müsse, so der zuständige Landrat in einem Bericht an den Regierungspräsidenten in Bromberg, „im vorliegenden Falle annehmen, dass der Grund seines Nichterscheinens nur der war, einem Deutschen seine Stimme vorzuenthalten.“⁷⁵ Nicht nur der Landrat, auch das Bromberger Tageblatt berichtete

74 NYPL (Anm. 33), Albert S. Bard Papers, Box 65.

75 Landrat des Kreises Wirsitz an Regierungs-Präsidenten in Bromberg, 29.11.1904, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 700, 1901–1911.

über den entlarvten Beamten: „Sehr auffallend war es, dass sich ein städtischer Beamter an der Wahl nicht beteiligte; man nimmt an deshalb, weil zwei deutsche Kandidaten aufgestellt waren und er beiden nicht die Stimme geben wollte.“⁷⁶ Da Pajzderski ein Beamter war, durften die Behörden davon ausgehen, er wisse von der „selbstverständlichen Pflicht“ eines Beamten, „nur deutsch“ zu wählen, wie es anlässlich der im Jahr zuvor stattgefundenen Preußischen Abgeordnetenwahlen in der regierungstreuen deutschen Presse geheißen hatte.⁷⁷ Behörden und Presse gelang es mit Hilfe des Wahlaktes Abtrünnige zu identifizieren und anzuprangern.

Die „Zeitungsberichte“, die von den Regierungspräsidenten aus allen Provinzen vierteljährlich für die Zentralregierung in Berlin verfasst wurden, hatten im Allgemeinen unter der angeforderten Rubrik „Öffentlichen Stimmung“ nicht viel zu vermelden, außer der gehorsamen Abhaltung von Kaisers Geburtstag, Erinnerungsprozessionen an die Befreiungskriege und später den Sedanfeiern. Dank der Wahlen aber musste die „Stimmung“ dann doch immer wieder konkret benannt werden. Hieß es etwa aus Pommern mit freundlich nichtssagender Regelmäßigkeit, die Stimmung sei „nach wie vor durchaus zuversichtlich und königstreu“⁷⁸ und jede regierungsfeindliche Strömung „findet keinen Wiederhall in den Herzen der treuen Pommern“,⁷⁹ so mussten die Regierungspräsidenten der Wahlen wegen Missstände bekennen und sich dazu erklären: „Auch in dem diesseitigen Bezirk trat eine gewisse Erregung“ zutage, ein Kandidat der „Fortschrittspartei“ sei gewählt worden oder gar – seit den 1890er Jahren – die sozialdemokratischen Stimmen nähmen zu.⁸⁰ Wie heute noch zeigten schon damals die bunt gefärbten politischen Landkarten mit den Wahlergebnissen an, was von der Bevölkerung – scheinbar ganz objektiv – zu halten sei und vermittelten selbst gegenüber den entlegensten Kreisen ein Gefühl der Durchherrschaft und Übersicht.

Doch wie nützlich die allgemeinen Wahlen als Herrschaftsmittel waren, entfaltete sich erst Dank der Allgemeinheit der Wahlen, die auf das Individuum und sein individuelles Bekenntnis zielten. Land um Land, Kreis um Kreis, Straße um Straße, Haus um Haus, Mann um Mann wurden mit jeder Wahl erfasst und einer Prüfung unterzogen.⁸¹ Bismarck war einer der ersten, der das erkannte, und unerbittlich Abweichler unter den Beamten bestrafte oder – wenn es ihm nötig erschien – entließ. Zwar war die rechtliche Lage unklar (denn immerhin galt die Wahlfreiheit auch für Beamte und auch Beamte

76 Ausschnitt aus Bromberger Tageblatt, 13.11.1904, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, 575, Bd. 2.

77 Ausschnitt aus Bromberger Tageblatt, 15.6.1904 (Über die Wahlprüfung im Wahlkreis Wahlkreise Mogilno-Znin-Wongrowitz), in: GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, 575, Bd. 2.

78 Vgl. etwa die Zeitungsberichte 1889–1918, GStA (Anm. 1), I. HA Rep. 90A, 3906; I. HA Rep. 89, 16081, Nr. 32; I. HA Rep. 89, 16005.

79 Zeitungsbericht, Regierungspräsident, Köslin, 18.11.1981, GStA (Anm. 1), I. HA Rep. 89, 16005.

80 Zeitungsbericht, Regierungspräsident, Köslin, 24.11.1882, ebd.; Zeitungsbericht, Stralsund, 26.11.1881, GStA (Anm. 1), I. HA Rep. 89, 16081, Nr. 32; Immediatzeitungsbericht, Regierungspräsident Stralsund, Eingangsstempel: 29.8.1893, GStA (Anm. 1), I. HA Rep. 90A, 3906.

81 Vgl. dazu die regierungstreuen Rathschläge für die conservative Wahl-Agitation in Stadt und Land vom Vorstand des Preußischen Volks-Vereins, GStA (Anm. 1), VI. HA NI. Zitelmann, K., Nr. 93, Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst 1863, S. 2.

hatten *de jure* keine Wahlpflicht), doch wurde das erst nach Bismarcks Regentschaft als ein Problem aufgefasst. Der Fürst befahl seinen Ministern, Listen anlegen zu lassen, in denen das Wahlverhalten der Beamten festgehalten und kategorisiert wurde.⁸² Als sich viele Beamte auf ihr Recht des Nichtwählens zurückzogen um einer Bestrafung zu entgehen, galt die Nichtwahl zunehmend als ebensolcher Beweis übler Gesinnung wie die Wahl einer „oppositionellen“ Partei.

Die Überwachung beschränkte sich keineswegs auf die öffentlichen Landtagswahlen in Preußen. Auch bei den geheimen Reichstagswahlen gelang es Bismarck, oppositionelle Haltungen aufzudecken und zu strafen. Ein Agent der königlichen Bank in Wehlau beispielsweise, der 1867 bei den Wahlen zum Norddeutschen Bund für die Freisinnigen Partei ergriff, sollte nach Bismarcks Wunsch aufgrund seiner „feindlichen“ Haltung sofort entlassen werden. Doch er genoss Schutz von Seiten seiner Vorgesetzten, die nur zögerlicher reagierten, die Sache stillschweigend auf sich beruhen lassen wollten und, als Bismarck nicht nachgab, allerhand Gründe ins Feld führten, warum der Bankbeamte nicht vor die Tür gesetzt werden könne. Bismarcks aber hakte immer wieder nach, bestand auf der Bestrafung und erkundigte sich zuletzt im Sommer 1868, ob und mit wem die Stelle des Bankangestellten *neu* besetzt worden sei; erst als er auch den Nachfolger genannt bekam und damit der Exekution der Strafe gewiss sein konnte, war die Sache für ihn erledigt.⁸³ In Bromberg wiederum wollten die Konservativen die Liberalen zwingen, dezidiert „deutsch“ zu wählen. Dafür musste in der Stichwahl der konservative Kandidat gegen den polnischen Antreten. Um diese Inszenierung zu ermöglichen, wählte ein Großteil der Konservativen zunächst den polnischen Kandidaten, damit dieser (und nicht der deutsche liberale Kandidat) zusammen „mit dem konservativen in die Stichwahl kommt und die Freisinnigen gezwungen werden, in der Stichwahl für den konservativen einzutreten, wenn sie ihre ‚nationale Gesinnung‘ nicht verleugnen wollen“, wie der Regierungspräsident berichtete.⁸⁴

Auch wenn nach Bismarcks Rücktritt die Schärfe aus der Überwachung des Wahlaktes verschwand, so versuchte die Regierung bis zum Ersten Weltkrieg Wahlen weiterhin als ein Instrument der Disziplinierung aller abweichenden Bevölkerungsgruppen zu nutzen. Sozialdemokraten, Katholiken, Freisinnige, Nichtsesshafte, Arme oder Polen – sie alle wurden mit Hilfe der Wahlen stigmatisiert. Oder umgekehrt: Die Wahlen sollten zur Performanz des idealen Staatsvolks werden, des klug und regierungstreu stimmenden deutschen Mannes. Das gelang insofern, als um 1870 die Wahlergebnisse immer konservativer und sich die Liberalen nach der Reichsgründung als stark geschwächt erwiesen. Freilich zeigten die Sozialdemokraten zunehmend, welches Risiko Wahlen auch in Preußen bedeuteten.

82 Vgl. auch Ist der Beamten-Erlass von 1898 noch in Kraft? in: Tägliche Rundschau, 17.11.09, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 190.

83 Korrespondenz Bismarck 1867/68, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 128.

84 Ober-Präsident der Provinz Posen an Herrn Regierungs-Präsidenten zu Bromberg, Posen, 24.4.1903, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 596, 1903.

Immer wieder ersannen die Behörden neue Listen und Tabellen der Kategorisierung. Ab den achtziger Jahren etwa mussten die Landräte ein „Verzeichniß der Abstimmungen der an der Urwahl beteiligten katholischen Lehrer“ erstellen; 1904 bat der Innenminister um ein „Verzeichniß der in Betracht kommenden Beamten“, die abweichend oder gar nicht gewählt hätten, und der Justizminister lieferte „Verzeichnisse der Justizbeamten, die sich an den Urwahlen nicht beteiligt hätten, und einen Vermerk über ihre Entschuldigungsgründe in besonderer Spalte“; für 1913 finden sich zahlreiche „Verzeichnisse der Beamten, Lehrer, Geistlichen und Ansiedler“.⁸⁵ Denn es missfiel den preußischen Behörden, dass die eigens zur Förderung des Deutschtums in den Osten verpflanzten Ansiedler nicht genug politisches Interesse zeigten und zuweilen die Wahlen versäumten.⁸⁶ In den Verzeichnissen konnten verschiedene Merkmale systematisch erfasst werden. Nicht nur Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung, sondern auch, welche Partei gewählt wurde oder welche Gründe für die Nichtbeteiligung angegeben wurden.⁸⁷ Wichtig waren neben den Tabellen auch die Überwachungsberichte der Landräte, die vor, während und nach einer Wahl in ganz Preußen verfasst und an die höheren Instanzen geschickt wurden (vgl. Abbildung 2).⁸⁸

Lfd. Nr.	Korrek. bezugs. Vermerk.	Zahl der Wahlb. bez.	Zahl der Wahlb. der Wahlb. bez.	Zahl der Wahlb. der Wahlb. bez.	Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen	Zusammenfassung				Zahl der gültigen Stimmen
						deutsch	polnisch	sozialdemokratisch	andere	
Regierungs-Bezirk Posen										
1	Amst. Adelnau 1898		2	752	3295	4	2	4053		
	1903	6657	5	1138	3916		3	5057	+381	
	1907	7127	+470	17	1527	4550	11	7	6092	+381

Abbildung 2: Disziplinierung durch Wahlen. Ausschnitt einer Übersichtstabelle aus einem Überwachungsbericht zu den Wahlen in Posen mit Angaben u.a. zur „Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen“ für „deutsch“, „polnisch“, „sozialdemokratisch“ etc. XVI. HA.Rep.30, Nr.589, Posen, 1907.

85 Regierungspräsident Lindemann an königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulsachen, 4.12.1885, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 2964; Abschrift Sitzungsprotokoll Königliches Staatsministerium, Berlin, 9.1.1904 und 8.6.1904, Punkt 11, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, 306, Bd. 3; Königlicher Landrat an Regierungspräsidenten in Bromberg, Kolmar i.P., 9.6.1913, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 581.

86 Abschrift, Oberpräsident der Provinz Posen Wilamovitz an Minister des Innern, geheiml, Posen, 5.2.1899, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 3248, S. 240; vgl. dazu auch Unterlagen in I. HA, Rep. 151, HB, Nr. 547 und Nr. 548.

87 Vgl. Anordnungen, Tabellen und Korrespondenzen des Regierungspräsidenten und der Landräte in GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 2964; vgl. weitere Unterlagen aus dieser Akte und aus XVI. HA, Rep. 30, Nr. 581.

88 Vgl. etwa die Berichte der Landräte in GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 575, Nr. 581, Nr. 602, Nr. 610, Nr. 2964 etc.

Über den bereits verstorbenen Lehrer Radler in Ludwikowo konnte der Landrat noch postum ermitteln, dass er zwar zwischenzeitlich tot, aber „durch Krankheit an der Teilnahme zur Wahl verhindert“ gewesen sei. Dank der Wahlen gelang es den Behörden, Personen dingfest zu machen, die bisher unverdächtig geblieben waren. So den polnisch wählenden Lehrer Granse im Regierungsbezirk Bromberg 1885,⁸⁹ die nichtdeutsch wählenden Juden im Posener Schwarzenau 1904 und in Hohensalza 1913⁹⁰ oder Lehrer, „welche in ihrem sonstigen Verhalten keinen Anlass zu Vorwürfen bieten und gute Unterrichtsfolge“ erzielten.⁹¹

Die Überwachung hinterließ nicht nur Mahnungen, sondern – je nach Einschätzung des Falles – Einbußen im Gehalt oder schmerzhaftes Versetzung in abgelegene Dörfer.⁹² Zu Entlassungen kam es nach Bismarcks Regentschaft nicht mehr, zu sehr fühlten sich die Behörden dem Rechtsstaat verpflichtet, zu sehr fürchteten sie auch die scharfen Attacken im Abgeordnetenhaus und im Reichstag, wo immer wieder die Praxis der Wahlbeeinflussung gegenüber und durch Beamte beanstandet wurde. Die Anweisungen der Behörden zur Überwachung und Abstrafung der Beamten sind denn auch meistens mit dem Vermerk „geheim!“ versehen.⁹³

Doch auch wenn die Behörden alles taten, um die Wahlen zu einem Gesinnungstest der Regierungs- und Königstreue werden zu lassen, so nutzten ihn doch auch Minderheiten zum heroischen Zeugnis für die gute Sache: die katholische Kirche etwa oder „das polnische Vaterland“. Polen und Katholiken nahmen bewusst ihre Entlassung in Kauf, besuchten die Wahlversammlungen zu Hunderten, obwohl diese von einem der polnischen Sprache mächtigen deutschen Beamten überwacht und genau protokolliert wurden, gingen entgegen dem Befehl des deutschen Gutsherrn wählen, wohl wissend, dass der Herr im Wahllokal als Wahlvorstand fungierte und sie zornig empfangen würde.⁹⁴

Wahlen als Gesinnungstest II: USA

Gewiss war dieser Gebrauch der Wahlen typisch preußisch; die Diskriminierung von Andersdenkenden mithilfe der Wahlen wurde schließlich durch die öffentliche Abstimmung im Dreiklassenwahlrecht befördert. Doch auch in den USA nutzten die Behörden

89 Königliche Kreis-Schul-Inspektion an Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen zu Bromberg, 14.12.1885, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 2964, 18. Dez. 1885 – 21. Aug. 1919.

90 Gnesener General-Anzeiger, 1.12.1904, in: GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 700; Magistrat der Kreisstadt Hohensalza, 20.6.1913, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 581, 1901–1911.

91 Abschrift Wilamovitz (Anm. 85).

92 Vgl. etwa die Unterlagen in GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, 306, Bd. 3.

93 Z. B. Abschrift von Minister des Innern, geheim!, Berlin, 24.4.1904 und weitere Schreiben ebd.; ebenso die Schreiben um 1900 in GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 3248.

94 Zeitungsausschnitt aus einer Posener Zeitung vom 5.3.1903 u. Übersetzung aus dem Polnischen in den Bromberger Regierungsunterlagen, Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 16.1.1912, beide in GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 600, 1903–1907; Schulitz, 17. Januar, in: Bromberger Tageblatt, 18.1.1912, GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 611; zur Diskriminierung der Polen, aber auch der Katholiken und ihrer „oppositionellen“ Wahlentscheidung liegen zahlreiche Akten vor, beispielsweise GStA (Anm. 1), XVI. HA, Rep. 30, Nr. 600, 1903–1907; I. HA Rep. 89, 16006, 1890–1902; I. HA Rep. 89, 16006, 1890–1902.

Wahlen direkt und ungeniert zu Exklusionszwecken. Kaum bekannt ist die Unterdrückung der Mormonen, der *Church of Jesus Christ of Latter-day Saints*, mit Hilfe politischer Wahlen. Der Bürgerkrieg schien die Reformer darin bestätigt zu haben, dass man notfalls mit Gewalt die Wahrheit durchsetzen konnte.⁹⁵ Nicht nur gegen Sklavenhalter gingen sie daher massiv vor (was im merkwürdigen Kontrast zu ihrem Misstrauen gegen schwarze Wähler im Norden stand und zu ihrer Gleichgültigkeit, als den Afroamerikanern im Süden nach und nach die Rechte wieder genommen wurden). In den fernen Wüsten von Utah nahmen Reformer die in ihren Augen falsche Form von Sex ins Visier. Die politische Elite empfand die Polygamie als „chronic rebellion against the law and authority of this great nation“.⁹⁶ 1882 wurde vom Kongress ein Gesetz gegen Polygamie erlassen.⁹⁷ Im Zentrum des *Edmunds Act*, wie das Gesetz genannt wurde, standen Wahlregelungen, und als Disziplinierungsinstrument diente der Ausschluss der Abweichler von den Wahlen.⁹⁸ Zuvor freilich, als die nationalen Ambitionen aus Washington ihre Autorität noch nicht in Frage gestellt hatten, hatten die Führer der Mormonen selbst durch korrumpierende Wahltechniken die Wahlen genutzt, um Nicht-Mormonen vom gesellschaftlichen Leben auszuschließen; hier war der Wahlakt ein reiner Loyalitätsritus gegenüber den Führern der Kirche gewesen.⁹⁹

Zunächst setzte die Regierung in Washington sämtliche gewählten Vertreter im *Utah Territory* ab (das damals noch kein Staat war) und ordnete Neuwahlen an. Ein *Board of Registration and Election*, die sogenannte *Utah Commission*, sorgte für die Durchsetzung des *Edmunds Act*. Die Kommission musste garantieren, dass kein Polygamist das aktive oder das passive Wahlrecht erhielt. „[Elections have to] be secured through a due observance of the restrictions imposed in relation by bigamy and polygamy“, wie es im Bericht der *Commission* hieß.¹⁰⁰ Zudem wurde das Frauenwahlrecht, das entgegen seiner ursprünglichen Intention nicht dazu beitrug, die Polygamie zu schwächen, 1887 von Washington aus abgeschafft.¹⁰¹ Der Kommission gelang es schließlich, auf legalem Wege rund 12.000 Polygamisten von den Wahlen auszuschließen.¹⁰² Mit Hilfe der neu gewählten Exekutive, Legislative und Judikative konnten die Polygamisten nun – auch dies ganz legal – massiv verfolgt werden: Dank des Ausschlusses von den Wahlen waren

95 S. dazu die Überlegungen von Goldfield, *America Aflame* (Anm. 6), S. 1–42.

96 Brief, M. K., 18.3.1881, an James Abram Garfield, President of the US, NARA (Anm. 23), RG 48, Entry 348, M-428/4.

97 Schon 1862 war auf Bundesebene ein Gesetz gegen Polygamie erlassen worden (37th United States Congress, Sess. 2., ch. 126, 12 Stat. 501, aber es wurde nicht geltend gemacht; s. a. E. B. Firmage, *Free Exercise of Religion in Nineteenth Century America: The Mormon Cases*, in: *Journal of Law and Religion*, 7 (1989) 2, S. 281–313, hier S. 287 ff.; K. E. Phipps, *Marriage and Redemption: Mormon Polygamy in the Congressional Imagination, 1862–1887*, in: *Virginia Law Review*, 95 (2009) 2, S. 435–487.

98 R. Bense, *The American Ballot Box in the Mid-Nineteenth Century*. Cambridge (Mass) 2004, S. 281.

99 Ebd., S. 212–216.

100 Report of the Utah Commission, Office of the Utah Commission, Salt Lake City, 31.8.1882, NARA (Anm. 23), R 48, Entry 348.

101 US Code Title 48 & 1461, full text as 24 Stat. 635.

102 Chairman Alex. Ramsey und Henry M. Teller, Office of the Utah Commission, Salt Lake City, 17.11.1882, NARA (Anm. 23), R 48 E348.

die praktizierenden Polygamisten identifiziert und konnten nun zu Hunderten verurteilt und ins Gefängnis gebracht werden. Die Kriminalisierung und politische Entrechtung zwang die *Church of Jesus Christ of Latter-day Saints* in die Knie. 1890 widerrief die Kirchenleitung die Polygamie.¹⁰³

Fazit

In New York wurden die Wahlen über Jahrzehnte systematisch gefälscht, und für die Reformer bestand der Ausweg aus der Misere darin, das Wahlrecht einzuschränken und gegnerische Gruppen von der Wahl abzuhalten. In Utah wurden Andersdenkende mit einem neuen *Act* kurzerhand vom Wahlrecht ausgeschlossen. Und in Preußen fielen die Abstimmungen lange Zeit hinweg nach massivem Druck von oben entsprechend dem Wunsch der Regierung aus. Dank verschiedener Wahltechniken gelang es den Regierenden, oppositionelle oder als feindlich empfundene Gruppierungen entweder wie im Fall der Mormonen vom Wahlvolk auszuschließen oder wie bei den Polen in Preußen am Wahlsieg zu hindern. In allen Beispielen dienten Wahlen dazu, die Nation zu integrieren, das Wahlvolk zu definieren und zu disziplinieren. Dabei sind die Gemeinsamkeiten zwischen dem monarchischen Preußen und dem demokratischen Amerika beachtlich. Die Verantwortlichen in Washington und Berlin empfanden gegen Ende des Jahrhunderts zunehmend kulturelle und soziale Sonderlichkeiten als Störungen in einem sich entwickelnden nationalen Wertekodex. Mormonen mit ihrer Vielweiberei oder verarmte Unterschichten ohne Lesekenntnisse passten ebenso wenig in die nationale Agenda Amerikas wie Sozialdemokraten, Katholiken oder Polen in die Preußens. Dass die nationalen Ideale beider Mächte konfessionell übereinstimmten und beide furios antikatholisch waren, ist bemerkenswert. „The expansion of the white male suffrage occurred alongside the spread of evangelical Protestantism“,¹⁰⁴ wie David Goldfield bemerkte. Die Geschichte dieses Zusammenhanges müsste freilich an anderer Stelle geschrieben werden.

Die Politologen Charles Seymour und Donald Paige Frary aber täuschten sich, als sie in ihrer Weltgeschichte der Wahlen von 1918 die Abstimmungen in Deutschland als eine leere Fassade beschrieben, während sie die USA bereits auf der Ziellinie wahrer gleicher Wahlen angekommen sahen: „With the progress of education the justification for a literacy test is vanishing“, räumten sie für die USA ein, „as it is recognized that disfranchisement for that reason often means the perpetuation of illiteracy“.¹⁰⁵ Über Deutschland, den Gegner im Krieg, schrieben sie: „Many of the smaller states have tended in recent years toward a class system like that of Prussia.“¹⁰⁶ Sie täuschten sich sowohl im Fall

103 Firmage, *Free Exercise* (Anm. 96), S. 290f.

104 Goldfield, *America Aflame* (Anm. 6), S. 5.

105 C. Seymour / D. P. Frary, *How the World Votes. The Story of Democratic Development in Elections*, Bd. 2, Springfield (Mass.) 1918, S. 310f.

106 Ebd., S. 31.

Deutschland¹⁰⁷ als auch im Fall USA; die Übereinstimmungen beider Staaten sind evident und werden sich so ähnlich wahrscheinlich auch für andere westliche Staaten finden lassen. Freilich zeigt ein Vergleich zwischen Deutschland und den USA auch bedeutsame Unterschiede, etwa das in aller Regel korrekte deutsche Wahlverfahren – im Gegensatz zur Gewalttätigkeit, zum teilweise offenen Rechtsbruch in zahlreichen amerikanischen Staaten (wo Schwarze mit Gewalt an der Wahl gehindert wurden oder Wahlurnen mit falschen Stimmzetteln aufgefüllt wurden).¹⁰⁸ Auch zeigte sich die Washingtoner Regierung skrupelloser, wenn es galt, kurzerhand ganze Gruppen wie die Mormonen oder Chinesen auszuschließen. Die Deutschen taten sich schwerer damit, geltendes Recht einfach außer Kraft zu setzen, und ihre weitgehend gesetzeskonforme, bürokratische Bekämpfung von Sozialisten oder Polen stärkte letztendlich den Wahlkampf eben dieser Feinde. In diesem Aufsatz aber interessieren nicht diese Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten. Auch wenn die Intention der Wahlen gewiss die war, die durch die Prozesse der Modernisierung¹⁰⁹ immer gebildeter werdenden, wohlhabenden Bürger in die Herrschaft zu integrieren und ihnen (oftmals als Gegenleistung für die Steuern) eine gewisse Mitbestimmung zu beschern, so erwiesen sich die Wahlen doch in beiden Ländern als ein nützliches Instrument für die Integration der Nation und damit auch für die Disziplinierung und die Exklusion unerwünschter Gruppen.

Damit ist eine These angedeutet, die über diesen Aufsatz hinausführt: Wahlen wurden zu einer der stabilsten Institutionen der westlichen Welt, weil sie mehr und mehr Funktionen erfüllten; nicht zuletzt daher erklärt sich, dass sie bis heute der große Exportschlager des Westens sind. Die Symbolhaftigkeit und Praktikabilität von Wahlen nahm so stark zu, dass im 20. Jahrhundert noch nicht einmal Stalin auf sie verzichten mochte, und inzwischen wird die Institution der politischen Wahlen sogar von der selbstbewussten chinesischen Autokratie demonstrativ anerkannt.

107 Vgl. den Wahlreformüberblick seit der Jahrhundertwende in den einzelnen deutschen Staaten, Minister des Innern an Reichskanzler und Präsidenten des königl. Preuß. Staatsministeriums, Anlage C, 26.6.1915, GStA (Anm. 1), I. HA, Rep. 90 A, Nr. 3238, p. 80f.

108 Vgl. dazu auch die Beiträge von Claudia Gatzka und Benjamin Schröder in diesem Heft.

109 Vgl. zum Begriff der Modernisierung Th. Mergel: Modernisierung, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2011-04-27. URL: <http://www.ieg-ego.eu/mergelt-2011-de> URN: urn:nbn:de:0159-20110201116 [2013-03-20].

Stately Ceremony and Carnival. Voting and Social Pressure in Germany and Britain between the World Wars¹

Benjamin Schröder

RESÜMEE

Die dichte Beschreibung konkreter Wahlpraktiken in Deutschland und Großbritannien zwischen den Weltkriegen zeigt viele Kontinuitäten aus dem 19. Jahrhundert. Während die britische Selbstinszenierung des Gemeinwesens am Wahltag viel von ihrem Volksfestcharakter behielt, waren deutsche Wahlen von mehr Ernsthaftigkeit und Sorge um soziale Hierarchien, von stärkerer Empfindsamkeit gegenüber Regelverletzungen und einem größeren Regulierungsbedarf der Konfliktformen geprägt. Die Mentalitätsunterschiede gehen darauf zurück, dass anders als in Großbritannien vor 1914 freie Wahlen in Deutschland mühsam der Obrigkeit abgetrotzt werden mussten. Einen Epilog fand diese Geschichte im Wahlgeheimnis, das auch nach 1918 nicht überall vollständig gesichert war. Damit lastete bis in die 1930er auf deutschen sehr viel höherer sozialer Druck als auf britischen Wählern.

The 1920s and 1930s saw unprecedented numbers of people going to the poll in Britain and Germany, among them large numbers of young people and women, who voted for the first time. Except for relatively minor changes later in the century, the franchise reforms of 1918 and 1928 produced electorates very similar to the ones of our present day: mass democracy had arrived. How did this affect the meaning of elections? In pursuing this question, the following article will use elections and referenda of national

1 I would like to thank the Fritz Thyssen Stiftung, whose generous grant for the project 'Wahlkampf als demokratische Alltagskultur – Studien zur politischen Kommunikation im 20. Jahrhundert' made possible the research for this article.

significance to have a close look at how the act of voting was performed within concrete local contexts, based on a variety of locally and centrally produced sources. I assume that social practices are imbued with meaning, and that we can learn about that meaning if we carefully read them much as we would read a text.² This approach, requiring a focus on individual voting acts, is not free from methodological problems, particularly in the context of mass suffrage. With millions of electors casting their ballots, what significance can the detailed study of a necessarily rather small number of voting acts have? This problem is far too complex to be resolved here in any simple fashion,³ but I would like to suggest that, bearing it in mind, we can use single incidents to construct a wider panorama of what voting in Germany and Britain would have been like between the World Wars, allowing more general conclusions to be drawn.

The plan for this is to explore the scenery of typical polling days and then follow electors into the polling stations where they cast their ballots, discussing how the contexts in which voting took place bore on the act itself. However, as parliamentary elections were hardly a new thing in the interwar years, we will begin at the beginning and first have a look at how earlier traditions shaped the electoral scene after the Great War – a theme that runs through all of what follows. As these traditions went further back in Britain than in Germany, it seems a suitable place to start there.

Traditions

In the old days, elections to the House of Commons were an occasion for public festivity. Polling stretched over several days that were marked by colourful processions to the public nomination of candidates, crowds booing and cheering at the candidate's speeches, and voters parading to the central polling place, intimidated or encouraged by their non-enfranchised fellow townspeople who scrutinized how the few would cast their votes in public. When polling was over and the winner declared, the election climaxed in the chairing of the victorious member: a lengthy procession was formed, once again, and in a festive atmosphere the constituency's new representative was carried through the streets.⁴ Over the course of the nineteenth century, these highly ritualized practices were reshaped considerably, as the franchise was extended successively, the duration of polling eventually restricted to one day, public nominations abolished, a secret ballot introduced, and legislation against disorder and bribery enacted. Some historians have

2 On my methodology see also the more extensive introduction to this volume. My approach is similar to F. O'Gorman, *Campaign Rituals and Ceremonies. The Social Meaning of Elections in England 1780–1860*, in: *Past & Present*, 135 (1992), pp. 79–115 and theoretically inspired mostly by C. Geertz, *The Interpretation of Cultures. Selected Essays*, New York 1973.

3 P. Mandler, *The Problem with Cultural History*, in: *Cultural and Social History*, 1 (2004), pp. 94–117.

4 This is of course only a very rough sketch. For the full picture see F. O'Gorman, *Voters, Patrons, and Parties. The Unreformed Electoral System of Hanoverian England 1734–1832*, Oxford 1989, pp. 126–41; id., *Campaign Rituals* (n. 2); J. Vernon, *Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867*, Cambridge 1993, pp. 80–102.

therefore argued that ‘the old electoral culture’ was gone by the 1880s, but this view obscures how persistently these traditions continued to shape British elections in the early twentieth century and even beyond.⁵

This was evident, for example, in the declarations, which were still high-profile ceremonies drawing large numbers of people in the 1920s and 1930s. Huge crowds turned up to wait for the results in front of the town hall, the guildhall, the corn exchange, or some other building central to the civic landscape of the community.⁶ We know from an observer describing a series of by-elections in the mid-1920s that there was always ‘a great deal of hubbub’ at such occasions. Sections of the crowd chanted ‘The Red Flag’ and ‘God Save the King’ in rivalry, and the returning officer making the declaration from a balcony or some other high position had to repeat his words over and over again, as shouting, cheering, clapping of hands and ‘noises of every description’ drowned out everything he said. Likewise the candidates, exhausted from a campaign of public speaking, faced one last time the strain on their lungs and vocal chords when they made their declaration speeches.⁷ Towards the end of the interwar period, technological developments came to their aid: loudspeakers ensured that more people than ever before could actually hear the announcements of the results and the candidates’ speeches. On the other hand, public address technology could also create a larger distance between electors and elected as the latter were now able to speak from the inside of a building.⁸

After the declaration, some candidates were still chaired, though by this time the term ‘chairing’ in the newspapers probably referred to being carried on the shoulders of supporters without an actual chair being used.⁹ This is what regularly happened in the ancient constituencies of Cambridge and Cambridgeshire during the 1920s. At a by-election for the borough seat in 1922 even one of the losers, the Labour candidate Hugh Dalton, was lifted on the shoulders of two of his supporters and carried around the market place, accompanied by cheers and the singing of ‘For he’s a jolly good fellow’. Fortunately, the men were sober, Dalton confided to his diary, because many of his supporters had been drinking. When his rival, the local landowner Douglas Newton, emerged from the Guildhall, a group of them beleaguered him, booing, hissing, and

5 O’Gorman, *Campaign Rituals* (n. 2); more recently id., *The Secret Ballot in Nineteenth-Century Britain*, in: R. Bertrand et al. (eds.), *Cultures of Voting. The Hidden History of the Secret Ballot*, London, Paris 2007, pp. 16–42, esp. pp. 36–41; cf. M. Crook/T. Crook, *The Advent of the Secret Ballot in Britain and France, 1789–1914: From Public Assembly to Private Compartment*, in: *History*, 92 (2007) 308, pp. 449–71, here pp. 465–7, and also the reading proposed by Vernon, *Politics* (n. 4). Contrast J. Lawrence, *Electing our Masters. The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair*, New York 2009, esp. pp. 49–50, 229–35.

6 On the significance of these places see Vernon, *Politics* (n. 4), pp. 49–55.

7 L.-C. Lo, *The Conduct of Parliamentary Elections in England*. PhD Diss, Columbia University, New York 1928, pp. 63–4. Large numbers in 1930s: *Sheffield’s Seven National Conservatives*, in: *Sheffield Daily Telegraph*, 28 Oct 1931; *Election Victory Scenes*, in: *Cambridge Chronicle*, 14 Feb 1934.

8 In Sheffield amplification was used in 1931: *How Sheffield Heard*, in: *Sheffield Daily Independent*, 28 Oct 1931; a photo of this is in: *Yorkshire Telegraph and Star*, 28 Oct 1931. Megaphones were used earlier both in Sheffield (*Sheffield Daily Telegraph*, 31 May 1929) and in Cambridge (*How Cambridge “Electioneered” on Polling and Declaration Days*, in: *Cambridge Chronicle*, 23 Mar 1922).

9 This had been the practice in constituencies newly enfranchised in 1867: O’Gorman, *Campaign Rituals* (n. 2), p. 114.

shaking their fists. Newton had his own supporters around, though, and despite police protection a group of them were able to seize him and raise him on their shoulders to celebrate victory before he reached ‘the haven of the Conservative Club’.¹⁰ Contrary to what they used to be in the old days, these were hardly carefully arranged processions. Chairings in the interwar years were of a much more spontaneous nature, and the police as well as many candidates were anxious to prevent them, for they were, in the words of Neville Chamberlain, ‘a most dangerous proceeding’.¹¹ Nevertheless, when they occurred, they still brought the candidate into very close contact with ‘the people’, and even if they merely loomed over candidates as a possibility, they highlighted the dependence of the leader on the led.¹²

The endurance of these practices suggests that elements of interwar electoral culture would still have been recognisable from an early nineteenth century viewpoint. One reason for this is an underlying continuity that British historiography often takes for granted, but which stands out in stark contrast if we look at the distinctly deeper caesura and changes to the electoral system that Germans experienced (or many other Europeans, for that matter). Following the collapse of the German war effort in 1918, revolution brought not only universal suffrage but also the abolition of the monarchy and the creation, for the first time ever, of a parliamentary democracy based on proportional representation. In comparison, even the tripling of the electorate in Britain in the same year appears a minute change indeed, for the framework of elections remained essentially the same. As was the case before and still is today, British elections in the 1920s and 1930s continued to centre on individual candidates campaigning against each other in constituencies of modest size, to be elected by a relative majority. True enough, electoral culture had been transformed considerably to accommodate for changes in mentality, changes to the electoral system and the availability of technology, as one might well expect. Certainly, much of the interaction between politicians and constituents had become more distanced, as perhaps was inevitable with the manifold multiplication of the electorate and indeed the population since the late eighteenth century. But most importantly, a sense of festivity had survived and continued to make for a carnivalesque atmosphere that hinted at a temporary inversion of the social hierarchy, which had been a prominent feature of the old election rituals.¹³ This was evident in the declaration ceremonies, when constituents took the licence to shout at local magnates, but also more generally throughout polling day. Before we have a look at that on an exploratory tour of a constituency, however, we need to have a short comparative glance at German traditions of voting before the Weimar years.

10 Sir Douglas Newton M.P., in: Cambridge Daily News, 17 Mar 1922; How Cambridge “Electioneered” (n. 8); Hugh Dalton Diary, London School of Economics Archives, DALTON/1/4, p. 212. Parts of the account are missing from the published version: H. Dalton, *Call Back Yesterday. Memoirs 1887–1931*, London 1953, pp. 134–5.

11 Letter to his sister Ida, 11 Nov 1923, R. Self (ed.), *The Neville Chamberlain Diary Letters*, Aldershot *et al.* 2000, vol. II, p. 193; cf. ‘Wild Declaration Scenes’, *Manchester Guardian*, 20 Mar 1931.

12 Emphasized by Vernon, *Politics* (n. 4), pp. 96–8.

13 O’Gorman, *Campaign Rituals* (n. 2), esp. pp. 84–5, 108–9; Vernon, *Politics* (n. 4), pp. 85–6, 93.

This is a more difficult subject, simply because we do not know as much about nineteenth century electoral culture in Germany. In particular, our knowledge of practices under the constitutional systems emerging from 1815 onwards is patchy at best. Comprehensive studies that focus on elections using a cultural approach exist only for later years of the nineteenth century when voting became a more regular institution involving larger proportions of the people. From the impressions these works convey, parliamentary elections were a rather more solemn business in Germany, in a quite literal sense. The contemporary expression ‘election business’ (*Wahlgeschäft*) reveals that there was an air of sobriety to polling, which has prompted the remark that German electors went to the polling station as if making a ‘visit to the post office’ – though this simile does not quite capture the sense of civic duty attached to the act of voting. In any case, it appears there was nothing of the carnivalesque atmosphere so typical of British elections.¹⁴

Whether elections would remain as quiet, though, was the cause for some anxiety in the first years after the Great War when the turmoil of revolution and counter-revolution overshadowed polling. In 1919, special precautions were taken to secure polling stations and to deal with any potential disturbances, and in a few ‘red’ strongholds in the Ruhr district, Spartacists did succeed in disrupting or preventing polling. In general, however, observers were relieved to find that the election proceeded quietly.¹⁵ It was the same with the first Reichstag election in 1920. In the weeks leading up to polling day, the press both in Berlin and in the provinces abounded with rumours of a coup planned by extremists either on the left or on the right, and authorities were taking warnings of a Communist uprising very seriously. Yet again, although some commentators were certain that Germany had never seen a fiercer or filthier campaign – nothing happened.¹⁶ Voting on the ‘fate of the nation’, a regular expression reminding newspaper readership in strong terms of their moral duty, was regarded as important as it had been before the war, if not more so, and so it seemed polling would continue to be as calmly performed as it had been before.

Polling Day

To gain an impression of what a polling day would have looked like in interwar Britain, we will return to the Cambridge borough by-election of 1922 and follow Douglas

14 S. Suval, *Electoral Politics in Wilhelmine Germany*, Chapel Hill 1985, pp. 3–4 (quote p. 4); M. L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000, pp. 280, 292, 35–51; A. Biefang, *Die Reichstagswahlen als demokratisches Zeremoniell*, in: id. et al. (eds.), *Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich 1871–1918* Düsseldorf 2008, pp. 233–70. Prussian state elections were a different matter, but we will come to that later in our argument, see below, n. 69.

15 Wahltag, in: *Münstersche Zeitung*, 19 Jan 1919; Reports of the election commissioners 1919, Bundesarchiv (BArch), R 1501/114494.

16 E.g. Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen, Polizeipräsidium Bochum, No. 543, 4 (secret letter Regierungspräsident Arnsberg to Landrat Bochum, 4 Nov 1921); Büro Kölpin, No. 2 (dossier on left-wing movements in Münster, 1919–20); ‘Neuer Rechtsputsch in Vorbereitung’, in: *Pfälzische Post*, 27 May 1920; *Westfälische Landeszeitung*, 7 Jun 1920.

Newton on the tour that candidates customarily undertook. Newton's car was richly decorated with ribbons and balloons; the whole city was bedecked with party colours. Strongholds of support in certain areas were easily identifiable by placards and photographs of the candidates that followers had put on display behind the windows of their houses. Not only walls and hoardings were used for posters bearing election slogans, someone had also scribbled 'Vote for Newton' on the pavement – right before the Central Liberal Club. As if to return the provocation, Labour zealots had plastered one of the Conservative committee rooms with posters of their champion. Much to his annoyance, the window of a well-known tradesman was a similar site for unsolicited symbolic demonstrations. People walking through the streets flaunted the colours of the various candidates; a few ladies had even turned their dogs into supporters of the Liberal cause. As schools were closed to accommodate the polling stations, children were swarming the streets, singing election songs in support of the candidates and trying to snatch a balloon off Douglas Newton's car, or a ribbon off one of the over 100 other cars that were rushing through the constituency to bring voters to the poll. When Newton stopped for one of his companions to get out, two youngsters immediately took the seat and insisted on a free ride to the end of the street. The general atmosphere was good-natured, though some of the rival demonstrations could become heated, and occasionally an argument turned into a scuffle.¹⁷

Of course, polling day was not equally lively in all places and at all times. Due to the confusing situation in the immediate aftermath of the war, the December 1918 general election, for example, was noted everywhere for its almost surreal lack of fervour. There was also a great variation from constituency to constituency, even within single towns. In Sheffield the western part of the city was noted for its quietness on polling day, compared with the 'red hot' elections in the working-class East End.¹⁸ The report on the Cambridge by-election above, too, singled out some areas of the city for their lack of enthusiasm and noted that there was little excitement generally. This became the dominant tone of commentary especially in the 1930s, feeding on the contrast with pre-war elections, which had been altogether livelier. Even so, such contemporary assessments revealed the expectation that polling should be a 'jolly good time',¹⁹ and we shall see that in comparison with Germany it still was.

As noted for the declaration ceremony, a feature of this 'good time' was a carnivalesque sense of licence extended to voters. The conveyance that voluntary party supporters offered to electors who could not walk to the poll (or pretended to) can also be seen in this light. It was probably not only the youngsters at Cambridge who insisted on a ride, contemporaries believed there was a certain group of voters who would cast their votes for candidates on the condition that they be chauffeured to the polling station. On the

17 Cambridge Borough Conservatives, Scrapbook, Feb–Nov 1922, Cambridgeshire Archives (CArch), 363/O.1, pp. 50, 71, 81, 104, 127.

18 Shocking Accident Marks Polling Day, in: Sheffield Mail, 29 Oct 1924.

19 Lo, Elections (n. 7), pp. 44–6 (quote 46).

other hand, if candidates had as little means as Albert Stubbs did – a local printer contesting Cambridgeshire in 1923 – they might ask their supporters to take the Tory car yet mark their ballot for Labour.²⁰ As cars were still a costly luxury item, ownership carried with it a sense of class distinction, and conveyance arrangements would often have been a matter of the (male) haves driving around the have-nots.²¹ At the polling stations, there were similar scenes. Police constables watching children just outside the polling stations while their mothers voted inside were a frequent sight and a popular subject for press photography.²² Reporters played with how unusual such interactions would be in a ‘normal’, that is a non-election setting, to produce a certain kind of humour in anecdotes that tried to recapture the atmosphere of polling day. Consider, for example, the Liberal vote checker outside a polling booth in Sheffield Hallam, who failed to recognize Frederick Sykes and asked him if he had voted Liberal. Sykes, or, more properly, Sir Frederick, was not only a distinguished Air Vice-Marshal and son-in-law of Conservative leader Andrew Bonar Law, he also wore a large blue cockade, and – he was the Tory candidate in the division.²³

The press regularly abounded with such episodes. In the context of mass suffrage, there was a deeper meaning to them. If only for the duration of the election, they highlighted the equality of the citizenry, and in that sense they had a high relevance to the very particular historical situation of the interwar period, which becomes evident in some of their themes. One of them was to present elderly electors to remind others, whose way to the poll would be less arduous, of the moral duty of voting.²⁴ Some electors themselves made a similar point: there was a tradition of people queuing as early as possible at polling stations in an attempt to be the first to cast their vote.²⁵ Another popular motif in the press was how the newly enfranchised ‘learned’ how to vote, especially shortly after the franchise extensions in 1918 and 1928. For example, there was one woman in Sheffield who, after being careful that no one saw how she voted, turned around and asked ‘Which is Mr Casey’s box?’ in 1918. Women were typical but not exclusive to figure in such anecdotes. In the same year, there was also a young man who went to said Mr Casey’s committee room to cast a vote using one of the poll cards candidates sent around to remind electors of their duty. And there was one illiterate man, who, when asked for whom he wanted to vote, first replied, ‘Oh, either of them,’ then paused, and went on to say: ‘Well, my wife’s voted for Casey, so I’d better do the same.’²⁶

20 Ibid., pp. 134–7; Ephemera related to general election 1923, CArch (n. 17), 416/O.34.

21 See the extensive discussion in S. O’Connell, *The Car and British Society. Class, Gender and Motoring, 1896–1939*, Manchester, New York 1998, esp. chs. 1–3.

22 E.g. in: *Yorkshire Telegraph and Star*, 28 Oct 1931; *Hull Daily Mail*, 14 Nov 1935; *Sheffield Daily Telegraph*, 15 Nov 1935. One even found its way into a German paper: *Berliner Illustrierte Zeitung*, 8 Nov 1931.

23 The Polling in Sheffield, in: *Yorkshire Telegraph and Star*, 15 Nov 1922. A similar story from Parracombe (Barnstaple): *News of the West*, in: *The Western Times*, 14 Dec 1923.

24 The oldest elector I have been able to find was Mrs Emma Coate at Taunton, aged 105: *Somerset Woman Oldest Voter*, in: *Western Morning News*, 15 Nov 1935.

25 *Lo, Elections* (n. 7), pp. 39–40.

26 *Polling-Day near Home*, in: *Sheffield Daily Independent*, 16 Dec 1918.

These stories recapitulated polling day events that may have happened to any elector, with an emphasis on ‘may’. As any anecdote they have a ring to them as if what they are telling us is not necessarily something that *literally* happened, but something that *typically* might be expected to happen. We may take them as describing the ‘paradigmatic human event[s]’ Clifford Geertz was so interested in because they are particularly telling to outside observers as they provide insight into how communities communicate with themselves about themselves.²⁷ These stories worked as a mirror held up to society, and they aimed at readers looking into that mirror, recognizing their own experience, perhaps even themselves, and nodding in agreement, often with a smile on their face.

In Germany, this mode of speaking about elections is difficult to come by. The genre of the humorous polling day incident did not exist in newspapers; only in the 1950s to the 1970s did the press adopt a similar style of reporting in a cheerful key.²⁸ In the 1920s and 1930s, elections were rarely a laughing-matter. Other findings add to this impression. During the two 1924 Reichstag elections, a series of advertisements appeared in the Berlin and the provincial press using puns on the election as a choice between different options to sell detergents, clothes, and other consumer goods. Some of the ads played on widespread sentiments critical of electoral politics such as politicians talking nothing but hot air (in advertisements for hair dryers), or the fragmentation of the party system (as in a huge variety of shopping options). Such ads were also a regular feature in British newspapers throughout the interwar years. They recommended throat lozenges both to speakers and hecklers at election meetings, or they praised mustard to help swallow what the candidates had to say: ‘Take mustard and you can digest anything.’²⁹ There seems not to have been any particular time when such advertisements were more prominent than at other times, contrary to Germany, where the 1924 campaigns remained relatively isolated. Julia Sneeringer has therefore tried to link them to the particular situation of that year, implying they may be regarded as part of a republican effort to stabilize Weimar democracy after its tumultuous inception. A more simple reading can perhaps better explain why the practice was rather short-lived. As Sneeringer herself points out and theorists at the time argued, for advertisements to be successful they had to use symbols that appealed to consumer sentiments in order to identify products with positive associations.³⁰ The election theme simply did not do this in Weimar Germany. Polling was not associated with a cheerful mood that would lend itself to having a chuckle.

Consequently, polling days in Germany had a different tone. This is not to say that they were not festive, but their festivity was rather more like the solemn mood associated with a religious holiday than the exuberant atmosphere of a fair. Voters wore their Sunday best

27 C. Geertz, *Deep Play: Notes on the Balinese Cockfight*, in: *Interpretation* (n. 2), pp. 412–53, here p. 450.

28 See Claudia Gatzka’s contribution to this volume; T. Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010, pp. 337–8.

29 *Yorkshire Telegraph and Star*, 28 May 1929; *Sheffield Mail*, 25 and 27 Oct 1924.

30 J. Sneeringer, *The Shopper as Voter: Women, Advertising, and Politics in Post-Inflation Germany*, in: *German Studies Review*, 27 (2004) 3, pp. 477–501. The Persil campaign she describes also appeared in the provincial press, and there were a few isolated advertisements later, e.g. in *Volkswille* (Münster), 11 and 14 Sep 1930.

or perhaps their uniforms if they were veterans, combining the way to the poll and back with the traditional Sunday stroll. Bourgeois commentators in particular highlighted the dignified nature of the occasion, though the air was pregnant with tension that had built up over the course of the campaign. On the face of it, the rival displays of partisanship were similar to those in Britain. Political parties were coordinating last-ditch efforts to get voters to the poll. Groups of supporters flooded the streets with thousands of handbills, others paraded in groups or presented themselves on lorries decorated with flags and posters to demonstrate their party's strength during the last hours of polling. Cities were bedecked with party colours, and nationalists and republicans flew their rival black-white-red and black-red-gold flags.³¹ The night before, rival bands of billposters (*Klebekolonnen*) had plastered the cities with posters and little stickers, often pasting their propaganda on top of that of their opponents. Notably in Berlin the violent clashes between these bands, which even in the early 1920s claimed a few activists' deaths, gave a foretaste of the political crisis that would mark the end of the Republic, when government bans of demonstrations, uniforms, and brandy were felt necessary to contain the violence that partisanship engendered.³²

Yet even before the 1930s, newspapers voiced grave concerns at excessive electoral excitement.³³ This is perhaps not too surprising. The explosion of political advertisement and demonstrations in the public sphere that the post-war era saw were unfamiliar, as the state had used its powers to regulate and strictly curtail political activities before the Great War.³⁴ Local governments, too, felt the need to curb partisan spirits in the 1920s. In Münster, formal agreements were drawn up and published that parties would, in the interest of not spoiling the cityscape, restrict their propaganda to those pillars and hoardings officially designated for the use of election advertisements. In Ludwigshafen – where arguments about spoiling the cityscape were perhaps not quite as persuasive – local authorities added that citizens had justly complained about the excesses of wild billposting. The city would provide additional hoardings to satisfy the parties' needs, but at the same time, the police warned the overzealous (as they did in Münster) that they had been ordered by the Interior Ministry to intervene decisively against any illegal posting of propaganda.³⁵ I know of no similar attempts at regulation in Britain. Taken together with the more serious mood Germans attached to polling, these varying attitudes indi-

31 Die letzte Wahlreklame, in: Pfälzische Post, 5 May 1924; Die Wahl in Münster, in: *ibid.*, 8 Dec 1924; G. Schultze-Pfaelzer, Wie Hindenburg Reichspräsident wurde. Persönliche Eindrücke aus seiner Umgebung vor und nach der Wahl, Berlin 1925, pp. 36–43; cf. P. Fritzsche, Presidential Victory and Popular Festivity in Weimar Germany: Hindenburg's 1925 Election, in: *Central European History*, 23 (1990), pp. 205–24.

32 Blutiger Zusammenstoß in Köpenick, in: *Berliner Lokalanzeiger*, 2 May 1924; Das Uniformverbot in der Pfalz, in: *Neue Pfälzische Landeszeitung*, 12 Sep 1930; Branntweinverbot am Wahltag, in: *ibid.*, 5 Jul 1932; Burgfriede nach den Wahlen, in: *Westfälische Landeszeitung*, 3 Nov 1932.

33 E.g. Wahlstimmung, in: *Münsterischer Anzeiger*, 5 May 1924.

34 P. Kampffmeyer, Agitation und Politik, in: *Sozialistische Monatshefte*, 34 (1928) 6, pp. 467–72.

35 Stadtarchiv Münster (StAMs), Polizeiregistratur, No. 95, pp. 240–7 (Dec 1924 election); Aus der Stadt, in: *Münsterischer Anzeiger*, 24 April 1924 (Similar agreements had existed since 1920); Wahlpropaganda durch Plakate, in: *Pfälzische Post*, 21 April 1928; Plakattafeln kommen zur Aufstellung, in: *ibid.*, 30 Aug 1930.

cate that Germans were more sensitive about transgressions of what they considered the proper and orderly conduct of political fighting. This is also evident if we follow voters into the polling station.

Voting and its Discontents

Once inside a station, British voters would receive a ballot, which the presiding officer had stamped with an official mark after checking off the voter's name on the electoral register. Electors were then to mark the paper in the secrecy of a polling booth, fold it in half so that the official mark could be seen on the back, and insert it into the ballot box.³⁶ Proceedings were slightly different in Germany. Here the eligibility of a voter was checked after they had folded the ballot and put it into a marked envelope. When the voter was found on the register the chairman of the electoral board would announce in a loud voice that they could vote, and it was he, not the electors themselves, who dropped the envelope into the box after it had been handed to him.³⁷

The origin of this procedure lay in the nineteenth century, when the authoritarian state feared unruly subjects might bring additional ballots – or snatch one out if they came too close to the urn.³⁸ It may seem like a small detail, but it was a very meaningful detail in at least some polling stations even in the interwar years. This becomes evident if we have a closer look at the election boards' composition. In Wilhelmine Germany, most people serving on these boards as chairmen or vice-chairmen were men who commanded the respect of others: factory owners, teachers, estate-owners. In the polling stations voters met their social superiors, and they were often made to feel the gulf that lay between them and those on the boards, who used the situation to assert their authority. This gave polling a distinctly 'authoritarian [*obrigkeitsstaatlich*] character', one historian has argued.³⁹ After the war, election boards consisted of one chairman and one vice-chairman appointed by the returning officer plus a secretary and three to six additional members representing the various parties in the voting district. The chairmen were often state officials or others ranking high in the local hierarchy. In small towns and villages in regions as diverse as the Palatinate and East Frisia, for example, the mayors usually sat as chairmen, and in manorial districts (*Gutsbezirke*) in the Prussian east, estate owners continued to supervise elections at least until the districts were dissolved in 1927. The resulting boards were very similar to their Wilhelmine predecessors: socially 'high-grade', as one American observer put it, and almost exclusively male.⁴⁰

36 Lo, *Elections* (n. 7), pp. 40–3.

37 J. K. Pollock, *German Election Administration*, New York 1934, pp. 32–3.

38 Anderson, *Practicing Democracy* (n. 14), p. 50.

39 Biefang, *Reichstagswahlen* (n. 14), pp. 246–7, 255, 265; see also Anderson, *Practicing Democracy* (n. 14), pp. 36–45.

40 Pollock, *Administration* (n. 37), pp. 21–4. Lists of chairmen and vice-chairmen were published in newspapers, see e.g. *Ostfriesische Nachrichten*, 24 Jun 1932; see also lists for 1932 in Stadtarchiv Ludwigshafen (StALU), alt, LuA 2298; manorial districts: S. Baranowski, *The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia*, New York, Oxford 1995, pp. 56, 140.

In the anonymity of bigger cities, this probably did not weigh too heavily on the act of voting. However, in smaller rural communities, where people knew each other very well, handing your ballot to the chairman of the electoral board was an operation that could still be imbued with social difference. When a mayor-as-chairman took ballots out of envelopes to check them; when a board member jibed at a farm labourer who had come to vote; and even when the head of a manorial district (*Gutsvorsteher*) allowed a husband to vote for his sick wife, these men felt they could do so due to their dominant position in the local community.⁴¹ Electors transgressing their role in the polling procedure demonstrate these hierarchies even more clearly. In the presidential election of 1932 in the manorial district Groß-Muritsch in Lower Silesia, one Mrs Wrzeszcz put her ballot into the urn ‘on her own authority and herself [*eigenmächtig selbst*]’ – the redundant wording in the official report still conveys some of the indignation at a voter, and a woman at that, thus overstepping the line. The vice-chairman of the electoral board opened the box, took out the uppermost envelope and immediately put it back again.⁴² Bizarre as this may seem, we should understand it as an attempt to symbolically assert the social order, which stands in marked contrast to the carnivalesque features of British polling days. Compare also the woman who complained to the administration in Ludwigshafen because a temporary clerk had oddly scribbled his name and two flags on her polling notification card: as the ‘well-mannered’ woman she was, she would have to be ashamed showing up in the polling station with a card scrawled over like that.⁴³ In a rare bit of German polling station humour, one journalist serving as chairman on an election board mocked the German attention to order in an SPD newspaper. A ‘somewhat enormous’ local notable, he reported, felt ‘a sting to her heart’ when she was called up from the register without her honorary title – ‘only in the republic could something like this happen!’⁴⁴

These episodes show how voting as a fundamentally egalitarian act could also challenge traditional hierarchies, and how bold electors might try to push the point. Though this was by no means a novel feature in the Weimar era,⁴⁵ perhaps it was more deeply troubling to many Germans than before. Not only had they lost the war, revolution and the post-war inflation had turned on its head the world as they knew it. Small wonder, then, that questions of order and proper conduct became particularly ticklish. Yet calling for order could cut two ways. Mrs Wrzeszcz’s husband lodged a formal complaint against the official who had illegally opened the ballot box – ‘*eigenmächtig selbst*’, one is tempted to add. And he was not the only one to cry foul at irregularities at the poll. Germans com-

41 Aus der Wahlbewegung in der Pfalz, in: Pfälzische Post, 23 Jan 1919; BArch (n. 15), R 1501/1 14707 (election fraud, 1925); 125167, pp. 271–4 (election complaints, 1928).

42 Rulings of the Reichstag election court, BArch (n. 15), R 101/5366, p. 105.

43 Complaint dated 16 Jul 1932, StALu (n. 40), alt, LuA 2298, pp. 209–11.

44 Wahlvorsteher a.D., in: Pfälzische Post, 23 May 1928; cf. Kulickes gehen zur Wahl, in: Neue Illustrierte Zeitung, 10 Mar 1932.

45 Anderson, Practicing Democracy (n. 14), pp. 415–6. The picture of voting as a purely egalitarian performance painted by Suval, Electoral Politics (n. 14), pp. 3–4, misses this dialectic.

plained because urns did not have the correct dimensions or safeguards protecting the secrecy of voting were missing or inadequate, they bemoaned that electoral boards had not been impartially composed, or they reported that party propaganda had illegally been posted in the polling station. Between 1920 and 1930, over the course of five Reichstag elections, they lodged 363 official complaints. If the two presidential elections and the two national referenda of the Weimar era are added in, the total number of charges stands at 513.⁴⁶ Meanwhile, seven general elections held between 1918 and 1935, and more than 240 contested by-elections, prompted just four petitions in Great Britain.⁴⁷ As suggestive as these figures might seem, however, one should be careful not to draw simplistic conclusions from them. The conduct of inquiries into electoral malpractice was fundamentally different in Britain and Germany, which complicates comparison. In Germany, once someone had alleged dubious activities, it was up to the authorities to investigate the charges. Indeed a formal complaint was not even necessary for the German election court to become active, for it routinely reviewed the official election returns and investigated any reports of possible law infringement that came to the attention of a judge, even if it was but a notice they read in their morning paper.⁴⁸ Most importantly, except maybe for the effort of writing and sending a letter, all of this was free of cost to any complainant. By contrast, electors or rival candidates in Britain had to plead their case personally against the returned MP as if the investigation were a private conflict. They had to procure evidence to substantiate their accusation, they had to pay for counsel, and if the case was lost they usually had to cover the winner's expenses as well. This proved a powerful disincentive, for while petitions could become extremely expensive, their outcome was far from certain.⁴⁹ In the 1930s, the typical cost for trying a case was assumed to be around 5,000 pounds,⁵⁰ but it could become much more expensive. When the petition in the Drake division of Plymouth in 1929 was dismissed with cost, two electors were left to settle a bill of more than 20,000 pounds.⁵¹ For the average Briton, who earned perhaps some 150 or 160 pounds a year in the 1920s and 1930s,⁵² these were steep sums indeed.

46 The majority of complainants were individual citizens. S. Meyer, *Das justizförmige Wahlprüfungsgericht beim Reichstag der Weimarer Republik. Institution, Verfahren, Leistung*, Berlin 2010, part D, number of complaints pp. 273–5, cf. pp. 9–10. My own count for the Reichstag elections in Dec 1924, 1928 and 1930 from the rulings in BArch (n. 15), R 101/5363–5 differs slightly (in both directions), but Meyer has seen more material than I.

47 F. Craig, *British Parliamentary Election Statistics 1918–1968*, Glasgow 1968, pp. 21–3, 106.

48 Meyer, *Wahlprüfungsgericht* (n. 46), pp. 55, 73.

49 K. Rix, 'The Elimination of Corrupt Practices in British Elections? Reassessing the Impact of the 1883 Corrupt Practices Act', in: *The English Historical Review*, 123 (2008) 500, pp. 65–97, here pp. 82–4.

50 H. Fraser, *The Law of Parliamentary Elections and Election Petitions. With Suggestions on the Conduct and Trial of an Election Petition, Forms and Precedents, and Statutes Bearing on the Subject*, London 1922, pp. 205, 210–4; Petition for new Poll, in: *Manchester Guardian*, 19 Nov 1935. The petition tried at N-E Derbyshire in 1923 was in that region: *House of Commons Hansard*, 5th series, vol. 194, c. 896, 19 Apr 1926.

51 Election Petition at Plymouth, in: *The Times*, 28 Jun 1929, 26 Oct 1929.

52 Figures from G. Routh, *Occupation and Pay in Great Britain, 1906–60*, Cambridge 1965, p. 104. A. L. Chapman, *Wages and Salaries in the United Kingdom 1920–1938*, Cambridge 1953, p. 27, gives lower average annual earnings of between 140 and 150 pounds.

This alone would seem to explain why there were far fewer formal complaints about electoral misconduct than in Germany. However, there was another reason why petitions were so rare in Britain: they were not very popular with many electors. It was thought that in an ensuing by-election the losing side would profit from the sympathy the electorate felt with the unseated member. In one of the two petitions that succeeded during the inter-war years, this was not enough for the Liberals to retain the seat,⁵³ but at Berwick-upon-Tweed in 1923, sentiment even cut across party lines. Here two well-known local Independent Liberals had successfully petitioned against the National Liberal MP Hilton Philipson on the grounds that his agent had exceeded the legal campaign spending limit. When Philipson was unseated his wife stepped in – as a Conservative. The National Liberal organisation in London supported an official Liberal who was facing her, and David Lloyd George asked his supporters in the constituency not to do anything to hinder a reunion of the split Liberal party. Nevertheless, the local party, in the words of their president, ‘didn’t care twopence for London’ and endorsed Mabel Philipson’s candidature. The election, they claimed, was not political at all but was a case of giving a vote of sympathy to Philipson through his wife. Though he had personally not had anything to do with the trial, the Liberal challenger faced ‘election petition odium’ throughout the campaign, and Philipson was returned with a majority even larger than anticipated.⁵⁴ Clearly, the expectation was that candidates would play the game and, if they happened to lose, would bear ‘defeat like a man’, as one former MP had put it in the 1890s.⁵⁵ Candidates still had good reason to heed this advice in the 1930s, and they did. When the Glasgow Labour party inquired into irregularities during the count in 1935, their candidate stated he himself would not be party to a petition ‘which sought a new election on any legal quibble’.⁵⁶

Polling day anecdotes confirm that electoral purity was of little concern to many Britons. Indeed, it seems some of them downright expected foul play. Consider the voter who tried to bribe a presiding officer in Sheffield: ‘Ah say, owd cock, we want to get r’ Labour chap in eer this time. Me an’ ahr Bill’s been tawking it o’er, an’ if thar’ll do what thar can, ther’s a noo suit fer thee if thar calls at –.’ When the official denied having any influence on the result, the man only winked and replied, ‘It’s awl raight. Call at –.’⁵⁷ What this man seemed to accept as part of the electoral game was precisely what Germans were complaining about all the time. What are the reasons for such contrary attitudes? For explanations we must once more turn to the nineteenth century.

53 ‘Oxford By-Election’, in: *The Times*, 24 May 1924; ‘The Oxford Election’, in: *Manchester Guardian*, 6 Jun 1924.

54 Berwick Election Petition, in: *The Times*, 26 Apr 1923; Majority Larger Than Expected, in: *ibid.*, 2 Jun 1923; Berwick’s Strange Election, in: *Manchester Guardian*, 18 May 1923; Mrs. Philipson wins at Berwick, in: *ibid.*, 2 Jun 1923.

55 Rix, ‘Elimination’ (n. 49), pp. 84–5; also Lawrence, *Masters* (n. 5), p. 89. Contrast R. Arsenchek, *Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871–1914*, Düsseldorf 2003, p. 150, for the German Empire, where it seems voters punished electoral misconduct.

56 Kelvingrove, in: *The Glasgow Herald*, 5 Dec 1935.

57 A Presiding Officer, *Adventures in the Polling Booth*, in: *Sheffield Mail*, 29 Oct 1924.

Money had figured largely in pre-reformed electoral contests in Britain. Voters generally expected to be ‘compensated’ for their trouble and treated to drink and amusement by the candidate to whom they would give support. Some also regarded it as their right to use their vote as a marketable commodity, and even whole constituencies were sold to those willing to pay. Spending large sums to secure votes, whether in the form of ‘bribery’ or ‘treating’ – a line that was always difficult to draw – persisted throughout the nineteenth century. However, politicians increasingly viewed the ‘undue influence’ exerted by excessive expenditure as a problem and eventually introduced legislation to deal with it – in spite of many voters disagreeing. There is some debate as to how successful these efforts to curb corruption were, and how long it took until it effectively vanished, but there is little to suggest that it played any role in the years after the Great War.⁵⁸ Nevertheless, the tradition still shaped patterns of what was considered electoral misconduct, even if, as we should note in comparison with Germany, there were very few complaints about misbehaviour at all. Only one petition in the interwar years dealt with allegations of bribery, but it was found that no money had changed hands and the case was dismissed.⁵⁹ Outside the election courts, hints at such practices were extremely rare, even in private. Practically the only case I have come across is Harold Macmillan’s campaign in 1923, when his agent reported on polling day that someone had opened a committee room in a house where alcohol was sold and one of their clerks had bought someone else a drink and asked for his vote. An election petition could be lodged on these grounds (but was not).⁶⁰

By comparison, as much as people liked to complain in Germany, no one would have been particularly alarmed at this. Macmillan’s agent would have been astonished to learn that Germans felt no qualms at all about holding election meetings in pubs. Even polling stations were often located there so that those serving on election boards had convenient access to refreshments.⁶¹ Though there were a few complaints regarding the alcohol consumption of individual board members,⁶² such things were not considered a general problem, and there were consequently no attempts to outlaw them. They were simply not associated with illegitimate influence: British-style electoral corruption had been practically unknown in nineteenth-century Germany. As the complaints about electoral boards and insufficient facilities for secret voting in the Weimar era indicate, Germans had their very own tradition of what they perceived as constituting illegitimate influence. In the Empire, electors were not bought but rather intimidated: by their priest, their

58 O’Gorman, *Voters* (n. 4), pp. 141–71; C. O’Leary, *The Elimination of Corrupt Practices in British Elections 1868–1911*, Oxford 1962; Rix, ‘Elimination’ (n. 49); Lawrence, *Masters* (n. 5), pp. 67, 93–4, 110–1; M. Dawson, *Money and the Real Impact of the Fourth Reform Act*, in: *Historical Journal* 35 (1992) 2, pp. 369–381, here pp. 376–7.

59 *The Times*, 18 and 21 Oct 1929. The case is discussed in more detail below.

60 H. Macmillan, *Winds of Change. 1914–1939*, London 1966, p. 144.

61 Pollock, *Administration* (n. 37), pp. 24–5.

62 *Rulings of the Reichstag election court*, BArch (n. 15), R 101/5363, pp. 51, 73–4 (Dec 1924).

landlord, their employer, and state officials overseeing polling. As Britons talked about ‘bribery’ and ‘treating’, Germans complained of ‘election terror’.⁶³

This is not to say that intimidation was unknown in Britain. On the contrary, throughout the nineteenth century landowners and employers, just as their German counterparts, used their positions to influence the outcome of elections by threatening to lay off workers or evict tenants. Even in 1910, there were numerous allegations of this.⁶⁴ However, there are good reasons to believe that intimidation by ‘bread lords’ was felt to be much more pervasive in the German Empire.⁶⁵ Contrasting the forms ‘intimidation’ could assume is instructive in that regard. In Britain, it could also target voters higher up in the social hierarchy as gangs of rowdy supporters harassed voters on the other side of the partisan fence. Characteristically, Jon Lawrence has argued that politicians directed their efforts to reform electoral practices just as much at protecting ‘respectable’ voters from ‘roughs’ and ‘mobs’ as they sought to lift pressure weighing on the economically vulnerable. In Germany, this type of electoral violence, which was so endemic even in late Victorian and Edwardian Britain,⁶⁶ was almost unknown. One has to look hard for isolated incidents of fighting breaking out in partisan clashes, which the police had not trouble quelling.⁶⁷ At the same time, we do not hear of any complaints about electoral boards trying to influence polling in Britain by such typical German practices as rejecting ballots or registering, against the law, how electors had cast their votes.

Both points hint at the importance of a profound structural difference underlying voting in Britain and Germany. British contests were between two (later three) groups fighting for the spoils, each trying to mobilize all sections of the electorate using the same tactics according to how promising they seemed. The electoral system and electoral procedure appeared neutral, not giving an obvious advantage to just one side. Crucially, the state did not appear as a separate actor who had its own stakes in the electoral gamble and consequently tried to influence the outcome of contests. In Germany, power was much more asymmetrically distributed. The state, as a separate entity, actively and visibly influenced elections according to its own interests, which were mostly aligned with Conservatives and Liberals – precisely those groups whose representatives presided over polling. Their attempts to curtail the influence of Social Democrats and Catholics by marginalising

63 See above all Anderson, *Practicing Democracy* (n. 14), esp. chs. 2–7, p. 377; it was similar in Prussian state elections: T. Kühne, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf 1994, ch. 1. It is telling that Britain and Germany can be used as ‘extreme cases’ to test assumptions about political corruption and modernity: J. Ivo Engels, *Politische Korruption in der Moderne. Debatten und Praktiken in Großbritannien und Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift*, 282 (2006) 2, pp. 313–50, on elections pp. 340–4.

64 Rix, *Elimination* (n. 49), p. 89.

65 Anderson, *Practicing Democracy* (n. 14), esp. pp. 170–3, 224–31 (quote 226); contrast P. Lynch, *The Liberal Party in Rural England 1885–1910. Radicalism and Community*, Oxford 2003, esp. pp. 72–7.

66 J. Lawrence, *Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867–1914*, Cambridge 1998, pp. 181–8; Lawrence, *Masters* (n. 5), p. 47.

67 Some are reported in A. Gawatz, *Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912)*, Düsseldorf 2001, p. 295, Anderson, *Practicing Democracy* (n. 14), pp. 27–8.

them – dangerous ‘enemies of the Empire’ (*Reichsfeinde*), they were called at times – were met by these groups forming cohesive milieus held together by considerable social pressure – exerted by the priest or the trade union – to assure the loyalty of their followers against coercion from the outside. Elections thus became an arena for voters to demonstrate their loyalties and to assert their rights against the *Obrigkeitsstaat*,⁶⁸ a point that could hardly have been made with attempts at bribery and violent intimidation. Instead, Germans came to hold elections in very high regard. Hence the seriousness with which they went to the poll and the detailed attention to irregularities. Those who felt excluded realized that they could attain emancipation by learning the rules of the game and trying to bring those who broke and bent them to comply.⁶⁹

Central to this was the struggle for the secrecy of the ballot. If the individual’s decision were effectively shielded from being known by others, the influence an elector’s master (or anyone else) could exert on their choice would be minimized. The secret ballot would thus shift the source of legitimate political opinion from the community to the individual, as historians have variously highlighted.⁷⁰ The story of how this was achieved is mostly a story of the nineteenth century, but it had an epilogue, to which we will now turn in an attempt to examine how private the act of casting a ballot really was after the Great War.

A Secret Ballot?

In Britain the Ballot Act introduced secret voting in 1872, but many voters were difficult to persuade of its effectiveness. In the 1880s Liberals felt compelled to publish a number of reassuring pamphlets to drive home that polling was indeed anonymous,⁷¹ and even forty years later, electors remained sceptical. In the 1920s and 1930s correspondents regularly wrote to local newspapers contesting the claim that voting really was anonymous. We may view this as further evidence for the expectation of many Britons that elections were a corrupt business, though in these cases the tone was critical rather than accepting. Almost all of the writers referred to the fact that the clerk handing out the ballot wrote the elector’s registration number on a counterfoil that could be matched

68 The point is most forcefully argued in Suval, *Electoral Politics* (n. 14); on the chronology see Gawatz, *Wahlkämpfe* (n. 67), ch. 7; cf. Hedwig Richter’s contribution to this volume.

69 A central argument in Anderson, *Practicing Democracy* (n. 14), esp. ch. 9. Compare Prussian state elections, where at least the proceedings in the electoral colleges had a different tone. They oscillated between boredom and festivity, and there was a good deal of humorous obstruction, which the different context may explain. The opposition could thus undermine the legitimacy of the massively unequal three-class franchise by ridiculing it, something they had no reason to do in competitive Reichstag elections: Kühne, *Dreiklassenwahlrecht* (n. 63), pp. 128–64.

70 E.g. Vernon, *Politics* (n. 4), pp. 157–8; T. Mergel, *Die Wahlkabine*, in: A. Geisthövel/H. Knoch (eds.), *Orte der Moderne. Erfahrungswelten des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main, New York 2005, pp. 335–44; cf. the critical view in Bertrand et al., *Hidden History* (n. 5).

71 Crook/Crook, *Advent* (n. 5), p. 466; cf. for 1910: N. Blewett, *The Peers, the Parties and the People. The General Elections of 1910*, London 1972, p. 375.

to the ballot paper, asking whether this was legal. It was. The provision was part of the Ballot Act, a concession to the House of Lords intended to make possible a scrutiny of individual votes in the case of an election petition.⁷² Newspapers therefore tried to reassure their readers that strict rules and hefty penalties ensured that nevertheless none of the officials would violate the secret of voting.⁷³ The counterfoils were kept separately from the ballots and could only be examined by order of an election court. Furthermore, all the ballots within a constituency were brought to one central site and mixed before the count.⁷⁴ An observer trying to find out how someone else had voted therefore would have had to somehow spot and memorize the number on the back of the ballot handed to an elector and afterwards identify the relevant slip during the count of some ten thousands of them. Tracking votes like this was practically impossible. In 1880 an election petition sensationally demonstrated as much – it was to remain the only case in which the ballot's secrecy was ever questioned.⁷⁵

Nevertheless, politicians' speeches also indicate that to some degree the social pressure associated with open voting was a factor electors still considered relevant in interwar Britain. Conservatives reminded voters in 'red' parts of their constituencies that the ballot was secret and that no one would know if they put their cross against the Tory candidate's name. Douglas Newton in Cambridge even went as far as to suggest there were people in the borough going about 'in terror of declaring themselves Conservatives' due to the pressure put onto them.⁷⁶ Conversely, in rural areas Labourites accused Tories of systematically hinting that there were ways of finding out how someone had voted to intimidate economically dependent voters.⁷⁷ Labour publications also circulated stories of polling stations decorated in Tory colours, painting a picture of a politically backward countryside where prevailing deferential structures presented an obstacle to the onward march of socialism. However, such stories were usually rather vague. Clare Griffiths suggests that they were popular not so much due to their substance but because they provided a mythology that conveniently explained Labour's lack of success in rural Britain.⁷⁸ We should also note that while the letters sent to newspapers show that many voters were seriously concerned about secret voting, they concentrated on the theoretical possibility of tracing votes via the numbered counterfoils rather than on concrete evidence of secrecy being breached.⁷⁹

72 B. L. Kinzer, *The Ballot Question in English Politics, 1830–1872*, Toronto 1975, pp. 225–6, 234–5, 240–2.

73 *Is the Ballot Secret*, in: *Essex Chronicle*, 20 and 27 Oct 1922; *To the Editor*, in: *ibid.*, 3 Nov 1922; *By the Way*, in: *Yorkshire Telegraph and Star*, 13 and 15 Nov 1935.

74 *Lo, Elections* (n. 7), p. 58.

75 *O'Leary, Elimination* (n. 58), pp. 130–2.

76 *Litvinoff and the Loan*, in: *Cambridge Daily News*, 25 Oct 1924; see also: *Monster Meeting*, in: *Sheffield Daily Telegraph*, 27 Oct 1931, and a similar message to potential first-time Liberal electors in: *North Devon Journal*, 30 May 1929.

77 G. G. Desmond, *The Countryman at the Polling Booth*, in: *The New Leader*, 28 Nov 1924.

78 C. V. J. Griffiths, *Labour and the Countryside. The Politics of Rural Britain 1918–1939*, Oxford 2007, pp. 57–64. I would like to thank Clare Griffiths for sharing her impressions on this with me.

79 The most concrete case I know of is: *Letters to the Editor*, in: *Western Daily Press*, 9 Dec 1922, a story based on the proverbial friend telling about a polling clerk having said... I could not find a conclusion to the allegations.

By contrast, quite specific incidents made the rounds in Germany, indicating what happened here was on a different scale altogether. In May 1928 Lothar von Fürstenberg, a Westphalian right-wing aristocrat, gained knowledge of a notice put on display in the village of Mellrich, denouncing him as a ‘parasite’ who would now be chucked out. Fürstenberg made inquiries as to who might be responsible for the rant and received a list of 72 locals who had ‘probably’, he was told, voted ‘yes’ on the referendum to expropriate the princes two years earlier. How could he know? The Weimar constitution provided that if one tenth of the electorate signed a list supporting a draft bill it would be presented to parliament and, if defeated, would be passed into law if half of the electorate endorsed it in a referendum. Knowing that it was well-nigh impossible to reach that quorum, opponents of a bill would ask their supporters to boycott the election, and while the actual ballot was secret, the list that supporters had to sign for the initiative was not. Fürstenberg could therefore make reasonable guesses – and marks on the list in his papers indicate he did – who had voted in favour. Compared with 72 electors who had signed the list in Mellrich, there had been 65 votes for the bill, one against, and six spoiled ballots.⁸⁰

These provisions made it possible to exert considerable pressure on voters. The ensuing ‘election terror’, as it was still called, was particularly rife in rural areas. Landowners would not only monitor polling in 1926, threatening to dismiss dependants who supported the expropriation bill. They also pushed vulnerable electors to sign the initial petition in the campaign against the reparations settlement in 1929, the only other national initiative that reached the referendum stage in the Weimar era. Owners of large estates in areas such as Pomerania or Mecklenburg were particularly ruthless. Many dependent voters in such places felt the only way to deal with the pressure was to succumb and sign the petition but then void their ballots in the actual referendum.⁸¹ Nor were such tactics the prerogative of the right. The SPD too, having asked their supporters to abstain, monitored who went to the poll in 1929, causing disturbances and a formal complaint by a Nazi supporter of the referendum.⁸²

True, the referenda were an exceptional case as the procedure differed from Reichstag and presidential elections, but there were many similar features as well. Since the unification of Germany in 1871, voting for the Reichstag had been secret according to the constitution. The reality of polling, however, fell far short of this provision. Intimidation was so rife in nineteenth-century Germany because it was easy for electoral boards and party representatives in the polling stations to control how electors voted. Rather than a standardized ballot, voting was by private voting paper: electors were supposed to write the name of a candidate on a slip which they would cast as ballot. In practice, political parties distributed ready-made papers that contained the candidate’s name in print, developing

80 File on support of the DNVF, Vereinigte Westfälische Adelsarchive, Egh.Fam.A.IX/30.

81 O. Jung, *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“*, Frankfurt am Main, New York 1989, pp. 57–8, 119–27; Baranowski, *Sanctity* (n. 40), pp. 139–41.

82 Rulings of the Reichstag election court, BAArch (n. 15), R 101/5366, pp. 83–5.

ever more subtle ploys to make them conform to the legal requirements but at the same time distinguishable. Polling booths and an envelope to shield the paper from the sight of curious onlookers were only introduced in 1903; and only ten years later was the size of ballot boxes regulated to prevent the envelopes from stacking on top of each other, which had made it possible to match them to the order in which voters were polled. Margaret Anderson is right to point out that these changes constituted a 'watershed' for the practice of voting as they replaced the thin veil of secrecy with a considerably heavier curtain.⁸³ However, I would like to suggest that although there were no debates surrounding voting procedures in Weimar comparable to those of the Empire, the secrecy of the ballot remained precarious in many places after the war.

In the first two elections, private voting papers were still used, though in 1920 a change was made that if a party sent their papers to the chairman of an electoral board he had to put them on display on a table in front of the polling station.⁸⁴ Whether this was practiced is another matter. In Pirmasens in 1920, for example, voters still depended on party representatives distributing the papers in front of the polling stations if they had not acquired one before polling day.⁸⁵ Dependence on availability was one thing characteristic of the system of private voting papers, as was most obvious to the priest in Schneckhausen – a village of some 240 electors – who had the local constable remove an SPD distributor from the polling station in 1919. The possibility of control was another. It would have taken considerable courage to follow said priest from the church to the polling station and take any other than the Catholic BVP ballot on offer.⁸⁶ Some contemporaries mused about other forms of control that were still possible in spite of the provisions within the polling station. The table on which voting papers were laid out, for example, could be so positioned as to be in view of the electoral board. Landowners could give ballots to their dependants and scrutinize them throughout polling to make sure they did not acquire any rival paper. Particularly cunning factory owners serving on electoral boards might even give hand-written ballots to their workers and later control how many of them had been cast.⁸⁷ Again, the left were accused of similar practices. During the Saxony state elections in November 1922, the Free Trade Unions handed out paper slips to be stamped at the polling stations and later collected to control who of their members had failed to meet their duty.⁸⁸

83 Anderson, *Practicing Democracy* (n. 14), pp. 256–60 (quote p. 260). Even Arsenschek, *Wahlfreiheit* (n. 55), pp. 349–66, who tries his utmost to refute Anderson's argument, acknowledges that 'the problem of secret voting was eventually close to a solution' in 1913 (p. 366).

84 There had been a rule in Württemberg earlier that the state would thus provide papers for all parties – inevitably, there were complaints because chairmen did not put them on display impartially, see Meyer, *Wahlprüfungsgesetz* (n. 46), pp. 99–100, 203.

85 *Wahlkampf in Pirmasens*, in: *Pfälzische Post*, 10 Jun 1920.

86 *Zentrums-Terrorismus*, in: *ibid.*, 27 Jan 1919; *Aus der Wahlbewegung in der Pfalz*, in: *ibid.*, 23 Jan 1919; *Wie wähle ich Zentrum?* in: *Münsterischer Anzeiger*, 30 Apr 1924; *Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 und 7. Dezember 1924 in den Gemeinden der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1928*, p. 37.

87 J. Rosenthal, *Ueber den reichsrechtlichen Schutz des Wahlgeheimnisses*, Tübingen 1918, pp. 46–8.

88 *Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung*, 16 Nov 1922.

Only the introduction of a standardized ballot containing all the parties in 1924, which Britons had been using since 1872, rendered such practices ineffective. Yet even then, polling was closely watched. Voters approaching a polling place had to ‘run the gauntlet’ between rows of activists, who continued to represent their parties as sandwich men in front of the stations. Their agitation could be intimidating to electors, as at least one complainant claimed in 1924.⁸⁹ Later many of these men (there were only few women) wore a party uniform, a sight that became emblematic of the symbolic political battles of the Weimar era.⁹⁰ The parties were also very much present within the polling stations. Not only did their representatives sit on electoral boards, additional scrutineers were given space to register who had voted, so that tardy electors could be reminded to go to the poll. Others might also be watching. In densely packed stations in the cities, queuing voters were not kept out of the room but crowded in on those occupying the polling booths. The facilities for shielding how someone marked their ballot were often merely a thin canvas that allowed others to see where their fellow electors put their crosses. Attitudes about this were ambivalent, as some people did not even bother using the compartments but marked their ballots outside, and some even lodged formal objections because electoral boards forced them to use the secret compartments.⁹¹ Yet at the same time, there were always many more complaints about violations of secret voting.⁹² Much depended on where electors cast their votes. In rural areas, polling districts were much smaller. Every community (*Gemeinde*) formed a district, with larger communities split up into several districts of no more than 2,500 inhabitants each. Other than stipulating that they should not be so small as to endanger the secrecy of the vote, the election code prescribed no minimum limit for districts. Up until 1912, there had been several unsuccessful attempts to introduce one, and those dealing regularly with electoral procedure and misconduct in the 1920s were still well aware that voting in small communities endangered the secrecy of the ballot.⁹³ Yet curiously enough, the issue was marked by its absence from the discussion when the new electoral law was devised in the early Weimar years. More fundamental concerns such as the drawing up of constituencies and the mode of allocating seats probably preoccupied legislators.⁹⁴ Only the provisional

89 Pollock, Administration (n. 37), pp. 33–4; Rulings of the Reichstag election court, BArch (n. 15), R 101/5363, p. 73.

90 G. Paul, Kampf um Symbole. Symbolpublizistischer Bürgerkrieg 1932, in: id. (ed.), Das Jahrhundert der Bilder. 1900 bis 1949, Göttingen 2009, pp. 420–7. If one were to pick a theme similarly iconic of British polling stations, the choice would probably and tellingly fall on the police constable looking after little children, see above, p. 47.

91 In Britain, vote checkers had to stand outside the station. Pollock, Administration (n. 37), pp. 33–4; R. H. Wells, German Cities. A Study of Contemporary Municipal Politics and Administration, Princeton 1932, p. 94; Meyer, Wahlprüfungsgericht (n. 46), p. 234.

92 Besides the formal complaints discussed above cf. regular articles in the press, e.g. Aus Stadt und Land, in: Pfälzische Post, 22 May 1928; Amtliche Verletzung des Wahlheimnisses, in: ibid., 30 Apr 1925.

93 Verhandlungen des Reichstages, 13. Legislaturperiode 1912, vol. 298, Nos. 49 and 94, 9 and 14 Feb 1912; Anderson, Practicing Democracy (n. 14), pp. 56–7, 257–8; Meyer, Wahlprüfungsgericht (n. 46), pp. 245–6; cf. Landrat to Regierungspräsident in Königsberg, Apr 1924, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), XX. HA, Rep. 2, II, No. 2996, p. 55.

94 The extensive discussions in the Reichstag protocols can be found using their index. The final Weimar regulation is §45 Reichswahlordnung 31 Dec 1920, Reichsgesetzblatt 1920, p. 2182.

code for the election to the National Assembly contained a provision in that respect, stipulating that polling districts should comprise 2,500 people on average. Yet experience showed that this was far too large a number in thinly settled areas, and the rule was dropped. One observer even pointed out that there was really no danger to the secrecy of voting in having very small communities form their own polling districts – because everyone in a village knew anyhow to what political party everyone else belonged.⁹⁵ Thus into the 1930s even communities as tiny as Bettenhausen in the Palatinate (46 electors) or Fehnhusen in East Frisia (around 50 votes cast) continued to form their own districts. There was of course little crowding in such polling stations. The representation of party activists around the station would also have been much more homogeneous than in cities. In most elections at Schneckenhausen the priest would not have needed to scare away any Social Democrat, as none would have found their way into the village. Composing an electoral board from members representing the parties in the district would have been similarly one-sided, as the BVP/Centre Party received up to 85 per cent of the vote and only around ten ballots were ever cast for the SPD and the Communists together in the 1920s and in 1930.⁹⁶ The interaction between election boards and electors was also rather more intimate than in the cities. For example, there was a thin line between board members helping voters to mark their ballot and helping them to mark their ballot ‘correctly’, which prompted the governor of East Prussia to have all election board chairmen ‘emphatically’ reminded in 1924 that the only excuses for giving assistance were illiteracy or physical handicaps.⁹⁷ Finally, when the election was over, the local results were published in the press. Unlike in Britain, everyone knew in precise numbers how their community had voted – and everyone knew that everyone else knew.

The impact of this was obvious if voting behaviour was scrutinized in court. Finding reliable witnesses for clerical or employer intimidation was notoriously difficult in Imperial Germany due to the very same local dependencies on which it fed. A case from Bavaria in 1908 may serve to illustrate this. The local priest had asked his flock whether they had all voted for the Centre Party, and when they replied in positive yet a press report pointed out that fewer Centre ballots had actually been cast, criminal proceedings on account of election fraud were initiated. The witnesses were in a predicament: How they claimed to have voted did not tally with the result, so that some of the testimonies were obviously more an expression of obligations felt towards the parish than of actual voting behaviour. Due to the complex problems such cases produced, the pre-war Reichstag was reluctant to investigate them.⁹⁸ The same logic may also provide the key to explaining some fea-

95 StAMs (n. 35), Stadtregistratur, Fach 6 No. 9, pp. 630–1; similar documents in StALu (n. 40), alt, ZR I 1412/30; reports of the voting commissioners, 1919, BArch (n. 15), R 1501/114494, p. 82 (Osnabrück).

96 Ergebnisse 1928 und Dezember 1924 in der Pfalz (n. 86), p. 37; Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und 20. Mai 1928 in den Gemeinden der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1930, p. 37; Ostfriesische Nachrichten, 2 Apr and 2 Aug 1932.

97 Circular, 7 Nov 1924, GStA (n. 93), XX. HA, Rep. 2, II, No. 2997, pp. 27–9; cf. rulings of the Reichstag election court, BArch (n. 15), R 101/5363, p. 51 for a complaint on this (Westphalia, 1924).

98 Rosenthal, Schutz (n. 87), pp. 29–32; Arsenschek, Wahlfreiheit (n. 55), pp. 107–8, 249; Anderson, Practicing Democracy (n. 14), p. 61.

tures of electoral investigations in the Weimar Republic. Some witness accounts still did not match what the ballots showed, though this could also indicate fraud. Two women in Stolp in Pomerania, for example, claimed to have voted Communist to spite the local squire (*Rittergutsbesitzer*) in 1928, but all of the 163 ballots in the district showed nationalist DNVP votes.⁹⁹ In cases of diverging testimonies like this one, the Reichstag election court had a curious tendency to accord credibility to election boards rather than independent witnesses. The court would usually rule that what had happened could not be fully clarified, but since the alleged offence would not change the overall election result the complaint could be dismissed. This was of course true in view of the court's task to validate elections, but it also suggests judges were happy not to stir up trouble if they did not need to. It also means we should be careful not always to accept at face value the statements of witnesses who gave testimony that they had not seen anything untoward, while it can serve to explain odd claims like the one by a woman who testified she did not remember anything because of her own 'ignorance [*geistigen Beschränktheit*] and forgetfulness'.¹⁰⁰

One may object that this kind of argument rests to some degree on speculation, and indeed, by its very nature it is difficult to substantiate further. However, it is perhaps telling that whereas the question of how one had voted could be such a tricky one in Germany it was dealt with very casually in Britain. Quite a few voters publicly exclaimed their choice when dropping their ballot into the box, a theme turned into humorous anecdotes rather than discussions about undue influence.¹⁰¹ Formally, the question of influence was only dealt with in one petition in the interwar years – characteristically it was founded on allegations of bribery, not intimidation. At Plymouth in 1929, an extremely rich (and somewhat eccentric) philanthropist named Ballard, who was running a charitable institute for boys, was accused of bribing the children to persuade their parents to vote Labour. According to most accounts he promised them money and a fireworks display if they succeeded and threatened he would have to close the institute if not. In what was the only evidence given on the question of whether the scheme was successful, the courtroom erupted in laughter when one boy stated his parents had voted Conservative in spite of Ballard's wishes and that his mother would not allow him to return to the institute. What became clear during the proceedings was that Ballard had been unable to capitalize politically on the influence he was said to have acquired over so many of Plymouth's families. Indeed, his actions did him 'considerable harm', as Ballard found out much to his chagrin. They were not popular with the boys, nor with their parents, and 'torrents of abuse in the papers' ensued.¹⁰²

99 Electoral complaints, 1928, BArch (n. 15), R 1501/125167, p. 242–3, 248.

100 Meyer, *Wahlprüfungsgericht* (n. 46), p. 64 with n. 222.

101 To-day's Gossip, in: *Sheffield Mail*, 29 Oct 1924.

102 Plymouth Election Petition, in: *The Times*, 19 Oct 1929; Election Petition at Plymouth, in: *ibid.*, 24 and 26 Oct 1929.

Conclusion

What, then, does this contrasting evidence tell us about the act of voting between the world wars? Though the secrecy of the ballot seems to have been much better guarded in Britain, this should not mislead us into thinking that it was a complete farce in Germany. In most places it worked as envisaged, and even in the crassest cases of encroachment on voting we have looked at, it would have been extremely difficult, if not impossible, to know systematically and with absolute certainty how each individual voter had cast their ballot. At the minimum, the secret ballot afforded individual voters deniability, even on rural estates in Eastern Prussia. However, what our findings on electoral practices and the manifold contemporary complaints do suggest is that long after secret voting had been introduced, many voters still clearly felt the pressure to conform to expected loyalties, and it weighed much more heavily on Germans than it did on Britons. That is one reason why polling day retained its gravitas in Germany. Much as it had been in the days of the Empire, it remained an occasion for voters to affirm their loyalties.

This was still very evident in the 1930s, as symbolic demonstrations of power came to the fore of public politics in Germany and the electorate realigned to provide the basis for the transfer of power to the National Socialists. The Nazi Party owed much of its success to not only individuals but entire communities converting their loyalty to it, and its particularly bad performance in other places was often a case of its inability to chip away at solid blocks of Socialist or Catholic votes.¹⁰³ In Britain, the style of electoral politics also changed towards the 1930s, but in a different direction. The cheerful atmosphere and the lower expectations towards procedural purity in Britain arguably facilitated dealing with the massive political and social conflicts of the interwar years. Elections became noticeably quieter. Commentators often deplored the lack of passion that a comparison with much livelier polling days of the pre-war era invited because they saw it as a potentially troublesome sign of apathy and insufficient political interest on behalf of the expanded electorate. Yet over time, they found reassurance in figures: as long as a high turnout continued to demonstrate the involvement of the many in public affairs, newspapers argued, there was nothing to complain about calm elections.¹⁰⁴ At the same time, such comments hinted at a new mode of discussing elections, which would become predominant after the Second World War. In the second half of the twentieth century, abstract statistics rather than the public visibility of voters in the electoral arena would be used to measure participation and the state of democracy.

103 For figures see *Ergebnisse 1930 und 1928 in der Pfalz* (n. 96); cf. W. Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996.

104 Apathy! in: *Sheffield Daily Independent*, 6 Nov 1935; J. Lawrence, *The Transformation of British Public Politics after the First World War*, in: *Past & Present* 190 (2006), pp. 185–216; id., *Masters* (n. 5), ch. 4.

Des Wahlvolks großer Auftritt. Wahlritual und demokratische Kultur in Italien und Westdeutsch- land nach 1945¹

Claudia Christiane Gatzka

RESÜMEE¹

After fascism, Italians and Germans proved themselves enthusiastic voters in the newly established democratic setting. The article investigates the local practices regarding the ballot by focusing on the performative character of voting which reveals notions of the state, the local and the individual, of political parties and political conflict: notions that shaped the specific democratic cultures in Italy and Germany. Reading the voting practices through the lens of these issues, it is argued that the importance of polling in the two post-fascist societies derived from different social and political meanings inherent to the act of the vote. Nevertheless, in both countries these meanings helped to establish a democratic tradition that promoted voting attendance as a sign of belonging to the local community of 'good democrats'.

Nach 1945 kehrte mit dem Pluralismus auch der politische Konflikt in die Gesellschaften Italiens und Westdeutschlands zurück. Im Gegensatz zu den Wahlen des Faschismus und Nationalsozialismus war der Gang ins Wahllokal nun wieder von der Kakophonie politischer Stimmen umweht, aus denen die Bürger die Partei ihres Vertrauens auszuwählen hatten. Der Wahltag fungierte dabei als Endpunkt des Wahlkampfes, und wie zu keiner anderen Gelegenheit lenkte er den Blick auf die Bürger als Akteure der Demokratie. Italiener und Deutsche genossen diese Rolle, denkt man an die hohe Wahlbeteiligung, durch die sich die beiden postfaschistischen Demokratien im internationalen Vergleich auszeichneten. Der folgende Beitrag begreift den Wahltag als heuristische Sonde für demokratische Kultur und fragt in vergleichender Perspektive, welche Bedeutungen sich

1 Mein Dank gilt der Fritz Thyssen Stiftung für die großzügige Förderung des an der Humboldt-Universität angesiedelten Forschungsprojekts »Wahlkampf als demokratische Alltagskultur – Studien zur politischen Kommunikation im 20. Jahrhundert«, in dessen Rahmen dieser Beitrag entstanden ist.

mit dem Gang zur Wahlurne verbunden und welche Vorstellungen von Demokratie darin aufgehoben waren. Er will zeigen, dass der Wahltag als ‚großer Auftritt‘ der Bürger auf der Bühne der Parteiendemokratie in beiden Ländern eine hohe Relevanz für die demokratische Kultur und für das Erlernen von Demokratie besaß. Dazu setzt er an bei dem Anwesenheitscharakter des Wählens, der den Wahltag auch in der Mediengesellschaft nach 1945 zu einem *lokalen* öffentlichen Ereignis machte und die Bürger performativ einbezog. Der Blick auf Handlungsformen und Sprechweisen am und um den Wahltag soll den gängigen Schemata sozialwissenschaftlicher Erforschung von ‚Wahlverhalten‘ nach 1945 eine historische Analyse von Wahlpraktiken und -bedeutungen entgegenstellen.²

Methodische Überlegungen zur Bedeutung des Wählens in der Demokratie

Das Wählen gilt in der politischen Soziologie als eine vergleichsweise passive Form der Mitsprache. Doch ebenso unstrittig dürfte sein, dass es keine andere Partizipationsform gibt, die die große Masse der Bürger zum selben Zeitpunkt erfasst und die aufgrund ihres Status als konventionellstes und vornehmstes Partizipationsrecht der Bürger auch normativen Zuschreibungen unterliegt. Diese Ambivalenz des Wählens in der Demokratie hat die vergleichende Politikwissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark beschäftigt. Niedrige Wahlbeteiligung gilt normativ argumentierenden Politikwissenschaftlern als Krisensymptom demokratischer Systeme.³ In der vergleichenden Systemforschung wird Wahlabstinz hingegen nicht zwingend als ein Indikator für fehlende Systemakzeptanz oder schwache demokratische Überzeugung angesehen, denn zwei der stabilsten und ältesten Demokratien, die USA und die Schweiz, zeichnen sich gerade durch die niedrigsten Wahlbeteiligungsquoten aus. Wahlenthaltung gilt der vergleichenden politischen Soziologie daher als eine Art Normalerscheinung stabiler Demokratien, die auch als Zeichen von prinzipieller Zufriedenheit und sich einbender sozialer Konflikte gelesen werden kann.⁴ Trotzdem scheint das Unbehagen angesichts kontinuierlich sinkender Wahlbeteiligungsquoten zuzunehmen, blickt man auf die Fülle einschlägiger Literatur.⁵

2 Vgl. dazu problematisierend: R. Graf/K. C. Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 59 (2011), S. 479–508.

3 Vgl. U. Feist, Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: K. Starzacher u.a. (Hg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln 1992, S. 40–57; T. Patterson, *The Vanishing Voter. Public Involvement in an Age of Uncertainty*, New York 2002.

4 Vgl. etwa S. M. Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, Garden City 1960; D. Roth, Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Starzacher u.a., *Protestwähler* (Anm. 3), S. 58–68.

5 Seit den 1990er Jahren sucht die politikwissenschaftlicher Literatur verstärkt, die Wahlenthaltung zu erklären oder zu eruieren, wie sich höhere Wahlbeteiligungsquoten erzielen lassen. Vgl. u.a. K. Armington, Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46 (1994), S. 43–64; V. Cuturi u.a., *Lelettore instabile: voto/non voto*, Mailand 2000; M. N. Franklin, *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945*, Cambridge 2004; D. P. Green/A. S. Gerber, *Get out the Vote. How to Increase Voter Turnout*, 2. erw. Aufl. Washington D.C. 2008; R. Jackman/R. A. Miller, *Voter Turnout in the Industrial Democracies During the 1980s*, in: *Comparative Political Studies*, 27 (1995), S. 147–166.

Das Problem dieser Art von Systemvergleich ist, dass er universelle Gesetzmäßigkeiten der Demokratie zu formulieren sucht, indem er vorab festgelegte Faktoren ‚testet‘. Zur Erklärung von Wahlbeteiligung werden Einflüsse institutioneller, sozioökonomischer oder kultureller Art benannt, etwa Wahlsystem, Wahlkreisgröße, Häufigkeit der Wahlen, Parteiensystem, sowie Alter, Generation, Geschlecht, Bildungsgrad, Einkommen, Religiosität, Parteipräferenz oder Werthaltungen der Wähler. Unter historischen Faktoren versteht die Wahlforschung im Grunde nur das Alter einer Republik. Sein Einfluss wird gering veranschlagt, weil auch Demokratien gleichen Alters oder mit ähnlicher Vergangenheit unterschiedliche Wahlbeteiligungsquoten aufweisen.⁶

Auch wenn einzelne Faktoren offenbar in vielen Demokratien einen ähnlichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, hat die Politikwissenschaft bis heute keine Erklärung dafür gefunden, warum in den USA oder in der Schweiz nun weniger Bürger wählen gehen als in Schweden oder der Bundesrepublik.

Vielleicht liegt es daran, dass die Gründe nicht quantitativ messbar sind, sondern in den Eigenlogiken von Demokratien verborgen liegen. Nationale Traditionen und spezifische kulturelle Kontexte können bei aller Ähnlichkeit formaler demokratischer Verfahren doch unterschiedliche Spielarten von Demokratie und demokratischer Kultur hervorbringen.⁷ Eine solche Perspektive legt nahe, dass Wahlen in verschiedenen Republiken auch unterschiedliche Bedeutungen haben. Schon in den Beobachtungsweisen von Demokratie, seien sie wissenschaftlicher oder alltäglicher Art, zeigt sich die Ausprägung solcher Unterschiede in der politischen Kultur. So ist es beispielsweise nicht verwunderlich, dass die Aussagekraft der Wahlbeteiligung – und damit auch die Bedeutung von Wahlen für die demokratische Kultur – nach 1945 gerade von amerikanischen Sozialwissenschaftlern in Frage gestellt wurden, die die traditionell niedrige Wahlbeteiligung in den USA in ihre politische Soziologie einbauen mussten. Seymour Lipset ging hier in *Political Man* voran, kurz darauf haben Gabriel Almond und Sidney Verba in *The Civic Culture* die Wahlbeteiligung zugunsten ‚echter‘ demokratischer Werte und Überzeugungen, wie sie den USA und Großbritannien attestiert wurden, marginalisiert. Italien und die Bundesrepublik dienten ihnen als Paradebeispiele für die These, dass eine hohe Wahlbeteiligung nicht über eine nach diesen Maßstäben ‚unterentwickelte‘ politische Kultur hinwegtäuschen dürfe.⁸

Es ist wohl auch kein Zufall, dass mit Anthony Downs ebenfalls ein Amerikaner schon 1957 fragte, warum Bürger in Demokratien überhaupt wählen gehen. Für die von ihm begründete Rational-Choice-Theorie ist das Wählen ein Paradox, weil die Kosten des Urnengangs den individuellen Nutzen des Bürgers mit seiner einzelnen Stimme eigentlich immer übersteigen. Um die Theorie zu retten, hat Downs angesichts der aus dieser Perspektive nun wieder beachtlichen Wahlbeteiligungsquoten in den westlichen Demo-

6 Vgl. P. Norris, *Electoral Engineering. Voting Rules and Political Behavior*, Cambridge u.a. 2004, S. 151–177.

7 Vgl. J. La Palombara, *Die Italiener oder Demokratie als Lebenskunst*, Wien/Darmstadt 1988.

8 Vgl. Lipset, *Political Man* (Anm. 4); G. A. Almond/S. Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

kratien gemutmaßt, dass das Wählen gehen insofern im Interesse des Bürgers liege, als er damit an der Stabilität der Demokratie mitwirke – und weil er das wisse, gehe er zur Wahl.⁹ Anhänger des Rational-Choice-Ansatzes haben Downs in diesem Punkt ein Abdriften ins Irrationale, in eine Art staatsbürgerlichen Pflichtgefühls, vorgeworfen und gefragt, wieso der Bürger die Rettung der Demokratie nicht seinen Nachbarn überlasse und wieso er dieses Pflichtgefühl nur bei nationalen, nicht aber bei kommunalen Wahlen oder anderen Partizipationsformen verspüre.¹⁰

Aus historischer Sicht könnte man antworten, dass in einigen Demokratien die *nationalen* Wahlen eben durchaus als ein staatstragendes oder als ein individuell ganz bedeutungsvolles Ereignis gelten können, an dem es teilzuhaben gilt wie an einem Nationalfeiertag, einem Staatsbegräbnis oder dem Samstagslotto. Die alte Bundesrepublik und die Erste Republik Italiens waren solche Demokratien, und obwohl sie beide jung waren und ähnlich hohe Wahlbeteiligungsquoten aufwiesen, schrieben Deutsche und Italiener den Wahlen sehr unterschiedliche Bedeutungen zu. Diesen Bedeutungen näherzukommen, heißt, sich die regelmäßig wiederholten, aber auch für Wandlungen offenen Abläufe des Wahltags und seine zeitgenössischen Deutungen anzusehen – und damit das Wählen in seiner Ritualität zu fassen, wie es sich in der vergleichenden Erforschung vormoderner Gesellschaften bereits bewährt hat. Auch moderne Wahlen sind neuerdings als Rituale gefasst worden, jedoch noch nicht in vergleichender Perspektive.¹¹

Als Ralf Dahrendorf 1965 in *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* die Deutschen als ‚unpolitische Menschen‘ beschrieb, galt ihm die hohe Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik als Paradebeispiel für ihr „ritualistisches“ Verhältnis zur Demokratie. Unter diesem Ritualismus verstand er die rein äußerliche Befolgung staatsbürgerlicher Pflichten, die nichts mit der Verinnerlichung demokratischer Institutionen, Verfahren und Werte zu tun habe.¹² Für Dahrendorf war Ritualismus ein stumpfer Automatismus menschlichen Verhaltens. Aus der Ethnologie und Anthropologie wissen wir inzwischen, dass Rituale alles andere als bloße Vorführungen sind, deren Inhalt den Teilnehmern äußerlich bliebe.¹³ Vielmehr bündelt sich in Ritualen eine Vielzahl kultureller Bedeutungszusammenhänge, welche die soziale Differenz der Teilnehmer zulässt, sie im formalisierten Ablauf des Rituals aber zugleich in einer Gemeinschaft zusammenschließt.

9 Vgl. A. Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957.

10 Vgl. W. Riker/P. Ordeshook, *A Theory of the Calculus of Voting*, in: *American Political Science Review*, 62 (1968), S. 25–42. Einen Überblick zu dieser Diskussion bieten D. P. Green/I. Shapiro, *Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der Politischen Wissenschaft*, München 1999, S. 62–90.

11 Vgl. zur Vormoderne D. W. Poock: *Rituale der Ratswahl. Zeichen und Zeremoniell der Ratssetzung in Europa (12.–18. Jahrhundert)*, Köln/Weimar/Wien 2003; R. Schlögl (Hg.), *Urban Elections and Decision-Making in Early Modern Europe, 1500–1800*, Newcastle upon Tyne 2009. Zu modernen Wahlen vgl. A. Biefang, *Die Reichstagswahlen als demokratisches Zeremoniell*, in: ders. u.a. (Hg.), *Das politische Zeremoniell im deutschen Kaiserreich, 1871–1918*, Düsseldorf 2008, S. 233–270; T. Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010, S. 335–348.

12 R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 372f.

13 Vgl. V. Turner, *Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur*, Frankfurt a. M. 2005; C. Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a. M. 1983; A. Belliger/D. J. Krieger (Hg.), *Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch*, Wiesbaden 2005.

In Ritualen vergewissern sich Gemeinschaften der Traditionen und der Zukunft ihrer sozialen Ordnung und ihrer politischen Prinzipien. Anhand von Ritualen und ihrem Wandel wiederum können Historiker ebenso wie Ethnologen die kulturellen Dimensionen von Gesellschaften und ihrer politischen Verfasstheit ablesen und damit erklären helfen, was den Einzelnen mit dem Gemeinwesen verwebt.¹⁴ Die Ritualität des Wahltags bildet somit ein Kaleidoskop für die politische Kultur einzelner Demokratien – und einzelner politischer Generationen – und macht sie vergleichbar. Bei formell ähnlichen Wahlverfahren deutet die unterschiedliche rituelle Ausstattung des Wahltags an, welchen besonderen Spielregeln und Normen die jeweilige demokratische Ordnung folgt, welche Rolle etwa Bürger und Parteien, Staat und Konflikt darin spielen.

Ein solcher Ansatz erlaubt zudem, von der Aggregatsebene der Daten herabzusteigen in die komplexen Gefilde der Lokalität: Wahlen spielten sich, darüber sollte die Möglichkeit der Briefwahl nicht hinwegtäuschen, auch nach 1945 in der lokalen Anwesenheitsgesellschaft ab. Die Deutschen hatten zwar seit 1957 die Gelegenheit, brieflich zu wählen, doch die Mehrheit tut es bis heute nicht, sondern läuft ins Wahllokal. In Italien – wo es eine amtliche Wahlpflicht gab und wo man am Sonntag und am Montag bis 14 Uhr wählen konnte – mussten bis in die 1990er Jahre selbst im Ausland weilende Staatsbürger nach Hause reisen, um wählen zu können. Die Bindung nicht nur an das nationale Territorium, sondern auch an klar definierte Wahlbezirke in der Heimatstadt oder am Wohnort gab dem Wahltag einen lokalöffentlichen Charakter, der wie in der Vormoderne Teil seiner Ritualität war und die Beobachtungslust der Zeitgenossen weckte. Mit der Stimmabgabe verbanden sich bestimmte körperliche Bewegungen, Interaktionen, soziale Kontrolle, bisweilen auch Dresscodes. All diese lokalen Praktiken brachten Bezüge zur Demokratie und zum Staat zum Vorschein.

Krieg und Frieden. Der Wahltag im Lichte demokratischer Konfliktkulturen

Die hohe Wahlbeteiligung war keine Sympathiekundgebung für die heutigen Parteien, sondern eine Entscheidung für das kleinere Übel, und das ist in der Politik nicht selten eine notwendige Entscheidung,

so lautete nach den ersten Bundestagswahlen im August 1949 das nüchterne Fazit Ernst Friedlaenders in der *Zeit*.¹⁵ Von Freude über die zurückgewonnene Entscheidungsfrei-

14 Vgl. dazu, allerdings mit Fokus auf die Phase vor den Wahlen: A. Dörner, Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des demokratischen Mythos, in: ders./L. Vogt (Hg.), Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt a. M. 2002, S. 16–42. Dass Wahlen in diesen Zusammenhang passen, haben verschiedene politikwissenschaftliche Studien – wenn auch ohne Referenz auf den Ritualbegriff – selber nahegelegt. Stephen Finkel hat konstatiert, dass die Teilnahme am Wahlakt systemstabilisierende Wirkung habe, weil sie den Einzelnen an das politische System binde; Mark Franklin hat argumentiert, die Wahlteilnahme hänge ab von der generationellen Sozialisation (also der Gewöhnung). Vgl. S. E. Finkel, The Effects of Participation on Political Efficacy and Political Support: Evidence from a West German Panel, in: The Journal of Politics, 49 (1987), S. 441–464; Franklin, Voter Turnout (Anm. 5).

15 E. Friedlaender, Die CDU hat das Wort, in: Die Zeit, 18.8.1949.

heit in der Demokratie war nichts zu spüren, im Gegenteil: Friedlaender rechnete es den deutschen Bürgern hoch an, dass sie sich *trotz* der Existenz rivalisierender Parteien zur Wahlurne begeben hatten. Es war paradoxerweise das Fundament jeder demokratischen Wahl, der Parteienpluralismus, der kritischen Beobachtern in der jungen Bundesrepublik als größter Risikofaktor für die Wahlbeteiligung galt.

Parteien hatten nach der Erfahrung des Nationalsozialismus und der als chaotisch, zerrissen und korrupt wahrgenommenen Weimarer Parteiendemokratie in den Augen vieler Deutscher ihr Recht verwirkt, als legitime Vertreter von Volksinteressen auftreten zu dürfen.¹⁶ Ihr Wahlkampf schien den Deutschen unerträglich. „Entgleisungen“, niedriges Niveau und gegenseitige Feindseligkeiten stellte die deutsche Presse allenthalben fest und meinte, es sei nicht verwunderlich, dass sich viele „angeekelt abwenden“.¹⁷ Der Wahlkampf entwürdigte mithin die Politik und das Volk, das sie vertreten wollte.

Schließlich sollen Männer, die den Anspruch erheben, das Volk Goethes und Beethovens zu repräsentieren, sich nicht so weit vergessen, daß sie sich wie Gevatter Handschuhmacher oder wie Kneipengäste aus der Vorstadt bekeifen und begefieren,

hieß es 1953 im Aschaffener *Main-Echo*.¹⁸ Wo die deutschen Parteien einen Wahlkampf betrieben, der keineswegs härter war als der italienische oder der englische, beobachteten Bürger und Reporter ein ausuferndes Maß an Hass und Häme, das ihnen als spezifisch deutsch erschien. Der deutsche Unwille zur Einigkeit wurde vor allem mit Verweis auf die Außenpolitik beklagt. Die nationalen Hoffnungen auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung waren in der Frühzeit der Bundesrepublik, aber auch noch 1961, als der Mauerbau in die Phase des heißen Wahlkampfes fiel, die wichtigsten ‚sachlichen‘ Argumente gegen den in Wahlkämpfen verkörperten Parteienkonflikt.¹⁹

In dieser demokratischen Konflikthaftigkeit manifestierte sich Politik als etwas, das den Bürgern fremd war. Am Ende des Wahlkampfes 1957 konstatierte etwa die *Schwäbische Donauzeitung* in Ulm, bei all den Behauptungen, Anschuldigungen und Verdächtigungen sei es dem „Uneingeweihten“ gar nicht mehr möglich, Schuldige von Unschuldigen zu unterscheiden.²⁰ Dieses für die Bürger undurchschaubare System schien im Wahlkampf für einige Wochen ihre Städte und Dörfer in Besitz nehmen zu wollen. Mit einem zwischen Skepsis und Verwunderung schwankenden Blick schritten die Reporter der Lokalgazetten durch die Straßen ihrer Städte und berichteten von Plakaten, Laut-

16 Vgl. dazu umfassend S. Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.

17 Ist Wahlrecht wirklich Wahlpflicht?, in: *Die Zeit*, 4.8.1949. Vgl. dazu: T. Mergel, *Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik*, in: B. Weisbrod (Hg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 29–53.

18 Nicht jeder Wähler..., in: *Main-Echo*, 5.9.1953.

19 Mahnung, in: *Hamburger Abendblatt*, 28.8.1953; Die Meinung der Leser: Mäßigung!, in: ebd., 8.9.1961; Die Meinung der Leser: Unsere selbstverständliche Pflicht, in: ebd., 14.9.1961. Umfassend dazu: Mergel, *Propaganda nach Hitler* (Anm. 11).

20 Der Wähler hat nun das letzte Wort im Meinungsstreit der Parteien, in: *Schwäbische Donauzeitung*, 14.9.1957.

sprecherwagen und Kandidaten, als seien sie Teil einer seltsamen Wanderzirkusaufführung. Diese Wahlkampfwerbung strengte an, weil die Deutschen ihr misstrauten. Sie galt als unnötige ‚Beeinflussung‘ der Bürger und ihrer ‚frei‘ gewählten Gesinnung – und damit als Störung.²¹ Eine Verdichtung fand das Wahrnehmungsmuster des Fremden in der semantischen Umschreibung des Wahlkampfes als Krieg. War der lokale Alltagsraum als friedlich, harmonisch und geordnet codiert, so brachte der Wahlkampf diese Alltagsstruktur durcheinander, weil er als konfrontativ, parteiisch und ungeordnet perzipiert wurde. Vielfach war die Rede von „Propagandakriegen“ und „Plakatschlachten“, und wenn die Wahlen vorüber waren, galt die „Schlacht“ als geschlagen.²²

Im Wahlakt befreiten sich die Bürger von all diesen Belastungen. Mit ihm trugen sie zur Konfliktbeilegung bei und dazu, dass wieder Ehrlichkeit einkehrte. Am Wahltag änderte sich mithin die Repräsentation von Politik. Die Bürger waren Träger dieses Übergangs und eroberten sich dabei auch ihren lokalen Alltagsraum zurück:

Nachdem in den letzten Wochen die Wellen des Wahlkampfes auch in Ulm recht hoch gegangen waren, verstummte gestern das Schlachtgetümmel. Seines Wertes voll und ganz bewusst stand nun endlich der Wähler selbst im Mittelpunkt des Geschehens. Die weithin leuchtenden Plakate [...] hatten plötzlich keine Bedeutung mehr. Nur die Stimme der Wähler beherrschte über Stunden die ganze Stadt,

tönte die Ulmer *Schwäbische Donauzeitung* 1957.²³

Von den harten Gangarten und schrillen Tönen der Parteien weg, so schien es, führten die Bürger am Wahltag die Politik wieder in ruhige und geordnete Bahnen. Dies machte die Performativität des Wählens nach 1945 aus. Durch ihre schiere körperliche Präsenz am Wahltag, ihr ruhiges, besonnenes und gleichförmiges Strömen zu den Wahllokalen, trugen die Bürger, ähnlich wie in einer Prozession, zur allgemein sichtbaren Demonstration von Einheit und Harmonie bei. Der Wahltag als nationales Ereignis hatte damit eine höchst inklusive Wirkung, und darin knüpfte er an Traditionen des Kaiserreiches an.²⁴ Die Presse widmete sich diesem großen Auftritt der Bürger in regelmäßig wiederkehrender Liebe fürs Detail. Wie ein Festtag wurde die ‚Stunde des Wählers‘ in den Gazetten der Bundesrepublik beschrieben, und zumeist strahlte dazu die Sonne: Die Hamburger Hafearbeiter wählten gleich nach der Nachtschicht, der Bürgermeister nach dem Frühstück, Damen kamen in Sommerkleidern und Soldaten in Ausgehuniformen, Kinder und Hunde warteten vor den Wahllokalen, Erstwählern wurde vom Wahlleiter feierlich

21 Wahlplakate, in: Schwäbische Donauzeitung, 1.9.1953; Wahlwerbung läuft nun auf Hochtouren, in: Main-Echo, 4.9.1953; Bundestagskandidaten gehen auf die Straße, in: Badische Neueste Nachrichten, 14.9.1957; Stunde des Wählers, in: Hamburger Abendblatt, 16./17.9.1961.

22 Die Schlacht ist geschlagen, in: Schwäbische Donauzeitung, 16.9.1957. Zu Raumcodierungen vgl. P. Betts, Ästhetik und Öffentlichkeit. Westdeutschland in den fünfziger Jahren, in: Weisbrod, Politik der Öffentlichkeit (Anm. 17), S. 231–260.

23 Schlacht (Anm. 22). Vgl. auch: Wahlrecht – Wahlvernunft, in: Hamburger Abendblatt, 5.9.1953; Vor der letzten Runde im Wahlkampf, in: Schwäbische Donauzeitung, 4.9.1957; U. Kitzinger, Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960, S. 229.

24 Vgl. Biefang, Reichstagswahlen (Anm. 11), S. 251.

die Hand geschüttelt, im Krankenhaus kam die Urne gleich mit dem Frühstück ans Krankenbett, und die Wahlkämpfer vor den Wahllokalen unterhielten sich friedlich über die Parteigrenzen hinweg und boten einander Zigaretten an.²⁵ Der Wahltag vereinte alle Schichten des Volkes in einem gemeinsamen Akt. Das sozialdemokratische *Hamburger Echo* umschrieb das 1949 mit einer Emphase, die auch auf konservativer Seite geteilt wurde:

*Einen Tag im Laufe der Jahre gibt es, da sind wir allesamt Politiker, der Direktor und die Reinmachefrau, der Bauer und die Kellnerin, der Dichter und das Blumenmädchen, der Medizinalrat und die Krankenschwester, der Seemann und die Hausfrau. Es ist der Wahltag, der Tag der Gleichheit und der Selbstbestimmung.*²⁶

Wähler als ‚Politiker‘ – diese Stilisierung bedeutete, dass beinahe jede Handlung der Deutschen am Wahltag von staatstragender Qualität war. Die allerorts beschworene ‚staatsbürgerliche Pflicht‘²⁷ des Wählens war kein sinnentleerter Ritualismus, wie Dahrendorf meinte, sondern diente als stolze und würdevolle Vorführung ‚wahrer‘ Demokratie nach Wochen der Immoralität und der Uneinigkeit. Ihre Rolle darin erfüllten die Bürger in mustergültiger Weise. So ging etwa nach Meinung der *Badischen Neuesten Nachrichten* der Karlsruher Bürger am Wahltag 1957 „im Hochgefühl des sehr geehrten Wählers mit geschwollener Brust durch die vertrauten Straßen“.²⁸ Im Unterschied zu den chaotischen und lauten Wahlkampfwochen war die wichtigste Meldung vom Wahltag stets, dass es überall ruhig geblieben war:

*Es scheint, daß wir alle friedlicher geworden sind. Harmonie, Feiertagsstimmung lag über Hamburg. Nichts von der hektischen Aufregung vergangener Wahlschlachten. Die Polizei schaute zu. Der Titel Musterwahlbürger ist fällig.*²⁹

Mit dieser Feiertagsatmosphäre ähnelte die Wahltagsszenerie nicht nur jener im Kaiserreich, sie stilisierte auch diejenigen Bürger zu den größten Helden, die das Wählen im Kaiserreich gelernt hatten: die Senioren. Sie galten als die vorbildlichsten Wahlbürger, waren sie doch meist die ersten im Wahllokal und hatten auf dem Weg dorthin einige Strapazen auf sich nehmen müssen. „Während Sturmböen an den Bäumen rüttelten und das Wasser der Elbe schäumte“, so das *Hamburger Abendblatt* 1965, kämpften sich die Alten auf dem Weg zum Wahllokal mit Regenschirmen durch die Straßen, in deren Häusern die Jüngeren noch Kaffee tranken oder schliefen.³⁰ Dabei verloren sie nie ihre gute Laune. Redakteure begleiteten 1961 den ältesten Bürger der Stadt Ulm, einen 99-jährigen, zur Wahlurne. „Mit dem strahlendsten Gesicht der Welt und im Bewußt-

25 So erlebte Hamburg den Wahlsonntag, in: *Die Welt*, 15.8.1949.

26 Der Seemann und die Hausfrau, in: *Hamburger Echo*, 6.8.1949.

27 Z. B. in: Das Wort hat der Wähler, in: *Hamburger Morgenpost*, 5.9.1953.

28 Ich, der sehr geehrte Wähler, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 16.9.1957. S. auch: *Goldene Sonne* über dem Wahlsonntag, in: *Hamburger Abendblatt*, 7.9.1953.

29 Ebd. S. auch: Ruhe auch in Hamburg, in: *Hamburger Morgenpost*, 7.9.1953.

30 Schlagsahne, Blumen und ein Auto als ‚Wahlkabine‘, in: *Hamburger Abendblatt*, 20.9.1965.

sein, mit seiner Stimme etwas Entscheidendes zur großen Politik beizutragen“, habe der rüstige Greis es sich nicht nehmen lassen, eigenhändig den Wahlzettel in die Urne zu stecken. „Meine Beine wellet halt nemme reacht, aber gewählt hane doch“ – mit solchen Zitaten feierten die Reporter den Einsatz der Alten für ihren Staat.³¹

Das Fundament der Mustergültigkeit des Wahlbürgers war dieses Pflichtbewusstsein gegenüber Staat und Nation, welche sich am Wahntag in ihren Bürgern verkörperten: ruhig, einig, feierlich, würdevoll. Damit stellten Bürger und Staat ihre moralische Überlegenheit gegenüber der streitenden und keifenden Parteipolitik performativ zur Schau und gaben der Demokratie gewissermaßen ihre Würde zurück. In dieser Symbolhaftigkeit stand der Wahntag aber auch für eine demokratische Kultur, die Konflikte nur schwer ertrug, und die sich in ihrer Feiertagsperformanz kaum von den Wahlen des Nationalsozialismus unterschied.³²

In Italien endete der Wahlkampf früher als in der Bundesrepublik: Der Freitag vor den Wahlen war der letzte Wahlkampftag. Allerdings resultierten daraus umgekehrte Wahltags szenarien. Während die deutschen Akteure ihre Propagandamöglichkeiten am Wahlwochenende kaum ausschöpften, kompensierten die Italiener die fehlende offizielle Wahlkampfarbeit durch vielfältige Formen der subtilen Wahlbeeinflussung. Beging man in der Bundesrepublik am Wahntag die feierliche Beendigung des Wahlkampfes, erreichte dieser in Italien an den Wahltagen erst seinen eigentlichen Höhepunkt.

Die demokratische Konfliktkultur Italiens kannte – trotz der ähnlichen faschistischen Erfahrungen – keine Abscheu gegen die harte Auseinandersetzung zwischen politischen Parteien, welche in Italien zudem viel stärker auseinanderdrifteten als in der Bundesrepublik. Nicht nur die massive Polarisierung der politischen Kultur zwischen Katholiken und Kommunisten und ihren Parteien *Democrazia Cristiana* (DC) und *Partito Comunista Italiano* (PCI),³³ sondern auch die stärkere Bereitschaft der Italiener, sich von Parteien mobilisieren zu lassen, führten hier zu einer lebhaften demokratischen Konfliktkultur. Die Klagen der Deutschen über den beeinflussenden, verwirrenden oder spaltenden Charakter der Wahlpropaganda waren den Italienern vollkommen fremd. Der Wahlkampf war hier eine Phase, in der sich jeder bemüßigt sah, klar für eine Partei Stellung zu beziehen: Es ging mithin um die tatsächliche *Wahlentscheidung* des Bürgers, während der westdeutsche Wähler eher die Rolle eines ‚Richters‘ über die Parteien einnahm.³⁴

31 O. T. [Wie man in Ulm den neuen Bundestag wählt...], in: Schwäbische Donauzeitung, 18.9.1961.

32 Vgl. F. Omland, „Germany Totally National Socialist“ – National Socialist *Reichstag* Elections and Plebiscites, 1933–1938: The Example of Schleswig-Holstein, in: R. Jessen/H. Richter (Hg.), *Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt a. M./New York 2011, S. 254–275, hier S. 262f.

33 Vgl. A. Ventrone, *Il nemico interno. Immagini, parole e simboli della lotta politica nell'Italia del Novecento*, Rom 2005.

34 Nicht zufällig widmet die italienische Publizistik den nationalen Wahlen bisweilen ganze Monographien und erinnert sie im Stile großer nationaler Schlachten, deren wichtigste die erste Parlamentswahl (1948) darstellt. Vgl. M. Casella (Hg.), 18 aprile 1948. *La mobilitazione delle organizzazioni cattoliche*, Galatina 1992; E. Novelli, *Le elezioni del quarantotto. Storia, strategie e immagini della prima campagna elettorale repubblicana*, Rom 2008. Allgemein: C. Ghini, *Il voto degli italiani, 1946–1974*, Rom 1974; M. S. Piretti, *Le elezioni politiche in Italia dal 1848 a oggi*, Rom 1995; P.L. Ballini/M. Ridolfi (Hg.), *Storia delle campagne elettorali in Italia*, Mailand 2002.

Ein wichtiger Katalysator für die konfliktreichere politische Kultur Italiens war die Pres-selandschaft, die eine militantere Form der Beobachtung von Politik und Wahlkampf mit sich brachte. Die politische Zerklüftung reproduzierte sich in der starken Parteipresse wie in der lokalen und überregionalen Presse, wo Redakteure gewissermaßen selbst als Wahlkämpfer auftraten und Polemik allerorts als guter Stil galt. Die Parteipresse der Bundesrepublik bildete hingegen ein kleineres, zudem schrumpfendes Segment auf dem Pressemarkt. Die Journalisten der vielen unabhängigen (wenngleich mitunter parteina-hen) westdeutschen Lokalblätter gerierten sich vor allem im Lokalteil, wo der Wahltag besprochen wurde, gern als ‚bürgernahe‘ und damit ‚neutrale‘ Beobachter des politischen Geschehens.³⁵

Doch die Presse war nur Symptom einer demokratischen Kultur, die viel gelassener mit innergesellschaftlichen Konflikten und politischen Interessen umging als die deutsche. Der Wahltag hatte hier mithin nicht die Einigkeit der Italiener unter Beweis zu stellen, sondern einem politischen Lager den Sieg zu bringen. Wahlkämpfe dienten dazu, Mil-lionen von Parteimitgliedern und Wählern zu mobilisieren, selbst im Sinne ihrer Partei tätig zu werden und in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis und in den Be-trieben für sie zu werben. Unter Werbung verstanden die Italiener dabei nicht so sehr, Begeisterung für das eigene Lager zu wecken, sondern in erster Linie, den politischen Gegner zu dämonisieren.³⁶

Daneben standen die italienischen Bürger durch die gesellschaftliche Macht und Omni-präsenz der Parteien und ihrer Patrone in engerem Kontakt mit der Parteiendemokratie als die Deutschen. Nicht nur die lokal agierenden Parteileute selbst, sondern auch Prie-ster, Lehrer, Künstler, Familienoberhäupter, Mafiosi, Arbeitgeber in der staatlich kontrol-lierten Wirtschaft und andere lokale Funktionsträger stellten Kontaktkanäle zu Parteien und somit zu höheren politischen Entscheidungsinstanzen her.³⁷ Das italienische System aus Patronage und Kliententum – häufig aus modernisierungstheoretischer Sicht verur-teilt³⁸ – stellte eine effiziente Spielart politischer Partizipation dar. Es führte dazu, dass auch die apulische Krankenschwester im Wahlkampf aktiv wurde, weil sie sich vom Sieg der Christdemokraten ganz persönliche Vorteile erhoffen konnte – etwa dass ihr Kran-kenhaus renoviert, ihr Job erhalten oder ihre Kinder in der Schule weiterhin christlich erzogen würden. Und nicht zuletzt war in der Hochphase des Kalten Kriegs der Glaube weit verbreitet, es stünden wahrhaftig die Sowjets vor der Tür, trügen die Kommunisten einen Wahlsieg davon.

35 Zur westdeutschen Regional- und Lokalpresse und ihrem Strukturwandel nach 1945 vgl. G. Meier, Innovation und Tradition in der Regionalpresse zwischen Weimar und Bundesrepublik, in: M. Prinz (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich 1920–1960, Paderborn/München u.a. 2007, S. 131–154.

36 Ventrone, *Nemico interno* (Anm. 33); S. Cavazza, *La Costituzione in piazza. Il tema costituzionale nelle campagne elettorali del dopoguerra (1948–1958)*, in: A. Barbera u.a. (Hg.), *L'apprendimento della Costituzione (1947–1957)*, Mailand 1999, S. 155–197.

37 La Palombara, *Die Italiener* (Anm. 7), S. 70–74.

38 J.-L. Briquet, *Scholarly Formulations of a Political Category: Clientelism and the Sociohistorical Interpretation of the ‚Italian Case‘*, in: *Modern Italy*, 14 (2009), S. 339–356.

Schauten die Deutschen im Wahlkampf also mit einer gehörigen Portion Distanz auf den Parteienstreit, kämpften die Italiener aus ganz persönlichen Motiven mit – und am Wahltag setzten sie sich dafür ein, ihrer Partei zum Sieg zu verhelfen. Das hatte zur Folge, dass – ganz im Gegensatz zur europäischen Tradition der Wahlmanipulation, bei der die lokalen Autoritäten: die Beamten, Pfarrer oder Unternehmer die Hauptakteure gewesen waren – die italienischen Wähler am Wahltag selbst versuchten, ihre Nachbarn, Freunde und Mitbürger in ihrer freien Stimmabgabe zu behindern oder zu beeinflussen. Dies war der Beitrag der italienischen Bürger zum Wahlkampf, der sich damit bis vor die Wahlurne verlagerte, wo die Parteien offiziell nicht mehr werben durften, dafür aber ihre Anhänger aus dem Wahlvolk ihren großen Auftritt hatten. In der Provinz Bari in Apulien bedrohten Hausfrauen 1948 christdemokratische Wählerinnen und wollten ihnen den Wahlschein abnehmen, Bäuerinnen zerstörten die Wahlscheine anderer Frauen, um sie vom Wählen abzuhalten, ein 33-jähriger Kommunist zerriss gar den Wahlschein seiner eigenen Großmutter, weil sie ihren Willen geäußert hatte, für die Christdemokraten zu stimmen. Bei den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 1953 hatte sich das Bild kaum gewandelt. Fünf Kommunistinnen wurden etwa in Bari verhaftet, weil sie versucht hatten, eine Christdemokratin davon abzuhalten, eine alte Frau ins Wahllokal zu begleiten; dabei hatten sie ihr ins Gesicht zu schlagen.³⁹

Neben solch rüden Versuchen, die Nachbarn und Familienangehörigen am ‚falschen‘ Wählen zu hindern, kamen auch raffiniertere Methoden der Wahlbeeinflussung zum Einsatz. In der Provinz Brindisi gab sich 1948 ein alter, als unpolitisch geltender Herr in seinem Dorf als Kontrolleur von Wahlzetteln aus. Er hieß seine Dorfgenossen, ihm die Wahlscheine auszuhändigen, um sie auf ihre formale Korrektheit zu überprüfen, gab ihnen dann jedoch ungültige Wahlzettel zurück. Ganz wahrscheinlich handelte es sich bei ihm um einen Monarchisten, der von demokratischen Wahlen rein gar nichts hielt – keine seltene Haltung im Süden Italiens. Andernorts versuchte man, auf trickreiche Art die Wahlscheine anderer Wähler zu beschmutzen und damit ungültig machen.⁴⁰ Gelegenheit zu Manipulationsversuchen gab auch der Umstand, dass die Italiener in der Regel an ihrem Geburtsort wählten und deshalb oft lange Wege von ihrem Wohnort zum Wahllokal zurücklegen mussten. Geriet man dabei als Kommunist an einen kirchlichen Fahrdienst, konnte es vorkommen, dass man von Bari aus über Umwege zwölf Stunden lang durch die Dörfer Apuliens kutschiert wurde, damit man es nicht mehr rechtzeitig ins heimatliche Wahllokal schaffte.⁴¹

39 Prefetto Mormile (Bari) an das Innenministerium, Gabinetto, 19.4.1948, Archivio Centrale dello Stato, Rom (ACS), Ministero dell'Interno (MI), Gabinetto (GAB), 1948, b. 150, fasc. 17410; Capitano Chiapparo, Carabinieri di Barletta, an das Innenministerium, 19.4.1948, ebd., Fonogramma N. 12973; ders. an das Innenministerium, 19.4.1948, ebd., Fonogramma N. 12968; Capitano Pellegrino (Cerignola, Prov. Bari) an das Innenministerium, 19.4.1948, ebd., Telegramma N. 11519. Zu 1953: Maresciallo Marassa (Bitonto, Prov. Bari) an das Innenministerium, 7.6.1953, ACS, MI, GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610, Telegramma N. 10821.

40 Maresciallo Maggiore Berrino (Francavilla Fontana, Prov. Brindisi) an das Innenministerium, 10.4.1948, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17417, Telegramma N. 10324; O.V. [„Il prefetto di Bari comunica.“], Rom, 19.4.1948, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17410.

41 Certificati medici falsificati scoperti a migliaia in Puglia, in: L'Unità, 9.6.1953.

Solche Vorkommnisse und die damit verbundenen Strafanzeigen der Opfer brachten die massive Präsenz der Polizei in den Wahlbezirken mit sich, die das Geschehen trotz aller Leidenschaften unter Kontrolle hatte. Nur bei den ersten Parlamentswahlen 1948 gab es vereinzelte Krawalle, seither blieb alles erstaunlich ruhig. Dennoch versuchte der Staat mit restriktiven Maßnahmen der Eskalation vorzubeugen. Menschenansammlungen waren am Wahlsonntag ebenso untersagt wie der Ausschank alkoholischer Getränke in den öffentlichen Bars.⁴² Undenkbar war so etwas in Deutschland, wo der Alkohol traditionell zum Wahltag dazugehörte und wo anfangs noch zu einem beträchtlichen Teil in Wirtschaftshäusern gewählt wurde – sichtbares Zeichen dafür, dass auch die Behörden am Wahltag keine hochkochenden Leidenschaften befürchteten. Als der Hamburger Bürgermeister Max Brauer am Wahlsonntag 1949 früh um zehn Uhr zum Wählen in den Klubraum einer Gaststätte kam, bestellte er sich erst einmal beim Wirt einen Schnaps.⁴³ Männer verbanden das Wählen gern mit einem anschließenden Frühschoppen. Die einzige Form des *leisure*, die der italienische Wahltag kannte, waren die Wahlwetten – und auch hier handelte es sich strenggenommen um eine sehr ernste Sache, denn auch hier ging es darum, zu gewinnen oder zu verlieren.

Unterschiedliche Bedeutungen des Wahltags in Italien und der Bundesrepublik bildeten aber dennoch eine ähnliche Tradition aus. Ob nun zur festlichen Konfliktbeilegung oder zum Zwecke des Kampfes für das eigene politische Lager – in beiden Fällen wurde das Wählen zum Gebot. In der Bundesrepublik überschlugen sich die Bundestagskandidaten in ihren Wählerbriefen und die Lokalzeitungen in ihren Wahlwochenendausgaben mit Mahnungen an die Bürger, wählen zu gehen. In Italien wurde Wahlabstinz im amtlichen Führungszeugnis des Bürgers vermerkt; wer nicht gewählt hatte, erschien zudem bis in die 1970er Jahre namentlich auf Anschlagtafeln der Gemeinde. Zusätzlich wirkten Parteien und Kirche auf die italienischen Wähler ein. Am Abend vor den Wahlen 1948 gab der Erzbischof von Genua – als einer unter vielen anderen Bischöfen – acht Gebote an die katholischen Wähler aus. Sein erstes Gebot lautete, Wählen sei eine höchste Pflicht, wer nicht wählen gehe, begehe eine Todsünde.⁴⁴ Die Wichtigkeit des Mitmachens zu betonen, bildete nach 1945 selbst eines der Wahlrituale in Deutschland und Italien. Die hohe Wahlbeteiligung wurde in den beiden postfaschistischen Staaten geradezu zur Obsession sowohl der Parteien als auch der politischen Beobachter.

42 Diese Praxis lockerte sich bald, doch auch noch 1958 verboten die Präfekten den Verkauf hochprozentiger Getränke: Tutti alle urne, in: *Giornale dell'Emilia*, 7.6.1953; Niente vino e liquori, in: ebd., 26.5.1953; E. Novelli, *C'era una volta il Pci. Autobiografia di un partito attraverso le immagini della sua propaganda*, Rom 2000, S. 10.

43 So erlebte Hamburg (Anm. 25).

44 L. Gedda, 18 aprile 1948. *Memorie inedite dell'artefice della sconfitta del Fronte Popolare*, Mailand 1998, S. 132.

Wachsamkeit im Wahlbezirk. Zur Bedeutung von Regeln, Verfahren und Kontrolle

Die Ritualität von Wahlen ist aufs Engste verwoben mit ihrem liminalen Charakter.⁴⁵ In den Städten der Vormoderne kam die Dramatik dieser Liminalität voll zum Tragen; hier waren Ratswahlen vor allem Phasen der Krise und der risikoreichen Vakanz: Der alte Rat war bereits abgesetzt, die Stadt also ohne Regiment, und damit war gewissermaßen alles erlaubt. Dies machte das genaue Ausführen der rituellen Ordnungen so bedeutsam und führte erst zu der zeremoniellen Ausgestaltung der Ratswahl. Indem alle städtischen Gruppen rituell einbezogen wurden, hielt man sie davon ab, Unfug zu treiben.⁴⁶

Nun sind in modernen Demokratien die Wahlgesetze klar geregelt und die Regierungen zum Zeitpunkt der Wahl formal noch im Amt. Die Tradition der Wahl als Phase des Übergangs vom Alten zum Neuen blieb dennoch wirkungsvoll. Weil sich am Wahltag die Karten neu mischten, bot er auch immer Gelegenheiten für außerordentliche Auftritte der Bürger – und für illegitime Praktiken. Die Aufmerksamkeit, mit der die Zeitgenossen den lokalen Wahlablauf beobachteten, vermittelt einen Eindruck von zumindest latenter Unsicherheit über den regelkonformen Ablauf. Trotz der Wahlgesetze waren die Regeln, die Legitimität herstellten, nicht unumstritten; sie mussten vor Ort erst ausgehandelt und eingeübt werden. Auch in dieser Hinsicht unterschieden sich Italien und die Bundesrepublik.

Als Gegenentwurf zum quasi regelfreien Wahlkampf und als Ausweis ‚staatsbürgerlicher‘ Qualitäten vor Ort, war die lokale Gesellschaft in Westdeutschland auf ein reibungsloses Wahlgesehehen bedacht. Noch 1957 zeigten sich Wahlamtsleiter und Organisatoren nervös, man hoffte auf gutes Wetter und einen „ungetrübten“ Ablauf.⁴⁷ Die Wähler sollten sich idealerweise gleichmäßig über den Tag verteilen, so dass Menschenansammlungen vor den Wahllokalen vermieden wurden. Als 1953 Störaktionen von FDJ-Gruppen drohten, erklärten sich auch Mitglieder der örtlichen Sport- und Turnvereine bereit, die Wahllokale zu sichern. Ehre gebührte schließlich dem fleißigsten Wahlbezirk der Stadt, der zuerst mit der Stimmenauszählung fertig war – er wurde in mancher Lokalzeitung erwähnt.⁴⁸

Die einzigen Zwischenfälle, die sich in dieser penibel organisierten Szenerie ereigneten, trugen den grotesken Charakter lernender Demokraten, die sich über die formalen Verfahren noch nicht ganz im Klaren waren. Die Öffnungs- und Schließzeiten der Wahllokale waren in den ersten Wahlen der 1940er Jahre, den Kommunalwahlen, selbst einigen Wahlvorständen noch nicht bekannt. Später wurden sie strengstens eingehalten. Als ein Ulmer Wähler 1965 bereits kurz vor acht Uhr seine Stimme abgeben wollte, verweiger-

45 Vgl. Mergel, Propaganda nach Hitler (Anm. 11), S. 335f.

46 Poeck, Ratswahl (Anm. 11), S. 74.

47 Regenschauer und Herbstsonne, in: Badische Neueste Nachrichten, 16.9.1957

48 Wahlpropaganda mit ‚schräger Musik‘, in: Schwäbische Donauzeitung, 3.9.1953; Schlacht (Anm. 22). Das war noch 1987 so. S. Wahl-Nachlese, in: Südwest Presse, 27.1.1987.

ten ihm die Wahlhelfer das, woraufhin er schimpfend seinen Wahlzettel zerriss.⁴⁹ Ein Hamburger Wahlleiter machte 1953 Feierabend, ohne die Stimmen ausgezählt zu haben, weil er am nächsten Morgen früh aufstehen musste. Nicht einmal die Polizei konnte ihn wieder aus dem Bett holen.⁵⁰ Verhielten sich die Amtsleute nicht regelkonform, halfen die Bürger nach. So verschief ein Bürgermeister im Kreis Uelzen, der rechtzeitig das Wahllokal hätte öffnen müssen, 1953 den Wahlbeginn, weil er am Vorabend zu ausgiebig gefeiert hatte. Aus der Warteschlange vor dem Wahllokal lösten sich einige Bürger, gingen zu seinem Haus, weckten ihn und machten ihn, wie es in der *Hamburger Morgenpost* hieß, „auf seine Pflichten aufmerksam“. Da einige Wähler inzwischen wieder nach Hause gegangen waren, veranlasste der Bürgermeister, sie auf seine Kosten mit dem Auto zum Wahllokal zu chauffieren.⁵¹

Versuche der Wahlmanipulation waren hingegen Einzelfälle und beschränkten sich auf die Frühzeit der Bundesrepublik.⁵² Die einzig nennenswerte Form strategischer Einflussnahme fand in den Kirchen der Bundesrepublik statt, wo die katholischen Pfarrer – in alter Tradition der Zentrumspartei – am Wahlsonntag die Gemeinde aufforderten, für den ‚christlichen‘ Kandidaten zu stimmen. Doch auch hier entwickelten die Wähler rasch ein Bewusstsein für die Unzulässigkeit dieser Methode. Als die SPD-Abgeordnete Lucie Kurbaum-Beyer am Wahltag 1953 mit dem Lautsprecherwagen durch die Straßen Fuldas fuhr, kamen ihr Frauen, mit denen sie im Wahlkampf gesprochen hatte, aus den Kirchen entgegengeeilt und beteuerten ihr, mit den Tränen kämpfend, dass sie es als ungerecht empfanden, was der Pfarrer ihnen als göttliche Pflicht aufgetragen hatte.⁵³

Die Gewissenhaftigkeit der deutschen Wähler war auch eine lokale Selbstbeschreibung. So berichtete die *Schwäbische Donauzeitung* in Ulm 1961 von einem älteren Ehepaar, das wegen der Wahlen seinen Urlaub abgebrochen hatte. Gefragt, warum sie nicht brieflich wählten, antwortete der 76-jährige Ehemann, der dabei wahrscheinlich auch auf seine langen Wahlerfahrungen zurückblickte:

*Wissen Sie, wenn ich nicht selbst dabei bin, kann's unter Umständen schief gehen, und das kann man sich heute einfach nicht leisten. Wenn ich aber persönlich meinen Stimmzettel abgebe, dann weiß ich gewiß, daß ich gewählt habe.*⁵⁴

Hier und da zeigten sich in den ersten Jahren noch Defizite, doch insgesamt waren sich die Deutschen über die Regeln und Verfahren des Wahltags und ihre Legitimität einig

49 Ulm hat gewählt, in: *Schwäbische Donauzeitung*, 29.5.1946; Erst strahlte die Sonne – dann die CDU, in: ebd., 20.9.1965.

50 Goldene Sonne (Anm. 28).

51 Bürgermeister verschief Wahlbeginn, in: *Hamburger Morgenpost*, 7.9.1953.

52 So gab sich bei der Ulmer Kommunalwahl ein Mann als freiwilliger Helfer aus, gab den Wählern im Wahllokal aber dann von der CDU manipulierte Stimmzettel aus. In Niederbayern erschienen noch 1953 fünf junge Männer mit gefälschten Wahlscheinen und flüchteten im Pkw, als der Wahlleiter ihnen auf die Schliche gekommen war. S. Ulm hat gewählt (Anm. 49); Bürgermeister verschief Wahlbeginn (Anm. 51).

53 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 4, Boppard am Rhein 1988, S. 178.

54 O.T. [„Wie man in Ulm...“] (Anm. 31).

und allesamt darauf bedacht, ihnen zu folgen und damit Regelsicherheit am Wahltag herzustellen.

Wer den Wahltag aber wie die Italiener als den letzten Tag des Kampfes um die Wahlentscheidung verstand, begriff die Regeln und Verfahren des Wählens selbst als Mittel des Kampfes. In Italien folgte man nicht einfach äußerlich gesetztem Recht, man definierte es eigensinnig und wandte es entsprechend an. Diese Flexibilität im Umgang mit Regeln und Gesetzen ist dem traditionell schwierigen Verhältnis der Italiener zum Staat geschuldet, das es als demokratische Freiheit versteht, über die Durchsetzung bestehender Gesetze verhandeln zu können.⁵⁵ Insofern war die italienische Wahlsituation von der Unsicherheit liminaler Phasen durchdrungen, die hier schöpferisch-kreativ genutzt wurden, um den Ausgang der Wahlen zu beeinflussen – dies stellte eine Tradition dar, die sich bereits im liberalen Zeitalter ausgebildet hatte.⁵⁶ Das Zerreißen von Wahlscheinen anderer Wähler oder der Versuch, sie am Erreichen des Wahllokals zu hindern, waren Teil einer Kultur, die die Kontrolle über die Wahlverfahren nicht staatlich, sondern lokal definiert wissen wollte. Nicht zufällig versuchten etwa Bologneser Bürger (mutmaßlich Kommunisten) am Wahlsonntag 1948, die Kontrolle der Polizei über die Wahlbezirke zu lockern, indem sie per Telefon ständig fingierte Zwischenfälle meldeten, um die Sondereinsatzkommandos zu beschäftigen.⁵⁷ So konnten die Parteileute selbst ungestört die Wahllokale überwachen und prüfen, wer mit wem eintrat und wer eventuell schon einmal drin gewesen war. Ursache dieser Wachsamkeit war das Misstrauen gegenüber dem gegnerischen Lager, das sich aus der Gewissheit nährte, die politischen Gegner würden in jedem Falle versuchen, ihre eigenen Regeln durchzusetzen. Die wechselseitige Erwartung von Regelbrüchen gedieh zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Massenhaft wurden in den ersten Parlamentswahlen Fälle illegaler Zweifachwahl gemeldet, weil Leute mit gefälschten Wahlscheinen oder unter falschem Namen doppelt gewählt hatten. Manche legten dabei beachtliche Distanzen zurück; so wählte eine Nonne 1953 einmal in Neapel und einmal im 250 Kilometer entfernten Bari.⁵⁸ Väter wollten mit den Wahlscheinen ihrer Söhne wählen, Jugendliche fälschten ihr Geburtsdatum, um zur Urne vordringen zu können, Wahlscheine standen zum Verkauf und fanden Käufer.⁵⁹ Eine in Italien beliebte und in Deutschland quasi unbekannt Form ‚verdächtigen‘ aber legalen Verhaltens war das Wählen in Begleitung. Sehschwäche und andere Handicaps erlaubten es dem Wähler, eine Begleitperson mit in die Wahlkabine zu nehmen. Nicht selten standen diese persönlichen Wahlassistenten unter Verdacht, die Entscheidung der ihnen Anvertrauten zu beeinflussen oder zu kontrollieren. Extreme Auswüchse nahm diese Form gemein-

55 La Palombara, *Die Italiener* (Anm. 7), S. 58–63.

56 Vgl. M. Schacht, *Wahlen zwischen Recht und Beeinflussung: Zur Wahlkultur in Italien um die Jahrhundertwende im Vergleich mit Preußen*, in: M. Kirsch u.a. (Hg.), *Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus um 1900 im europäischen Vergleich*, Berlin 2002, S. 197–221.

57 Notizia ANSA [Bologna], o.D. [April 1948], ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17414.

58 Auch zu weiteren Fällen: *Certificati* (Anm. 41).

59 Ten. Liberio, *Tenenza Esterna Carabinieri di Bari*, an das Innenministerium, Gabinetto, 16.4.1953, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1948, b. 150, fasc. 17410, *Fonogramma* N. 11707; ders. an das Innenministerium, Gabinetto, 20.4.1953, ebd., *Fonogramma* N. 13094; *Le operazioni di scrutinio*, in: *Giornale dell'Emilia*, 8.6.1953.

schaftlichen Wählens im kleinen Ort Navarra in der Provinz Corleone (Sizilien) an, wo am Wahltag Hunderte von Menschen vorgaben, erblindet zu sein, damit die örtlichen Mafiosi ihnen in der Wahlkabine über die Schultern blicken konnten.⁶⁰

Das wichtigste Instrument der Wachsamkeit (ebenso wie der Manipulation) im Wahllokal war das Personal an Wahlhelfern, das die Parteien rekrutieren durften. Zwar waren sie Amtspersonen, doch hatten sie zugleich die Aufgabe, „die Interessen der Partei im Bereich des Wahllokals zum Zeitpunkt der Stimmabgabe“ zu hüten, wie es die DC gegenüber ihren Aktivisten formulierte⁶¹ – ein widersprüchliches Aufgabengebiet, das in der Praxis folglich Grauzonen aufwies. Die Wahlhelfer hatten zu kontrollieren, dass alles mit rechten Dingen zuring, sie konnten aber den Wählern auch noch einmal einbläuen, wie sie ‚richtig‘ zu wählen hatten. Zudem ergaben sich Interpretationsspielräume und manchmal handfeste Konflikte, wenn es darum ging, die Gültigkeit der Stimmzettel festzustellen. Ein Wahllokal, in dem keine eigenen Vertreter anwesend waren, versetzte Christdemokraten wie Kommunisten in höchste Unruhe, denn wieder erwartete man den Regelbruch des Gegners. Nach den Wahlen 1953 war Alcide De Gasperi überzeugt, dass kommunistische Wahlhelfer massenhaft Stimmzettel von DC-Wählern für ungültig erklärt hätten. Noch 1958 meinte die DC, die Kommunisten animierten ihre Wahlhelfer mit attraktiven Preisen, bei der Stimmenauszählung so viele Einsprüche wie möglich gegen die Gültigkeit unliebsamer Stimmzettel zu erheben.⁶² Wie wirkmächtig die Erwartungen des Regelbruchs auch in der Bevölkerung waren, erfuhr die DC in kommunistisch dominierten Regionen wie der Emilia-Romagna, wo sich katholische Wähler allein aufgrund der Präsenz kommunistischer Wahlhelfer bedroht fühlten. Ein Wahlleiter aus der tiefroten Provinz Bologna erinnerte sich, die Bäuerinnen seien 1948 mit einer solchen Angst ins Wahllokal gekommen, dass sie beim Eintreten die Wahlhelfer wie Bestien angeschaut und wider ihre Überzeugung die Kommunisten gewählt hätten – in dem Glauben, die Wahlhelfer würden später ihre Stimmzettel kontrollieren und Angst und Schrecken über das Dorf bringen, trügen sie nicht das Kreuz an der gewünschten Stelle.⁶³

Nicht immer jedoch bestimmte parteipolitisches Kalkül das individuelle Regelbewusstsein. So begann ein Wahlvorsteher in einem kleinen Ort bei Udine, nachdem er die ausgezählten Wahlurnen nicht wie vorgeschrieben in Begleitung zweier Wahlhelfer beim Amtsgericht eingereicht hatte und deshalb wieder weggeschickt worden war, in einem

60 H. Hess, *Mafia. Zentrale Herrschaft und lokale Gegenmacht*, Tübingen 1970, S. 161.

61 Ufficio Elettorale DC: Elezioni politiche 1963. Piano di lavoro dell'Ufficio Elettorale Centrale, 20.7.1962, S. 25, Istituto Luigi Sturzo, Rom (ILS), Archivio storico, Fondo Democrazia Cristiana (DC), Segreteria Politica (SP), Atti dei segretari (AdS), Sc. 98, fasc. 35, s.fasc.: Elezioni politiche 1963, Programma di lavoro,

62 D. Magrì (Rom) an die Segretari Provinciali u. Dirigenti Elettorali Provinciali, 17.5.58, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 51, fasc. 72, Circ.N.1471-58 (30/UEC). Zu 1953: G. Galli, *Storia della DC*, Mailand 2007, S. 17.

63 La paura, in: *Giornale dell'Emilia*, 29.5.1953. S. auch: Direzione Centrale, Ufficio Elettorale: Piano di lavoro elettorale, o. D. [1963], S. 7, Archivio di Stato, Bologna, Fondo Democrazia Cristiana, Comitato Comunale di Bologna, Elettorale 5, fasc.: Ufficio Elettorale. Die Kommunisten wiederum verdächtigen 1953 die christdemokratischen Wahlvorsteher in Apulien, Hunderte von falschen Attesten ausgestellt zu haben, so dass Wähler in Begleitung von Christdemokraten die Wahlkabine hätten betreten können: Certificati (Anm. 41)

Anfall von Wut auf der mit Menschen gefüllten Piazza des Ortes mit den Wahlurnen Fußball zu spielen.⁶⁴

Charakteristisch für den Umgang der italienischen Parteileute mit den Wahlverfahren aber war, dass sie niemals offen oder grundsätzlich das Gesetz brachen. Vielmehr versuchten sie, die Interpretationshoheit über Regeln und Verfahren zu erlangen und damit ihre Gegner zu schädigen. Die Wachsamkeit gegenüber dem Gegner und die gegenseitigen Kriminalisierungen führten schließlich zu dem Effekt, dass Regelkonformität ex negativo zu einer Auszeichnung wurde, die sich jede Partei vor ihrem lokalen Publikum gern verdienen wollte. Die gegenseitige Beobachtung zog mittelfristig ein einvernehmliches Regelbewusstsein – eine Art Waffenstillstand bei anhaltender Bewachung im Wahllokal – nach sich. Seit den 1960er Jahren kam es nur noch selten zu Abweichungen oder Wahlanfechtungen.⁶⁵ Auch die Bürger lernten zunehmend, was sie zu tun hatten und wem sie vertrauen konnten – wie wichtig Vertrauen blieb, verdeutlicht ein Leserbrief aus dem Jahr 1972, in dem ein PCI-Wähler die Partei bat, ihre Leute in den Wahllokalen doch mit roten Tüchern oder ähnlicher Symbolik auszustatten, so dass sie schnell zu erkennen seien und die Wähler sich unter all den sonst noch anwesenden Ordnungskräften sicher fühlen könnten.⁶⁶

Die zunehmende Verfahrenssicherheit auf Seiten der Bürger ging tatsächlich nicht unwesentlich auf die Wahlhelfer der Parteien zurück: Ihre Präsenz wirkte nicht nur beruhigend, sie leisteten auch politische Bildungsarbeit. Die Quote der ungültigen Stimmen war in Italien immer verhältnismäßig hoch. Menschen mit wenig Bildung, aber auch Frauen, die erst 1946 das Wahlrecht erhalten hatten und in Italien (wie in Deutschland) stets die Mehrheit der Wähler stellten, zeigten sich beim Umgang mit den Stimmzetteln unsicher, wussten nicht, wie und wo sie ihre Partei markieren sollten. So konnte es vorkommen, dass Stimmzettel als ungültig gewertet wurden, weil man das Zeichen des Wählers einfach nicht entdeckt hatte.⁶⁷ Erschwerend hinzu kam, dass auf den italienischen Stimmzetteln aus Rücksicht auf die Analphabeten nur die Parteisymbole abgedruckt waren, was es bei deren Fülle gar nicht so einfach machte, die ‚richtige‘ Partei zu finden. Die unterschiedliche Anordnung der Symbole auf den beiden Stimmzetteln für den Senat und das Parlament stifteten zusätzlich Verwirrung. Mit Faksimiles der Stimmzettel wurden die Wähler deshalb auch im Wahllokal noch einmal instruiert, bevor sie die Wahlkabine betraten.

64 Maggiore Valenti (Tolmezzo, Prov. Udine): Telegramma N.11099, 9.6.1953, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1953–56, b. 492, fasc. 7686.

65 Selbst 1976, auf dem Höhepunkt der Polarisierung in Italien, waren Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen die Ausnahme und wurden von Wählern und dem erfahrenen Personal im Wahllokal aufgedeckt und sofort korrigiert, ohne dass dies anschließend polemische Debatten hervorrief. Zu diesen Fällen s. Brogli tentati da dc in Sicilia, in: L'Unità, 21.6.1976; Torino: schede irregolari in alcuni seggi, in: ebd.

66 Lettere all'Unità: La presenza dei comunisti al seggio elettorale, in: L'Unità, 16.4.1972.

67 G. Muraro (Montecchio Maggiore, Prov. Vicenza) an den Innenminister M. Scelba, 10.6.1953, ACS, MI, GAB (Anm. 39), 1953–56, b. 492, fasc. 7691. Zu den Frauen: Appunti per la campagna elettorale, o.D. [1948], ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 4, S.P.7.4.3.

In Deutschland war das Wahllokal ebenso wenig ein neutraler Ort – die ehrenamtlichen Wahlvorsteher, Schriftführer und Beisitzer waren auch hier häufig Parteimitglieder.⁶⁸ CDU und SPD waren dabei gleichermaßen auf Wachsamkeit bedacht und trieben ihre Parteifreunde an, in den Wahllokalen mitzuhelfen, damit dort nicht nur Vertreter der gegnerischen Parteien die Stimmen auszählten.⁶⁹ Der Unterschied war jedoch, dass in der Bundesrepublik niemand über die Präsenz der Parteien in den Wahllokalen sprach und wohl auch keiner auf die Idee gekommen wäre, die Wahlhelfer ließen sich bei ihrer staatstragenden Aufgabe von Parteiinteressen beeinflussen – was sie auch nicht taten. Die Folge war eine gegen Null tendierende Zahl an Wahlbeschwerden oder Beanstandungen – ganz anders als im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Wie sie selbst die Wahl als einen Staatsakt vollführten, so schrieben die Deutschen den Wahlhelfern wohl ebenfalls staatsmännische – also: unparteiliche – Qualitäten zu. Bestätigt wurde dies dadurch, dass sich die Parteileute in den Wahllokalen nicht pädagogisch-beratend hervortaten wie in Italien.⁷⁰ Auch in Zeiten zunehmender Politisierung und Polarisierung zwischen 1972 und 1980 kam es zu keinerlei Unruhe im Wahllokal. Stattdessen dominierten auch hier die friedliche Feiertagsstimmung und ein gewisser Hang zur Mustergültigkeit. In Ulm etwa zeigte sich ein Ehepaar, das sich 1961 als erstes im Wahllokal einfand, tief enttäuscht, als es keine Blumen erhielt. Im Wahllokal eines Hamburger Kleingartenvereins erhielten die ersten Wähler 1965 tatsächlich Sträuße. Überhaupt ertüchtigten sich mancherorts die Wahlvorstände in kleinen Nettigkeiten gegenüber ihren Wählern, etwa indem sie Geburtstagskinder beschenkten. Ein Hamburger Konditor, der zwei Minuten vor sechs das Wahllokal betrat, musste, um noch wählen zu dürfen, den Wahlhelfern versprechen, sie beim Auszählen mit Kuchen zu versorgen.⁷¹ Kurzum: Im deutschen Wahllokal ging es höflich und bisweilen locker zu.

Ein weiterer Unterschied zwischen Deutschland und Italien bestand in der Art, wie die Parteien die Wählerströme zum Wahllokal kontrollierten. Vor allem die italienischen Christdemokraten taten sich hier hervor, gingen sie doch davon aus, dass die Kommunisten geschlossen zur Wahl gingen, ihre eigenen Anhänger hingegen etwas fauler waren. In der Frühzeit der Republik half die katholischen Laienorganisation *Azione Cattolica*,⁷²

68 Braasch, Bezirksleiter im Bezirksamt Hamburg-Nord, an die CDU, Kreisverband Hamburg-Nord, 18.7.1957, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), 02-155-003/2; R. Tinke, Bezirksamt Hamburg, an die SPD Hamburg-Altona, 22.1.1974, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), Abt. III, SPD-Landesorganisation Hamburg (SPD-LO HH), Kreisverband Altona – I. Lieferung (KV Altona I), Mp. 130; Meldungen Kreisverband Nord der CDU für Wahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer, Schriftführer, o.V., o.D. [1965], ACDP, 02-155-002/1.

69 Dazu und zum Folgenden: W. Brune (Hamburg) an den CDU-Kreisverband Hamburg-Nord, 6.8.1965, ACDP (Anm. 68), 02-155-002/1; H. Schröder, CDU-Kreisverband Hamburg-Nord, an die Mitglieder des Kreisverbandes, 9.7.1965, ebd.; Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Handbuch für Kandidaten und Wahlkampfleiter. Bundestagswahl '72, Bonn o. J. [1972], Abschnitt 7.5, S. 20.

70 In Deutschland übernahmen das die Lokalzeitungen. Zu den Traditionen im Kaiserreich vgl. M. L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000. Zur Weimarer Republik vgl. den Beitrag von Benjamin Schröder in diesem Band.

71 O. T. [„Wie man in Ulm...“] (Anm. 31); *Schlagsahne* (Anm. 30).

72 Mit Hilfe der politischen Aktionsausschüsse (*Comitati Civici*) agitierten sie die Katholiken, zur Wahl zu gehen, und instruierten sie, was sie im Wahllokal zu tun hatten. Das Heer katholischer Wahlmobilisierer umfasste 1948 an die 300 000 Aktivisten. S. C. Falconi, *Gedda e l'Azione Cattolica*, Florenz 1958, S. 125–140.

im Verlauf der 1950er Jahre versuchte die DC aber in Eigenregie, ein ausgeklügeltes System der Wählerkontrolle und -schlepperei zu installieren, das an Praktiken des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erinnerte. Ein ortskundiger Wahlbezirksverantwortlicher (*Responsabile di sezione elettorale*) hatte mit Hilfe der amtlichen Wählerlisten den Namen, die Adresse, den Beruf und die politische Einstellung eines jeden Wählers in seinem Einzugsgebiet festzustellen. Mit diesen Informationen sollten potentielle Stammwähler erkannt, angesprochen und am Wahltag überwacht werden. Verzögerte sich ihr Gang zur Wahlurne, hieß es, sie zu besuchen und Druck auf sie auszuüben. Die verantwortlichen Wahlschlepper wurden von den Parteipräsentanten in den Wahllokalen auf dem Laufenden gehalten; sie sollten am Abend des Wahlsonntags und am Morgen des Wahlmontags ausschwärmen, um Säumige zur Wahlurne zu treiben.⁷³ Dem Wahlbezirksverantwortlichen zur Seite stand eine Wahlbezirksbeauftragte (*Incaricata di seggio*), die sich in gleichem Maße um die weibliche Wählerschaft zu kümmern hatte.⁷⁴ Diese besondere Aufmerksamkeit der italienischen Parteien für die Wählerinnen ist bezeichnend für die Akribie, mit der die Parteien in Italien den Wahltag durchorganisierten. Vergleichbare Parteifunktionen waren in der Bundesrepublik unbekannt. Die Wähler wurden sich selbst überlassen; ihnen nicht zu sehr auf die Pelle zu rücken, galt als guter demokratischer Ton. So mahnte die SPD ihre Wahlkämpfer 1953 in einem Handbuch: „Zur Wahl gezwungene Wähler entwürdigen Demokratie und Persönlichkeit.“⁷⁵ In der CDU gab es zwar mitunter Überlegungen, in einigen Wahlbezirken eine „Wähler-Schlepphilfe“ zu installieren, wobei säumige Wähler ebenfalls mittels der Listen im Wahllokal ermittelt werden sollten. Doch unabhängig davon, dass dafür kaum genügend Parteileute disponibel waren, lag der Unterschied zu Italien darin, dass jene Wähler nicht durch persönlichen Kontakt, sondern durch papierne Medien zum Wählen aufgefordert werden sollten.⁷⁶ Die deutschen Parteien hielten körperliche Distanz zum Wähler.

Die einzige soziale Gruppe, die in der Bundesrepublik in den Genuss systematischer Wahlschlepperdiensten kam, waren die Alten und Gebrechlichen: Für sie organisierten die Parteien Pkw-Fahrten von der Haustür zum Wahllokal und zurück, die am Wahltag telefonisch angefordert werden konnten. Die italienischen Parteileute chauffierten alte und kranke Wähler ebenfalls zum Wahllokal, doch auch in diesem Fall betrieben sie einen höheren organisatorischen Aufwand als die deutschen: Statt spontan auf Anrufe zu reagieren, hatten die ‚Transportbeauftragten‘ der DC im Vorfeld der Wahl Fahrpläne zu erstellen, die die Gefahr nutzloser Fahrten minimierte, damit mehr Zeit zur Kontrolle

73 Ufficio Elettorale DC: Elezioni politiche 1963. Piano di lavoro dell'Ufficio Elettorale Centrale, 20.7.1962, S. 29, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 98, fasc. 35, s.fasc.: Elezioni politiche 1963, Programma di lavoro; G. A. Arnaud, Ufficio Elettorale Centrale, an die Dirigenti Elettorali Provinciali, 26.4.1972, ebd., Sc. 191, fasc. 7, Circ.n. 3371 – 72 (22/UEC).

74 Ufficio Elettorale Centrale an die Segretari di Zona, 25.3.1953, ebd., Sc. 12, fasc. 15, Circ.n. 92-53.

75 Propagandareferat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Der sozialdemokratische Wahlhelfer, Bonn 1953, S. 5.

76 Es handelte sich um vorbereitete Briefe, die man an der Tür hinterließ oder überreichte. S. Protokoll der CDU-Kreisvorstandssitzung Hamburg-Nord vom 7.10.1965, 12.10.65, ACDP (Anm. 68), 02-155-005/2.

der Stammwähler blieb.⁷⁷ Dazu mussten sie freilich die Wähler kennen, die sie abzuholen hatten.

Die italienischen Christdemokraten imitierten mit der Praxis der Wahlschlepperei auf der Basis kleiner territorialer Einheiten die Strategie der Kommunisten, deren Spezialität es war, das lokale Umfeld zu kennen und es als soziale Entität zu fassen, die durch ähnliche soziokulturelle Merkmale und vor allem durch Bekanntschaft zusammengehalten wurde. Nicht nur die italienischen Wahlkämpfe, auch der Wahltag selbst war bestimmt von der Macht lokaler Netzwerke. Die Konflikthaftigkeit und die persönliche Hingabe, die den italienischen Wahltag auszeichneten, wurden erst im Kontext dieser lokalen Strukturen produziert. Wählen war in Italien mithin keine staatsbezogene Handlung wie in der Bundesrepublik, sondern eine Gelegenheit, zu zeigen, wer der Hegemon über das Dorf und das Stadtviertel war.

Ritueller Wandel und die eingeübte Wahlpflicht

Solche auf nachbarschaftlicher Bekanntschaft beruhenden Methoden waren bedroht, wenn sich die lokalen Netzwerke auflösten, weil Menschen den Ort wechselten oder weniger politisch gebundene Generationen heranwuchsen. Die DC zeigte sich in zunehmendem Maße mit ihren Aktivisten unzufrieden, je mehr sie sie dazu anhielt, nicht die überzeugten DC-Wähler, sondern die Unentschlossenen und jene, deren politische Präferenz man nicht kannte, anzusprechen.⁷⁸ Die Zahl der Unentschlossenen wuchs mit der Zahl der Unbekannten, die nicht Teil der lokal gewachsenen *community* und damit schlecht zu beeinflussen waren. So wie die italienischen Parteien nach 1945 die durch Bekanntschaft und Verwandtschaft geprägten lokalen Netzwerke genutzt hatten, so schwer fiel es ihnen, Kontrolle auszuüben, als sich diese Netzwerke auflösten.

Der mit dem italienischen ‚Wirtschaftswunder‘ seit Ende der 1950er Jahre einsetzende soziale Wandel veränderte deshalb auch das Wählen. Millionen von Italienern migrierten von den Dörfern in die Städte und vom Süden in den Norden und über die Alpen. Selbst wenn sie sich in der Emigration in neue nachbarschaftliche Strukturen einfügten, spielte das für den Wahltag keine Rolle, denn zum Wählen kehrten sie übers Wochenende in ihre Heimat zurück. Die alten sozialen Netzwerke waren dort aber nach vielen Jahren der Abwesenheit so erodiert, dass eine politische Mobilisierung, wie sie die ersten Parlamentswahlen charakterisiert hatte, nicht mehr annähernd erreicht werden konnte.⁷⁹ Zudem zeigte die im ‚Wirtschaftswunder‘ sozialisierte Jugend kein intrinsisches Interesse

77 Ufficio Elettorale DC: Elezioni politiche 1963. Piano di lavoro dell'Ufficio Elettorale Centrale, 20.7.1962, S. 30, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 98, fasc. 35, s.fasc.: Elezioni politiche 1963, Programma di lavoro.

78 Ebd., S. 22f.

79 Die ländlichen Parteisektionen nahmen dieses Ausbluten einzelner Dörfer sehr stark wahr. S. D. Blanzan, Segretario di Sezione der DC in Paularo (Prov. Udine) an A. Forlani, Segretario Nazionale der DC, 4.12.1972, ILS, DC, SP, AdS (Anm. 61), Sc. 211, f. 7, s.fasc. 5. Vgl. auch P. Allum, *Italian Society Transformed*, in: P. McCarthy (Hg.), *Italy since 1945*, Oxford 2000, S. 10–41; G. Crainz, *Storia del miracolo economico. Culture, identità, trasformazioni fra anni cinquanta e sessanta*, Rom 2005.

mehr daran, in einer Partei oder einem Parteimilieu eine soziale Heimat zu finden. Die Jugendorganisationen der beiden großen italienischen Parteien bluteten in den 1960er Jahren aus; die sich neu erschließenden Konsumwelten des *miracolo economico* und die Jugendkulturen in den Städten schufen Freiräume für parteiungebundene Vergemeinschaftungsformen junger Wähler.⁸⁰ Auch die Kirche zog sich Ende der 1960er Jahre aus dem lokalen politischen Alltagsgeschäft zurück. Der Wahltag verlor mithin an Dramatik, je mehr der soziale Wandel und der zunehmende Wohlstand die Zukunftshoffnungen und –ängste der Bürger vom Erfolg oder vom Scheitern einer bestimmten politischen Partei abkoppelten.

Was der soziale Wandel vor allem bewirkte, war die Gelegenheit, am Wahltag abwesend zu sein. Dies betraf nicht so sehr die mögliche Wahlenthaltung – die amtliche Wahlpflicht blieb vom sozialen Wandel unberührt –, sondern die einst die italienischen Wahltage dominierende lokale Kontrolle und Selbstbeobachtung. Die Italiener entdeckten in den 1960er Jahren, dass man den Sonntag auch anders verbringen konnte als mit Wachschnitten im Wahlbezirk. Die veränderte Arbeitswelt – längere Arbeitszeiten, zunehmende Erwerbstätigkeit außer Haus – lehrte sie auch am Wahlsonntag die Freizeit zu schätzen, die sie durch die Massenmotorisierung und den zunehmenden Wohlstand auch außerhalb der eigenen Nachbarschaft verbringen konnten. In Bologna fuhren 1972 ganze Familien mit dem Auto nur noch vor den Wahllokalen vor, die Eltern stiegen nacheinander zum Wählen aus, damit die Kinder nicht unbeobachtet blieben, und danach fuhren sie direkt weiter ans Meer oder in die Berge.⁸¹ Die Partei machte der Familie Platz; Bewachung im Wahllokal schien nicht mehr als notwendig erachtet zu werden, wenn sogar Eheleute hintereinander und nicht mehr miteinander das Wahllokal betreten.

Eigenmächtige Versuche von Wählern, in das Wahlgeschehen einzugreifen und damit das Wahlergebnis zugunsten ‚ihrer‘ Partei zu beeinflussen, waren seit den 1960er Jahren kaum noch zu verzeichnen. Während die Straßen der Städte an den Wahltagen leerer wurden, verstopften sich zunehmend die Autobahnen; viele nutzten die Möglichkeit, montags zu wählen, dafür, den Wahlsonntag gänzlich außerhalb der Stadt zu verbringen.⁸² Der italienische Wahltag wurde so ruhig, wie der deutsche in den 1950er Jahren gewesen war, und dies war, so die Lokalpresse, auch ein Zeichen von Indifferenz, die mit dem Vertrauensverlust der Parteien einher ging, den die Protestbewegungen um und nach 1968 auf lange Sicht viel stärker perpetuierten als in der Bundesrepublik.⁸³ Die ausgesprochene Friedlichkeit der italienischen Wahltage kontrastierte aber auch mit der politischen Gewalt und dem Terrorismus, womöglich war sie sogar eine Botschaft der italienischen Wähler gegen diese Unruhe, die in den 1970er Jahren die lokalen Räume

80 D. Giachetti, *Un sessantotto e tre conflitti. Generazioni, genere, classe*, Pisa 2008, S. 121–123; P. Capuzzo, *Gli spazi della nuova generazione*, in: ders. (Hg.), *Genere, generazione e consumi. L'Italia degli anni Sessanta*, Rom 2003, S. 217–247.

81 L'87,84 per cento degli elettori ha votato, in: *Il Resto del Carlino*, 8.5.1972.

82 Dopo le urne, il mare, in: ebd., 21.6.1976; Ha già votato l'83,72% dei bolognesi, in: ebd.

83 Vgl. Calmi alle urne, in: ebd., 8.4.1972.

bedrohte und die eben nicht mehr aus der Mitte der Gesellschaft kam, sondern von rechten und linken Randgruppen dirigiert wurde.

Die zeitgenössischen Beschreibungen des italienischen Wahltags ähnelten damit zunehmend jenen der frühen Bundesrepublik. Eine allgemeine Ruhe wurde festgestellt, die Wählerströme durch die Stadt beobachtet, die Alten als die pünktlichsten Wähler gelobt, die lokale Prominenz beim Einwerfen des Stimmzettels fotografiert. Wo früher noch Erzählungen über Betrug und Gewalt dominiert hatten, gedieh die Höhe der Wahlbeteiligung zur einzig spannenden Facette des lokalen Wahlgeschehens. Die genaue Prozentangabe der Wahlbeteiligung prangte auf den Titeln der Lokalgazetten; wie in einem lokalen Wettkampf wurden die Stadtteile und Dörfer mit der höchsten Wählerquote aufgeführt. Die große Meldung vom Wahltag 1987 in der *Repubblica* war, dass sich fünf Millionen Nichtwähler bei ihrem Bürgermeister für ihre Wahlabstinenz rechtfertigen müssten.⁸⁴ Die Obsession der hohen Wahlbeteiligung überdauerte somit den rituellen Wandel des italienischen Wahltags. Auch in den 1970er und 1980er Jahren sprach niemand explizit darüber, warum hohe Wählerquoten denn eigentlich so wichtig waren – es schien allen klar zu sein. Von Reportern der Bologneser Lokalzeitung *Il Resto del Carlino* nach der Bedeutung des Wählens gefragt, antworteten Erstwähler häufig, sie würden sich nun endlich als „komplette Bürger“ fühlen, auch wenn sie sich nicht sicher seien, ob sie an der Urne die richtige Wahl treffen würden. Und selbst, wer seiner Stimme keinen Einfluss auf die Politik zugestand, meinte: „Ich wähle, weil es alle tun.“⁸⁵ Gerade in der ‚Krise‘, die sich in den 1970er Jahren als nachhaltige Signatur der italienischen Demokratie etablierte⁸⁶, schien die Wahlteilnahme der Bürger das fragile politische System am Leben zu halten. Die Italiener aber fanden eigensinnige Wege, mit der Wahlpflicht und der Obsession der Wahlbeteiligung umzugehen. So ermöglichte das Wahlwochenende Millionen von emigrierten Italienern einen billigen Kurzaufenthalt in der Heimat, denn die Bahntickets für die Wahlsonderzüge waren ermäßigt. Viele Wahl-Remigranten gaben gar keine Stimme ab, sondern machten ihren Stimmzettel ungültig. Doch es wäre ihnen nie in den Sinn gekommen, deshalb nicht am Wahlritus teilzunehmen – so erklärte ein italienischer Freund dem amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph La Palombara auf die Frage, warum jener sechshundert Kilometer reise, um dann auf seinen Stimmzettel „Diese Regierung stinkt!“ zu schreiben.⁸⁷

Auch in der Bundesrepublik wandelte sich die traditionelle Ritualität des Wahltags, allerdings etwas später als in Italien. Lokale Bekanntschaften und Kontrollinteressen spielten hier keine so unersetzbare Rolle für die Kultur des Wahltags, was ihre Beeinflussung durch den sozialen Wandel dämpfte. Die staatsbürgerliche Ruhe und Einigkeit konnte in der neuen Reihenhaus- oder Hochhaussiedlung der 1960er Jahre ebenso vorgeführt werden wie im alten Stadtviertel. Die Möglichkeit, den Wahltag für Ausflüge und Privates

84 Vgl. L'87,84 per cento (Anm. 81); l'83,72% dei bolognesi (Anm. 82); Cinque milioni di elettori, 'renitenti' dovranno giustificarsi col sin, in: *La Repubblica*, 25.8.1987.

85 Parlano le, reclute del voto', in: *Il Resto del Carlino*, 18.4.1972.

86 Vgl. L. Baldissara (Hg.), *Le radici della crisi. L'Italia tra gli anni Sessanta e Settanta*, Rom 2001.

87 La Palombara, *Die Italiener* (Anm. 7), S. 134.

zu nutzen, bedrohte die Ruhe und Harmonie des deutschen Wahltags weitaus weniger als die Dramatik seines italienischen Pendant. In den 1960er Jahren war der Wahltag deshalb nach wie vor von staatsbürgerlicher Würde und munterem Treiben der Bürger umweht.

Erst 1969 setzte ein Wandel ein. Die Studentenbewegung hatte die lokalen Räume politisiert und die politische Diskussion auf die Straßen und vor die Einkaufszentren der Städte getragen; die Parteien imitierten diese Praxis im Wahlkampf 1969 mit Straßendiskussionen und trafen auf Wähler, die häufig offen dafür waren, mit Vertretern der politischen Parteien ins Gespräch zu kommen.⁸⁸ Die Wahlen von 1969 galten der zeitgenössischen Presse als die „politischsten“ seit 1949, und die Erfahrung der Großen Koalition darf dabei nicht unterschätzt werden. Erstmals konnten die Wähler in der Bundesrepublik tatsächlich das Gefühl haben, eine Entscheidung treffen zu müssen: nämlich für diejenige Partei, die sie in der Regierung *halten* wollten, weil sie sich mehr bewährt hatte. Entsprechend auffällig war das Interesse der Lokalzeitungen an dem Aspekt der Entscheidung. Kurz vor dem Wahltag fragten Reporter der *Hamburger Morgenpost* gar die Bürger auf der Straße nach ihren Wahlabsichten und nannten sie namentlich in der Zeitung – eine Wendemarke in der Geschichte des politischen Bekenntnisses in der Bundesrepublik.⁸⁹ Mit der Bereitschaft zur offenen Parteinahme streiften die Wähler – vor allem in den Großstädten der 1970er Jahre – das Gewand des erhabenen Staatsbürgers ab und nahmen die Rolle der Mitfeiernden ein. Seit 1969 veranstalteten Parteien oder Bürger zu Hause Wahlpartys, um gemeinsam auf die Ergebnisse zu warten und zu feiern. Die Straßen der Städte waren nach 18 Uhr wie leergefegt, weil das Wahlvolk vor dem Fernseher saß und die Hochrechnungen erwartete.⁹⁰ Die Montagsausgaben der Lokalzeitungen interessierten sich nun für diese Art des Mitfeierns und der lockeren Feierei, nicht mehr für den festlichen Auftritt besonnener Staatsbürger. So wandelte sich der Wahltag von einem Tag der Ruhe zu einem Tag der Spannung, und dieser rituelle Wandel symbolisierte zugleich auch die Identifikation der Deutschen mit dem Wettkampf der Parteien, den sie mit ihrer Stimme entschieden.

Eine weitere Folge der gesellschaftlichen Politisierung war, dass es sich die Parteien, vor allem die SPD, erlauben konnten, den Kampf um die Wahlbeteiligung offensiv in ihren Mobilisierungswahlkampf zu integrieren. Mithin galt das Wählen nicht mehr als sterile Staatsangelegenheit, sondern konnte selbst Gegenstand parteipolitischen Handelns werden. Jede Partei fand aufgrund der Erosion der Stammwählerschaft statistische Anhaltspunkte dafür, dass eine geringe Wahlbeteiligung stets zu ihren Lasten ging. Auch die zunehmende massenmediale Selbstbeobachtung der Gesellschaft konnte die Wahlbeteiligung gefährden: Den ‚rationalen‘ Wählern, die anhand der Wahlprognosen entschieden,

88 Vgl. Mergel, *Propaganda nach Hitler* (Anm. 11), S. 145–152; N. Verheyen, *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland*, Göttingen 2010.

89 Vgl. Blitzumfrage: Wie haben Sie sich entschieden? in: *Hamburger Morgenpost*, 27.9.1969. Zu den „politischsten“ aller Wahlen seit 1949: Das war eine Rekordwahl, in: ebd., 29.9.1969.

90 1972: Alle bisherigen Wahlen übertroffen, in: *Badische Zeitung*, 20.11.1972; Wahlversprechen, in: *Hamburger Abendblatt*, 5.10.1976.

ob sich ihre Stimme lohnen würde oder nicht, versuchte die SPD mit der Beschwörung demokratischer Moral und mit Glaubensgrundsätzen wie „Es kommt eben doch auf jede Stimme an!“ oder „Wer zu Hause bleibt, wählt die anderen!“ zu begegnen.⁹¹ Dass ein buntes Freizeitprogramm dem Gang zum Wahllokal Konkurrenz machte, war eine Erkenntnis aus den Kommunalwahlen, wo sich die sinkende Wahlbeteiligung örtlich der 50-Prozent-Marke nähern konnte – eine Drohkulisse für die nationalen Wahlen. Statt im Wahllokal vermutete etwa die Ulmer SPD ihre Wähler zunehmend im Bierlokal, im Garten, beim Sonntagsausflug oder „sonstwo“. Zunächst anlässlich der Kommunalwahlen, dann auch in den Bundestagswahlkämpfen der 1970er Jahre versuchten die Genossen nun bei Hausbesuchen die Bürger zum Wählen zu überreden.⁹² Ein Merkmal der Politisierung war mithin, dass Bürger und Parteileute sich auch körperlich annäherten. Daneben versuchte die SPD 1972, die Wähler selber als Wahlschlepper zu instrumentalisieren. In einer Broschüre forderte sie Jungwähler auf, soziale Kontrolle in ihrer Clique auszuüben und Freunde ins Wahllokal ‚mitzuschleppen‘.⁹³ Bei den Bundesbürgern wie bei der Lokalpresse stieß die Werbung der Parteien für die Wahlteilnahme auf weithin positives Echo. So fühlte sich ein Wähler 1976 bemüßigt, dem Hamburger SPD-Bundestagskandidaten Horst Gobrecht als Antwort auf dessen Wählerbrief, in dem er zur Wahlbeteiligung aufrief, mit der lakonischen Botschaft „Ich bin 90 Jahre alt, aber zur Wahl gehe ich doch!“ sein Pflichtbewusstsein kundzutun.⁹⁴ Die Lokalblätter feierten Rekordzahlen bei der Wahlbeteiligung und warben vor allem in den 1980er Jahren mit Statements junger Mitbürger, die sich offen dazu bekannten, dass Wählen wichtig sei.⁹⁵ Wie südlich der Alpen überlebte somit auch in der Bundesrepublik das Wahlgebot den Wandel der Ritualität und der Bedeutung des Wahltags.

Fazit

Weder in Italien noch in der Bundesrepublik bedurfte es einer Verständigung darüber, wieso eine hohe Wahlbeteiligung erfreulich war. In beiden Ländern war es nie umstritten, dass sich darin eine positive Haltung zum demokratischen System ausdrückte, eine schwache Wahlbeteiligung hingegen die Demokratie bedrohte oder Protest symbolisierte. Dieser „Mythos“, den Politikwissenschaftler gern zu widerlegen suchen,⁹⁶ wurde zum

91 Parteivorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Wahlkampf '90, Nr. 2: Planung und Umsetzung vor Ort, Bonn o. J. [1990], S. 42f. Vgl. auch SPD Ulm: Rundschreiben an alle Ortsvereinsmitglieder, 25.8.1980, Stadtarchiv Ulm, E 202 SPD, Mp. 25. Zur CDU als Opfer rückläufiger Wahlbeteiligung in Köln vgl. die Deutung bei H. Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 408.

92 J. Schmidt, SPD-Altona, an die Distriktvorsitzenden, 13.9.1976, AdSD, Abt. III, SPD-LO HH, KV Altona I (Anm. 68), Mp. 481. Zu den Kommunalwahlen: O.V. [SPD Ulm]: Alle werden gebraucht..., o.D. [1971], StA Ulm (Anm. 91), E 202 SPD, Mp. 56.

93 Countdown ab 4. Endstation für schwarze Stimmenkäufer [SPD-Broschüre, 1972], ebd., G 6 I 2.2.2.

94 O. Ulrich (Hamburg) an H. Gobrecht, o.D. [1976], AdSD, Abt. III, SPD-LO HH, KV Altona I (Anm. 68), Mp. 481.

95 Rekordwahl (Anm. 89); 1972: Alle bisherigen Wahlen (Anm. 90); „Wer nicht wählt, wählt verkehrt“, in: Südwest Presse, 20.1.1987; Wählen lohnt sich, in: ebd., 24.1.1987.

96 Vgl. A. Schäfer, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die

elementaren Bestandteil der demokratischen Kultur beider Länder, weil das Wählen hier seit den Republikgründungen als wichtiges lokales Ereignis galt. Nationale Wahlen boten der lokalen Öffentlichkeit eine Bühne zur Selbstinszenierung ‚guter Demokraten‘. In ihr konnten sich politische Botschaften transportieren – etwa die Parteienskepsis in der frühen Bundesrepublik, die Staatsferne wie in der jungen italienischen Republik oder das Mitfiebern beim Wettkampf um Macht. Der große Auftritt des Wahlvolks konnte aber auch rein soziale Zwecke erfüllen: In seiner Lokalität bot er Gelegenheit zu Geselligkeit, zum Sich-Zeigen, zur Fahrt in die Heimat. Die lokale Selbstbeobachtung am Wahltag, insbesondere durch die Lokalpresse, perpetuierte dabei das Gefühl, dass Wählen nicht so sehr Mitbestimmung, sondern Zugehörigkeit bedeutete: Teil zu sein einer Praxis, bei der alle mitmachten und die alle irgendwie als wichtig empfanden. Es war gerade diese Anschlussfähigkeit des Wahlritus an sich wandelnde politische Kontexte und an soziale Bedürfnisse, die das Wählen in Italien und Westdeutschland zu einem demokratischen Habitus werden ließ.

FORUM

„Ujamaa Revisited“. Zur entwicklungstheoretischen Verankerung und politischen Wahrnehmung eines spezifisch tansanischen Entwicklungsmodells

Jan C. Breiting

ABSTRACT¹

By the Arusha Declaration of 1967, Tanzania under the leadership of President Julius Nyerere declared itself a socialist state, and chose a ‚path of development‘ not committed to either the *Western* or the *Eastern Bloc*. The country's development program *Ujamaa* became a popular expression of the *Third World's* quest for independence and self-reliance, and also a symbol of the ‚African Socialism‘. In a first step, this article highlights the dissonance between the theoretical background of Tanzania's development approach, which had been influenced by the theories of dependence, and its practical implementation, which followed patterns of modernization. Further, the British perception of Tanzania's ‚path of development‘ and its inherent dissonance is analyzed on the basis of official diplomatic correspondence of the *British High Commission* in Daressalam.

I

In den Jahren um 1960 wurde Afrika Schauplatz eines umfassenden Transformationsprozesses, der die politische Landkarte des Kontinents nachhaltig veränderte: Bis zum Ende der 1960er Jahre sagte sich der Großteil der afrikanischen Kolonien und UN-Treu-

1 Der Autor möchte folgenden Personen seinen Dank ausdrücken: Birgit Breiting, Gabi Fischer-Blüm, Johannes von Freydorf, Madeleine Herren-Oesch, Manju Ludwig, Dominik Schaller, Benedikt Stuchtey sowie den Mitarbeitern des Deutschen Historischen Instituts London und der *National Archives* in Kew Gardens, London.

handgebiete² von den jeweiligen Mutterländern bzw. Verwaltungsmächten los³ – die europäische Oberherrschaft über beinahe den gesamten Kontinent war damit gebrochen. Im Kontext des *Empire* schlug sich diese Veränderung sinnbildlich in der Verdrängung des zuvor allgegenwärtigen Wortes *Colonial* durch den neuen Überbegriff der britischen Außenpolitik nieder: *Commonwealth*. Innerhalb dieses Gebildes erschienen nun neue Akteure auf der politischen Bühne, aus ehemals Untergebenen waren nicht unbedingt ebenbürtige, aber doch gleichrangige Mitspieler geworden. Die ereignisreiche Zeit zwischen Unabhängigkeitsbewegung und Dekolonisationspolitik wurde zu einer Phase der *Neuorientierung* und *Neuordnung*, in der es für alle Beteiligten galt, sich in einem sich neu formierenden Beziehungsgeflecht zurechtzufinden.

Für das Zentrum des *Empire* stellte sich vor diesem Hintergrund die zentrale Frage, wie man den Emanzipationsbestrebungen der afrikanischen Territorien begegnen sollte: mit Unterstützung, zurückhaltender Akzeptanz oder einer (weiterhin) paternalistischen Haltung? Erhöht wurde die Dringlichkeit dieser Frage durch die Diskussionen darum, ob es nicht schlicht die Pflicht der früheren Kolonialherren sei, die jungen Staaten bei den ersten Schritten in die Unabhängigkeit unterstützend zu begleiten,⁴ und wie man in Zeiten des Kalten Krieges seinen globalpolitischen Einfluss wahren konnte. Somit betraf die Trennlinie zwischen „Ost“ und „West“ zunehmend die Beziehungen zwischen dem „Norden“ und dem sich emanzipierenden „Süden“. In diesem „Süden“ begannen die einzelnen Akteure, Entwicklungsziele zu definieren, Handlungsmaximen zu formulieren und so einen Transformationsprozess mitzugestalten, in dessen Verlauf ihre Existenzform von Grund auf hinterfragt wurde. Die Beziehung zum ehemaligen Mutterland spielte hierbei eine eminent wichtige Rolle, definierte doch gerade diese Beziehung die Dimension der eigenen „Unabhängigkeit“.

Großbritannien stand nun selbstbewussten Akteuren gegenüber, die ihren hart erkämpften Handlungsspielraum nicht zugunsten vorgegebener Entwicklungsprogramme aufgeben wollten. Die „Dritte Welt“ trat auf den Plan,⁵ und je mehr man eine neokolonialistische *Second Occupation*⁶ fürchtete, desto verlockender erschienen alternative

2 Zum Mandatssystem des Völkerbundes M. Callahan, *Mandates and Empire. The League of Nations and Africa 1914-31*, Brighton 1999. Zum ab 1946 aktuellen System der UN-Treuhandgebiete s. E. Luard, *A History of the United Nations. The Age of Decolonization 1955–1965*, New York 1989 (Bd. 2). Im vorliegenden Text steht mit Tansania zwar ein ehemaliges Mandats- bzw. Treuhandgebiet im Mittelpunkt, eine strikte Unterscheidung zwischen Begriffen wie „Kolonie“ und „Mandatsgebiet“ oder „Kolonialmacht“ und „Verwaltungsmacht“ ist jedoch nicht immer möglich und auch nicht immer nötig, waren doch gerade im Falle Großbritanniens dieselben politischen Akteure für die unterschiedlichen Gebiete zuständig und wurden diese Gebiete oft als gleichrangig behandelt.

3 Von 1960 bis 1964 betraf dieser Prozess im Kontext des *Empire* insgesamt 17 Gebiete. Von Frankreich hatten sich seit dem Ende der 1950er Jahre 16 Gebiete losgesagt. Vgl. J. D. Hargreaves, *Decolonization in Africa*, London 1988, S. 246. Einen grundlegenden Überblick liefert auch B. Porter, *Die Transformation des British Empire*, in: A. Demandt, *Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion*, Hamburg 2007, S. 155.

4 S. z. B. J. D. Hargreaves, *Decolonization* (Anm. 3), S. 99f.

5 Und kollektivierte sowie harmonisierte ihre Interessen zunehmend auf institutioneller Ebene, wie die Konferenz von Bandung 1955, die Blockfreienbewegung oder auch die verstärkte Einflussnahme innerhalb der UN (wie z. B. die Gründung der UNCTAD 1964) zeigten. Vgl. G. Rist, *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*, London 2002, S. 82f.; H. Volger, *Geschichte der Vereinten Nationen*, Wien 2008, S. 131f.

6 S. hierzu A. F. Robertson, *People and the State. An Anthropology of Planned Development*, Cambridge 1984,

– beispielsweise sozialistische/kommunistische – Entwicklungsansätze, in denen man einen „shortcut to progress“⁷ zu erkennen glaubte. Der Westen freilich sah hierin – frei nach W. W. Rostow – eher eine „disease of transition“,⁸ welche die endgültige Abkehr der Entwicklungsländer vom Westen zur Folge haben konnte und deren Ausbreitung man zumindest skeptisch gegenüber stand. Auf der entwicklungstheoretischen Ebene fanden diese Dissonanzen ihren Niederschlag im Konflikt zwischen den „Modernisierungs-“ und „Dependenztheorien“.

Ein Beispiel für diese Prozesse lässt sich in Tansania⁹ finden, das sich unter der Führung der *Tanganyika African National Union* (TANU)¹⁰ mit dem Vorsitzenden Julius Nyerere im Dezember 1961 in die Reihe der neugegründeten Nationalstaaten gesellte.¹¹ Ihre Stärke verdankte die Unabhängigkeitsbewegung auch der unzulänglichen britischen Praxis des *Colonial Development*, welche eher eine wirtschaftliche Nutzbarmachung des Territoriums als eine Erfüllung des vom Völkerbund bzw. der UN vergebenen Entwicklungsauftrags dargestellt hatte¹² – die „Entlassung“ in die Unabhängigkeit plante man erst für die ferne Zukunft.¹³ Zudem erhielt die Unabhängigkeitsbewegung schon früh die Zustimmung der UN.¹⁴

S. 37. Vgl. auch H. Sangmeister/A. Schönstedt, *Wege und Irrwege zum Wohlstand. Theorien und Strategien wirtschaftlicher Entwicklung*, Baden-Baden 2009, S. 111ff.

- 7 F. Ansprenger, *Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert*, München 1997, S. 114. Zum Sozialismus als politischer „Mode“ in Afrika s. auch M. A. Pitcher/K. M. Askew, *African Socialisms and Postsocialisms*, in: *Africa: Journal of the International African Institute*, 76 (2006) 1, S. 1. Insgesamt bezeichneten sich im Lauf der Zeit 35 afrikanische, 13 lateinamerikanische/karibische sowie sieben asiatische Staaten als sozialistisch. Für eine detaillierte Übersicht s. J. Muravchik, *Heaven on Earth. The Rise and Fall of Socialism*, San Francisco 2003, S. 347.
- 8 W. W. Rostow, *The Stages of Economic Growth. A non-communist Manifesto*, Cambridge 1960, S. 162.
- 9 Das ehemalige „Tanganyika“ wurde 1965 in „Tansania“ umbenannt.
- 10 Zum Aufstieg der TANU s. J. R. Brennan, *The Short History of Political Opposition and Multi-Party Democracy in Tanganyika 1958-64*, in: G. H. Maddox/J. L. Giblin (Hrsg.), *In Search of a Nation. Histories of Authority and Dissidence in Tanzania*, Oxford, Daressalaam 2005, S. 250.
- 11 Hervorgegangen war Tanganyika aus der ehemaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika. Nach dem Ersten Weltkrieg zunächst ein Völkerbundmandat (der Klasse B) unter der Aufsicht Großbritanniens, wurde Tanganyika 1946 zu einem UN-Treuhandgebiet. Ein noch immer häufig zitiertes Werk zur Zeit der Mandats Herrschaft ist B. T. G. Chidzero, *Tanganyika and International Trusteeship*, London/New York 1961. Der Weg in die Unabhängigkeit ist ausführlich dokumentiert worden, s. hierzu v. a. A. Eckert, *Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tanzania, 1920–1970*, München 2007, in dem der Autor ausführlich die Wechselwirkungen zwischen britischer Verwaltung und der Unabhängigkeitsbewegung darlegt. Als Standardwerk gilt J. Iliffe, *A Modern History of Tanganyika*, Cambridge 1979. S. zudem J. Iliffe, *Breaking the Chain at its weakest Link. TANU and the Colonial Office*, in: G. H. Maddox/J. L. Giblin, *In Search of a Nation* (Anm. 10), S. 168-198.
- 12 Zur Fokussierung auf ökonomische Belange s. M. Jennings, 'A very real War': Population Participation in Development in Tanzania during the 1950s and 1960s, in: *International Journal of African Historical Studies*, 40 (2007) 1, S. 75; A. Eckert, *Regulating the Social. Social Security, Social Welfare and the State in Late Colonial Tanzania*, in: *Journal of African History*, 45 (2004), S. 483. Zur Geschichte eines berühmten Entwicklungsprojekts, dem schlussendlich gescheiterten Groundnut Scheme, s. J. C. Scott, *Seeing like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition have failed*, Yale 1998, S. 228f. Zu den spärlichen Entwicklungsbemühungen im sozialen/gesellschaftlichen Bereich und deren Alibi-Charakter s. detailliert A. Eckert, *Herrschen und Verwalten* (Anm. 11), S. 143ff, S. 154ff und S. 215.
- 13 Sobald die angebliche „Rückständigkeit“ überwunden worden sei. Vgl. ebenda., S. 103ff/J. Iliffe, *Breaking the Chain* (Anm. 11), S. 169.
- 14 Vorausgegangen war dieser Zustimmung die Entsendung mehrerer Kommissionen in den Jahren zwischen 1948 und 1960. U. Lohrmann, *Voices from Tanganyika. Great Britain, the United Nations and the decolonization of a trust territory, 1946–1961*, Berlin, Münster 2007, S. 109 und S. 131. Der Autor geht in seinem quellenreichen

Unter der Federführung des gewählten Präsidenten Nyerere wurden „Entwicklung“ und „Selbstbestimmtheit“ zu frühen und entschiedenen Leitmotiven tansanischer Politik: Nyerere pochte auf das „right to think for ourselves“,¹⁵ auf dem der „war against poverty“¹⁶ basieren sollte. Der Prozess des *Nation-building* geriet so deckungsgleich mit dem der „Entwicklung“: „Development’ was not simply about process or structure, but about the very essence of the state, and its claim to legitimacy“.¹⁷ Entgegen aller Rhetorik folgte man auf der praktischen Ebene zunächst jedoch einer von der IBRD empfohlenen Strategie, was als ein Überdauern kolonialer Strukturen und Einflüsse über die Unabhängigkeit hinaus gedeutet werden kann.¹⁸ Zu einem Bruch mit diesen Kontinuitäten kam es erst im Jahr 1967, als man mit der *Arusha Declaration* ein sozialistisch motiviertes Entwicklungsprogramm („Ujamaa“¹⁹) verabschiedete, welches keinen Zweifel daran ließ, dass man von nun an einen selbstbestimmten Entwicklungsansatz verfolgen wollte, und das weit reichende Folgen für die Debatte über originär afrikanische Entwicklungsansätze haben sollte. Die *Arusha Declaration* stand bald stellvertretend für den „Afrikanischen Sozialismus“, die in ihr enthaltenen Ideen wirkten über Jahre in den Paradigmen der internationalen Entwicklungspolitik²⁰ nach – ein Umstand, der eine gesonderte Betrachtung dieses Entwicklungsmodells lohnenswert macht.²¹

Tansanias Weg in die Unabhängigkeit und die Jahre bis 1967 sind – wie aufgezeigt – in der wissenschaftlichen Literatur ausführlich behandelt worden. „Ujamaa“ selbst wurde zu einem vieldiskutierten Gegenstand *zeitgenössischer* entwicklungspolitischer Untersu-

Werk ausführlich auf die Position Großbritanniens sowie der UN in der Zeit vor der Unabhängigkeit ein. Einen Höhepunkt der Beziehungen zwischen UN und TANU stellte 1956 die Einladung Nyereres nach New York zur UN-Generalversammlung dar. Ebenda, S. 113.

15 J. Nyerere, *Freedom and Unity. A Selection from Writings and Speeches 1952-65*, Daressalam 1965, S. 207.

16 So Nyerere in dem Artikel „Public Ownership in Tanzania“ vom 12.01.1967. S. J. Nyerere, *Freedom and Socialism – Uhuru na Ujamaa. A Selection from Writings and Speeches 1965-67*, Daressalam 1968, S. 257.

17 M. Jennings, *War* (Anm. 12), S. 73. Zur These, dass der junge Staat von Anfang an ein Entwicklungsstaat war, s. auch L. Cliffe, *From Independence to Self-Reliance*, in: I. N. Kimambo/A. J. Temu, (Hrsg.), *A History of Tanzania*, Nairobi 1969, S. 254f.

18 Einer „twin-strategy“, durch die die gängige landwirtschaftliche Produktionsweise verbessert und zugleich eine vollkommen umstrukturierte Anbauweise als Basis für die Industrialisierung etabliert werden sollte. „Entwicklung“ blieb somit vorrangig wirtschaftlich definiert. Hierzu M. Jennings, *Surrogates of the State. NGOs, Development, and Ujamaa in Tanzania*, Bloomfield 2008, S. 39ff. Daneben G. Hydén, *Beyond Ujamaa in Tanzania. Underdevelopment and an uncaptured peasantry*, London 1980, S. 71-82. Für eine kritische Perspektive s. J. Herzog, *Geschichte Tansanias. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, Berlin 1986, S. 203ff. Zur „kolonialen Handschrift“ s. A. Coulson, *Introduction*, in: ders. (Hrsg.), *African socialism in practice. The Tanzanian Experience*, Nottingham 1979, S. 1/A. G. Ishumi/T. L. Maliyamkono, *Education for Self-Reliance*, in: C. Legum/G. Mmari (Hrsg.), *Mwalimu. The Influence of Nyerere*, London 1995, S. 49ff.

19 Swahili für „Brüderlichkeit“ oder „Familiensinn“.

20 S. hierzu den Schlussteil dieses Textes.

21 Eine Übersicht zu sozialistischen Entwicklungsmodellen in Afrika bieten C. G. Rosberg/T. M. Callaghy (Hrsg.), *Socialism in Sub-Saharan Africa. A New Assessment*, Berkeley 1979; A. Coulson, *Introduction* (Anm. 18)/W. Veit, *Zu Theorie und Praxis sozialistischer Entwicklungswege in Afrika*, in: W. Pfennig/K. Voll/H. Weber (Hrsg.), *Entwicklungsmodell Tansania: Sozialismus in Afrika. Geschichte, Ökonomie, Politik, Erziehung*, Frankfurt a. M. 1980. Für die übergeordnete Bedeutung „Ujamaas“ s. U. Menzel, *Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie*, Hamburg 1995, S. 27ff.; G. Rist, *Development* (Anm. 5), S. 125ff.; J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 223ff.; J. Muravchik, *Heaven* (Anm. 7), S. 198ff.; P. Gibbon, *Civil Society, Locality and Globalization in Rural Tanzania: A Forty-Year Perspective*, in: *Development and Change*, 32 (2001), S. 819-44.

chungen, von denen man sich Antworten auf Fragen von grundsätzlicher Natur erhoffte, wobei jene nach der Gangbarkeit des sozialistischen Entwicklungspfades eine der Dringendsten war.²² Was bei diesen (nicht selten ideologisch angehauchten) Untersuchungen meist vernachlässigt wurde, war die Betrachtung der Reaktionen, die der tansanische Entwicklungsansatz bei den betroffenen Akteuren auslöste.²³ Der vorliegende Text soll zum Schließen dieser Lücke einen Beitrag leisten, indem zunächst kurz die entwicklungstheoretische Verankerung sowie die politischen Folgen der *Arusha Declaration* rekapituliert werden. Daran anschließend – und dies stellt einen längst überfälligen Beitrag dar – soll auf der Grundlage von Quellenstudien ein Eindruck davon gewonnen werden, wie die in Daressalam ansässige *British High Commission* (BHC) – der politische Vertreter Großbritanniens vor Ort – die aufgezeigten Vorgänge in Tansania wahrnahm und welche Position man „Ujamaa“ gegenüber einnahm.

II

Die vorrangigen Ziele der am 5. Februar 1967 veröffentlichten *Arusha Declaration*²⁴ bestanden aus der Bewahrung von Freiheit und Unabhängigkeit (sowohl Tansanias als

- 22 S. hierzu frühe Werke über „Ujamaa“, z. B. J. Rweyemamu, *Underdevelopment and industrialization in Tanzania. A study of perverse capitalist industrial development*, Nairobi (u. a.) 1973/J. Rweyemamu (Hrsg.), *Towards Socialist Planning*, Daressalam 1974; D. Graf, *Produktivkräfte in der Landwirtschaft und der nichtkapitalistische Weg Tansanias*, Berlin 1973; K. E. Svendsen/M. Teisen (Hrsg.), *Self-reliant Tanzania. A Series of Articles*, Daressalam 1969. Kritischere Töne finden sich bspw. bei G. Hydén, *Beyond Ujamaa* (Anm. 18); M. von Freyhold, *Ujamaa Villages in Tanzania. Analysis of a social Experiment*, London (u. a.) 1979. Für die Publikationsflut ab den späten 1970er Jahren s. stellvertretend W. Pfennig/K. Voll/H. Weber (Hrsg.), *Entwicklungsmodell Tansania: Sozialismus in Afrika. Geschichte, Ökonomie, Politik, Erziehung*, Frankfurt a. M. 1980. Darüber hinaus D. F. Bryceson, *Peasant Commodity Production in Post-Colonial Tanzania*, in: *African Affairs*, 81 (1982), S. 547–567; Z. Ergas, *Why did the Ujamaa Village Policy fail? – Towards a Global Analysis*, in: *The Journal of Modern African Studies*, 18 (1980) 3, S. 387–410; R. Fatton jr, *The Political Ideology of Julius Nyerere: The Structural Limitations of African Socialism*, in: *Studies in Comparative International Development* (1985), S. 3–24; D. E. McHenry, *The Struggle for Rural Socialism in Tanzania*, in: C. G. Rosberg/T. M. Callaghy, *Socialism* (Anm. 21), S. 37–60; O. Nnoli, *Self-Reliance and Foreign Policy in Tanzania. The Dynamics of the Diplomacy of a New State, 1961 to 1971*, New York (u. a.) 1978; J. Samoff, *The Bureaucracy and the Bourgeoisie. Decentralization and Class Structure in Tanzania*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 21 (1979) 1, S. 30–62; J. Boesen/B. Madsen/T. Moody, *Ujamaa – Socialism from above*, Uppsala 1977.
- 23 Diese Lücken werden auch nicht von jenen Publikationen jüngerer Datums geschlossen, die sich zwar der überzeitlichen Bedeutung „Ujamaas“ widmen, ihren Blick aber eben nicht diesen Reaktionen zuwenden. S. z. B. die schon zitierten G. Rist, *Development* (Anm. 5); J. C. Scott, *State* (Anm. 12); J. Muravchik, *Heaven* (Anm. 7). Zudem K. J. Havnevik, *Tanzania. The limits to development from above*, Uppsala 1993; O. Elgström, *Foreign Aid Negotiations. The Swedish-Tanzanian Aid Dialogue*, Aldershot 1992; I. Kikula, *Policy Implications on Environment. The Case of Villagisation in Tanzania*, Uppsala 1997. Historisch motivierte Untersuchungen sind die quellenreichen Schriften von M. Jennings: M. Jennings, *Surrogates* (Anm. 18); ders., *War* (Anm. 12); ders., *‘We must run while Others walk’: Popular Participation and Development Crisis in Tanzania, 1961–9*, in: *The Journal of Modern African Studies*, 41 (2003) 2, S. 163–87 sowie die Texte von Schneider zur Herausbildung des Entwicklungsstaates. L. Schneider, *Freedom and Unfreedom in Rural Development. Julius Nyerere, Ujamaa Vijijini, and Villagization*, in: *Canadian Journal of African Studies*, 38 (2004) 2, S. 344–392; ders., *High on Modernity? Explaining the Failings of Tanzanian Villagisation*, in: *African Studies*, 66 (2007) 1, S. 9–38.
- 24 Benannt nach der Stadt im Nordosten Tansanias, in der sie veröffentlicht wurde. Diese *Declaration* ist nicht zu verwechseln mit der *Arusha-Erklärung* von 1979, in der die G77 eine stärkere Zusammenarbeit ins Auge fassten. Die hier zugrunde gelegte Version stammt aus J. Nyerere, *Ujamaa. Essays on Socialism*, Daressalam 1970, S. 13–37.

auch Afrikas im Gesamten), der Wahrung der Menschenrechte, der Verhinderung von Ausbeutung sowie dem Aufbau des Sozialismus. Der Staat sollte als Entwicklungsträger fungieren und als solcher eine im Sinne der Klassenlosigkeit erfolgende Verteilungspolitik, die Kontrolle aller Produktionsmittel durch das Volk, den Aufbau demokratischer Strukturen, die Gleichheit aller Menschen, den gemeinsamen Besitz sowie politische Partizipationsmöglichkeiten garantieren. Durch einen limitierten Rückgriff auf Entwicklungsgelder und eine primäre Fokussierung auf die Landwirtschaft wollte man die Eigeninitiative fördern, eine Spaltung zwischen Stadt und Land verhindern und sich so aus Armut und Fremdbestimmtheit befreien.

Nyerere selbst sprach sich gegen eine Übernahme „fremder“ politischer Muster aus und unterstrich damit seinen Willen, ein eigenes, an den *gegebenen* Umständen orientiertes Entwicklungsmodell zu kreieren. Die Grundlage hierfür war die „traditionelle afrikanische (also die vorkoloniale) Gesellschaft“, die angeblich schon von Gleichheit und Solidarität geprägt und damit quasi sozialistisch gewesen sei.²⁵ Folglich war für den Aufbau des Sozialismus lediglich eine Revitalisierung der ursprünglichen Lebensweise nötig. Durch vermehrte Bildungsanstrengungen sollte der „Entwicklungsfaktor Bevölkerung“ für den Fortschritt gerüstet werden;²⁶ noch zu errichtende und auf eine sozialistisch organisierte Produktionsweise ausgelegte „Ujamaa Villages“ sollten die wirtschaftliche Grundeinheit Tansanias bilden.²⁷ Insgesamt lässt sich die ideelle Grundlage des tansanischen Entwicklungspfades zweifellos dem Entwicklungsparadigma der „Dependenztheorien“²⁸ zuordnen. Armut interpretierte man als eine Folge der Ausbeutung durch Kolonialismus bzw. Kapitalismus, damit als exogen verursacht und in eine Abhängigkeit („Dependenz“) mündend. Sich selbst begriff man als Teil einer verwundbaren *Peripherie*, die dem Ausland aus Angst vor einem „Second Scramble for Africa“²⁹ besser mit Vorsicht begegnete. Der Rückgriff auf „Traditionen“ der Vorkolonialzeit symbolisierte die Suche nach einer eigenen Geschichtsversion und schuf Raum für einen individuellen Entwicklungspfad.³⁰ An externe theoretische Vorgaben fühlte man sich nicht gebunden, und

25 J. Nyerere, *Unity* (Anm. 15), S. 163. Besonders deutlich wurde diese Ansicht durch ein berühmt gewordenes Zitat: „I doubt if the equivalent for the word ‚class‘ exists in any indigenous African language; for language describes the ideas of those who speak it, and the idea of ‚class‘ or ‚caste‘ was non-existent in African society“, ebenda, S. 170.

26 J. Nyerere, *Socialism* (Anm. 16), S. 270ff. In der Praxis bedeutete dies die Abkehr vom „individualistischen Gedankengut“ des Kapitalismus und eine Hinwendung zu den Prinzipien der Solidarität und Gleichheit.

27 Ebenda, S. 340 und 346. Die offizielle Bezeichnung für dieses Vorhaben lautete „Ujamaa Vijijini“, was zumeist mit „ländlicher Sozialismus“ übersetzt wird.

28 Zum Begriff vgl. A. Boeckh, *Entwicklungstheorien: Eine Rückschau*, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bonn 1993 (Bd. 1), S. 120f./G. Palma, *Dependency: A formal theory of underdevelopment or a methodology for the analysis of concrete situations of underdevelopment?*, in: *World Development*, 6 (1978) 7-8, S. 881f.

29 So der Titel einer Rede Nyereres vom 04.02.1963. J. Nyerere, *Unity* (Anm. 15), S. 205.

30 Vgl. die geschichtswissenschaftliche „School of Daressalam“, deren Veröffentlichungen gerne staatstragende Bedeutung zugemessen wurde. Hierzu: A. Eckert, *Dekolonisierung der Geschichte? Die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft in Afrika nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: M. Middell/G. Lingelbach/F. Hadler (Hrsg.), *Historische Institute im internationalen Vergleich*, Leipzig 2001, S. 466f. Insgesamt weist der Rückgriff auf „Traditionen“ auf wichtige Elemente des tansanischen Entwicklungsweges hin, nahm man doch durch diese Be-

zwar auch dann nicht, wenn diese der artverwandten Denkschule des Sozialismus entsprangen³¹ – alle Entwicklungsansätze wurden an eigene Wertvorstellungen angepasst. Diese hatten mit rein auf Wachstum fokussierten Strategien wenig gemein: Der Mensch und seine Bedürfnisse standen im Fokus, als Träger allen Fortschritts sollte vorrangig dieser (und nicht etwa „das Land“ oder „die Industrie“) entwickelt werden.³² Der Anstoß aller „Entwicklung“ musste somit *von innen heraus* erfolgen.³³

Zusammengefasst bedeutet dies: Die Entwicklung einer eigenen historischen Erzählung, die Ablehnung eines Entwicklungsdeterminismus und der Dichotomie „modern/entwickelt – traditionell/rückständig“, die Forderung nach entwicklungspolitischer Eigenständigkeit und *Self-Reliance* sowie die Ablehnung vorgegebener Entwicklungsmodelle, die Betonung ganzheitlicher und partizipatorischer Ansätze – all dies waren Punkte, die sich in einer Vielzahl dependenztheoretischer Werke finden lassen.³⁴ Hinzu kam die Orientierung am sozialistischen Entwicklungspfad als Alternative zum oft als aggressiv wahrgenommen Kapitalismus der „Ersten Welt“, was schon ein Zeichen der Selbstbestimmtheit verkörperte, ließen sich Sozialismus/Kommunismus doch leicht mit antikolonialen, -imperialen sowie antirassistischen Bestrebungen verbinden³⁵ und bestand dieser der Peripherie zudem die Rolle des initiiierenden Entwicklungsakteurs zu.

zunahme eine konträre Position zu der von den Modernisierungstheoretikern geforderten bedingungslosen Loslösung von traditionellen Einflüssen ein und machte zugleich deutlich, dass man sich keinem unilinearen Entwicklungsdeterminismus beugen wollte.

- 31 S. Nyerere Rede in Kairo „The Varied Paths to Socialism“ vom 10.04.1967. J. Nyerere, *Socialism* (Anm. 16), S. 301ff.
- 32 G. Hydén, *Beyond Ujamaa* (Anm. 18), S. 98/L. Schneider, *Freedom* (Anm. 23), S. 351/G. Rist, *Development* (Anm. 5), S. 130f. Hierzu J. Nyerere, *Socialism* (Anm. 16), S. 273: „progress is measured in terms of human well-being, not prestige buildings, cars, or other such things“.
- 33 „Self-reliance is a positive affirmation that we shall depend upon ourselves for the development of Tanzania, and that we shall use resources we have for that purpose, not just sit back and complain because there are other things we do not have.“ J. Nyerere, *Socialism* (Anm. 16), S. 388.
- 34 Zur abhängigen Peripherie s. u. a. S. Amin, *Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus*, Hamburg 1975, S. 171f.; A. G. Frank, *The Development of Underdevelopment*, in: J. D. Cockcroft/A. G. Frank/D. L. Johnson (Hrsg.), *Dependence and Underdevelopment. Latin America's Political Economy*, New York 1972, S. 4; T. dos Santos, *Über die Struktur der Abhängigkeit*, in: D. Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt a. M. 1972, S. 243-57. Zur Entwicklung einer eigenen historischen Perspektive und der Ablehnung eines Entwicklungsdeterminismus s. S. Amin, *Underdevelopment and Dependence in Black Africa – Origins and Contemporary Forms*, in: *The Journal of Modern African Studies*, 10 (1972) 4; C. F. Mansilla, *Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*, Meisenheim am Glan 1978, S. 33f./D. Seers, *The Limitations of the Special Case*, in: G. M. Meier (Hrsg.), *Leading Issues in Economic Development. Studies in International Poverty*, Oxford 1970, S. 62-68. Zur „Self-Reliance“ s. den Sammelband J. Galtung/P. O'Brien/R. Preiswerk (Hrsg.), *Self-reliance. A Strategy for Development*, London 1980; U. Menzel, *Autozentrierte Entwicklung in historischer Perspektive. Dogmengeschichtliche und typologische Aspekte eines aktuellen Konzepts*, in: K. M. Khan (Hrsg.), *Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie*, München 1980. Allgemein s. zudem P. A. Baran/P. M. Sweezy, *Monopoly Capital. An Essay on the American Economic and Social Order*, New York 1966; F. H. Cardoso/E. Faletto, *Dependencia y desarrollo en América Latina. Ensayo de interpretación sociológica*, Ciudad de México 1969/F. Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M. 1981 (Das Original erschien 1961).
- 35 W. Veit, *Entwicklungswege* (Anm. 21), S. 35; D. Graf, *Produktivkräfte* (Anm. 22), S. 301; S. Ibrahim/V. Metzger-Mangold, *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg. Ideengeschichte und Theorie-Konzept*, Köln 1976, S. 47; R. A. Ulanowski, *Der Sozialismus und die befreiten Länder*, Berlin 1973, S. 223 und 251ff. Verlockend wirkte auch die Flexibilität, mit denen viele sozialistische/kommunistische Theoretiker den Entwicklungsländern begegneten:

Die praktische Umsetzung des Entwicklungsplans war zunächst geprägt von einem Ausbau der Sozialleistungen, was Tansania den Ruf eines „Vorzeigentwicklungslandes“ einbrachte.³⁶ An herausragender Stelle stand das Großprojekt der „Ujamaa Villages“:³⁷ Ziel war es, die größtenteils verstreut lebende Landbevölkerung in neuen Dörfern anzusiedeln, die Arbeitsproduktivität zu steigern sowie die staatliche Zugriffsmöglichkeit auf die Bevölkerung (für die Implementierung entwicklungspolitischer Maßnahmen) zu erleichtern.³⁸

Maßgeblich getragen wurde der Entwicklungsprozess von einem Staat, der sich zunehmend als „Entwicklungsstaat“ verstand und der seine Ziele immer bedingungsloser durch einen „top-down“-Ansatz durchzusetzen versuchte. Eine Veranschaulichung findet dies in der „Villagisation“, die ab 1973 nicht mehr freiwillig stattfand, sondern erzwungen wurde.³⁹ Es kam zur Anwendung von Gewalt,⁴⁰ die Planungsfehler häuften sich,⁴¹ der Verweis auf die vorkolonialen „Traditionen“ geriet zur leeren Rhetorik – „Entwicklung“ war nicht mehr Ausdruck von Selbstbestimmtheit, sondern ein mit aller Macht durchgesetzter Imperativ,⁴² der von der Bevölkerung oft nur noch aus Opportunismus mit-

Neben Sozialismus/Kommunismus kam für diese durchaus auch ein an lokale Gegebenheiten angepasster „nicht-kapitalistischer Entwicklungsweg“ in Betracht. Hierzu u. a. J. Muravchik, *Heaven* (Anm. 7), S. 198.

- 36 Messbar wurde dieser Ausbau bspw. anhand einer verminderten Kindersterblichkeit, einer gesteigerten Lebenserwartung sowie einer erhöhten Bildungsquote. C. Legum, *The Goal of an Egalitarian Society*, in: ders./G. Mmari, *Influence* (Anm. 18) S. 194. S. auch R. Fatton jr., *Political Ideology* (Anm. 22), S. 12 und J. H. Weaver/A. Kronemer, *Tanzanian and African Socialism*, in: *World Development*, 9 (1981) 9-10, S. 840. Zur Rolle als Vorbild s. Fußnote 58.
- 37 „Großprojekt“ deshalb, da die Umsiedlung vollkommen neue Maßstäbe aufstellte. So wurden in den ersten zehn Jahren nach 1967 mehrere Millionen Menschen umgesiedelt, wengleich die Schätzungen zum Teil beträchtlich variieren: Offizielle Angaben liegen meist bei ca. 13 Millionen. Spätere Schätzungen belaufen sich auf ca. fünf bis sechs Millionen. M. Jennings, *Surrogates* (Anm. 18), S. 37 und 49f. Eine detaillierte Übersicht über die Anzahl an Dörfern (im Jahr 1976 wohl um die 7.000) und deren regionaler Verteilung liefert G. Hydén, *Beyond Ujamaa* (Anm. 18), S. 103.
- 38 Teils sehr ausführliche Fallstudien finden sich bei H. Ruthenberg (Hrsg.), *Smallholder Farming and Smallholder Development in Tanzania. Ten Case Studies*, München 1968; J. Boesen, *Tanzania: From Ujamaa to Villagization*, in: B. Mwansasu/C. Pratt (Hrsg.), *Towards Socialism in Tanzania*, Toronto 1979, S. 125-144/M. von Freyhold, *Ujamaa Villages* (Anm. 22); P. Lal, *Militants, Mothers, and the National Family: Ujamaa, Gender, and Rural Development in Postcolonial Tanzania*, in: *Journal of African History*, 51 (2010), S. 1-20. Einen vollkommen neuen Ansatz stellten die Umsiedlungen nicht dar: Schon zu Kolonialzeiten hatte es solche gegeben. S. u. a. J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 225/D. E. McHenry, *Struggle* (Anm. 22), S. 58/G. Hydén, *Beyond Ujamaa* (Anm. 18), S. 104. Ähnliche Ansätze gab es auch in anderen Ländern wie Sambia und Äthiopien. Siehe A. von Oppen, *The Village as Territory: Enclosing Locality in Northwest Zambia, 1950s to 1990s*, in: *Journal of African History*, 47 (2006), S. 57-75.
- 39 Vorausgegangen war diesem Wandel eine Strukturreform mit dem irreführenden Titel „Decentralisation Policy“, durch die man den politischen Bereich der „Entwicklung“ unter einem *zentralen* Dach zusammenfasste und lokale Einflussmöglichkeiten massiv einschränkte. Siehe M. Jennings, *Surrogates* (Anm. 18), S. 59/A. Eckert, *Herrschen und Verwalten* (Anm. 11), S. 245. Zum Zwang s. J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 234/Z. Ergas, *Global Analysis* (Anm. 22), S. 404.
- 40 G. Hydén, *Beyond Ujamaa* (Anm. 18), S. 144 und Z. Ergas, *Global Analysis* (Anm. 22), S. 399.
- 41 Als Planungsfehler zu nennen wären bspw. die Errichtung vieler Dörfer an Orten, die für die Landwirtschaft ungeeignet waren; der „moderne“ geometrische Aufbau der Dörfer oder die Verfrachtung der Menschen an Orte fern ihrer Herkunftsregion. Auch war die persönliche berufliche Karriere vieler Beamter an den erfolgreichen Aufbau von „Ujamaa“-Dörfern gekoppelt, was mancherorts die bloße Umbenennung von Dörfern zur Folge hatte, ohne dass wirkliche Entwicklungsmaßnahmen stattgefunden hätten. G. Hydén, *Beyond Ujamaa* (Anm. 18), S. 106 und S. 144f.; P. Lal, *Militants* (Anm. 38), S. 13f.; J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 237.
- 42 Widerspenstige Gruppen stellte man als entwicklungsfeindlich und damit volksschädigend dar. L. Schneider,

getragen wurde.⁴³ Eine zunehmend mächtigere „bureaucratic bourgeoisie“⁴⁴ wurde zur treibenden Kraft, die sich anstelle einer emanzipierten, am Entwicklungsprozess teilhabenden Bevölkerung viel eher ein gefügiges „Entwicklungsvolk“ wünschte.⁴⁵ Durch die Vorgabe des Siedlungs- und Produktionsmusters wurden die Entwicklungsfaktoren „Mensch“ und „Natur“ auf eine utilitaristische Art und Weise gezähmt und homogenisiert⁴⁶ – das gesamte öffentliche Leben sollte sich am Fortschrittsgedanken orientieren.⁴⁷ Die angebliche Wissenschaftlichkeit dieses Vorgehens verlieh dem Entwicklungsbegriff ein „kühl-technisches“ und damit „wertfreies“ Antlitz,⁴⁸ was letztendlich die Ersetzung der „Traditionen“ legitimierte und sich in einer Verdrängung „lokalen“ bzw. „traditionellen“ Wissens niederschlug.⁴⁹

Die beschriebenen Vorgänge zeigen, dass die realpolitischen Folgen der *Arusha Declaration* in einem Widerspruch zu ihren ideellen Grundlagen standen und eine theoretische Einordnung der tansanischen Entwicklungspolitik behutsam erfolgen muss. Was man nach außen hin ablehnte, nämlich das Befolgen paternalistischer Modernisierungsvorgaben, mutete man der eigenen Bevölkerung umstandslos zu und drängte diese dadurch immer mehr in die Rolle einer abhängigen und Peripherie. Die Definierung einer „Modernität“, die Einsetzung einer mächtigen Bürokratie, die „top-down“-Vorgabe von Entwicklungszielen, die Degradierung der Bevölkerung zu einer „formbaren Masse“, die rational-wissenschaftliche Begründung aller Eingriffe und die damit einhergehende Verdrängung aller „Tradition“ sowie nicht zuletzt der von Allmachtsphantasien getriebene Umstrukturierungsversuch der gesamten Gesellschaft (versinnbildlicht durch die „Villa-

Freedom (Anm. 23), S. 363f. Vgl. zum Vorwurf der Volksschädigung im Allgemeinen auch D. van Laak, *Weißer Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999, S. 203f.

43 Dass es nur selten zu Widerstand kam, lag auch an den noch immer hohen materiellen Anreizen, welche die Gründung eines „Ujamaa“-Dorfes lohnenwert machten. S. z. B. J. Boesen, *Tanzania* (Anm. 38), S. 135. Mitunter akzeptierte man unmöglich zu erfüllende Vorgaben, um nicht aus dem Förderraster zu fallen. Z. Ergas, *Global Analysis* (Anm. 22), S. 400.

44 Zu dieser oft verwendeten Bezeichnung s. z. B. A. Coulson, *Introduction* (Anm. 18), S. 12 und S. D. Mueller, *The Historical Origins of Tanzania's Ruling Class*, in: *Canadian Journal of African Studies*, 15 (1981) 3, S. 460. Zur Rolle der Bürokratie R. Tetzlaff, *Der begrenzte Handlungsspielraum der tansanischen Staatsklasse zur Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung: Zum Verhältnis von Bürokraten zu Bauern*, in: W. Pfennig/K. Voll/H. Weber (Hrsg.), *Entwicklungsmodell Tansania* (Anm. 21), S. 53ff.

45 W. Veit, *Entwicklungswege* (Anm. 21), S. 38f./G. Rist, *Development* (Anm. 5), S. 133.

46 Zu Homogenisierung/Standardisierung s. A. F. Robertson, *People* (Anm. 6), S. 221ff und J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 23. Beispielhaft für den Prozess der Homogenisierung ist die tansanische Städtebaupolitik jener Zeit. So wurden Arusha, Mbeya und Moshi grundlegend umgebaut und mit Dodoma entstand eine neue, nach funktionalistischen Gesichtspunkten entworfene Hauptstadt. W. Satzinger, *Stadt, Land, Region: Die raumordnungspolitische Dimension der tansanischen Entwicklungsstrategie*, in: W. Pfennig/K. Voll/H. Weber (Hrsg.), *Entwicklungsmodell Tansania* (Anm. 21), S. 361f.

47 J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 18 und 224f. In seinem herausragenden Werk bezeichnet Scott dies als ein Beispiel für eine im Geiste des „Authoritarian High Modernism“ entworfene Entwicklungspolitik. In diesem Sinne vergleicht er Nyereres Ideen mit Ansätzen Rathenaus, Lenins und Troztkis, S. 88. Kritik an dieser Einordnung hat Schneider geübt, der „Ujamaa“ einen hohen Grad an Unstrukturiertheit bescheinigt. L. Schneider, *Modernity* (Anm. 23).

48 Vgl. hierzu allg. D. van Laak, *Weißer Elefanten* (Anm. 42), S. 186.

49 Bspw. in der Landwirtschaft. S. hierzu Scotts Ausführungen zum Expertentum in Entwicklungsländern. J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 287. Darüber hinaus zum Einfluss der „agricultural science“ sowie der „scientific agriculture“ auf landwirtschaftliche Großprojekte, ebenda, S. 288ff und 294ff.

gisation“) – die Jahre nach 1967 waren gespickt mit Maßnahmen und Handlungsmustern, die typischerweise der „Modernisierungstheorie“ zugeordnet werden.⁵⁰ Die Abkehr von den formulierten Idealen und die graduelle Verwandlung hin zu einem autoritären Entwicklungsstaat lässt ein ambivalentes Bild des tansanischen Entwicklungsmodells zurück, welches in dieser Deutlichkeit noch nicht gezeichnet worden ist.

Sein Ende fand „Ujamaa“ Mitte der 1980er Jahre, als man den drohenden Zusammenbruch nur noch durch die Hilfestellung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds abwenden konnte und marktliberale Strukturanpassungen vornehmen musste.⁵¹

III

Nach den Darlegungen zur entwicklungstheoretischen Verankerung des tansanischen Entwicklungsansatzes gilt es nun, auf einige der Reaktionen einzugehen, die dieser Ansatz und seine teils verwirrenden Folgen bei den politischen Vertretern Großbritanniens auslösten. Wie ausgeführt, sahen sich diese einem gewaltigen Transformationsprozess gegenüber, für den die Vorgänge in Tansania nur ein Beispiel unter vielen darstellten. Gerade in Afrika kamen sozialistische/kommunistische Entwicklungsmodelle in Mode,⁵² was

50 Zum Begriff der „Modernisierungstheorie“ im Allgemeinen s. H.-U. Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975 und U. Menzel, *Entwicklungstheorie* (Anm. 21), S. 22f. Als grundlegende Schriften seien hier genannt: G. A. Almond/J. S. Coleman (Hrsg.), *The Politics of the Developing Areas*, Princeton 1960; L. W. Pye (Hrsg.), *Political Culture and Political Development*, Princeton 1965. Ein klassisches Werk zur Definierung von Modernität und Entwicklungsstadien ist W. W. Rostow, *Economic Growth* (Anm. 8). Darüber hinaus seien genannt: T. Parsons, *Evolutionäre Universalien der Gesellschaft*, in: W. Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Köln, Berlin 1969, S. 55-74/S. N. Eisenstadt, *Sozialer Wandel, Differenzierung und Evolution*, in: ebenda, S. 75-91; R. Bendix, *Modernisierung in internationaler Perspektive*, in: ebenda, S. 505-12. Zur Messbarkeit von Entwicklung s. u. a. K. W. Deutsch, *Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung*, in: ebenda, S. 329-50; S. Rokkan, *Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung. Modelle und Methoden*, in: ebenda, S. 228-52. Zur Rolle der Bürokratie als entwicklungstragender Klasse s. neben den Genannten H. Elsenhans, *Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung*, in: A. Schmidt (Hrsg.), *Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit*, Frankfurt a. M./New York 1976, S. 250-65. Die Bedeutung der „Wissenschaftlichkeit“ und das Moment der Traditionsverdrängung werden beschrieben in P. N. Rosenstein-Rodan, *The International Development of Economically Backward Areas*, in: *International Affairs*, 20 (1944) 2, S. 157-165. Allg. hierzu auch D. van Laak, *Weißer Elefanten* (Anm. 42), S. 186. Grundlegend für die Ausrichtung von Entwicklung an wirtschaftlichen Faktoren ist S. Kuznets, *Economic Growth and Income Equality*, in: *The American Economic Review*, 55 (1955), S. 1-28. Zum Gefühl der „Allmacht“ und der Mode von entwicklungspolitischen Großprojekten s. allg. J. C. Scott, *State* (Anm. 12), S. 92; D. van Laak, *Weißer Elefanten* (Anm. 42), S. 155 sowie A. O. Hirschman, *Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Stuttgart 1967; R. Nurkse, *Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries*, Oxford 1964. Darüber hinaus folgende Schriften: R. F. Harrod, *An Essay in Dynamic Theory*, in: *Economic Journal*, 49 (1939) 193, S. 14-33; E. D. Domar, *Capital Expansion, Rate of Growth, and Employment*, in: *Econometrica*, 14 (1946) 2, S. 137-147; P.-N. Rosenstein-Rodan, *Problems of Industrialization of Eastern and South-Eastern Europe*, in: *Economic Journal*, 53 (1943) 210/211, S. 202-11.

51 Vorausgegangen waren ein Nahrungsmittelmangel, eine steigende Verschuldung, fallende *Terms of Trade* der eigenen Produkte sowie eine hohe Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern. Nyerere lehnte das Strukturanpassungsprogramm über die gesamte Zeit hinweg ab; erst sein Rücktritt im Jahr 1985 machte die Umsetzung möglich. Einen Überblick bieten G. Hydén/B. Karlström, *Structural Adjustment Policy as a Policy Process: The Case of Tanzania*, in: *World Development*, 21 (1993) 9, S. 1395-1404/P.-G. Rösch, *Der Prozess der Strukturanpassung in Tansania*, Hamburg 1995.

52 Wie die Beispiele Léopold Sédar Senghor im Senegal, Tom Mboya in Kenia, Kenneth Kaunda in Sambia, Ahmed

zeigt, wie sehr man die Werte der ehemaligen Kolonialmächte hinterfragte und die neu gewonnen Handlungsspielräume selbstständig nutzen wollte. Der afrikanische Teil des *Commonwealth* blieb in den 1960er Jahren beständig in Bewegung,⁵³ und so entstand eine Gemengelage, die bei den Briten Zweifel an der Stabilität dieses Gebildes weckte: Zu unterschiedlich waren oftmals die einzelnen Interessen und Erwartungen. Dennoch führte dies nicht zu einer Abkehr Großbritanniens von Afrika. Im Gegenteil: Eine der stärksten Verbindungen zu diesen Ländern, nämlich die Entwicklungshilfe, war seit den 1960er Jahren kontinuierlich ausgebaut und größtenteils ohne politische Konditionalitäten vergeben worden.⁵⁴ Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Entwicklungshilfe kein politisches Instrument darstellte: Durch die Kooperation wollte London explizit seinen Einfluss wahren und die vorherrschende Unvereinbarkeit in eine Übereinstimmung verwandeln – ein Ziel, für das die Eindämmung des „östlichen“ Einflusses eine notwendige Voraussetzung verkörperte.⁵⁵

Tansania ist in diesem Zusammenhang in einem doppelten Sinne von besonderem Interesse: Zum einen versinnbildlichte die *Arusha Declaration* und „Ujamaa“ geradezu den „Afrikanischen Sozialismus“, zum anderen war die „Verbindungslinie Entwicklungshilfe“, durch welche man hätte Einfluss nehmen können, seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen von 1965 unterbrochen.⁵⁶ Geschlossen wurde diese Lücke von zahlreichen anderen Geberländern und Tansania avancierte – nicht zuletzt aufgrund Nyereres Engagement für die blockfreie „Dritte Welt“⁵⁷ – zu einem bevorzugten Emp-

Sékou Touré in Guinea und Kwame Nkrumah in Ghana zeigen. Inwiefern sich hierbei wirklich *ein* „Afrikanischer Sozialismus“ identifizieren lässt, ist trotz aller Gemeinsamkeiten fraglich. W. Veit, *Entwicklungswege* (Anm. 21), S. 33ff.; F. Ansprenger, *Geschichte Afrikas* (Anm. 7), S. 119f. Zu nennen wären u. a. noch Kongo-Brazzaville, Benin, Madagaskar, Äthiopien, Eritrea, Somalia, Angola, Mosambik. Zum Sozialismus als politischer „Mode“ in Afrika s. auch M. A. Pitcher/K. M. Askew, *African Socialisms* (Anm. 7), S. 1 und D. Judd/P. Slinn, *The Evolution of the Modern Commonwealth, 1902-80*, London/Basingstoke 1982, S. 115.

53 Auch bedingt durch den Machtverlust Nkrumahs durch einen Militärputsch in Ghana 1966, den im gleichen Jahr ausbrechenden Bürgerkrieg in Nigeria oder die ersten politischen Spannungen in Kenia und Südrhodesien.

54 Womit man eine Gegenposition zu den USA einnahm. So unterstützte Großbritannien u. a. auch Kongo-Brazzaville, Madagaskar, Benin, Simbabwe, Mali und Somalia. G. Cumming, *Aid to Africa. French and British Policies from the Cold War to the New Millennium*, Aldershot (u. a.) 2001, S. 78ff. Auf der institutionellen Ebene drückte sich die neue Bedeutung der Entwicklungshilfe in der Gründung des *Ministry of Overseas Development* im Jahr 1964 aus.

55 D. Judd/P. Slinn, *Commonwealth* (Anm. 52), S. 115.

56 Die Krise resultierte aus der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Südrhodesiens 1965, das fortan von einer weißen Minderheitsregierung regiert wurde. Tansania empfand dies als inakzeptabel und brach die Beziehungen zu Großbritannien bis 1968 ab. A. Eckert, *Herrschen und Verwalten* (Anm. 11), S. 218ff./D. Judd/P. Slinn, *Commonwealth* (Anm. 52), S. 109ff. Hatte der britische Anteil am tansanischen Entwicklungshaushalt im Jahr 1962 noch 89,5 Prozent betragen, so waren es 1966 nur noch 4 Prozent. O. Nnoli, *Self-Reliance* (Anm. 22), S. 70. Den Ausfall versuchte man durch eine verstärkte Kooperation mit China zu kompensieren, welches ab 1971 zum wichtigsten Geldgeber wurde (vgl. z. B. den Bau der TanZam-Eisenbahn). W. Pfennig, *Die Beziehungen zwischen der VR China und Tansania: Eine Allianz neuen Typs?*, in: ders./K. Voll/H. Weber (Hrsg.), *Entwicklungsmodell Tansania* (Anm. 21), S. 291-309.

57 S. allg. zur Außenpolitik H. Traeder, *Tansania – Außenpolitik zwischen Abhängigkeit und Disengagement*, in: W. Pfennig/K. Voll/H. Weber (Hrsg.), *Entwicklungsmodell Tansania* (Anm. 21), S. 254; P. Meyns, *Grundsätze der Außenpolitik Tansanias*, in: ebenda, S. 269ff.; S. S. Mushi, *The Making of Foreign Policy of Tanzania*, in: K. Mathews/S. S. Mushi (Hrsg.), *Foreign Policy of Tanzania. A Reader*, Daressalam 1981, S. 3-23.

fänger von Entwicklungsgeldern.⁵⁸ Im Jahr der Veröffentlichung verfügte Großbritannien noch nicht einmal über eine eigene Interessensvertretung im Land, sondern hielt die spärlichen Kontakte über in der *Canadian High Commission* (CHC) untergebrachte Abgesandte aufrecht; zur Einrichtung einer eigenen *High Commission* kam es erst nach der Wiederaufnahme der Beziehungen im Jahr 1968.⁵⁹ Vor diesem Hintergrund und angesichts der tragenden Rolle Tansanias stellt sich die Frage, wie man auf britischer Seite auf die *Arusha Declaration* und auf „Ujamaa“ – und damit auf den „Systemwechsel“ eines *Commonwealth*-Mitglieds – reagierte: Wie nahm man diesen Akt der Neuorientierung und der Selbstfindung auf? Sah man in der neuen Ausrichtung eine Gefahr? Welches Interesse hatte Großbritannien an weiteren Beziehungen, und welche Mittel der Einflussnahme standen zur Verfügung?

Erste Antworten auf diese Fragen liefern die Berichte, die von der *British High Commission* (BHC) in Daressalam an das dem *Foreign and Commonwealth Office* (FCO) in London untergeordnete *East Africa Department* (EAD)⁶⁰ übermittelt wurden. Seit ihrer Einrichtung erstellte die BCH in regelmäßigen Abständen Berichte zur politischen und wirtschaftlichen Lage Tansanias;⁶¹ bei besonderen Ereignissen sandte man auch außerplanmäßige Reporte.⁶² Ziel war es, den in London ansässigen politischen Akteuren eine Informationsgrundlage für ihre Entscheidungen (vor allem außen- oder entwicklungs-politischer Natur) zu bieten. In der politischen Zusammenarbeit nahm die BHC so den Posten des Beobachters, Vermittlers und ersten Ansprechpartners ein. Durch die Betrachtung der Dokumente erfährt man – und dies macht sie aus historischer Perspektive so reizvoll –, *welche* Ereignisse überhaupt als berichtenswert wahrgenommen wurden, *welcher Rhetorik* sich die britischen Vertreter bei der Berichterstattung bedienten und

58 Eckert bezeichnet diese Erscheinung als „Tanzaphilie“. A. Eckert, *Herrschen und Verwalten* (Anm. 11), S. 217. Neben China waren die USA, die skandinavischen Länder, die Niederlande und Kanada die Hauptgeber. Auch die Weltbank unter Robert S. McNamara unterstützte den tansanischen Entwicklungsweg beständig. Die Sowjetunion zeigte hingegen kein Interesse. Zur Geberkonstellation s. u. a. M. Jennings, *Surrogates* (Anm. 18), S. 93/R. H. Green, *Tanzanian political economy goals, strategies, and results, 1967-74. Notes towards an interim assessment*, in: B. Mwansasu/C. Pratt (Hrsg.), *Towards Socialism* (Anm. 38), S. 35.

59 Das Amt des *High Commissioner* besetzten Horace Phillips (1968–1973), Arthur R. H. Kellas (1973–1975), Mervyn Brown (1975), Peter Moon (1978–1982).

60 Im Normalfall; teilweise waren sie auch ans übergeordnete FCO adressiert. Dieses ging ebenfalls 1968 aus dem Zusammenschluss von *Colonial Office* und *Commonwealth Relations Office* hervor. Vgl. zu diesen Umstrukturierungen allg. A. Kirk-Greene, *On Crown Service. A History of HM Colonial and Overseas Civil Service 1837–1997*, London, New York 1999 sowie das umfangreiche Werk von D. J. Morgan, *The Official History of Colonial Development. Changes in British Aid Policy, 1951–1970*, London (u. a.) 1980 (Bd. 4).

61 Zu nennen sind hierbei vor allem die „Annual Reviews“, in denen der *High Commissioner* die Geschehnisse des jeweiligen Jahres Revue passieren ließ. Zugänglich waren diese für das Jahr 1967 und die Jahre 1970–78.

62 Zugänglich sind die Dokumente in den *National Archives*, Kew unter *Commonwealth Office and Foreign and Commonwealth Office: East Africa Departments*, FCO 31. Insgesamt umfasst diese Sammlung 2730 Akten; direkt zu Tansania existieren 270 Akten für den Zeitraum von 1966 bis 1979. Im Normalfall unterlagen sie einer Sperrfrist von 30 Jahren. Bisher wurden die Dokumente noch keiner systematischen wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen. Für den vorliegenden Text wurden 37 Akten analysiert. Ein besonderes Augenmerk lag hierbei auf den jährlichen Übersichtsberichten sowie jenen Akten, deren Benennung einen direkten Zusammenhang mit den hier im Fokus stehenden Themen vermuten ließ. Folglich wird an dieser Stelle auch kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben; es handelt sich viel eher um einen ersten Schritt auf diesem Gebiet der Forschung, der als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen gesehen werden sollte.

welche Informationen den Akteuren in London über diesen Informationsweg zur Verfügung standen.

3.1 Erste Reaktionen auf die Arusha Declaration und die Wahrnehmung „Ujamaas“

Auf die Veröffentlichung der *Arusha Declaration* reagierte man in der *British Interests Section* der *Canadian High Commission* in Daressalam nüchtern: Weder ließen sich die politischen Vertreter vom Enthusiasmus der tansanischen Regierung anstecken, noch erkannten sie ein durch die ideologische Ausrichtung bedingtes Konfliktpotential. Vielmehr konzentrierte man sich auf die möglichen direkten Folgen der Erklärung, wobei besonders die Verstaatlichungen und die „Afrikanisierung“ der Wirtschaft Sorgen bereiteten, waren hiervon doch auch britische Unternehmen und Angestellte betroffen.⁶³ Hier lag auch der Ursprung eines Gerangels um Kompensationen, welches über Jahre hinweg ein zentrales Thema der diplomatischen Beziehungen blieb.⁶⁴ Die britische Seite wollte auf Entschädigungen keinesfalls verzichten und gegebenenfalls auch Druck ausüben, allerdings unter der Prämisse: „we should [...] make it clear that this is the object of our quarrel and not the form of political and economic organisation which the State has chosen to practice“.⁶⁵ Dieses Zitat lässt schon die generelle Haltung gegenüber der Entwicklung in Tansania erahnen: Man begegnete dieser zwar mit kritischer Zurückhaltung, nicht jedoch mit Ablehnung. Zweifel wurden vor allem im Hinblick auf die Umsetzung des ambitionierten Programms laut, welches die Mittel des jungen Staates schlichtweg zu übersteigen schien.⁶⁶ Auch dem „mystical faith in African traditional attitudes of communal effort“ stand man kritisch gegenüber; ein solcher Ansatz wirkte doch eher antiquiert.⁶⁷ Trotzdem übte man sich in Toleranz:

63 S.W. Wilson (Canadian High Commission, British Interests Section) to Norris (West and General Africa Department, Commonwealth Office): Tanzania after Arusha, 22.03.1967, in: FCO 31/156, 13: Tanzania: Political Affairs (Internal): Socialism: Events: Since Arusha Declaration.

64 S. auch: H. Phillips (BHC) to E. G. le Tocq (EAD): British Trading Companies in Tanzania, 08.04.1969, in: FCO 31/445, JET 5/7, 5: Tanzania: Economic Affairs – Internal: Situation since the Arusha Declaration.

65 FCO 31/156: Tanzania after Arusha, 1967. Auch im „Annual Review“ von 1967 nahm der Hinweis auf die Verstaatlichungen viel Platz ein. S. W. Wilson (Canadian High Commission, British Interests Section) to FCO: Annual Review 1967, 05.01.1968, in: FCO 31/152, 2: Tanzania: Political Affairs: Reports. Ein mit den Verstaatlichungen verknüpftes Problem bestand aus Sicht der Briten auch darin, dass diese private Unternehmen vom Eintritt in den tansanischen Markt abhalten konnten. S. z. B. H. Philipps (BHC) to M. Stewart (FCO): The Tanzanian Economy since the Arusha Declaration, 05.06.1969, in: FCO 31/445, JET 5/7, 8: Tanzania: Economic Affairs – Internal: Situation since the Arusha Declaration.

66 S. W. Wilson (Canadian High Commission, British Interests Section) to M. Scott (EAD): Valedictory, 05.05.1968, in: FCO 31/152, 10: Tanzania: Political Affairs: Reports.

67 „[...] an unlikely recipe for boosting the peasant farmer out of his primitive subsistence farming into the modern world“, in: J. C. Strong (Canadian High Commission, British Interests Section) to R. H. Hobden (EAD), 08.08.1967, in: FCO 31/155, 15: Tanzania: Political Affairs (Internal): Socialism: Document on the Building of: TANU National Executive: Meeting in Arusha: “Arusha Declaration”.

*What we cannot prevent, we should learn to live with. Even if we have reservations about Arusha Socialism it can do us no good to show it ill-will or to identify ourselves publicly as hostile to Tanzania.*⁶⁸

Der tansanische Ansatz mochte impraktikabel oder gar „falsch“ erscheinen – in der ersten Reaktion überwog neben aller Skepsis die Anerkennung für einen ernstzunehmenden Versuch, aus eigener Kraft die Situation des Landes zu verbessern.

Eine Dokumentation davon, wie unter dem Banner von „Ujamaa“ ein Entwicklungsstaat heranwuchs, der sich von seinen Idealen wie auch von seinem Anspruch der *Self-Reliance* immer stärker entfernte, findet sich in den „Annual Reviews“ von 1970-78, in denen alljährlich auf die wirtschaftlichen Probleme und besonders die wachsende Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern verwiesen wurde:⁶⁹ „With this level of support the Tanzanian economy will be kept going, but the goal of self-reliance seems further away than ever.“⁷⁰ Ab Mitte der 1970er Jahre wirkte Tansania in den Augen der Briten dann auch nicht wie das Vorzeigeprojekt, als das es von linksorientierten Kreisen im Westen gerne bezeichnet wurde, sondern wie ein „typisches“, von wirtschaftlicher Stagnation und gesellschaftlicher Resignation erfasstes Entwicklungsland, dessen maroder Zustand offensichtlich war: „Garbage moulders uncollected. Co-operative shops are empty, or their staffs in gaol for embezzlement. Shortages and controls give rise to corruption.“⁷¹ Auffälligerweise wurden die zweifellos vorhandenen Fortschritte im sozialen Bereich nur selten erwähnt. Hoffnung keimte erst auf, als die tansanische Regierung auf die kritische Lage pragmatisch reagierte und – ganz im Sinne des Westens – eine wirtschaftliche Öffnung betrieb.⁷²

Schon 1972 meinte man, die Gründe für diesen Niedergang erkennen zu können:

While world trading conditions are partly to blame for latter shortcoming, the fault lies also with the Government's doctrinal approach to rural development which, by insisting on the elimination of the profit motive and on collective farming in areas of the country

68 FCO 31/156: Tanzania after Arusha, 1967.

69 Wobei Großbritannien selbst erst ab 1975 wieder Entwicklungshilfe leistete. Für die Jahresberichte s. H. Phillips (BHC) to FCO: Annual Review 1970, 03.01.1971, in: FCO 31/969, JET 1/2 2: Annual Review of Tanzania 1970; M. K. Evans (BHC) to FCO: Annual Review for 1971, 01.01.1972, in: FCO 31/1286, JET 1/2, 2: Annual Review of Tanzania for 1971; M. K. Evans (BHC) to FCO: Annual Review for 1972, 01.01.1973, in: FCO 31/1556, JET 1/2, 1: Annual Review on Tanzania for 1972; A. R. H. Kellas (BHC) to FCO: Annual Review for 1971, 01.01.1972, in: FCO 31/1755, JET 1/2, 2: Annual Review of Tanzania for 1973; A. H. Kellas (BHC) to FCO: Annual Review for 1974, 03.12.1974, in: FCO 31/1758, JET 1/9: Annual Review for Tanzania for 1974; Mervyn Brown (BHC) to FCO: Annual Review for 1975, 01.01.1976, in: FCO 31/2040, JET 014/1: Annual Review for Tanzania; Mervyn Brown (BHC) to FCO: Annual Review for 1976, 28.01.1977, in: FCO 31/2143, JET 014/3, 5: Tanzania – Annual Review 1976; Mervyn Brown (BHC) to FCO: Annual Review 1977, 04.01.1978, in: FCO 31/2368, JET 014/1, 1: Tanzania Internal Political Situation, Part A; P. S. J. Moon (BHC) to FCO: Annual Review for 1978, 27.12.1978, in: FCO 31/2635, JET 014/2, 1: Annual Review for 1978 Tanzania.

70 FCO 31/2368: Annual Review 1977.

71 So beschrieb der *High Commissioner* A. R. H. Kellas die Zustände in Daressalam: A. R. H. Kellas (BHC) to FCO: Some Discontent in Tanzania, 27.03.1974, in: FCO 31/1754, JET 1/1, 1: Political Developments in Tanzania.

72 M. Brown (BHC) to FCO: Farewell to Tanzania and Nyerere, 14.02.1978, in: FCO 31/2368, JET 014/1: Tanzania Internal Political Situation, Part A.

*which are socially and economically unsuitable, has damaged some of the productive agriculture which had previously existed.*⁷³

In den Folgejahren blieb man (im Großen und Ganzen) bei dieser Erklärung.⁷⁴ Bemerkenswert sind hierbei die Verweise auf das politisch bedingt niedrige Motivationsniveau der Bevölkerung,⁷⁵ assoziierte man ein solches doch direkt mit der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Eine solche Hervorhebung barg eine ansonsten nur selten vorkommende explizite Kritik an dieser Ordnung.

Ein weiterer Kumulationspunkt für Kritik findet sich in der „Villagisation“-Politik. Zu Beginn noch relativ unbeachtet, wiesen die Briten ab 1973 immer wieder auf die nun unter Zwang stattfindenden Kollektivierungen hin, welche freilich Erinnerungen an die Landwirtschaftspolitik im Ostblock wecken mussten.⁷⁶ An einen Erfolg dieser Politik mochte man von Anfang an nicht recht glauben, und so konzentrierten sich die Mitarbeiter der BHC auf die Darstellung der Brutalität und der logistischen Mängel dieses Vorhabens:

*Many cultivated shambas⁷⁷ have been deserted in the process, and many good houses destroyed. The hardships suffered, according to reports, have been sometimes appalling, where bone-headed, over-zealous or brutal administrators have handled these movements without humanity or careful planning, applying bull-dozers to dwelling houses and calling in police or troops to enforce compliance with orders.*⁷⁸

Mit der Zeit verdichteten sich diese Eindrücke zu einem Bild eines autoritären Entwicklungsstaates, dessen Hauptproblem in seiner „top-down“-Ausrichtung bestand:

*The Government's own efforts to meet the crisis illustrated the fundamental weakness which bedevils Tanzania's development [...] namely, on the whole, sensible decisions being taken at the top, but their implementation degenerating into administrative chaos lower down.*⁷⁹

Die anfängliche Toleranz war damit einem Unverständnis gewichen.

73 FCO 31/1556: Annual Review 1972.

74 S. z. B. FCO 31/2143: Annual Review 1976 und FCO 31/2368: Annual Review 1977.

75 So hieß es im „Annual Review“ 1976: „The main problems are lack of motivation in an aggressively egalitarian society [...]“; FCO 31/2143: Annual Review 1976 und im „Annual Review“ von 1977: „the major problem is to provide motivation and incentives within an egalitarian socialist structure“; FCO 31/2368: Annual Review 1977.

76 S. z. B. FCO 31/1755: Annual Review 1973 und FCO 31/1758: Annual Review 1974. Für eine vergleichende Perspektive s. auch D. E. McHenry, The Ujamaa Village in Tanzania: A Comparison with Chinese, Soviet and Mexican Experiences in Collectivization, in: Comparative Studies in Society and History, 18 (1976) 3, S. 347-70.

77 Swahili für „Feld“ oder „Garten“.

78 A. R. H. Kellas (BHC) to J. Callaghan (FCO): Agricultural Production in Tanzania, 18.11.1974, in: FCO 31/1767, JET 5/1, 65: Economy of Tanzania, Part B. Ähnlich auch in: FCO 31/1754: Discontent, 1974 und I. McCrory (BHC) to R. E. Holloway (EAD): Ujamaa, 14.10.1974, in: FCO 31/1754, JET 1/1, 28: Political Developments in Tanzania.

79 FCO 31/2635: Annual Review 1978. Mit „crisis“ war in diesem Falle der Krieg gegen Uganda gemeint. Allerdings bezog man diese Kritik auch auf die staatliche Wirtschaftspolitik, welche von bürokratischer Ineffizienz und zentralisierten Entscheidungsfindungsprozessen geprägt war. S. z. B. Report on Tanzania – December 1978, in: FCO 31/2369, JET 014/1, 54: Tanzania Internal Political Situation, Part B.

3.2 Die britisch-tansanischen Beziehungen und die Rolle Nyereres

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Tansania und Großbritannien müssen als wechselhaft bezeichnet werden; trotz aller seit der Kontaktaufnahme 1968 erfolgten Bemühungen kam es immer wieder zu ernststen Spannungen. Gründe hierfür waren aus britischer Sicht das Ausbleiben der Entschädigungszahlungen für die erfolgten Enteignungen, was man regelmäßig anprangerte,⁸⁰ und aus tansanischer Sicht die Einmischungen Großbritanniens in die „inneren Angelegenheiten“ des afrikanischen Kontinents, wohinter neokoloniale Interessen vermutet wurden. So empfahl der *High Commissioner* Horace Phillips 1970 indirekt, von Waffenverkäufen an Südafrika abzusehen, da Nyerere für diesen Fall mit einem Austritt aus dem *Commonwealth* gedroht habe und man Tansania eventuell in die Arme Chinas treibe.⁸¹ Als es im Jahr darauf doch zu Verkäufen von Helikoptern kam und Großbritannien obendrein noch Idi Amin als ugandischen Staatsführer anerkannte, meldete die BHC eine wachsende antibritische Stimmung im Land.⁸² Erst gegen Mitte der 1970er Jahre verbesserten sich die Beziehungen spürbar, was besonders in der fruchtbaren wirtschaftlichen Zusammenarbeit begründet zu sein schien.⁸³

Von besonderer Bedeutung für die Beziehungen zwischen Großbritannien und Tansania war die Person Nyereres, in der die Berichterstatter schon früh einen zwar von utopischen Idealen geleiteten, insgesamt jedoch verlässlichen Verhandlungspartner erkannten. In den Berichten der BHC wurde er als *die* Überfigur der tansanischen Politik schlechthin betrachtet; man begegnete ihm mit teilweise an Ehrfurcht grenzendem Respekt.⁸⁴ Regelmäßig betont wurde sein selbstloses und stabilisierend wirkendes Engagement für Tansania, das ihn unter seinen afrikanischen Amtskollegen positiv hervorstechen ließ.⁸⁵ Sein ausgeprägter Idealismus löste ambivalente Gefühle aus. Sorgen bereitete es z. B.

80 S. stellvertretend FCO 31/2040: Annual Review 1975. Als es schließlich zu Fortschritten bei den Verhandlungen kam, zeigte man sich auf britischer Seite sehr erleichtert. FCO 31/2143: Annual Review 1976.

81 FCO 31/969: Annual Review 1970: „If however Her Majesty's Government do sell arms I fear that position will deteriorate to an extent which in the next decade may put a non-Commonwealth Tanzania dangerously into the hands of China, capitalising on its position as the major donor of aid to the southern African liberation movements.“

82 „[...] there is a deliberate build-up of bias against us here: in the press, in business, in social and official contacts“, H. Phillips (BHC) to D. Greenhill (FCO): Anglo-Tanzanian Relations, 22.03.1971, in: FCO 31/981, JE T 3/548/1, 1: Political Relations between Tanzania and United Kingdom.

83 Im Jahresbericht 1975 umschrieb der *High Commissioner* Mervyn Brown diese Verbesserung mit den Worten: „It would appear that after years of experience with Communist and other devils, the Tanzanians are happy to return to the devils they know best“, FCO 31/2040: Annual Review 1975. Ausdruck hierfür war auch der Besuch Nyereres in Großbritannien im selben Jahr. Zur wirtschaftlichen Kooperation als Grundlage der Beziehungen s. z. B. P. S. J. Moon (BHC) to FCO: First Impressions, 25.07.1978, in: FCO 31/2368, JE T 014/1: Tanzania Internal Political Situation, Part A. Auf die Bedeutung dieser Kooperation wird später genauer eingegangen.

84 Davon zeugen die durchaus gebräuchliche Verwendung seines Beinamens „Mwalimu“, z. B. in FCO 31/152: Annual Review 1967, oder auch die Feststellung, dass die *Arusha Declaration* mitunter als Ausdruck eines „Nyererism“ gesehen wurde. FCO 31/156: Tanzania after Arusha, 1967.

85 So bescheinigte man Tansania durchweg ein hohes Maß an politischer Stabilität. FCO 31/2635: Annual Review 1978. Betonenswert erschien auch der geringe Grad an Dekadenz und Korruption, M. K. Evans (BHC) to E. G. le Tocq (FCO): Tanzania: The Prospects for Stability, 15.05.1970, in: FCO 31/687, JE T 1/8, 3: Political Developments in Tanzania. Zu Nyerere als Überperson der afrikanischen Politik s. M. Brown (BHC) to FCO: First Impressions of

dann, wenn er aus seiner Sympathie für das chinesische Entwicklungsmodell keinen Hehl machte. Demgegenüber stand beispielsweise Nyereres konsequentes Beharren auf dem Prinzip der Blockfreiheit, welches eben auch dem Westen eine Tür nach Tansania öffnete.⁸⁶ Dies erschien ob der zunehmend prekär werdenden Finanzlage allerdings auch als notwendig, und aus Sicht der Briten war es Nyerere, der durch die Einwerbung von Entwicklungsgeldern Tansania vor dem Bankrott rettete.⁸⁷

1972 listete die BHC mehrere Punkte auf, welche die Ziele der britischen Tansania-politik der folgenden Jahre prägnant beschreiben. Neben dem Aufbau von tragfähigen Kontakten zur politischen Führungsriege Tansanias nannte man hierbei: „to maintain a British as part of a Western presence to prevent the Chinese from obtaining a dominating position of influence“ und „to maintain and if possible strengthen our position as Tanzania’s premier trading partner.“⁸⁸ Ab Mitte der 1970er Jahre entstand dann auch zunehmend der Eindruck, als würde der Wert der bilateralen Beziehungen in wirtschaftlichen Kennzahlen gemessen, so oft finden sich in den Berichten beinahe enthusiastische Meldungen über Großbritanniens Position als „No 1 supplier“.⁸⁹ Oftmals nahmen diese Meldungen bedeutend mehr Raum ein als Einschätzungen der Entwicklungsfortschritte oder der politischen Lage, es sei denn, man thematisierte Tansanias Kontakte zu China.

3.3 Tansania vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts

Entsprechend den aufgelisteten Zielen der britischen Politik beobachtete man diese Kontakte wie auch die zu anderen sozialistischen/kommunistischen Ländern äußerst genau, hielt man das ehemalige Treuhandgebiet doch für einen „issue in the East-West competition for influence“ in Afrika.⁹⁰ Ausführliche Berichte fertigte man so z. B. über diverse Staatsbesuche an, mit denen Nyerere eine Festigung seines internationalen Netzwerkes anstrebte.⁹¹ Daneben spielte das Engagement Chinas in Tansania eine zentrale Rolle,

Tanzania, 05.08.1975 in: FCO 31/1935, JET 1/2, 9: Political Situation in Tanzania und FCO 31/2368: Impressions, 1978.

86 M. K. Evans (BHC) to E. G. le Tocq (FCO): Tanzania’s Relations with Communist Countries, 04.01.1971, in: FCO 31/976, JET 2/1, 1: Political Relations between Communist Countries and Tanzania: „[...] the continuing strong desire of Nyerere [...] to maintain a balanced relationship with the West and to keep open channels of aid and technical assistance from the advanced and wealthy countries of Europe and America.“ S. auch H. Phillips (BHC) to FCO: Anglo-Tanzanian Relations: Time for a new look?, 23.08.1972, in: FCO 31/1297, JET 3/548/1: Political Relations between Tanzania and United Kingdom, Part A und FCO 31/1935: Impressions, 1975.

87 FCO 31/2040: Annual Review 1975 und FCO 31/2368: Farewell, 1978.

88 FCO 31/1297: Anglo-Tanzanian Relations, 1972. Ähnlich hatte man sich auch schon 1971 ausgedrückt: FCO 31/981: Anglo-Tanzanian Relations, 1971.

89 FCO 31/2368: Annual Review 1977. S. auch FCO 31/2040: Annual Review 1975; FCO 31/2143: Annual Review 1976; FCO 31/2635: Annual Review 1978.

90 FCO 31/969: Annual Review 1970. Deutlich wird die erhöhte Aufmerksamkeit an verschiedenen Akten, die eigens zu diesem Themengebiet angelegt wurden: FCO 31/976: Political Relations between Communist Countries and Tanzania (ebenso FCO 31/2144) und FCO 31/1761: Political Relations between SU and Tanzania.

91 Für Besuche aus der DDR, Rumänien, Ungarn, Nordkorea, China und Vietnam s. FCO 31/976: Relations with Communist Countries, 1971. Nyereres Besuch auf Jamaika und sein Zusammentreffen mit Fidel Castro auf Kuba werden behandelt in Cuba-Tanzanian Joint Communique, 23.09.1974, in: FCO 31/1754, JET 1/1, 24: Political Developments in Tanzania und A. R. H. Kellas to J. Callaghan, 25.09.1974, in: FCO 31/1754, JET 1/1, 25: Political Developments in Tanzania.

wobei man China wiederholt verdächtigte, mit seiner Entwicklungshilfe den Grundstein für „a secure base for long-term political influence“ legen zu wollen.⁹² Das konkrete Interesse Chinas bestand in den Augen der Briten in der Unterstützung verschiedener Freiheitsbewegungen,⁹³ der Verbreitung des Kommunismus und damit einhergehend in der Zurückdrängung westlicher Einflüsse, was besonders durch eine Kooperation im militärischen Bereich erreicht werden sollte.⁹⁴ Gerade zu Beginn der 1970er Jahre erschien China so als ein ernstzunehmender Konkurrent um die Gunst Tansanias, weswegen auch entwicklungspolitische Großprojekte wie z. B. die *TanZam*-Eisenbahn eher beunruhigend wirkten.⁹⁵ Ab 1974/75 war dann ein erhöhtes Interesse der Sowjetunion an einer Zusammenarbeit mit Tansania zu beobachten, wobei man dieser wiederum nachsagte, den Einfluss Chinas eindämmen zu wollen.⁹⁶ Erwähnenswert ist hierbei, dass sich auch die Sowjetunion auf die militärische Kooperation konzentrierte und Tansania als Durchgangsstation für Waffenlieferungen an verschiedene „liberation movements“ nutzte.⁹⁷ Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum man in der BHC die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit 1975 und die ausgebauten Wirtschaftsverbindungen begrüßte, ließen diese doch eine Abkehr Tansanias vom Westen und damit die Entstehung eines (weiteren) Einfallstors für den Sozialismus/Kommunismus in Afrika unwahrscheinlicher werden.

3.4 Die fortfahrende Ideologisierung und das Scheitern „Ujamaas“

Die vorhergehenden Abschnitte haben gezeigt, dass man in der BHC zunächst nüchtern und abwartend auf die Veröffentlichung der *Arusha Declaration* reagierte; ein vorschnelles Urteil erlaubten sich die politischen Vertreter Großbritanniens nicht. Allerdings gab es von Anfang an Zweifel an der Umsetzbarkeit des Entwicklungsprogramms, und diese nahmen – natürlich auch angesichts der sich verschlechternden Wirtschaftslage – im Laufe der Zeit zu. Auffällig ist hierbei, dass durchaus zwischen den theoretischen Idealen und der praktischen Umsetzung unterschieden wurde: Die Eigenanstrengung erschien (auch im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern) an sich als lobenswert,⁹⁸ die Re-

92 U. a. in FCO 31/969: Annual Review 1970.

93 Wie bspw. der FRELIMO in Mosambik, welche von China auch militärisch ausgebildet wurde. FCO 31/1935: Impressions, 1975.

94 FCO 31/1286: Annual Review 1971 und FCO 31/976: Relations with Communist Countries, 1971, wo es hieß: „Peking has obtained a virtual monopoly on arms supply on Tanzania.“

95 Ein Gefühl, welches durch die schiere Anzahl an chinesischen Arbeitern – bis zu 14.000 – noch verstärkt wurde. P. Duff (ODA) to N. French (FCO): Visit to Tanzania, 09.03.1972, in: FCO 31/1285, JE T 1/1: Political Developments in Tanzania.

96 A. R. H. Kellas (BHC) to M. K. Evans (EAD): The USSR and Tanzania, 22.04.1974, in: FCO 31/1761, JE T 3/303/1, 1: Political Relations between SU and Tanzania. In diesem Dokument wird aufgeführt, wo vermeintlich alle sich in Tansania befindlichen sowjetischen Staatsbürger beschäftigt waren, was das akribische Vorgehen der BHC verdeutlicht (insgesamt handelte sich um „at least 60“).

97 Z. B. an Mosambik und Angola, M. Brown (BHC) to M. K. Evans (EAD): Tanzania: Foreign Relations, 12.07.1977, in: FCO 31/2144, 11: Political Relations between Communist Countries and Tanzania. In dieser Akte findet sich auch eine Schilderung des Besuchs des sowjetischen Staatsoberhauptes Nikolai Podgorny.

98 „Those who know the corruption and general rottenness in so many other Afro-Asian countries can hardly fail to give Tanzania credit for its ideals“, FCO 31/1297: Anglo-Tanzanian Relations, 1972, oder auch FCO 31/2040:

alpolitik wies hingegen eine Vielzahl an Schwächen auf, wobei man nicht nur die mangelhafte Wirtschafts- und Umsiedlungspolitik, sondern auch das autoritäre Verhalten des Staates meinte:

Thus Principle says habeas corpus: let human rights prevail; let there be no racial discrimination; let promises be fulfilled; let acknowledged debts be paid; let Parliament freely debate and legislate. But Practice is otherwise. Some hundreds of people are detained without charge, whether for reason of state or simply as victims of corrupt intrigue; nobody knows how many.⁹⁹

So zeichnete man das Bild einer unkontrollierten Willkürherrschaft, verkörpert durch die omnipräsente TANU:

The Party's importance cannot be overestimated. It permeates all aspects of Tanzanian daily life beginning from the lowest level with 'ten-cell' groups covering the whole of the country.¹⁰⁰

Die Parteipolitik erschien von Selbstherrlichkeit und Inkompetenz geprägt. Natürlich existierten auch exogene Faktoren, die den Niedergang beschleunigten (z. B. Dürren), doch im Grunde war dieser durch Missmanagement, falsche Anreizsetzung und mangelnde Selbstregulierung selbst verschuldet worden.¹⁰¹ Angesichts dieses Verlaufs kam die BHC bald zu dem Schluss, dass man es – im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen Nyereres – mit einem stark ideologisierten Entwicklungsmodell zu tun hatte. Aus Sicht der BHC ging diese Ideologisierung so weit, dass der Entwicklungsstaat im Namen „Ujamaas“ auch vor offensichtlich unsinnigen Maßnahmen nicht zurückschreckte:

Its [Tanzania's] immediate economic aim is to produce more food: yet in the name of socialism it is uprooting villages and destroying shambas with standing crops.¹⁰²

Annual Review 1975: „[...] at least they are trying, in the face of enormous difficulties, to do what they think is right. There are many discrepancies between programmes and their implementation. But the programmes are in general worthy and deserving of support“.

99 A. R. H. Kellas (BHC) to A. Douglas-Home (FCO): Principles and Practices in Tanzania, 19.12.1973, in: FCO 31/1558, JET 1/5, 41: Political Developments in Tanzania, Part B.

100 FCO 31/2368: Impressions, 1978. Zur Omnipräsens auch: FCO 31/1558: Principles and Practices, 1973: „No bilateral agreement, no international convention, no domestic legislation and no concept of individual right are allowed to prevail against the will of Party or Government, nor can prevail over the obstinacy or inefficiency of officials.“

101 Für eine Zusammenfassung s. FCO 31/2368: Farewell, 1978. Bitter stieß den Briten schon früh auf, dass man angeblich fähige britische Experten aus dem Land verwiesen hatte, nur um diese dann durch „inkompetente“ Ratgeber aus „genehmeren“ Ländern zu ersetzen. H. Phillips to A. Douglas-Home (FCO): Goodbye to Tanzania, 15.11.1972, in: FCO 31/1285, JET 1/1, 46: Political Developments in Tanzania.

102 Report on Tanzania – January 1975, in: FCO 31/1935, JET 1/2, 1: Political Situation in Tanzania. Im gleichen Report schloss man ein Umschwenken des Staates so gut wie aus: „It is more likely that, with foreign aid, the Government will go on living from hand to mouth.“ Ähnlich auch in FCO 31/1767: Agricultural Production, 1974.

Wer sich nicht fügte, galt in den Augen der tansanischen Regierung – und dies erinnert an die modernisierungstheoretische Haltung gegenüber der „rückständigen“ Landbevölkerung – als Volksschädling.¹⁰³

Diese Missstände erschienen den Mitarbeitern der BHC auch deswegen so beklagenswert, da Tansania ihrer Meinung nach gerade im Bereich der Landwirtschaft über ein enormes Entwicklungspotential verfügte,¹⁰⁴ welches man durch verschiedene – den Briten freilich wohlbekannte – Maßnahmen hätte nutzen können: „by greater use of modern agricultural techniques, by heavier investment in agriculture and [...] by some relaxation of the policy of ‚villagisation‘.“¹⁰⁵ Dass dies nicht geschah, lag vor allem daran, dass man seine Energie vorwiegend in einen ideologisch motivierten Umbau der Gesellschaft investierte und nicht in die Behebung der zentralen wirtschaftlichen Probleme,¹⁰⁶ was wiederum in einer gewissen politischen Unreife begründet lag. Diese äußerte sich auch in den wiederkehrenden Schuldzuweisungen, mit denen die tansanische Regierung von ihrer verfehlten Politik ablenken wollte:

*Perceiving the relatively backward condition of their country, they blame it for the Portuguese adventurers, the Arab slave traders, the German imperialists, or the British colonialists.*¹⁰⁷

Man war sich auf britischer Seite immer bewusst, dass Tansania den ehemaligen Kolonialmächten grundsätzlich misstrauisch begegnete, und dass auch die verbesserten Beziehungen an dieser Haltung nichts ändern würden.¹⁰⁸ Allerdings war man sich ebenso im Klaren darüber, dass dieses Misstrauen nicht von Forderungen nach Entwicklungshilfe abhielt, welche ja gerade mit dem historischen Erbe begründet wurden:

Aid [...] is expected. It is a fixed conviction in the Third World that aid is morally owing from developed to developing countries, and from the UK particular to the liberated

103 A. R. H. Kellas (BHC) to FCO: First Impressions of Tanzania, 18.06.1973, in: FCO 31/1557, JE T 1/5: Political Developments in Tanzania, Part A: Kritiker wurden „diminished or threatened and belittled or vilified in the ideology of the ruling order as counter-revolutionary elements representing ‚colonial‘ values which impede the achievement of total independence and the assertion of the dignity of man.“ S. auch A. R. H. Kellas (BHC) to FCO: Economic Situation, 10.12.1974, in: FCO 31/1767, JE T 5/1: Economy of Tanzania, Part B: „The Government asserts that the cause of agricultural failure is drought, and people who say otherwise are, according to the Daily News, ‚reactionary elements‘“. Die Daily News galten als eine von der tansanischen Regierung kontrollierte Zeitung.

104 S. z. B. FCO 31/1767: Agricultural Production, 1974.

105 FCO 31/1935: Report on Tanzania, 1975.

106 J. C. Strong (BHC) to D. J. Carter (EAD): Bank of Tanzania. Economic and Operations Report June 1976, 06.04.1977, in: FCO 31/2142, JE T 014/1, 25: Internal Political Situation in Tanzania, Part B.

107 A. R. H. Kellas to FCO: Valedictory Despatch from Tanzania, 18.12.1974, in: FCO 31/1754, JE T 1/1, 32: Political Developments in Tanzania. S. u. a. auch FCO 31/1286: Annual Review 1971, wo es heißt: „If there is to be any improvement in 1972, there will have to be a good deal more facing up to harsh realities and less of a propensity to shuffle off the blame on to vague but omnipresent ‚enemies‘, mostly of the capitalist and imperialist variety.“

108 Es handelte sich ganz einfach um einen „incurable mistrust“, FCO 31/2368: Impressions, 1978. S. auch FCO 31/1285: Goodbye, 1972: „the Tanzanians tend to see Britain as neocolonial and still imperialist“ und FCO 31/1754: Valedictory, 1974: „Thus in both the North-South and the East-West alignments in which most nations are involved today Tanzania belongs to the East and the South, and Britain is regarded here as inescapably of the West and the North.“

*parts of the old British Empire. A kind of atonement is demanded, in compensation for conquest or for years of colonial oppression or neglect.*¹⁰⁹

Man bewilligte also Entwicklungshilfe, jedoch nicht aufgrund historisch begründeter Gewissensbisse, sondern aus politischen und wirtschaftlichen Interessen. Die tansanische Rhetorik nahm man in der BHC relativ gleichgültig hin.

IV

Die eingesehenen Dokumente eröffnen einen exklusiven Blick auf die Wahrnehmung der tansanischen Entwicklungsbemühungen durch die vor Ort tätigen Diplomaten Großbritanniens. Diese urteilten abwartend und durchaus differenziert. Von besonderem Interesse waren die tatsächlichen Folgen der *Arusha Declaration*, erst dann folgten ideologische oder weltpolitische Angelegenheiten. Die in der *Declaration* betonten Ideale befand man nicht grundsätzlich als ablehnenswert, allerdings schlug mit der immer weiter klaffenden Lücke zwischen „principles and practices“ die anfängliche Toleranz erst in Ernüchterung, schließlich in Distanziertheit um – die in Teil II beschriebene Dissonanz nahm die BHC also deutlich wahr. Bemerkenswerterweise verbesserten die wachsenden Missstände in Tansania die Beziehungen zwischen dem ehemaligen Treuhandgebiet und der ehemaligen Kolonialmacht, was auch daran lag, dass sich mit der schlechteren Wirtschaftslage die Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe vergrößerte und Großbritannien diese als Trittbrett für seine Eindämmungspolitik nutzen wollte. Die offensichtlich autoritären Anwendungen des tansanischen Staates spielten für die um die Wahrung ihres Einflussbereiches bemühten Briten eine untergeordnete Rolle.

Die frühere Abkehr Tansanias von Großbritannien wirkte in den Dokumenten der BHC nur verhalten nach: Statt Undankbarkeit sah man darin eher übermütige Selbstüberschätzung und einen Hang zu Selbstherrlichkeit. Im Verbund führten diese Faktoren zum Niedergang „Ujamaas“, wobei man in einem paternalistischer werdenden Tonfall des Öfteren anklingen ließ, dass britische Expertise dies hätte verhindern können. Der Ausbreitung des Sozialismus stand man wachsam gegenüber, was die intensiven Beobachtungen der Kontakte zu China und der Sowjetunion zeigen, denen man über das indirekte Lockmittel der Wirtschaftsbeziehungen und der Entwicklungshilfe entgegentrat.

Es stellt sich die Frage, welchen Einfluss die Dokumente der BHC auf die politischen Entscheidungen in London hatten. Die meist nüchtern gehaltenen Lageberichte, die exklusiven Schilderungen von Nyereres Äußerungen sowie die Handlungsempfehlungen

109 Dass man mit dieser Begründung nicht immer ganz einverstanden war, zeigt die Fortsetzung: „If conquest is hard to identify, if oppression was milder than the practice of the liberated government themselves, if neglect was benign, or indeed outweighed by the efficient and dedicated service of so many devoted colonial administrators, then it is argued that in any case human dignity was impaired by the colonial relationship itself, which outraged or frustrated indigenous values and positively obstructed development“ (ebenda).

erscheinen noch aus heutiger Sicht als reichhaltiges historisches Dokument, und so kann man wohl auch von einer nicht von der Hand zu weisenden Bedeutung für das FCO sprechen. Gerade in einer Zeit, in der polemische Verlautbarungen und übertriebene Befürchtungen die internationale Politik prägten, kam der BHC allem Anschein nach eine relativierende Vermittlerfunktion zu. Unbestritten lässt diese vage Einschätzung jedoch viel Raum für weitere Forschungen.

Abschließend lassen sich aus dieser Fallstudie verschiedene Schlussfolgerungen ziehen. Vor dem Hintergrund der treibenden Wirkung des „Afrikanischen Sozialismus“ für die Unabhängigkeit ist bemerkenswert, in welcher deutlicher Verbindung gerade „Ujamaa“ mit der Entwicklungstheorie der Jahrzehnte ab 1970 steht: Die Zugrundelegung einer ganzheitlichen Entwicklungsvorstellung, das starke Engagement in der Blockfreienbewegung, die Forcierung der ländlichen Entwicklung, die „bottom-up“-Ausrichtung des Selbsthilfeansatzes sowie die Fokussierung auf die Grundbedürfnisbefriedigung waren Punkte, die einige Paradigmenwechsel der Entwicklungspolitik schon vorwegnahmen und die *Arusha Declaration* so als modernes, wenn nicht gar avantgardistisches Dokument erscheinen lassen.¹¹⁰ Vor diesem Hintergrund wäre zu fragen, inwiefern das tansanische Entwicklungsmodell auf andere Modelle – sei es in Afrika oder auf anderen Kontinenten – einwirkte.¹¹¹ Darüber hinaus wäre – ganz im Sinne des vorliegenden Textes – durch quellenbasierte Studien zu klären, wie die jeweilige ehemalige Kolonialmacht auf die Implementierung sozialistischer Politiken reagierte, und welche Rolle andere ehemalige Treuhandgebiete im Konflikt zwischen „Ost“ und „West“ spielten.

Zu guter Letzt sollen zwei Forschungsperspektiven betont werden, die für die Postkolonialforschung im Speziellen und eine moderne Globalgeschichte im Allgemeinen von unmittelbarer Bedeutung sind. Zunächst die „Perspektive Entwicklung“, welche sich aufgrund ihrer Vielschichtigkeit hervorragend zur historischen Analyse von Wechselwirkungen globalen Ausmaßes eignet. Gerade zur Identifizierung und Überwindung von

110 Zum ganzheitlichen Entwicklungsbegriff bspw. den *Pearson-Bericht* der Weltbank oder die Erklärung von *Cocoyoc*. S. hierzu H. Sangmeister/A. Schönstedt, Wohlstand (Anm. 6), S. 142ff. Allg. vgl. E. F. Schumacher, *Small is beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß*, Bad Dürkheim 2001 (Original 1973) oder das aktuellere D. H. Lumsdaine/A. K. Sen, *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München 2000. Für die Folgen der Blockfreienbewegung vgl. z. B. die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) oder den Nord-Süd-Bericht von 1980. Hierzu G. Rist, *Development* (Anm. 5), S. 143ff und 159f. Auf internationaler Ebene fand die Forcierung der ländlichen Entwicklung bspw. im Leitsatz „Redistribution with Growth“ Anklang. S. das Standardwerk H. B. Chenery/M. S. Ahluwalia/C. L. Bell (Hrsg.), *Redistribution with Growth. Policies to improve Income Distribution in Developing Countries in the Context of Economic Growth. A Joint Study*, London 1974 oder auch W. von Urrf, *Zur Rolle der Landwirtschaft in einer Strategie der Self-Reliance*, in: K. M. Khan, *Self-reliance* (Anm. 34) S. 201-237. Zu Selbsthilfe, Partizipation und Grundbedürfnisbefriedigung D. Goulet, *Participation in Development: New Avenues*, in: *World Development*, 17 (1989) 2, S. 165-78; H. Oberreuter/H. Weiland (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation in Entwicklungsländern. Politische Hintergrundanalysen zur Entwicklungszusammenarbeit*, Paderborn, München (u. a.) 1994; N. Wagner/H. C. Rieger (Hrsg.), *Grundbedürfnisse als Gegenstand der Entwicklungspolitik. Interdisziplinäre Aspekte der Grundbedarfsstrategie*, Wiesbaden 1982; P. Streeten et. al., *First Things First. Meeting Basic Human Needs in the Developing Countries*, New York/Oxford (u. a.) 1981.

111 Einige Überlegungen hierzu hat Robertson vorgelegt, der der *Arusha Declaration* einen spürbar inspirierenden Charakter zuspricht. A. F. Robertson, *People* (Anm. 6), S. 37.

National- und Identitätsgrenzen bietet sie einen fruchtbaren Ausgangspunkt, denn so wie zur Herausbildung eigener Entwicklungsvorstellungen die „andere Seite“ als Referenzpunkt notwendig war, so benötigen nun „beide Seiten“ diese von neuem für eine umfassende Aufarbeitung und (Selbst-) Reflexion. Ebenso wird die Bedeutung von „Entwicklung“ als Motor von Unabhängigkeitsprozessen erst durch die Einnahme dieser Perspektive in ihrer ganzen Tragweite offenbar.

Dort, wo dieser Unabhängigkeitsprozess in einer sozialistischen Ordnung endete, schließt sich mit der Perspektive der *Postsozialismusforschung* ein Forschungszweig an, der seit der Wende von 1989 an Bedeutung gewonnen hat. Im Mittelpunkt stehen hierbei vor allem die Nachwirkungen des Sozialismus im Raum der ehemaligen Sowjetunion. Die bisherige Forschung wies eine deutlich ethnographische Ausrichtung auf, könne diese doch dabei helfen, „die sozialen Arrangements der Menschen in all ihrer historischen und geographischen Vielfalt zu dokumentieren und zu analysieren“¹¹² und die Untersuchung eben nicht nur auf ein akademisches Konstrukt¹¹³ zu beschränken. Die mittlerweile erfolgende Erweiterung dieser Ausrichtung um wirtschaftswissenschaftliche Perspektiven trägt dieser Vielfalt Rechnung.¹¹⁴ Insgesamt lassen sich daraus folgende Erkenntnisse ableiten: Als Teil einer interdisziplinären Herangehensweise muss eine stärkere Verzahnung mit der Geschichtswissenschaft auch im Sinne der Postsozialismusforschung stattfinden, stellt diese doch das historische Fundament für aktuelle Betrachtungen zur Verfügung. Zudem ist eine Erweiterung auf andere, ehemals sozialistische Länder angeraten.¹¹⁵ Der vorliegende Text kann auch in diesem Sinne verstanden werden, trägt er doch dazu bei, den „Afrikanischen Sozialismus“ in seiner historischen Dimension zu verstehen, und zeigt, dass auch Afrika als Entstehungsort sozialistischer Ordnungsvorstellungen einen Ausgangspunkt für solcherart Forschungen bietet.

112 C. M. Hann, Abschied vom sozialistischen ‚Anderen‘, in: ders. (Hrsg.), *Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive*, Frankfurt a. M. (u. a.) 2002, S. 11.

113 C. Humphrey, Ist ‚postsozialistisch‘ noch eine brauchbare Kategorie?, in: ebenda, S. 26-31. Neben dem gesamten Sammelband s. auch D. Berdahl/M. Bunzl/M. Lampland (Hrsg.), *Altering States. Ethnographies of Transition in Eastern Europe and the Former Soviet Union*, Ann Arbor 2000.

114 S. u. a. R. Mandel/C. Humphrey (Hrsg.), *Markets and Moralities. Ethnographies of Postsocialism*, Oxford, New York 2002; D. Segert (Hrsg.), *Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*, Wien 2007. Hierin bspw. D. Bohle/B. Greskovits, *Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neo-Korporatismus: Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen*, in: ebenda, S. 185-205.

115 Hierzu M. A. Pitcher/K. M. Askew, *African Socialisms* (Anm. 7).

LITERATURBERICHT

Saids Großväter oder die Hoffnung auf ein besseres Imperium: Neuere Forschungen zur russischen und sowjetischen Orientalistik

Maike Lehmann

Vera Tolz: *Russia's Own Orient. The Politics of Identity and Oriental Studies in the Late Imperial and Early Soviet Periods*, Oxford: Oxford University Press, 2011, 203 S.

David Schimmelpenninck van der Oye: *Russian Orientalism. Asia in the Russian Mind from Peter the Great to the Emigration*, New Haven: Yale University Press, 2010, 298 S.

Michael Kemper/Stephan Conermann (Hrsg.): *The Heritage of Soviet Oriental Studies*, London: Routledge, 2011, 336 S.

Nein, nicht Foucault war die zentrale Quelle für Edward Saids Kritik an der westlichen Wissensproduktion über den ‚Orient‘, sondern der russische Orientalist Sergei F. Ol'denburg (1963–1934). Dies ist eine von Vera Tolz' Thesen in ihrer Studie zur Orientalistik im späten Zarenreich und der frühen Sowjetunion. Mit ihr stellt sie nicht nur die Grundfrage nach der Genealogie post-kolonialer Orientalismus-Kritik neu. Sie unterstreicht zudem, dass das Verhältnis russischer bzw. sowjetischer Orientalisten zum ‚Orient‘ mehr als ein weiterer beliebiger Vergleichsfall für die Imperienforschung oder lediglich ein Korrektiv für Saids Thesen darstellt. Denn ihre Identifizierung russischer Orientalisten als – wenn auch indirekte – Stichwortgeber Saids macht Fragen nach Wissen und Herrschaft in einem Vielvölkerreich mit imperialen Ambitionen über geographisch definierte Fachgrenzen hinaus relevant.

Ob die Orientalistik im Russischen Reich nun mit Said ein reines Machtinstrument oder doch ‚besser‘ war als seine westlichen Pendants, debattieren Russlandforscher seit 2000

intensiv. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass das vom Westen immer wieder orientalisierte Russland in Asien immer das ‚Eigene‘ wie das ‚Andere‘ sah.¹ Auch dass der russische Staat die Kolonisierung und ‚Zivilisierung‘ des Kaukasus und Zentralasiens mitnichten weniger brutal als das Britische Empire vorantrieb, wie es die Beamten in St. Petersburg proklamierten, ist nicht umstritten. Doch seit Nathaniel Knight anhand der Forschung und des Verhaltens des Orientalisten und Staatsbeamten Grigor’ev den von Said konstatierten Nexus von Wissen und Machtausübung in Frage stellte, steht immer wieder zur Diskussion, inwiefern es einen Unterschied für die imperiale Wissensproduktion machte, dass Großbritannien ein Imperium „hatte“, während Russland eines „war“.² Gerade das Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und russischem Staat sowie ihrem Untersuchungsgegenstand steht immer wieder zur Debatte.³

Tolz diskutiert dies am Beispiel der einflussreichen Rozen-Schule aus St. Petersburg, die um die Jahrhundertwende zum international anerkannten Zentrum für Orientalistik avancierte. Die Arbeit dieser Orientalisten wurzelte laut Tolz in einer bestimmten Konstellation: Keiner der zentralen Vertreter dieser Schule war ethnischer Russe. Neben dem Baltendeutschen Viktor R. Rozen (1864–1908) rückt Tolz seine bekanntesten Schüler ins Zentrum ihrer Analyse: den aus einer englisch-georgischen Verbindung stammenden Kaukasusexperten Nikolai I. Marr (1864–1934); den ‚Gibbon von Turkestan‘, wie der deutschstämmige Turkologe Vasilij V. Bartol’d (1896–1930) in einem Nachruf genannt wurde; und den ebenfalls deutschstämmigen, aber selbsterklärten russischen Patrioten und Buddhismus-Experten Sergei F. Ol’denburg. Obwohl sie die offizielle Politik Russlands gegenüber dem Kaukasus und Zentralasien oft kritisch sahen, stellte Russland für sie im Zeitalter der Nation eine einzigartige Gemeinschaft dar. Sie definierten Russland als einen Kulturkreis, in dem unterschiedliche Nationen zu einer gemeinsamen ‚russischen‘ Kultur beitrugen. Anders als etwa der Missionar Il’minski, der mit der Förderung der Kultur und Sprache der so genannten „*inorodcy*“ (dt. ‚Fremdstämmige‘, gemeint waren meist die nicht-slawischen Völker Russlands) die Gefahr des Islam bannen wollte, betonte die Rozen-Schule Ende des 19. Jahrhunderts, dass die nicht-russischen Nationalitäten weder rückständig noch primitiv seien, sondern die mongolische und tatarische Herrschaft grundlegend zum Aufblühen der russischen Kultur beigetragen habe – eine Perspektive, die üblicherweise mit dem erst in den 1920er Jahren formulierten Eurasianismus assoziiert wird. Diese Symbiose müsste durch die Begünstigung lokaler nationaler Kultur und die Unterstützung von Selbstbestimmung befördert werden, damit so die Loyalität und Identifikation mit der pan-russischen Gemeinschaft umso stärker würde. Mit diesem betont positiven Blick auf die im russischen Reich versammelten Kulturen unterlief die Rozen-Schule nicht nur das Verständnis von Nation und Impe-

1 L. Wolff, *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994; S. Layton, *Russian Literature and Empire. Conquest of the Caucasus from Pushkin to Tolstoy*, Cambridge 1995.

2 N. Knight, Grigor’ev in Orenburg, 1851–1862. Russian Orientalism in the Service of Empire?, in: *Slavic Review* 59 (2000) 1, S. 74–100.

3 Vgl. u. a. das Extraheft des Fachjournals *Kritika* von 2006.

rium als einander entgegengesetzten Entitäten, sondern stellte auch die Trennung von ‚Ost‘ und ‚West‘ in Frage.

Rozen und seinen Schülern ging es laut Tolz um mehr als eine rein wissenschaftliche Kritik dichotomischer Vorstellungen von Kultur. Anders als ihre deutschen Kollegen – die einerseits ähnliche inhaltliche Interessen hatten und mitunter ähnliche Kritikpunkte vorbrachten, andererseits aber eine geradezu kategorische ‚resistance to relevance‘ an den Tag legten⁴ – bezogen sie dezidiert politische Stellung: Obwohl sie, wie Tolz anmerkt, eine komfortablere Ausstattung durch den russischen Staat erhielten als etwa die Juristische Fakultät, waren Rozens Schüler regelrecht frustriert, dass die zaristische Regierung die Relevanz ihrer Forschung und ihre Ratschläge missachtete. Dem russischen Kriegsministerium untergebenen Demographen sprachen sie die Wissenschaftlichkeit ab, da sie mit eurozentristischen, rassistischen und auf die Überlegenheit des Christentums fixierten Kategorien arbeiteten. Sobald sich nach den Revolutionen von 1917 die Gelegenheit bot, übernahmen sie politische Ämter und berieten schließlich die Bolschewiki in Nationalitätenfragen.⁵ Sie unterstützten und bestärkten zudem ihre Partner an den Peripherien des Russischen Reiches in deren politischen Aktivitäten – viele Rozen-Schüler erhielten von ihnen Unterstützung in politischen Auseinandersetzungen vor Ort; nach 1917 stiegen viele von ihnen in die neuen Führungseliten der nationalen Sowjetrepubliken auf. Innerhalb der sowjetischen Orientalistik konnten sich die Rozen-Schüler fest etablieren, und obwohl sie und ihre Nachfolger fast komplett dem Großen Terror zum Opfer fielen, fand ihr ‚Wissen‘ über den Orient weiterhin Verbreitung bis in sowjetische Standardnachsschlagewerke hinein. Über arabische Orientalisten, die in der Sowjetunion studierten, gelangte dieses ‚Wissen‘ schließlich in den Fußnotenapparat von Said.

Tatsächlich lesen sich die von Tolz präsentierten Stellungnahmen der Rozen-Schule mitunter wie Vorgriffe auf die Kritik und die Praxis der „*postcolonial studies*“. Denn sie nutzten nicht nur den Zusammenhang zwischen Wissen und Macht, sondern reflektierte ihn auch, wenn auch vor allem in Hinsicht auf den ‚Westen‘. So kritisierten Rozen und seine Schüler die Arroganz westlicher Zivilisierungsansprüche, die nicht zivilisatorische, sondern zerstörerische Kräfte freisetzen. Auch wenn sie nicht dem Diktum folgten, dass die russische Expansion nach Zentralasien weniger brutal gewesen sei als der westliche Kolonialismus, bestanden sie darauf, dass russische Wissenschaftler den ‚Osten‘ besser verstünden als ihre westeuropäischen Kollegen, zumal sie die Völker Asiens mit Respekt behandelten. Rozen und seine Schüler sprachen sich etwa früh für eine Bewahrung archäologischer Stätten und Artefakte an ihrem Fundort aus. Tolz weist allerdings darauf hin, dass diese Haltung nicht allein der Kritik am ‚Vandalismus‘ westlicher Wissenschaftlicher entsprang, sondern wohl auch dem Fehlen finanzieller Mittel zum Transport in die Hauptstadt geschuldet war.

4 S. Marchand, *German Orientalism in the Age of Empire. Religion, Race and Scholarship*, Cambridge 2009.

5 Vgl. auch F. Hirsch, *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2005.

Mit der Frage, ob dieses Selbstverständnis von Wissenschaftlern, die im Machtzentrum des russischen Reiches tätig waren, mehr war als eine Selbstbehauptung gegenüber der Orientalisierung Russlands durch den Westen, geht Tolz sehr vorsichtig um. Sie betont, dass Rozen und seine Schüler immerhin nicht nur eine respektvolle Behandlung anderer Kulturen einforderten, sondern auch von ‚gelehrten Eingeborenen‘ lernen und sie in ihren Anliegen unterstützen wollten. Ihr zufolge war dieses Narrativ auch kein reines Lippenbekenntnis, sondern bestimmte durchaus die Verhaltensweisen der Rozen-Schule. Zugleich unterstreicht Tolz immer wieder die Ambivalenzen der Haltung, der wissenschaftlichen Praktiken sowie der Selbstwahrnehmung dieser Orientalisten. So wollte diese die Vergangenheit vor allem „für“ die Völker im Osten entdecken, in der Annahme, dass dieser Dienst russischer Wissenschaftler den Glauben dieser Völker in Russlands Überlegenheit stärken würde. Dabei reflektierten sie laut Tolz kaum, wie sehr sie selbst mit ihren vom pan-russischen Kulturvorstellungen und zugleich auf die Identifikation und Förderung von nationalen Gemeinschaften gerichteten Forschung deren Gegenstand stark mitformten, wenn nicht gar erst schufen. Um 1905 begannen sie allerdings, den Ausdruck „*inorodcy*“ in Anführungsstriche zu setzen, da dies die Fremdheit nicht-russischer Völker postuliere und das Russische Reich als Symbiose von westlichen und östlichen Zivilisationen in Gefahr bringe. Zugleich setzte sich die Rozen-Schule aber weiterhin im Sinne der europäischen Aufklärung für die Zivilisierung von Russlands Völkern ein. Die damit einhergehende Hierarchisierung spiegelt sich auch etwa in der Auffassung, der Buddhismus der Buriaten sei eine ‚progressivere‘ Religion als der Schamanismus anderer sibirischer Völker. Gleichzeitig hielten sie die russischen Siedler in Sibirien für weniger zivilisiert als die dort lebenden Kulturvölker.

Neben dieser Ambivalenz vermag Tolz’ Studie aber auch die Dynamik der russischen Orientalistik zu verdeutlichen. So banden die Rozen-Schüler Vertreter verschiedener Völker eng in die Erforschung von deren historischen Vergangenheit ein. Vor allem Buriaten und Vertreter verschiedener Völker aus dem Kaukasus, die für Rozen-Schüler zunächst vor Ort arbeiteten, studierten am Orientalistischen Institut und verfassten über das Empirische hinausgehende analytische Studien, die in Petersburg auf großes Interesse stießen. Tolz unterstreicht, dass diese Schüler die wissenschaftlichen Perspektiven und Interpretationen der Rozen-Schule vor allem nach der Jahrhundertwende zu beeinflussen begannen. Die Effekte dieser Dynamik in Zusammenhang mit den Ambivalenzen und dem politischen Engagement der Rozen-Schule zu thematisieren, ist eines der großen Verdienste von Tolz’ Studie. Bedauerlicherweise sind auf den nur 167 Textseiten der Studie Zusammenfassungen von Kapiteln oftmals prominenter als die Ausführungen zur empirischen Analyse. Der Briefwechsel zwischen Ol’denburg und seinen buriatischen Schülern ist nur ein Fall, über den man gern mehr erfahren hätte als nur Tolz’ Schlussfolgerung – zumal solche Beispiele zentrale Stützen für ihre Thesen sind. Mitunter setzt die Autorin beim Leser auch eine gute Kenntnis nicht nur der laufenden Debatte zum russischen Orientalismus, sondern auch der politischen und kulturellen Konstellationen im Russischen Reich voraus. Somit kann das Buch das Potential seiner Thesen nicht voll entfalten. Dabei verdeutlicht gerade ihre Studie, welche Relevanz die Frage nach Macht

und Wissen in Russland für die transnationalen Genealogien von ‚Wissen‘ hat. Doch lassen sich ‚Tolz‘ Befunde zur Rozen-Schule auch auf breitere Kreise der vorrevolutionären russischen Gesellschaft übertragen?

Liest man das Buch zu Russlands Perspektiven auf Asien von David Schimmelpenninck van der Oye, bestätigt sich der Eindruck, dass die russischen Eliten ein zwar ambivalentes, aber meist positives Verhältnis zur Kultur und den Traditionen der nicht-russischen Peripherien und den asiatischen Nachbarn hatten. Schimmelpenninck schlägt hierfür ein breiten Bogen: von der vorpetrinischen Zeit über die Faszination für den Osten unter Peter dem Großen wie Katharina der Großen, dem Umgang von Literaten, Malern und Komponisten sowie orthodoxen Missionaren und verschiedenen wissenschaftlichen Schulen mit dem ‚Orient‘ im 19. Jahrhundert bis hin zu den Revolutionen von 1905 und 1917. Erzählerisch ansprechend geschrieben, entsteht so ein Panorama, das gerade Lesern ohne Kenntnis russischer Geschichte einen Einblick in die vielfältigen Beziehungen zwischen Russlands und dem ‚Orient‘, oder Asien, ermöglicht. Schimmelpenninck erzählt diese Geschichten aus einer Skepsis heraus, ob man angesichts der geographischen, kulturellen und nicht zuletzt politischen Verwobenheit Russlands mit dem ‚Osten‘ überhaupt von einem Orientalismus im Sinne Saïds sprechen könne. Zur laufenden Debatte befindet er, dass man je nach betrachtetem Beispiel Saïd Recht geben oder ihm widersprechen müsste.

Betrachtet man Schimmelpennincks ausgewählte, meist über Biographien zugänglich gemachte Beispiele, begegnet man tatsächlich sehr unterschiedlichen Haltungen gegenüber dem ‚Orient‘ bzw. Asien. Der Autor führt hierfür illustre Beispiele an wie den von einem Mohren Peters des Großen abstammenden Dichter Alexander Puschkin, der den Russen den Kaukasus ins Herz schrieb; Komponisten wie Glinka oder Borodin, die in Abgrenzung zu Europa in ihren national-romantischen Opern die asiatischen und nordischen Wurzeln der russischen Kultur unterstrichen; die Rozen-Schule; aber auch Missionare wie Il'minski und Vater Hyacinth, die sich der Bekämpfung des Islam verschrieben hatten. Zudem kann er die Kontakte dieser unterschiedlichen Protagonisten nach Westeuropa, in die zaristische Administration und nach China immer wieder einbringen. Für Osteuropaspezialisten dürften vor allem die Abschnitte zu den Gemälden von Vasilij Vereščagin und der Kazan-Schule interessant sein, die in den Debatten zum russischen Orientalismus bislang weniger beachtet wurden. So macht Schimmelpenninck in Vereščagins unmittelbar nach der Eroberung Zentralasiens entstandenen ethnografischen Skizzen und seinen Darstellungen von Leiden und Tod sowohl ein Interesse an der lokalen Kultur wie eine allgemeine Kritik des Malers an den Schrecken des Krieges aus. Denn Vereščagin vertrat keineswegs den mystifizierten Exotismus europäischer Orientalisten, sondern eher den Ethos der so genannten ‚Wanderer‘-Bewegung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Kunst als kritisches Abbild sozialer Realitäten Russlands propagierten. Dementsprechend wählte er, anders als sein französischer Lehrer Jean-Léon Gérôme, kaum exotische Themen, sondern skizzierte eher die Opiumhöhlen, die Sklavenmärkte und Bettler von Taschkent. Generell stellen Vereščagins Bilder die russische Eroberung nicht in Frage. Doch Schimmelpenninck unterstreicht, dass der

Maler in seinen Schriften keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Europäischen und dem Asiatischen machte und einige Gemälde genauso das Verhalten der Eroberer hinterfragten: War das Orientalische barbarisch, so hatte der Okzident genauso seine unzivilisierte, schreckliche Seite.

Auch die deutschen, polnischen, persischen und buriatischen Orientalisten, die Mitte des 19. Jahrhunderts in Kazan vor allem Staatsbeamte in orientalischen Sprachen ausbildeten, wie der persischstämmige Konvertit Mirza Kasim-Bek, sahen laut Schimmelpenninck keinen fundamentalen Unterschied zwischen Orient und Okzident. Auch wenn sie als überzeugte Aufklärer und Staatsdiener islamischen – aber, wie der Autor unterstreicht, auch jegliche andere Art von – Fanatismus ablehnten, sahen sie den Orient als Quelle von Weisheit und Gelehrsamkeit und priesen den Islam als Bewahrer der antiken Tradition. Dies sollte sich ändern, nachdem die Orientalistik von Kazan nach Petersburg verlegt und die Sprachausbildung in der ehemaligen Hauptstadt des tatarischen Khanats danach hauptsächlich von den orthodoxen Missionaren bestritten wurde. Doch selbst deren islamfeindlichen Perspektiven kann Schimmelpenninck etwas abgewinnen, etwa wenn er den Missionaren Il'minski und Hyacinth das (anfängliche) Bemühen um einen objektiven Zugang zum Islam zugesteht.

Diese Suche nach den positiven Seiten selbsterklärter Islamgegner verleiht diesem Panorama vor allem den Charakter einer Verteidigung russischer Orientalisten gegen Said. In der laufenden Debatte geäußerten Zweifeln an der wohlmeinenden Haltung russischer Orientalisten gegenüber ihrem Untersuchungsobjekt setzt er den Vergleich mit amerikanischen Russland-Spezialisten im Kalten Krieg entgegen. Deren Forschung sei ebenfalls v. a. deswegen gefördert worden, damit der amerikanische Staat mehr über seinen Gegner erfuhre, doch hätten diese Forscher – wie die russischen Orientalisten – nicht zwangsläufig auch die staatliche Politik unterstützt. Damit mag Schimmelpenninck seine Kollegen in der Debatte um den russischen Orientalismus an die Voraussetzungen und Ambivalenzen ihrer eigenen Situation erinnern wollen. Da er allerdings russischen Orientalisten vor allem dann einen ‚objektiven Standpunkt‘ oder ‚Objektivität‘ attestiert, sobald ihre Schriften heutigen Positionen zum ‚Orient‘ entsprechen, gibt dies seiner Studie stellenweise einen Geschmack der Selbstrechtfertigung. Wenn Schimmelpenninck zudem angesichts der oft nur „imaginierten genealogischen Xenophilie“ russischer Adelshäuser, die stolz tatarische Vorfahren vorführten, nicht die wie auch immer geartete Affinität zu den ‚asiatischen‘ Teilen der russischen Identität diskutiert, sondern diese Faszination als einen Hinweis auf einen Mangel an rassistischen Vorurteilen in der russischen Elite sieht, trägt das nicht zur analytischen Schärfe seiner detailreichen, aber in ihren Einzelteilen oft reichlich unverbundenen Studie bei.

Weitaus kritischer sind dagegen Michael Kemper und Stephan Conermann in Vorwort und Einleitung zu ihrem Sammelband zum Erbe der sowjetischen Orientalistik, der Beiträge von OrientalistInnen und HistorikerInnen aus dem Westen wie der ehemaligen Sowjetunion versammelt. Ihnen geht es um einen kritischen, aber auch integrativen Blick auf das Verhältnis der Disziplin zum Sowjetstaat, zu dessen Ideologie und Politik der Völkerbefreiung, die Auswirkungen auf die wissenschaftliche Praxis sowie um den

Ort der sowjetischen Orientalistik im internationalen Vergleich. Im Zentrum stehen dabei die sowjetischen Islamwissenschaften. Anders als Tolz für die Rozen-Schule sehen Conermann und Kemper in dem positiven Selbstverständnis sowjetischer Orientalisten angesichts ihres Untersuchungsgegenstandes eine Selbsttäuschung, wenn nicht gar ein klassisches Beispiel der von Said kritisierten Orientalistik. Sie möchten diskutieren, inwiefern sowjetische Orientalisten in ihrem Forschen ‚redlich‘ (Kemper verwendet das Wort „*honesty*“, S. 8) waren und ideologischen Richtlinien entgehen oder sie manipulieren konnten.

Diese Frage nach ‚*honesty*‘ erinnert zunächst an die Suche nach einem unabhängig von seinem Kontext agierenden ‚liberalen Subjekt‘ in der Sowjetunion durch die westliche Sowjetologie.⁶ Doch konstatieren sie nicht nur den privilegierten Status der Disziplin, welche die Völkerbefreiung durch den Sozialismus genauso demonstrieren wie sie Informationen über muslimische Nachbarstaaten einholen sollte. Kemper identifiziert auch die stalinistischen Repressionen als den entscheidenden Unterschied hinsichtlich der Bedingungen, unter denen Orientalistik in der Sowjetunion betrieben wurde. Und er unterstreicht, dass die Etablierung von Orientalistik-Instituten in einer Reihe von zentralasiatischen und kaukasischen Sowjetrepubliken zwischen 1944 und 1971 zwar vom staatlichen Interesse an unmittelbar benachbarten muslimisch geprägten Staaten geleitet war, aber letztendlich die erfolgreiche Integration von Wissenschaftlern von der nichtslawischen Peripherie der Sowjetunion zur Folge hatte. Diese konnten schließlich bis in die höchsten Gefilde der sowjetischen Hochschulhierarchien aufsteigen – was in den wenigsten westlichen Gesellschaften wie etwa der BRD zu der Zeit möglich war.

Kemper geht nichtsdestoweniger hart mit den (post-)sowjetischen Orientalistik ins Gericht: Er sieht sie nicht nur als Extremfall von Orientalismus im Sinne Suids, sondern kritisiert auch das positivistische Wissenschaftsverständnis und die mangelnde Selbstreflexion einer Disziplin, welche bis heute von der sowjetischen Wissenschaftstradition und personellen Kontinuitäten geprägt sei. Dass knapp die Hälfte der folgenden Beiträge teilweise von Doyens der sowjetischen Orientalistik stammt, zeigt aber, dass es den Herausgebern tatsächlich auch um eine Integration in die internationale Wissenschaftsdebatte zu tun ist. Welch neue (wissenschafts-)politische Konstellationen dies ergeben kann, spiegelt sich in der Darstellung gerade von Leningrader Orientalisten nach 1918 als politikferne Opfer des Stalinismus durch deren institutionellen Nachfolger, den Direktor der Orientalistischen Abteilung der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Dieser malt mit dem Opferstatus von Orientalisten in der Sowjetunion ein anderes Bild als Tolz und Hirsch in ihren Untersuchungen zu deren Rolle für die bolschewistische Nationalitätenpolitik. Diese Darstellung gibt doppelt zu denken, führt man sich einerseits die Aufmerksamkeitsökonomie in einer englischsprachigen und dezidiert auf Suids Kritik rekurrierende Publikation vor Augen, andererseits die aktuelle Geschichtspolitik

6 Vgl. dazu A. Krylova, *The Tenacious Liberal Subject in Soviet Studies*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 1 (2000) 1, S. 1-28.

in Russland (und deren Kritik durch den ‚Westen‘), die Stalin v. a. als Modernisierer und den Geheimdienstchef Berija als begabten Manager preist.

Aber es gibt auch aufschlussreiche Beiträge zu den Genealogien der sowjetischen Orientalistik, die stärker als Tolz oder Schimmelpenninck die weniger ‚progressiven‘ Seiten der russischen bzw. sowjetischen Orientalistik thematisieren. So zeichnet Vladimir Bobrovnikov von der Moskauer Akademie der Wissenschaften nach, wie sich die Orientalistik von einer textbasierten, auf die Vergangenheit gerichteten zu einer auf Gegenwarts politik fokussierten, ethnographischen Disziplin wandelte, die sich auch der Bekämpfung der Religion widmete. So kam es auch, dass sowjetische Orientalisten in den 1920er und 1930er Jahren in ihrer Haltung gegenüber dem Islam den anti-islamischen Schriften orthodoxer Missionare des 19. Jahrhunderts folgten. Dabei betrachteten sowjetische Orientalisten den Islam immer als rückständig, entwickelten aber unterschiedliche Ansätze, um ihn zu ‚überwinden‘. So vollzogen Hanna Jansen und Michael Kemper nach, wie in den 1980er Jahren unter dem Orientalisten Jevgenij Primakov – später sowjetischer Diplomat, Chef der Auslandsaufklärung, 1996 Außenminister und 1998 Ministerpräsident Russlands – schließlich der Islam als bloße Form betrachtet wurde. Als Gegenwartsphänomen sollte er nun nicht nur akzeptiert, sondern produktiv genutzt werden. Man suchte, ihn mit sozialistischem Inhalt zu füllen, um mit einer neuen Propaganda neue Unterstützung in der islamischen Welt zu gewinnen. Altay Goyushov, Naomi Watts und Robert Denis thematisieren wiederum, wie aus einigen kaukasischen Orientalisten und damit singulären Kennern islamischer Schriften nach 1991 religiöse Führer wurden. Die Verwobenheit der Orientalisten mit den jeweiligen politischen Kontexten und ihr Einfluss auf diese bestätigen die These der Herausgeber von einer machtgeleiteten Orientalistik in der Sowjetunion.

Generell spielen in dem Sammelband vor allem die Kritik an staatlicher Politik und die Praxis sowjetischer Orientalisten eine Rolle. Die Frage wäre, wie sich die Perspektive auf diese verschieben würde, wenn man doch das Selbstbild und die Wertevorstellungen dieser Wissenschaftlerinnen in die Rechnung mit aufnehmen würde. Denn der Sowjetstaat bot nicht nur soziale Aufstiegsmöglichkeiten. Auch die sowjetische Ideologie war als eine Variation der Aufklärung durchaus identifikationsstiftend, nicht zuletzt für Wissenschaftler. Letztendlich stellt sich die Frage auch für die Autoren der hier rezensierten Publikationen und ihre jeweiligen wissenschaftlichen „communities“. Immerhin befassen sich alle drei nicht nur mit dem russischen bzw. (post-)sowjetischen Orientalismus, sondern werfen mehr oder weniger explizit auch Fragen nach der Position der westlichen Wissenschaft auf. Kemper geht hier über Schimmelpennincks Vergleich mit der Wissenschaft im Kalten Krieg hinaus, wenn er darauf hinweist, dass die „nun ‚siegreiche‘ westliche Perspektive auf ... den Islam im Kaukasus, Zentralasien und Afghanistan“ (S. 2) in ihren Schlussfolgerungen unmittelbar von der Forschung sowjetischer Orientalisten geprägt sei. Immerhin hätten westliche Studien zu diesem Gebiet jahrzehntelang nur mittelbar über sowjetische Forschung einen Zugang zur Region gehabt – und deren Schlussfolgerungen einfach umgekehrt. Unabhängig davon, dass die Anfang der 1980er Jahre prophezeiten islamischen Revolten nicht eintraten, sondern 1991 vielmehr 90 %

der zentralasiatischen Bevölkerung einen Verbleib bei der Sowjetunion befürworteten, prägen die so gewonnenen Grundannahmen bis heute westliche Perspektiven. Während Kemper es bei diesen Anmerkungen bewenden lässt, ist Anna Patersons Sammelbandbeitrag zur Rolle von sowjetischen Orientalisten im Afghanistankrieg ein erster Schritt, nicht nur die Verwobenheit von westlicher und sowjetischer Orientalistik zu erfassen, sondern auch den untersuchten ‚Orient‘ mit einzubeziehen. So macht sie zunächst Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zwischen dem ‚orientalistischen‘ Blick sowjetischer und nun westlicher Wissenschaftler und Politiker auf Afghanistan deutlich, um dann deren nachhaltige Folgen für die Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung und deren Erwartungen gegenüber internationalen Akteuren aufzuzeigen. Hier wird im Ansatz eine „*histoire croisée*“ orientalistischer Praxis erkennbar, wie sie Vera Tolz' These zur Rozen-Schule als Stichwortgeber Saïds für die konzeptionelle Ebene geradezu einfordert.

BUCHBESPRECHUNGEN

Trude Maurer (Hrsg.): Der Weg an die Universität. Höhere Frauenstudien vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen: Wallstein Verlag, 2010, 288 S.

Rezensiert von
Alexandra Tischel, Stuttgart

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gab es in Sachen Frauenstudium einige Jubiläen zu feiern: Seit 1900 hatten die deutschen Universitäten – je nach Bundesstaat mit zeitlicher Versetzung – Frauen nach jahrzehntelangem Kampf zur ordentlichen Immatrikulation zugelassen. An der Universität Göttingen, die um die Jahrhundertwende zu Preußen gehörte, wurde an den 100. Jahrestag des preußischen Immatrikulationserlasses mit einer Ringvorlesung erinnert, aus der der vorliegende Band hervorging.

Der Charakter der Ringvorlesung macht sich in der Konzeption des Bandes insofern bemerkbar, als in ihm Überblicksdarstellungen neben Spezialstudien und hochschulpolitischen Überlegungen zu stehen kommen. Er ist im weitesten Sinne chronologisch geordnet und eröffnet mit Beiträgen, die der Vorgeschichte des Frau-

enstudiums gewidmet sind: Hedwig Röckelein stellt ein Panorama der „Weibliche[n] Gelehrsamkeit im Mittelalter“ vor; Heide Wunder die „Gelehrte[n] Frauen‘ im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“; Horst Kern schließlich skizziert die Umstände der bemerkenswert frühen Promotion von Dorothea Schlözer an der Universität Göttingen im Jahr 1787, die sich als pädagogisches „Experiment“ ihres Vaters, des Göttinger Professors August Ludwig Schlözers, verstehen lässt.

Für die folgenden Studien, die sich der Geschichte des Frauenstudiums im engeren Sinne widmen, gilt die grundsätzliche Beobachtung, dass sie nicht mehr von einer Logik der „Ersten“ dominiert sind. Standen in früheren Forschungen häufig die ‚Pionierinnen‘ im Vordergrund, diejenigen also, die die jeweils ersten Studentinnen, Doktorandinnen, Habilitandinnen oder Professorinnen in ihrem Fach waren und deren Lebensläufe und Leistungen überhaupt erst zu entdecken waren, hat sich auf der Basis dieser Untersuchungen inzwischen eine beeindruckende Breite und Differenziertheit der Forschungen und Fragestellungen herauskristallisiert. Es geht nun darum, die Komplexität der Prozesse und die Vielheit der Faktoren, die bei der Durchsetzung des Frauenstudiums eine Rolle spielten, international vergleichend, aber auch in ihren jeweiligen nationalen

Kontexten herauszuarbeiten – das ist auch die Argumentation, die die Herausgeberin Trude Maurer in ihrer Einleitung vertritt. Dabei fallen trotz ähnlicher Hindernisse, auf die die Frauen in ihren Bildungsbestrebungen allenthalben trafen, verblüffende Differenzen ins Auge: So zeigt Maurer in ihrem eigenen Beitrag zum „Frauenstudium im Russischen Reich“, dass die Frauen dort bei ihrem Weg in die Universität auf die Unterstützung der Professorenschaft bauen konnten, weil das Engagement für das Frauenstudium mit weiteren gesellschaftlichen Reformbestrebungen verbunden wurde und daher die Oppositionsbildung nicht zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen reformorientierten und reaktionären Kräften verlief.

Anders verhielt es sich dagegen in Deutschland, wo, wie Ilse Costas darlegt, die Zulassung zum Frauenstudium von den Kultusministerien der jeweiligen Bundesstaaten teils gegen den Widerstand der Universitäten und damit der Professorenschaft durchgesetzt wurde. So hatte das Preußische Kultusministerium schon 1895 sowohl die Immatrikulation als auch die Zulassung von Frauen zu den medizinischen Staatsexamina zum Ziel. Auch wenn letztere bereits 1899 erfolgte, so dauerte es fast noch ein weiteres Jahrzehnt, bis der Erlass zur Immatrikulation von Frauen an preußischen Universitäten 1908 erging, eine lange Zeit für studierwillige Frauen, die sich weiterhin als Gasthörerinnen einschreiben mussten.

Wiederum anders war die Situation der Frauen im geteilten Polen. Maria Rhode weist u.a. nach, wie zumindest in Russisch- bzw. Kongresspolen zeitweise nationale Interessen und weibliche Bildungsbestrebungen zusammenfanden: In der

„Fliegenden Universität“ nämlich, hinter der sich in Warschauer Privatwohnungen gehaltene Vorlesungen und Kurse verbergen, die eine Alternative zur ‚Russifizierung‘ des Bildungswesens bieten sollten und die derart stark von Frauen – unter ihnen auch Maria Skłodowska, die spätere Madame Curie – besucht wurden, dass sie auch ‚Weiberuniversität‘ genannt wurden. Der internationale Vergleich zeigt auch, wie schwierig die Beurteilung der verschiedenen Hochschulsysteme hinsichtlich ihrer Teilhabemöglichkeiten für Frauen insgesamt fällt. Am Beispiel der englischen Frauencolleges führt Juliane Jacobi vor, wie gesellschaftliche Rahmenbedingungen im historischen Wandel unterschiedliche Vor- und Nachteile entfalten können: Der in England im Vergleich zu Deutschland durch die Gründung von Frauencolleges früh gegebene Möglichkeit zum Studium steht die Exklusivität des englischen Universitätssystems insgesamt gegenüber, die deutlich länger als in Deutschland den Frauenanteil vergleichsweise niedrig hielt, aber dennoch Karrierechancen für Frauen innerhalb der Universität eröffnete, die es in Deutschland so nicht gab.

Dass das Frauenstudium ohne den Kontext der Mädchenbildung und der an das Studium anschließenden Berufspraxis nicht zu denken ist, zeigen die Beiträge von Margret Kraul und Johanna Bleker. Erstere zeichnet den Weg von „der Höheren Töchterschule zum Gymnasium“, letztere die „Berufsrealität deutscher Ärztinnen“ nach. Interessant ist gerade bezüglich des Lehrers-, aber auch des Arztberufs dabei immer wieder, wie dieselben Argumente zu unterschiedlichen Zwecken verwendet werden können – insofern stellt die Argumentation pro und contra Frau-

enstudium auch ein Lehrstück in Sachen Rhetorik dar. Wie Kraul vorführt, kann der ‚weibliche Geschlechtscharakter‘ gleichermaßen dazu dienen, Bildungsansprüche von männlicher Seite her (aus Angst vor Konkurrenz) zu begrenzen und von weiblicher Seite zu legitimieren. Als Beispiel kann der Berliner Verein für höhere Töchterschulen dienen, der sich das Argument des Geschlechtscharakters zu eigen machte, um die Interessen der Mädchenschullehrerinnen an einer ausschließlichen Vermittlung von weiblicher Bildung durch Frauen zu vertreten.

Die Bildungsgänge jüdischer Lehrerinnen und Studentinnen, die unter einem doppelten Ausschluss standen, nimmt Andreas Hoffmann-Ocon in den Blick. Ihm geht es vor allem darum, Marion Kaplans These von der besonderen Rolle bürgerlicher jüdischer Frauen als gleichzeitige „Trägerinnen der Akkulturation und der jüdischen Tradition“ (S. 233) zu differenzieren, wozu er das Beispiel der Hamburger Simultanschule nutzt, die von den Schwestern Bertha und Cäcilie Delbanco geleitet wurde.

Beiträge von Jutta Limbach zur „Frauenfrage als Rechtsfrage“ und von Ada Pellert zu „Frauen als Motor der Hochschulmodernisierung von heute“ beschließen den Band. Beide Aufsätze ergänzen sich auf interessante Weise: War die Frauenfrage lange Zeit – wie der Titel von Limbachs Beitrag schon ankündigt – vor allem eine Rechtsfrage und wurden Frauenrechtlerinnen gerade deswegen zu Juristinnen, so zeigt Pellert, wie sich die zeitgenössische „Gender“-Hochschulpolitik den inzwischen dominierenden Managementaspekten der Hochschulverwaltung stellen und ihre Argumente ökonomisieren muss:

Gender wird unter diesen Bedingungen von einer Rechts- zur Nachwuchsfrage und letztlich zu einer finanziellen Ressource, wenn Mittelvergaben auch an Frauenförderung geknüpft werden.

Auch dieser letzte Aspekt zeigt, was für die vorangehenden Aufsätze insgesamt gilt: In Fragen der Gleichstellung gab es nicht einen einzigen Königsweg, der zum Erfolg geführt hat, sondern die Ergebnisse hängen von den jeweiligen Kontexten ab: Koedukation oder Geschlechtertrennung, Teilzulassungen oder Beharren auf voller Gleichstellung, jede dieser Positionen konnte zu (Teil-)Erfolgen auf dem Weg zur Gleichstellung führen – insofern erweist sich hier die Pluralität der Perspektiven auf das Frauenstudium, die der Band bietet, als Stärke, auch und gerade was die Zukunft anbetrifft.

Andre M. Fleche: The Revolution of 1861. The American Civil War in the Age of Nationalist Conflict, Chapel Hill: University of North Carolina Press, 2012, 204 S.

Rezensiert von
Michael Hochgeschwender, München

In seiner knappen, überwiegend auf publizierten Quellen und wenigen Egodokumenten aufbauenden Studie zur Ideengeschichte des Amerikanischen Bürgerkrieges stellt Andre M. Fleche, Assistenzprofessor am Castleton State College in Vermont, eine wichtige These zur Diskussion: Die Sezession von 1861 sei von den amerika-

nischen, vor allem aber von deutschen, irischen, ungarischen oder italienischen Akteuren in Nordamerika im Lichte der revolutionären Ereignisse von 1848 interpretiert worden. Mehr noch, der Amerikanische Bürgerkrieg sei Bestandteil einer nationenübergreifenden, transatlantischen Auseinandersetzung auf dem Weg zum liberalen, demokratischen Nationalstaat gewesen, der 1848 in Europa ebenso beschritten worden sei, wie 1861 im Norden und Süden der Union. Damit grenzt sich der Autor von Thesen ab, die den Bürgerkrieg vorrangig als Ringen um die rechte Auslegung des Erbes von 1776 interpretierte, ohne indes diesen Aspekt gänzlich zu vernachlässigen, da sich die Amerikanische Revolution aus der Perspektive Fleches gleichfalls als Bestandteil des transatlantischen Zeitalters der bürgerlich-liberalen und nationalen Revolutionen darstellt. Wichtiger ist es ihm freilich, sich dezidiert von ökonomistisch-deterministischen Interpretationen im Stile des progressivistischen Historikers Charles Beard abzusetzen, der den Konflikt zwischen Union und Konföderation als Ringen zwischen semifeudalen Agrariern und dem Industriekapitalismus verstanden hatte. Vollkommen zu Recht verweist Fleche auf Karl Marx, der genau diesen Ökonomismus bezogen auf die Ereignisse um 1861 nicht geteilt hatte, sondern den Bürgerkrieg als Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden Wegen innerhalb einer fortgeschrittenen kapitalistischen Industriegesellschaft interpretiert hatte, die Europa bis zu einem gewissen Grade als Vorbild zu dienen vermochte. Mit diesen kurzen Bemerkungen lässt der Autor gleichwohl sämtliche ökonomischen Aspekte hinter sich zurück, obwohl es durchaus sinnvoll

gewesen wäre, ihnen intensiver und womöglich differenzierter weiter zu nachzugehen. Denn der Bürgerkrieg war, jenseits der Beard-Interpretation, durchaus ein Konflikt zweier ökonomischer Systeme, die allerdings beide auf der dogmatisch-liberalen Ideologisierung der unbedingten Heiligkeit des Privateigentums aufbauten, dann aber praktisch und semantisch-weltanschaulich unterschiedliche Pfade beschritten. Während der Norden sich einer auf freiem Kleinbauernum und dem Ideal der Vertragsfreiheit verpflichteten industriellen Lohnarbeit basierenden industriekapitalistischen Wirtschaftsmodell verpflichtet wusste, sich aber umgekehrt durch Schutzzölle dem internationalen und globalen Wettbewerb zu entziehen bemühte, war der Süden einerseits diesem globalen Wettbewerb und seinen abstrakten Marktstrukturen faktisch unterworfen, lehnte sich aber andererseits semantisch und in der weltanschaulichen wie praktischen Bewältigung der Folgen dieser Integration in globale Strukturen an vorindustrielle und vormoderne, kapitalismuskritische Schemata an. Südstaatliche Großgrundbesitzer fühlten sich tatsächlich als Aristokraten, ihr Lebensideal sah weniger die Reinvestition ihrer Gewinne in verbesserte, effizientere Technologien im Sinne einer weltimmanenten Askesse vor, sondern, ganz klassischen antiken und frühneuzeitlichen Vorbildern nahe, den weiteren Erwerb von Land und Sklaven. Aristokratische Ehre war ihnen allemal, wie Bertrand Wyatt-Brown zu betonen nicht müde wird, ebenso wichtig wie republikanische Tugenden und genau diese Integration vormoderner und moderner Ideen und Praktiken machte für sie das Wesen der Amerikanischen Revolu-

tion aus, das von den nordstaatlichen Kapitalisten in ihren Augen verraten worden war. In dieser weltanschaulichen und ökonomischen Gemengelage, nicht im Ideal einer südstaatlichen Nation, aber gründete, was Fleche weiter nicht beachtet, das Selbstbewusstsein der Konföderation wie zuvor das Bündnis mit gleichfalls kapitalismuskkeptischen irisch-katholischen Arbeitern im Norden.

Fleche geht demgegenüber einen anderen Weg. Ohne es explizit zu machen, erteilt er allen Exzeptionalismustheorien eine Absage und greift neuere globalhistorische oder zumindest transatlantisch-transnationale Ansätze auf, wie sie beispielsweise allgemein Thomas Bender und Ian Tyrell, spezifischer auf den Bürgerkrieg bezogen etwa James M. MacPherson vorgelegt haben. Demnach fungierten die Revolution von 1848 als zentrales Interpretament der Ereignisse von 1861 und zwar in einem mehrpoligen Rahmen. Zum einen hätten die Amerikaner in Nord und Süd auf der Grundlage ihrer postrevolutionären, auf 1776 bezogenen Selbstsicht, die Revolutionen von 1830 und 1848 in Europa sowie die lateinamerikanischen Revolutionen des frühen 19. Jahrhunderts begeistert aufgenommen, auch wenn viele sklavenhaltende Südstaatler etwa die haitianische Revolution nach 1791 primär skeptisch beäugten. Insbesondere der Aspekt des liberalen Nationalstaates, der voluntaristisch und nicht ethnokulturell verstanden wurde, sei in den USA positiv rezipiert worden, galten Nationalstaat und Nationalismus doch als die zentralen konstitutionellen Kampfinstrumente gegen die vorgeblich despotisch-absolutistische Herrschaft von Königen und Aristokraten. Aus dieser Sicht des amerikanischen

Nationalismus waren die transatlantischen Revolutionen die logische Fortsetzung der Amerikanischen Revolution. Erst in einem zweiten Schritt sei dann das nationalistische Denken durch die Sklavereidebatte sektional aufgeladen worden; es hätten sich zwei Nationalismen entwickelt, ein nördlich konnotierter und ein südstaatlicher. Zum anderen seien die nachrevolutionären Immigranten bedeutsame Träger dieses transnationalen Revolutionsdiskurses gewesen. Gerade sie hätten, etwa in den Kämpfen um den Verbleib des Sklavenstaates Missouri in der Union 1861 durch ihr jeweilig spezifisches Verständnis von 1848, maßgeblich dazu beigetragen, den Amerikanischen Bürgerkrieg im Lichte der revolutionären Tradition zu interpretieren. berechtigerweise unterscheidet Fleche dabei zwischen der Interpretation deutscher und irischer 48er, da letztere sich aufgrund katholischer und irisch-nationaler, antibritischer Vorbehalte gerade in Missouri überwiegend auf Seiten der Konföderation geschlagen hätten. Obendrein hätte Lincolns Emanzipationsproklamation von 1863 bewußt europäische liberale und nationale Ideale aufgegriffen und sei somit gewissermaßen im Kontext eines transnationalen revolutionären Partizipationsdiskurses zu lesen. Aber auch die Südstaatler hätten ihre Sezession als nationalen Befreiungskrieg verstanden und entsprechend auf das Gedankengut von 1848 und die Idee des Völkerfrühlings von 1830 zurückgegriffen.

Über weite Strecken liest sich das überzeugend und gut begründet, dennoch bleibt ein fader Nachgeschmack. Das Narrativ ist zu schön und zu undifferenziert, um wahr zu sein. Beginnen wir mit der amerikanischen Sicht auf die europäischen

und lateinamerikanischen Revolutionen ab 1789. Hier haben zum Beispiel Eugene D. Genovese und Elisabeth Fox-Genovese in ihrem letzten gemeinsamen Buch „The Mind of the Master Class“ (2005) ungleich nuancierter als Fleche gezeigt, wie vielfältig und häufig skeptisch bis komplett ablehnend, mindestens aber ambivalent das Verhältnis der Südstaatenaristokratie nicht nur zum Sklavenaufstand von Santo Domingo, sondern vor allem zu den Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 war. Betrachtet man Fleches Belege genauer, fällt obendrein auf, wie sehr er dazu neigt, einfach Texte zusammenzustellen, in denen das Wortfeld „Revolution“ vorkommt, ohne der Frage genauer nachzugehen, ob der Bezug auf die Amerikanische Revolution, auf europäische Revolutionen oder eine von konservativer Ordnungstopologie getragene Revolutionskritik den Texten zugrundeliegt. Fleche weist zwar darauf hin, dass etwa die abolitionistische Kritik der europäischen Revolutionäre an der peculiar institution des Südens dort zu einer Fragmentierung der Revolutionsbegeisterung geführt habe, geht aber auf die Details nicht weiter ein. Vor allem aber stellt er sich gar nicht erst die Frage, wie relevant der „Southern Nationalism“ für die Konföderation, insofern sie eine Konföderation war, überhaupt sein konnte. In den Quellen finden sich mehrheitlich Belege für eine eher partikularistische Sicht, einen Primat der Einzelstaaten, und das Fehlen eines echten nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls zählte mithin zu den strukturellen Gründungsdefiziten der Konföderation. Man denke aber auch an die Kritik John C. Calhouns am Zentralismus der deutschen Paulskirchenverfassung von 1848. Möglicherweise wäre hier ins-

gesamt ein Blick auf den Schweizer Sonderbundskrieg von 1847 mit dem alteuropäischen Partikularismus der katholischen Innenkantone der Eidgenossenschaft hilfreicher, als der Verweis auf die nationale und liberale Revolution ein Jahr später.

Was für den Süden gilt, kann man für den Norden gleichfalls konstatieren. erneut mangelt es an Präzision und Differenzierung. So unterstellt Fleche den 130.000 Migranten aus dem Deutschen Bund nach 1848 ziemlich generell eine liberal-revolutionäre Gesinnung, obwohl er selbst auf die Forschungsergebnisse A. E. Zucker und Carl Wittke aufmerksam macht, die von etwa 4.000 oder etwas mehr eigentlichen 48ern ausgehen. Nun wird man gewiss zugestehen, dass die Mehrheit der Deutschen, anders als die Iren, der Sklaverei selbst dann kritisch gegenüberstanden, wenn sie im Süden lebten, was freilich an ihrer Loyalität gegenüber der Konföderation dann wenig änderte. Vor allem aber muss man sich den hohen Anteil von Wirtschaftsflüchtlingen aus strukturschwachen ländlichen Regionen des Deutschen Bundes vergegenwärtigen, die in der Regel keine bürgerlichen Liberalen waren. Hinzu kommen circa 30-35% deutsche Katholiken, die mehrheitlich mit der Demokratischen Partei sympathisierten und die den Ideen von 1848 und ihren Vertretern von Kossuth bis Mazzini zunehmend mit großer Skepsis gegenüberstanden. Sie tauchen bei Fleche, wie im Gros der Forschung, erst gar nicht auf. Dies gilt gleichfalls für konservative Demokraten und unionistische Irokatholiken, die zwar für den Krieg gegen die Sezessionisten waren, ihn aber gerade führten, um die alte Verfassung zu erhalten, also keinen Nationalstaat herbeizuführen, um von den streng

partikularistischen Friedensdemokraten ganz zu schweigen. Wenn man überhaupt Analogien zu den europäischen Revolutionen suchen möchte, wird man zum Verständnis dieser Phänomene eher den Konservatismus als den Liberalismus einbeziehen müssen. Dessen ungeachtet hat Fleche vollkommen recht, wenn er den republikanisch-unionistischen Deutschen unterstellt, sie hätten, indem sie gegen die Südstaatler kämpften, in erster Linie gegen dieselbe Aristokratie gekämpft, mit der sie sich 1848 in der alten Heimat mehr oder minder aktiv angelegt hatten.

Schließlich fehlt eine vertiefte Reflexion auf die kritischen Forschungen zum liberalen Nationalismus des 19. Jahrhunderts, wie sie unter anderem Dieter Langewiesche in einer Vielzahl von Publikationen vorgelegt hat. Man denke nur an den engen Zusammenhang von Nationalismus, Expansionismus und militärischer Gewaltanwendung bereits lange vor der sogenannten konservativen Wende des (deutschen) Nationalismus 1877/78, an die aggressive politische Semantik der Liberalen des 19. Jahrhunderts, ihre Mythisierung der Nation und des Nationalen. Fleche deutet diese fragwürdigen Aspekte des liberalen Nationalismus nur am Rande, im Zusammenhang mit dem Expansionismus der USA, nur kurz an, obwohl sich gerade hier Quervergleiche mit Europa angeboten hätten, beispielsweise bei der expansionistischen Intellektuellengruppe „Young America“.

All diese Einwände und Kritiken müssten der Grundthese gar nicht schaden, würden aber dazu beitragen, sie den politischen und ökonomischen Realitäten der USA der 1850er Jahre besser anzupassen. Ja, der Amerikanische Bürgerkrieg stand in glo-

balen und transnationalen revolutionären Kontexten, die von einer nationalistischen Historiographie allzu lange vernachlässigt wurde. Aber die transnationalen liberalen Nationalstaatsdiskurse trafen in Europa und den USA auf sehr weit divergierende soziokulturelle und ökonomische Voraussetzungen – und es existierten spezifische konservative Gegenkräfte, welche die geistige Topographie von Revolution und Bürgerkrieg ebenso maßgeblich mitbestimmten wie wirtschaftliche Interessen. Diese Geschichten in ein globales Narrativ einzubinden wird jedoch anderen Studien vorbehalten bleiben.

**A. Ricardo López / Barbara Weinstein
(Hrsg.): The Making of the Middle
Class. Toward a Transnational History
(= Radical Perspectives), Durham:
Duke University Press, 2012, 446 S.**

Rezensiert von
Christian Johann, Berlin

Der Begriff Mittelklasse schlägt Wissenschaft und Politik seit Jahrzehnten in seinen Bann. Entstehen, Erstarken und Expansion von Mittelklassen in den BRICS-Staaten werden heute weithin als Signum des Fortschritts gewertet. Basieren politische Legitimation und Modernisierung eines Staates also auch auf dessen Fähigkeit, eine Mittelklasse zu etablieren und zu erhalten? Was und vor allem wen meint der Begriff Mittelklasse, wenn er im international vergleichenden Kontext eingesetzt werden soll? Wie wurde diese ge-

sellschaftliche Formation in verschiedenen Gesellschaften eingegrenzt? Wie grenzte sie sich selbst ab? Diese Fragen sprechen für die Untersuchung von Mittelklassen in historischer und transnational vergleichender Perspektive. „The Making of the Middle Class“ versammelt Beiträge von 21 Historikerinnen und Historikern, welche die Entwicklungen von Mittelklassen in 13 Nationen fünf verschiedener Kontinente während der vergangenen zwei Jahrhunderte untersuchen. Ein Fokus liegt dabei auf transnationalen Wechselverhältnissen, welche die Genese von und die Diskurse über die jeweilige Mittelklasse beeinflussten. Gegliedert ist der Sammelband in vier Teile, die je einem thematischen Zugang untergeordnet sind. Zentraler Ausgangspunkt ist die Frage, wie Mittelklassen entstehen. Diese wird sowohl in transnationaler Perspektive als auch besonders mit Bezug auf die Moderne gestellt. Mit ihr versuchen die beiden Herausgeber, A. Ricardo López und Barbara Weinstein, die vermeintliche Originalität von Mittelklassen in Europa und den USA zu hinterfragen. Damit treten sie auch dem Postulat entgegen, dass diese Mittelklassen als Schablonen und dennoch nicht erreichbare Modelle für Gesellschaften im Rest der Welt zu verstehen seien.

Das Ziel, Annahmen über die Originalität bestimmter Mittelklassen zu hinterfragen, spiegelt sich in der Organisation des Sammelbandes wider. Statt ihn in Untersuchungen verschiedener Gesellschaften zu gliedern, und so vorhandene Grenzen des Verständnisses zu perpetuieren, werden vier thematische Zugänge verfolgt. Aufgeteilt in (I) Praktiken der Moderne, (II) Erfahrungen von Professionalisierung, Staatlichkeit und Klassenformation, (III)

Mittelklasse-Politik vor dem Hintergrund von Revolutionen und (IV) der Erzeugung öffentlichen Raums widmen sich die Beiträge allgemeinen Kennzeichen neuzeitlicher Gesellschaften. Diese Einteilung ist Basis dafür, dass die untersuchten Mittelklassen weder als modellhaft noch rückständig beschrieben werden. Vielmehr ermöglicht sie eine multiperspektivische Annäherung an die Formierungen und Grundlagen von Mittelklassen.

Zentrale These des Sammelbandes ist, dass eine Mittelklasse-Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts keineswegs ursprünglich europäisch, speziell nordamerikanisch oder hauptsächlich angelsächsisch war. Vielmehr handelte es sich bei dem Phänomen der Mittelklasse-Moderne um „transnational historical formations through which the meanings, subjectives, and practices of being middle class were mutually – and coevally – constituted across the globe“ (S. 12). Das Problem, Mittelklassen entlang an der Arbeiterklasse erprobter Methoden konzise zu definieren, ist das über der Untersuchung schwebende Damoklesschwert. Somit kann der Band auch als Versuch gelesen werden, Mittelklasse als geschichtswissenschaftliche Analysekatégorie zu bewahren und neu zu beleben. Um den Begriff weiterhin ertragreich nutzen zu können, schlagen die Herausgeber daher vor, zunächst die jeweiligen historischen Umstände für die Herausbildung einer Mittelklasse in einer bestimmten Gesellschaft detailliert zu beschreiben. An die Stelle normativer, vorgelagerter Definitionen sollte die Analyse der jeweiligen Mittelklasse als lebendiges Konzept und Erfahrung treten. Sie sollte als politisches Projekt und kulturelle Praxis im jeweiligen

sozialen und politischen Kontext lokalisiert und analysiert werden.

Der erste Teil hinterfragt die Praktiken der Moderne in Indien, Simbabwe, England, Kanada und den USA. In seiner Studie zu Indien vertritt Sanjay Joshi die These, dass es die Mittelklasse des Subkontinents war, welche die Moderne für ihre Zeitgenossen überhaupt erst definierte. Vertreter der Mittelklasse nahmen einerseits aufgeklärte Standpunkte ein; verwendeten andererseits aber gehobenes Vokabular. Daher bestand Moderne für sie weniger aus Vernachlässigung, als vielmehr aus einer neuen, modifizierten Nutzbarmachung von Traditionen. Michael O. West stellt die Entstehungsgeschichte der schwarzen Mittelklasse Rhodesiens/Simbabwes ins Zentrum. Die in der Einleitung versprochene Beleuchtung transnationaler Zusammenhänge wird hier das erste Mal angewandt. So diente der weißen Oberschicht Rhodesiens das Beispiel Indien als Menetekel. Denn dort, so die Wahrnehmung der Weißen, hatte eine frustrierte Mittelklasse die englische Kolonialherrschaft abgeschüttelt. Mit dieser Motivation, so West weiter, verfolgten die weißen Rhodesier das Ziel, Schwarzen höhere Bildung vorzuenthalten, um sie so an der Formierung einer Mittelklasse zu hindern. Hierzu wiederum orientierten sie sich an Booker T. Washingtons Tuskegee Institute in Alabama. Sie schufen sog. industrial schools für Schwarze, wo diese lediglich handwerkliche und landwirtschaftliche Fähigkeiten erlernen sollten.

Aus den drei folgenden Beiträgen dieses Teils lassen sich zwei zentrale Forderungen ableiten. Erstens sollte class über sozioökonomische Kriterien hinaus verstanden werden; so wie innerhalb der Geschichtswissenschaft *race* und *gender* über biologische

und physiognomische Merkmale hinaus erweitert wurden. Dazu kommt, zweitens, dass Themenkomplexe wie Immigration, Konsumverhalten, Anti-Kommunismus oder der Wohlfahrtsstaat gewinnbringende Erweiterungen bei der Erforschung von Mittelklassen darstellten. So bemühten sich in Kanada, laut Franco Iacovetta, aus der Mittelklasse stammende „gatekeeper“, den Eingewanderten der Nachkriegszeit beizubringen, welche und wie viele tägliche Mahlzeiten ideal seien. Diese konnten durch Rezepte aus den Ursprungsländern ergänzt werden, solange sie mit modernen Küchengeräten zubereitet wurden.

Der Ansatz des zweiten Teils, in dem die USA, Indien, Kolumbien und Mexiko thematisiert werden, lautet, dass nicht allein die Geschichte der Arbeiter Quelle für die Lesart von Berufstätigkeit und Gesellschaft in der Moderne sein sollte. Daniel J. Walkowitz' Beitrag widmet sich der US-Mittelklasse im 20. Jahrhundert und dem Paradoxon des Mittelklasse-Arbeiters. Es wird zunächst der Abwehrkampf der alten gegen die neue Mittelklasse nachgezeichnet. Diese, zeitgenössisch etwa von C. Wright Mills beschriebene, Auseinandersetzung endete spätestens als die Folgen von wirtschaftlicher Effizienzsteigerung die „Angst vor dem Absturz“ (B. Ehrenreich) hervorriefen. Letztere wurde zum neuen Kennzeichen der Mittelklasse. Walkowitz untersucht vor diesem Hintergrund Vereinigungen von English Country Dancers: einem Hobby, dem sich ausschließlich Vertreter der weißen Mittelklasse widmeten. Die kulturgeschichtliche Mikrostudie zu Körpersprache, gender und Selbstwahrnehmung der Mitglieder dieser Gruppen ist dank des reflektierten theoretischen Einstiegs und der empirisch

gut fundierten Analyse ein Höhepunkt des Sammelbands.

Mitherausgeber A. Ricardo López wirft mit seinem Beitrag ein Schlaglicht auf Kolumbiens Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre. Ihm gelingt die Verknüpfung außenpolitischer Strategien der USA mit der Herausbildung einer kolumbianischen Mittelklasse, deren Selbstverständnis auf Selbstorganisation und Eigenverantwortung basierte. Die Schaffung einer Mittelklasse und deren Pflege war aus kolumbianischer Sicht die Schnittmenge aus modernem Staatsverständnis und westlichen Gesellschaftsbildern. Sie versprach, Lösungsansatz für verschiedenste Probleme und gleichzeitig Tor zur Moderne zu sein. López analysiert den Prozess eines transnationalen Austauschs über den idealen Vertreter der Mittelklasse anhand der Suche kolumbianischer Behörden nach Staatsbediensteten. Hierzu tauschten sich Regierungsstellen in Bogotá mit der UNO und den USA aus. Eine Folge war, dass so beispielsweise Kandidaten, deren Eltern ein harmonisches Eheleben geführt hatten, Vorteile bei der Bewerbung um einen Posten als Staatsdiener genossen. Da eine intakte Familie als Kennzeichen der Mittelklasse gelesen wurde, konnten so geeignete Bewerber ermittelt werden.

Der dritte Teil widmet sich der Mittelklasse während und nach Revolutionen. Die Beiträge von Ínigo García-Bryce zu Peru und Susanne Einegel zu Mexiko belegen, dass in beiden Staaten Angestellten ein besonderer Status zukam und dass eine im Kern aus Angestellten bestehende Mittelklasse in beiden Fällen als Trägerin der Moderne verstanden wurde. Die Verantwortlichen der jeweiligen postrevolutionären Ordnungen teilten eine Einsicht: Wo

Mittelklassen stark waren, hätten Nationen die Chance, stabil in die Moderne zu gelangen. Keith David Watenpaugh fügt dem Sammelband eine Analyse der syrischen Mittelklasse des beginnenden 20. Jahrhunderts hinzu. Ihr wurde zugeschrieben, besonders befähigt zu sein, Institutionen der (modernen) Zivilgesellschaft zu schaffen. Anhand des Beispiels der Mutual Aid Society in Aleppo verdeutlicht Watenpaugh, weshalb die Mittelklasse daher auch in den Augen der Syrer das Banner der Moderne trug. Sie übte sich im Gebrauch von Selbsthilfebüchern, wusste um neue Formen von Bürokratie und Medien, war religiös tolerant und richtete den Blick über die Grenzen des arabischen Mittelmeerraums hinaus. Das Dilemma, so Watenpaugh, lag darin, dass die Mittelklasse zwar staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen etablieren konnte, damit jedoch nicht mehr Macht erlangte als jene, die sich auf die von Religion, Ethnie und Familie geknüpften Bande beriefen.

Zur Bedeutung des öffentlichen Raums für die Formierung von Mittelklassen untersuchen die Beiträge des vierten Teils Deutschland, Frankreich, Chile und Peru sowie Argentinien. So zeigt Gisela Mettele, wie Frauen in deutschen Städten des 19. Jahrhunderts die „Grammatik“ politischer Organisation erlernten und sich auf dieser Basis der Mittelklasse zurechneten. Indem sie sich in Vereinen organisierten, die sich um das Wohl Benachteiligter kümmerten, wurden sie zu Trägerinnen der „Wohlfahrtsgesellschaft“ (M. Gräser). Selbstorganisation, Selbstbestimmung, Orientierung am Gemeinwohl: Dies waren die Schlagworte unter denen sich der Zugang zu politischer Emanzipation über den sich etablierenden Wohlfahrtsstaat, zumindest

für die Mittelklasse, erreichen ließ. Die Wechselwirkung zwischen beiden Aggregaten erlaubte es den Frauen dabei, sich dank sozialen Einsatzes der Mittelklasse zuzurechnen. Enrique Garguins Untersuchung Argentiniens in der Zeit vor Juan Perón belegt wiederum, wie race Basis der Selbstwahrnehmung der Mittelklasse im Raum Buenos Aires wurde. Hatten sich die Argentinier mit europäischen Wurzeln hier bis in die 1920er Jahre als die wirklichen Argentinier verstanden, schwand dieses Selbstbewusstsein, als Perón begann, die Arbeiter politisch zu mobilisieren. Erst in indignierter Abgrenzung zur Mehrheit der Arbeiter, den *cabecitas negras*, den „kleinen Schwarzköpfen“, formierte sich eine Mittelklasse. Dies führte dazu, so Garguin, dass jene, die sich zuvor als einzig wahre Vertreter Argentiniens gesehen hatten, sich plötzlich ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit bewusst wurden. Erst jetzt sahen sie sich als sozial abgegrenzte Gruppe, als (Mittel-)Klasse.

Die vier Kommentare zu den jeweiligen Teilbereichen üben Kritik an den Beiträgen und setzen diese in Beziehung zueinander. Es fällt auf, dass der Sammelband kein geschlossenes Narrativ anbietet. Dass man eine einheitliche Definition des Begriffs Mittelklasse vergeblich sucht und stattdessen Bourdieu genauso zu Rate gezogen wird wie Marx, Engels und Habermas, ist jedoch kein Manko. Vielmehr spricht dies für das eingangs angekündigte Bemühen, den Begriff aus dem jeweiligen Diskurs heraus zu erfassen. Bemängeln ließe sich eher, dass die meisten Beiträge auf bereits veröffentlichten Materialien beruhen. Denn dies führt dazu, dass die vier jeweiligen Teile des Sammelbandes selten in sich geschlossen wirken. In vielen Fällen

hätte eine konzentriertere Ausrichtung der Beiträge am Thema der jeweiligen Teilbereiche für mehr argumentative Konsistenz und Klarheit gesorgt. So bleibt am Ende die Frage, was all diese verschiedenen Mittelklassen verband. Der Ansatz zu einer Antwort findet sich wohl am ehesten in den einleitenden Hinweisen der Herausgeber: Sie sehen die Moderne als unmittelbaren Effekt von transnational verbundenen Geschichten. Folgt man dieser Auffassung, lässt sich das Phänomen der Herausbildung von Mittelklassen ebenso als Begleiterscheinung der Moderne wie auch des transnationalen Austauschs verstehen. Fundament und Ausgangspunkt weiterer Vertiefungen eines solchen Verständnisses sind mit „The Making of the Middle Class“ gelegt.

Bogdan Góralczyk (ed.): Polska – Chiny. Wczoraj, dziś, jutro [Poland – China. Yesterday, Today, Tomorrow], Toruń: Wydawnictwo Adam Marszałek, 2009, 422 pp.

Rezensiert von
Malwina Talik, Leipzig

“No one who is familiar with Chinese realities can deny that China has made a great breakthrough in the past three decades. [...] An attempt to negate the ongoing processes in China is nothing more than sticking one’s head in the sand, or the proverbial tilting at windmills.” (p. 418). This statement reflects best the leitmotif of

the publication *Polska – Chiny. Wczoraj, dzisiaj, jutro* edited by Bogdan Góralczyk. This collection of articles was published on the occasion of the 60th anniversary of the commencement of Sino-Polish diplomatic relations. It proves to be a successful attempt at presenting the brief history of Sino-Polish relations in the period of 1949–2009 from perspectives of diverse fields including political science, diplomacy, culture, academia, trade, etc. The book seeks to define the position of Poland in the time of changing global power relations by drawing conclusions from the past Sino-Polish cooperation.

The authors are leading academics in the field. They come from different academic, social and cultural backgrounds but all have a considerable expertise in Chinese affairs. Jan Rowiński, Bogdan and Zdzisław Góralczyk, Krzysztof Gawlikowski are only a few of the names representing the most prestigious Polish research institutions. Some of the contributors were raised in China (E. Kajdański, Pei Yuanying), studied there (a.o. D. Mierzejewski, K. Gawlikowski) or worked there as diplomats (K. Szumski, J. Rowiński, B. and Z. Góralczyk). Thus, their first-hand knowledge and extensive experience add greatly to the overall value of the book.

The volume comes in five sections: forewords by the Polish and Chinese ambassadors, Sun Rongmin and Krzysztof Szumski, an introduction, “Praktyka” and “Analizy”, followed by a general conclusion. I will focus in the following shortly on the most representative contributions. The opening thematic unit consists of two chapters. The first one is “A Pendulum: the Sino-Polish relations” by Jan Rowiński. The author is currently a professor emeritus

at the University of Warsaw. In his paper, he provides a comprehensive overview of Sino-Polish relations, which he defines as a pendulum due to their instability. In a well-balanced manner he presents the stance of both sides during the most significant events of the second half of the 20th century. Moreover, he underlines the decisive role of China’s supportive involvement in the times of two Polish crises: in 1956 and in the 1980s. Furthermore, Rowiński expresses the opinion that despite tensions, Sino-Polish relations have been developing correctly and Poland seized well its opportunity to enhance the mutual co-operation. This positive attitude differs greatly from other opinions in the publication.

The second chapter presents “The Image of China in Polish Media: a critical reflection” by Dominik Mierzejewski, a research associate at the University of Łódź. His research indicates that China is portrayed in a biased manner. The news coverage refers mainly to dissidents, Internet censorship, death penalty, corruption, cultural revolution, human rights, Tiananmen, Chinese village and women. Nevertheless, China’s political system and violation of human rights are just fragmentary pictures of a complex reality. In Mierzejewski’s view, this clear-cut image of China in Polish media results from a lack of Polish journalists knowing Chinese and a heavy reliance on non-Chinese media.

One of the most valuable essays of the whole publication is “Memories of changes in Poland”. It is a private account by Pei Yuanying on the developments in Poland in 1980s including *Solidarność*, Martial Law, free elections and the Round Table. The author was working for the Chinese Ministry of Foreign Affairs and was an

ambassador to Poland, India and Lithuania. In a concise and balanced manner he depicts the strengths and weaknesses of *Solidarność* and Polish authorities. He emphasizes that those who lost the trust of people, lost the power and thus ignoring Polish national features and the importance of the Church proved to be one of the largest negligences of the former Polish authorities.

Another paper is particularly worth reading. The essay by Jan Rowiński analyses the developments in Poland during the October 1956, the Chinese role in resolving the crisis and suggests plausible factors, which could have contributed to China's positive approach towards Warsaw. The main research question is if the Chinese saved Poland from a Soviet invasion. Rowiński holds a strong belief that the role of China was far more significant than it was usually assumed. Additionally, he maintains that China might have acted in that manner not because Poland was regarded a victim of Soviet "big-chauvinism" but rather in order to strengthen Chinese position in the Communist camp and oppose the growing importance of Moscow.

The final part contains a closing article by Bogdan Góralczyk: "Poland-China: What is to come?". Góralczyk sees his publication as a chance to reflect on which actions to take in order to be able to successfully cooperate despite all the differences. He encourages an enhanced economic, cultural and academic exchange and underscores that still much must be done in that respect.

The assessment of Sino-Polish relations over the past 60 and particularly the last 20 years is according to majority of the contributors rather negative. The Polish side is

criticised for a lack of essential knowledge about Chinese mentality and gentle political issues. This led to a commitment of numerous mistakes and undermined previous successes. Polish authorities and media "overslept" the raise of a new superpower and were not interested in a close cooperation with China due to ideological reasons and did not understand the growing role of China in Asia and in the world. In consequence, the Chinese perceive Poland as a small country in Eastern Europe with a strange anti-Chinese attitude, known mostly thanks to Fryderyk Chopin and Maria Curie-Skłodowska. Moreover, the situation is difficult to improve due to the unfriendly approach of Polish media and authorities. Institutions promoting Chinese culture are often regarded as a part of Chinese propaganda e.g. Chinese embassies, the "Polish-Chinese" Friendship Association (PCFA). Promotion of friendly relations with China may be seen as a relict of the communist past or even an immoral co-operation. Another vital issue is the membership of Poland in the EU, which is generally perceived as a chance for Poland to reconstitute its relations with China, correct past wasted chances and attract its new interest. It opens many co-operation opportunities: in terms of culture, education and academia, trade and investment. The Chinese side is less interested because the previous enthusiasm for Poland disappeared as time went by, but China may be more interested in Poland due to the EU membership. The Polish image of China is far from truth and China is imagined as an isolated communist regime. Thus, the Polish side must learn more about China and put more effort into changing China's image and have a more inquisi-

tive insight into Chinese political reality. A positive development is that the young Polish generation, aware of the growing role of China on the international arena, is interested in learning Chinese and more open to China. Moreover, the policy of Polish authorities has been recently more China-friendly. One of the “bridges” of Poland to China could be culture because the Chinese are particularly fond of Chopin. Out of the initiative of the PCFA and the Chinese side a monument dedicated to Fryderyk Chopin was erected in Shanghai in the Sun Yatsen Park and all the costs were covered by the Chinese side. It was the first monument of a foreigner erected by decision of the Chinese authorities.¹ Moreover, Poland and China are joined by the similarities in the past history (for instance the troublesome history of the 19th century) and strong patriotism – a factor, which made Chinese interested in Polish literature in the past.

The definite advantage of the publication is a comprehensive analysis of Sino-Polish relations in the past 60 years. The editor selected experienced contributors of the field with various academic backgrounds, representing different views and opinions. Furthermore, there are not many publications on that subject in Polish. There has long been a need for a broad publication of that kind. Moreover, the publication is a diligent description of the current problems in the Sino-Polish relations. The authors do often not avoid certain gentle issues, even if those mirror past and present mistakes on the Polish side – they call a spade a spade. They also offer plausible solutions to the problems that they outline. Additionally, the book in question emphasises the significance of a dialogue

with China in different fields and on various levels and a definite need to be more open to China instead of a ‘messianic’ condemning approach.

However, the publication has also weaknesses. One of them is a lack of consistency in certain facts, e.g. in one of the essays it was claimed that Poland was the 7th country to accept PRC in another it was said to be the 2nd. Moreover, the thematic division of papers is at times vague and unclear and most related chapters were located randomly in irrelevant sections. This is not a serious disadvantage but it slightly hindered reading the volume.

Despite these weaknesses the book can be a valuable addition to the library of anyone with interest in China, the history of Polish international relations, as part of a syllabus in university international relations seminars as well as a great foundation for further research in the field.

Note:

- 1 There is also a bust of Pushkin in Shanghai dating back to 1930s and thus before the PRC period.

Mark Gamsa: The Reading of Russian Literature in China. A Moral Example and Manual of Practice, Basingstoke: Plagave Macmillan Publishing, 2010, 227 S.

Rezensiert von
Yvonne Schulz Zinda, Hamburg

Die Oktoberrevolution hatte bei den Intellektuellen das Interesse an Russland und mithin an der russischen Literatur erweckt.

Nach der Entscheidung der Versailler Friedenskonferenz das von Japan besetzte, ehemals deutsche Pachtgebiet in Shandong, nicht an China zurückzugeben, avanciert die Sowjetunion zu einem Gegenmodell westlicher Modernität. Von 1949 bis zur sino-sowjetischen Entfremdung Ende der 1950er Jahre dient die Sowjetunion in allen Bereichen der Kultur als Modell. Basis der vorliegenden Untersuchung sind Werke der klassischen russischen Literatur von Gogol bis Tolstoy sowie frühe sowjetische Erzählungen, die den sozialistischen Realismus begründen. Die Studie ist als eine analytische Fortsetzung von Gamsas „The Chinese Translation of Russian Literature“ aus dem Jahr 2008 zu sehen. Anhand von konzeptionellen Perspektiven macht er erste Spuren einer Entwicklung aus und in Einzeldarstellungen zeichnet er ein lebendiges Bild.

Gamsa geht von der These aus, dass die Vorstellungen in der Übermittlung weder kreativ angepasst noch passiv angenommen werden. Es werden Wege und verschiedene Zwischenhalte sowie die Vehikel aufgezeigt, die Vorstellungen über Bücher und Personen transportierten. Er spricht vom Problem der Zeitlichkeit, wodurch die Werke nach ihrer Publikation in Russland zeitlich verzögert China erreichen. Die ursprünglichen Ideen aus Russland finden somit erst in den veränderten Zeitkontexten Chinas Verwendung. Aus diesem Grund bettet Gamsa das Leseverhalten der russischen Werke in die Epistemologie des jeweiligen Zeitgeistes in China ein. Zur Bewältigung der Fülle der ausländischen Literatur in der Republikzeit folgten die Lesegewohnheiten Interpretationsvorlagen, in denen bereits der Bezug zwischen russischer Literatur und der politischen so-

wie moralischen Botschaft vorgegeben waren, so dass Gamsa vom zweiten Problem der Epistemologie spricht. Er vertritt die These, dass die chinesischen Leser die fiktiven Charaktere besonders der russischen und sowjetischen Literatur als lebende Vorbilder und die Autoren als Lehrer rezipieren. In dieser Gleichsetzung von lebenden und fiktiven Charakteren sieht er auch die große Wirkung russischer Literatur in China begründet.

Die Studie ist in vier Kapitel geteilt. Das erste Kapitel befasst sich mit den russischen Klassikern, die die Vorbilder moralischen Handelns liefern. Grundlage für die chinesische Rezeption ist für Gamsa das traditionelle Verständnis der chinesischen Intellektuellen vor und nach 1949, dass Literatur eine moralisch paternalistische Funktion erfüllt. Dies führt zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit für biographische Details der Autoren, da Schreiben und Agieren gleichgesetzt wird. Die Bedeutung der russischen Literatur wird in ihrer Verbindung zum Humanismus gesehen, und zwar nach den Definitionen der bis nach 1949 einflussreichen russischen Theoretikern Belinskii, Chernyshevskii, Dobrioliubov. Die Rezeption nach der Machtübernahme der KPCh interpretiert Gamsa im Spannungsverhältnis zwischen Überzeugung und Berechnung.

Im zweiten Kapitel widmet er sich der Betrachtung der russischen Klassiker in China und der Sowjetunion. Gamsa argumentiert mit einer zeitgenössischen Studie von Vengerov, dass die russische Leserschaft, Bücher als moralische Statements und quasi-religiöse Instruktionen auffasst. Er sieht diese Erwartung an die Literatur in der Übersetzung auf das chinesische Publikum übertragen. Dabei unterscheidet er

professionelle Leser von Laienlesern. Erste üben Protest über die Wahl ihrer Texte aus und sind involviert in der Manipulation von Literatur im Dienste der Politik. Letzte werden aktiv vom Staat in ihrem Leseverhalten beeinflusst.

Im dritten Kapitel legt Gamsa die physischen und intellektuellen Routen aus, auf denen die russische Literatur nach China gelangte. Aufgrund der Aktualität und politischen Ausrichtung war die sowjetische Literatur nicht in den üblichen Bücherläden zu finden. Es bedarf einer kleinen Gruppe von chinesischen Intellektuellen, den „agents“, die über die Kenntnis des Russischen und ihre Reisen in die UdSSR den direkten Zugang hatten. Gamsa analysiert Reiseberichte der Wegbereiter marxistischer Literaturtheorie, Qu Qiubai und Hu Yuzhi, in der er vergleichend zu historischen Tatsachen bereits eine politische Färbung entdeckt. Gleichzeitig zeigt er, dass auch die sowjetische Regierung die Bedeutung der chinesischsprachigen Leserschaft erkennt. Er interpretiert dies als einen Faktor für das aufkommende Bewusstsein der sowjetischen Schriftsteller, für ein internationales sozialistisches Publikum zu produzieren.

Als zweite Gruppe von „agents“ behandelt Gamsa russische Émigrés in Harbin und Shanghai. Ihr Einfluss auf die Rezeption russischer Literatur sieht er nicht als unmittelbar, sondern längerfristig in ihrer Rolle als Lehrer der russischen Sprache. Diese spätere dritte Gruppe, die ebenfalls kurze Erwähnung findet, sind die Abgesandten der UdSSR. Trotz ihrer Wirkung kommt Gamsa zu dem Schluss, dass es den sowjetischen Vermittlern weniger um die korrekte Rezeption der russischen Literatur ging. Vielmehr war das vornehmliche

Ziel, mit Hilfe von Übersetzungen diese Literatur bei der chinesischen Leserschaft zu popularisieren.

Im vierten Kapitel betrachtet er den Sozialistischen Realismus unter dem Aspekt seiner praktischen Vorbildlichkeit. Es basiert auf der These, dass ein bereits vorhandenes Verständnis im Hinblick auf die prestigereiche Bedeutung und den utilitaristischen Zweck von Literatur auf die russische Literatur appliziert wird. Folgend untersucht Gamsa, wie sowjetische Werke des sozialistischen Realismus als Handbücher für Kriegsschauplätze in China genutzt wurden. Zunächst stellt er fest, dass in der UdSSR ein ähnliches Verhalten, in dem die literarischen Helden als Vorbilder dienen, nicht gefördert wurde. Ausgehend von einem Essays des Kritikers Ah Ying von 1956, einem Artikel von Cao Jinghua von 1951 und eines russischen Spezialisten von 1963, geht er der Verwendung der darin genannten Werke auf dem Kriegsschauplätzen nach. Die Möglichkeit in Betracht ziehend, dass die Helden in ihren Handlungen nicht wirkliche Vorbilder für die einfachen chinesischen Soldaten waren, gleitet Gamsa kurzzeitig in die Vermutung ab, dass selbst für einen Analphabeten gegenüber der russischen Literatur „the attitudes which they could inspire can be deduced from the reverence for writing in Chinese tradition and from the widespread belief in its magical efficacy.“ Dass auch einzelne Seiten an Soldaten, wie das rituell zu verbrennende Totenpapier oder die christlich Bibel, verteilt wurden, impliziert für ihn eine religiöse Rezeption sowjetischer Literatur.

Im Nachwort gibt er einen Ausblick auf die Rehabilitation sowjetischer Literatur und die Funktion der neuen post-sowje-

tischen Literatur als Warner vor den Folgen der Perestroika, die zur Stärkung des chinesischen Bewusstseins instrumentalisiert wurde. Das Werk enthält eine Fülle von Informationen und Anekdoten, die das Lesen angenehm gestalten. Ein wenig störend sind die zahlreichen Einschübe in Klammern, die zusätzliche Informationen liefern, aber auch lakonische Kommentare: [...] Yao Wenyan (one of the loudest to proclaim Mao Zedong thought as an ideological weapon). Neben diesen Detailinformationen würde eine allgemeine Einführung die Auswahl der vorgestellten Personen in einen Gesamtkontext stellen und mithin nachvollziehbarer machen. Der Anmerkungsapparat ist umfangreich ebenso wie die Bibliographie, die Literatur in den westlichen Sprachen, auf Chinesisch und Russisch enthält. Trotz der engen Verbindung zwischen China und der Sowjetunion gibt es in der westlichsprachigen Sinologie bisher nur wenige, die über Kenntnisse in beiden Sprachen verfügen. Somit ist dies ein willkommener, noch ausbaufähiger Beitrag.

Christian Peterson: Globalizing Human Rights. Private Citizens, the Soviet Union and the West, New York: Routledge, 2012, 279 S.

Rezensiert von
Umberto Tulli, Bologna

Over the last decade, historians have been investigating the rise of human rights in international relations.¹ Christian Peter-

son's "Globalizing Human Rights" considerably expands this field of research and clarifies the role that human rights activism played in the last decade of the Cold War. In a very unconventional way – the 12 chapters alternate between the analysis of diplomacy and grassroots activism – the book offers a history of human rights in bipolar affairs, which goes beyond the traditional analysis of the so-called "Helsinki Effect". Not only the author does not discuss the role of the so-called "first" and "second baskets" of the Helsinki agreement, but he also discusses some human rights issues (such as the problem of Jewish emigration from the USSR) which are not contemplated by the agreements. Peterson points out the importance of Western private citizens and NGOs, the American Congress, Soviet and Eastern European dissidents, Jimmy Carter's devotion to human rights and his shortcomings, Ronald Reagan's firm stance toward Soviet violations of human rights and Gorbachev's pivotal role in transforming the USSR. On this background, the book has several positive features. For the sake of synthesis, I will focus on the five major ones:

First, the book has an ambitious goal, which is to bring together human rights and the Cold War, as well as States' diplomacy and transnational movements. As the author contends, "private citizens played an important role in shaping how the United States and Western European Governments used the issue of human rights to challenge the legitimacy of Soviet internal behavior. [...] they used the Final Act to globalize the issue of Soviet human rights behavior and convince governments to adopt an approach to détente that linked respect for human rights to the

strengthening of international security” (p. 182).

Second, the book reinvigorates the debate on what historian Jussi Hanhimäki called the “paradox of détente”, a policy with “conservative goals” and “revolutionary outcomes”. At the same time, it contributes to our understanding of the end of the Cold War. While not directly addressing this question, Peterson offers a possible contribution to understand why the Cold War ended in the late Eighties and why in Europe.²

Third, from a methodological perspective, the book contributes to an innovation in the field, which aims at intertwining transnational and international politics. Peterson’s history of human rights in the Cold War aspires to trace a truly transnational history.

Fourth, the author engages himself in a coherent and detailed discussion of the existing secondary literature, of American and Soviet governmental sources (at least, those Soviet documents which are available in English), and an analysis of the flyers and pamphlets written by Eastern and Soviet dissidents as well as by Western activists.

Fifth, the analysis of American foreign policy under Carter and Reagan is original and to some extent unconventional. Indeed, as the author contends, on the issue of Soviet violations of human rights, Carter and Reagan were more similar than usually thought. The former “was not always less confrontational on the issue of Soviet internal behavior than Reagan” (p. 183); the latter “embraced the Helsinki process for the same reason that Carter had [...] Reagan had little choice but to recognize that the U.S. Government only had a lim-

ited ability to shape Soviet domestic developments” (p. 184).

But these strengths are balanced by a number of weaknesses. Each praiseworthy point is also questionable and not completely convincing. There is a hiatus between the expectations created by the title and the actual content of the book. Rather than discussing the “globalization of human rights”, the author engages the issue of human rights in bipolar affairs with a strong and correct focus on the European theatre, neglecting those human rights crisis in Third World Countries which affected bipolar affairs, too.

Further, the author refers to early attempts to raise the issue of human rights in American foreign policy only briefly, although human rights activism did not occur in a vacuum. In this sense, the author does not engage with the vast, and mostly recent, literature on the rise of human rights in American, international and transnational politics during the Seventies.³

Next, although the CSCE was a multilateral process with a strong Western European role, Peterson does not consider the debates which developed in Western European countries over the role of human rights in bipolar affairs. The focus remains on the superpowers, while European governments, European political parties and European-based NGOs seem to be minor players. The contradiction between the attempt to “globalize human rights” and the actual focus of the book affects the bibliography, too. It is peculiar that a book on the globalization of human rights ignores non-English (or not translated) primary and secondary sources.

Lastly, the conclusion of the book is quite traditional. As many historians before him

have argued, everything depended on Gorbachev's reforms or, in Peterson's words, "Carter and Reagan could not have done much more to promote human rights in the USSR before he became General Secretary in 1985" (p. 11). In addition, the focus on the human dimension of the Helsinki agreement is not balanced by an adequate discussion of the other issues which complicated bipolar affairs and the end of the Cold War (arms control, the Ogaden War, Afghanistan, Reagan's star wars, just to mention the most known).

Nevertheless, Peterson's "Globalizing Human Rights" remains as a first-rate piece of scholarship and an important contribution both for our understanding of the role of human rights in late Cold War and for those researches aiming at intertwining diplomacy and grassroots activism.

Notes:

- 1 J. Ikenberry, Human Rights Activism and the End of the Cold War, in: *Foreign Affairs* 91 (2012), 1; D. C. Thomas, *The Helsinki Affect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism*, Princeton 2001; S. Snyder, *Human Rights Activism and the End of the Cold War. A Transnational History of the Helsinki Network*, Cambridge 2011.
- 2 J. Hanhimäki, Conservative Goals, Revolutionary Outcomes: the Paradox of Détente, in: *Cold War History* 8 (2008) 4, pp. 503-512.
- 3 Among many others: C. Upodaca, *Understanding U.S. Human Rights Policy. A Paradoxical Legacy*, Routledge 2006; S. Moyn, *The Last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge 2010.

Alexander J. Schwitanski (Hrsg.):
„Nie wieder Krieg“. Antimilitarismus
und Frieden in der Geschichte der So-
zialistischen Jugendinternationale (=
Archiv der Arbeiterjugendbewegung,
Schriftenreihe Bd. 21), Essen: Klartext
Verlag, 2012, 136 S.

Rezensiert von
 Gerd Callesen, Wien

Aus Anlass des 100. Jahrestages der Gründung der Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen (IVSJ) 1907 organisierte das Archiv der Arbeiterjugendbewegung eine Tagung. Ihr Anliegen bestand u. a. darin, Anregungen für weitere Forschungen auf dem Gebiet der Jugendinternationale zu geben. Einige der Referate liegen nun in überarbeiteter Form vor.

Einleitend werden große Forschungslücken konstatiert, die einer Gesamtübersicht über die verschiedenen Arbeiterjugendinternationalen entgegen stehen. Die Tagung konzentrierte sich aus diesem Grund auf ein Teilthema, den Antimilitarismus. Auch hier beansprucht die Veröffentlichung nicht, alle Aspekte dieses Problems der Jugendinternationale auszuleuchten, sondern lässt den Autoren freie Hand, um ihre Fragestellung und evtl. Forschungslücken aufzuzeigen. Das letztere Problem steht allerdings nicht im Zentrum der Ausführungen.

Eine Ursache dafür könnte sein, dass wesentliche Quellentext-Ausgaben und Bibliographien den Verfassern unbekannt

geblieben sind. Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die überlieferten Veröffentlichungen der IVSJ im Internet zugänglich gemacht.¹ Die zentralen Texte der IVSJ 1907–1919 sind hier erreichbar. Die FES-Bibliothek hat außerdem die bibliographisch erfassten und mit Angaben zu den Standorten versehenen Drucksachen der Nachfolgeorganisationen bis zum Jahr 2000 veröffentlicht.² Es ist mehr als ärgerlich, dass diese Hilfsmittel zur Entwicklung der Jugendinternationalen und weiterer mit ihnen verbundener Internationalen nicht berücksichtigt worden sind. Einige Feststellungen in den Aufsätzen hätten wahrscheinlich differenzierter dargestellt werden können, z. B. ist der Rücktritt Karl Liebknechts von seinem Präsidentenamt vermutlich auch auf die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der IVSJ und vor allem mit dem Sozialistischen Bureau um das Statut vor dem Kopenhagener Kongress zurückzuführen. Das Bureau wollte sich die IVSJ unterordnen, was mehrere der nationalen Organisationen strikt ablehnten. Diese Auseinandersetzungen wurden in den folgenden Jahren weiter geführt. Gewiss hat das weniger mit dem Thema „Antimilitarismus“ zu tun, allerdings wird Liebknechts Rücktritt nur in Verbindung mit der Neustrukturierung der Jugendarbeit der deutschen Bewegung nach Annahme des Reichsvereinsgesetzes von 1908 gebracht (S. 27) – zu Recht, jedoch war es kaum die einzige Ursache.³ Bei weiteren Analysen sollte als Quelle nicht nur die Erinnerung von Münzenberg (S. 9, Anm. 2) herangezogen werden, sondern auch die zwei Bände von Richard Schüller und Alfred Kurella zur Geschichte der Jugendinternationale. Sie enthalten ebenfalls zentrale Dokumente, die anson-

sten nur schwer erreichbar sind. Weiterhin müssen die Archive der drei skandinavischen Mitglieder der Internationale benutzt werden, weil in ihnen wesentliches Material zur Entwicklung IVSJ – z. B. bei der Wiederaufnahme der Arbeit um die Jahreswende 1914/1915 – wie auch der späteren Sozialistischen Arbeiterjugendinternationale zu finden ist. Da diese drei Verbände in der Zeit 1945 bis mindestens 1968 eine zentrale Rolle in der IUSY spielten, dürften sie auch für diese Periode wichtiges Material enthalten. Diese Angaben sind nicht als Kritik der angeführten Literatur gedacht, sondern als Ergänzung, die gewiss weiter ausgeführt werden könnte.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen versucht sich mit einem Überblick über die Geschichte der sozialistischen/sozialdemokratischen Jugendinternationalen von 1907 bis 1939 (S. 17 – 56). Er gibt einen eher linearen Überblick über die Entwicklung der Internationale und greift weniger die vorhandenen Probleme der Geschichtsschreibung auf. Dabei kommt es zu Fehlern. Auf den Seiten 49 bzw. 51 wird über Diskussionsbeiträge von O. F. Kanitz auf dem Kopenhagener Kongress der SJI 1935 berichtet; weiter wird ihm ein Bericht vom Kongress der spanischen Organisation 1937 zugeschrieben – Kanitz hatte sich jedoch schon im Oktober 1934 aus der SJI zurückgezogen.⁴

Guido Grünwald gibt eine differenzierte Einschätzung der unterschiedlichen pazifistischen Richtungen im Deutschen Reich zwischen 1900 und 1933 (S. 57-77). Gerd-Rainer Horn, der vor einigen Jahren eine Studie zur Auseinandersetzung der europäischen sozialdemokratischen Parteien mit dem Faschismus veröffentlicht hat,

trägt im Band mit einer Studie der innerorganisatorischen Diskussionen der SJI über den Kampf gegen den Faschismus bei. Bei den Parteien der SAI entstand etwa 1933–1935 eine Pause in der kontinuierlichen Entwicklung der reformistischen Parteien zu einer Position in der politischen Mitte. Die Niederlage der SPD und der SPÖ gegenüber dem Nationalsozialismus bzw. dem Klerikalfaschismus führte zu einem „Höhepunkt sozialdemokratischer Experimentierfreudigkeit in den 1930er Jahren“ (S. 80). Eine entsprechende Situation trat in der SJI auf, als die etwas militanteren Jugendorganisationen – der „lateinische Block“ – eine neue politische Linie forderte. In den Jahren 1934–1936 führte dies zu einer Krise in der SJI, die schließlich kurz vor einer Spaltung stand. Was der „lateinische Block“ forderte, war eine Politik der Einheitsfronten. Horn ist bekannt, dass die Einheitsfront Anfang der 1920er Jahre eine offensive Politik kommunistischer Parteien war; vermutlich mangels besserer Unterscheidungsmöglichkeiten benutzt er wieder diesen, in einer anderen politischen Umgebung entstandenen Begriff, jedoch eben in der Mehrheit „Einheitsfronten“, vielleicht auch, weil es sich hier um lokal oder regional abgeschlossene Bündnisse etwas unterschiedlichen Charakters handelt. Es ist ein etwas unglücklicher Entschluss, denn er verschleiert mehr als er deckt. Ansonsten legt Horn eine detaillierte, durch Literatur und Archivmaterial gut abgesicherte Studie vor. Die „lateinische“ Opposition kapitulierte relativ schnell vor der reformistischen Mehrheit in Nord- und Westeuropa, für die schon die nach 1934/1936 entstandene Politik der Volksfront zu radikal war. Eine befriedigende Erklärung der Kapitulation zu finden, ist

eine noch zu erfüllende Aufgabe, wenn gleich sie auf Grund fehlender Unterlagen nur schwer zu erfüllen ist.

Horns These der Pause in der ansonsten unaufhaltsamen Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung in die Mitte des politischen Spektrums fand Ende der 1970er Jahre eine Parallele. In einigen sozialdemokratischen Parteien wurden programmatische Fragen diskutiert und neue Entwürfe zur Überwindung des Kapitalismus entwickelt. Eine Art Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Wahl François Mitterands zum französischen Präsidenten – sie starb allerdings schnell, und die weitere Entwicklung hat die These bestätigt.

Alexander J. Schwitanski untersucht in „Antimilitarismus als internationaler Dialog“ (S. 101–124) den Versuch der CIA, die IUSY in den antikommunistischen Kreuzzug einzuspannen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der Kampf der IUSY und der ihr angeschlossenen Organisationen nicht durch die CIA erkaufte wurde, sondern vielmehr der eigenen Überzeugung entsprach (S. 121, 124). Diese Überzeugung war schon in den 1920er Jahren entstanden und hatte in wesentlichen Mitgliedsorganisationen einen stabilen Rückhalt. Des Generalsekretärs dieser Jahre, Jan Hækkerup, „Verbrechen“ bestand darin, dass er CIA-Gelder ohne Konsultationen mit seinem Vorstand annahm.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Karl Lauschke in seinem Beitrag „Die Einflussnahme der CIA auf die europäische Gewerkschaftsbewegung“ (S. 125–134). Sowohl die AFL wie auch die freien Gewerkschaften Europas entschieden sich aus Eigeninteresse für einen Kurs der Ablehnung der Zusammenarbeit im

Weltgewerkschafts-Bund (WGB). Das ist zweifelsohne korrekt – auch noch so viele CIA-Millionen hätten nicht die Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale ermöglicht, wenn nicht starke Kräfte in diesen Gewerkschaften es gewollt hätten. Das Komitee zur Abwicklung des alten Internationalen Gewerkschaftsbundes war so zugleich eine Art Vorbereitungsgruppe für die Neugründung eines „westlichen“ Gewerkschaftsbundes. Es gibt eine Reihe schwedischer Arbeiten, u. a. des Historikers Klaus Misgeld, die in diesem Zusammenhang Wesentliches beitragen, hier aber nicht benutzt werden.

Nach Lauschkes Einschätzung sollte der politische Einfluss der CIA nicht zu hoch bewertet werden (S. 134). Jedoch lässt er die Zusammenarbeit zwischen der US-Regierung und AFL-CIO etwa 1958 enden, andere Wissenschaftler (Robert Waters/Gordon O. Daniels) haben festgestellt, dass sie zumindest in Guyana noch weitere zehn Jahre auf einer gemeinsamen Grundlage funktionierte, für die demokratische Entscheidungen der Bevölkerung ohne Relevanz waren. Lauschkes Auffassung nach waren AFL bzw. AFL-CIO nicht Werkzeuge der US-Regierung, sondern sie verfolgten eigenständige gewerkschafts-politische Ziele: gewerkschaftliche Kooperation auf einer nicht-politischen Grundlage. Diese Zusammenarbeit umfasste allerdings auch die weitgehend sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsbewegung im kontinentalen Europa. Es gibt offenbar auf diesem Gebiet noch viel zu tun, um zu einem besseren Verständnis der widerspruchsvollen Entwicklung zu gelangen, und es ist ärgerlich, dass die Chance hier nicht den Möglichkeiten entsprechend aufgegriffen wurde.

Anmerkungen:

- 1 <http://library.fes.de/si-online/jugend-intro-dt.html>
- 2 <http://library.fes.de/library/english/si.html>
- 3 Siehe etwa A. Laschitzka: Die Liebknecchts, S. 115-120.
- 4 E. Wittmann: Zwischen Krieg und Faschismus. Die SJI 1932–1940, S. 48 (Anm. 61).

**Ralf Roth / Karl Schlögel (Hrsg.):
Neue Wege in ein neues Europa.
Geschichte und Verkehr im 20. Jahr-
hundert, Frankfurt am Main: Campus
Verlag, 2009, 555 S.**

Rezensiert von
Ralph Kaschka, Berlin

Das Thema Europa hat in der Geschichtswissenschaft nach wie vor Konjunktur. Hier reiht sich auch der anzuzeigende Band über den Bereich Verkehr im europäischen Kontext für das 20. Jahrhundert ein. Die Aufsatzsammlung ist Resultat einer Tagung aus dem Jahr 2007. Es sind nicht weniger als 26 Beiträge vereinigt, die in fünf etwa gleich großen, thematisch unterschiedlichen Kapiteln aufgegliedert sind. Nach einer Einleitung der Herausgeber enthält Kapitel I allgemeinere Ausführungen zum Verhältnis von Verkehr und der Geschichte Europas; Kapitel II bietet eine Betrachtung der Historie des Kontinents aus verkehrsgeschichtlicher Perspektive; Kapitel III erfasst das Geschehen im Verkehrswesen während Erstem und Zweitem Weltkrieg mit Schwerpunkt auf der Eisenbahn; Kapitel IV greift kulturhi-

storische Aspekte des Sektors auf; Kapitel V schließlich beleuchtet den Verkehr als Mittel, räumliche Grenzen überschreiten zu können, veranschaulicht aber ebenso, wie anfällig er für Störungen wie Unfälle sowie durch Gewaltakte sein kann. Einleitend streichen die beiden Herausgeber Roth und Schlögel vollkommen zu Recht die große Bedeutung des Verkehrsbereichs heraus: „[Es] ist offensichtlich, dass Entfernung und Nähe, Versorgung und Verteilung von Gütern, Ideen und Menschen ohne das Medium des Verkehrs nicht denkbar sind“ (S. 11). Sie zählen neben den klassischen Feldern des Schiffs-, Flug-, Eisenbahn- und Straßenwesens richtigerweise zum Gebiet der Nachrichten und Kommunikation zum Verkehrssektor. Sie zielen darauf ab, möglichst viele Schattierungen des Verkehrs zu zeigen, um die Verschiedenartigkeit und Differenziertheit des Bandthemas zu verdeutlichen, und arbeiten dazu mit einem transnationalen Konzept. Hierbei wird zutreffend, gerade was die Transport- und Kommunikationsnetze betrifft, auf das geographische Grenzen überwindende Charakteristikum des Verkehrs rekurriert. Sodann machen Roth und Schlögel klar, dass das Werk interdisziplinär angelegt sein soll. Angesichts der großen Zahl von Beiträgen sollen im Folgenden lediglich einige wenige herausgegriffen und vorgestellt werden.

In Aufsatz 2 (Kapitel I) stellt Ralf Roth allgemeine Überlegungen zum Verhältnis von Verkehr und Geschichte an. Er streicht heraus, dass die Prozesse des Transports, der Mobilität und der Kommunikation im Vergleich zu früheren Zeiten heute in einer viel größeren Menge, Differenziertheit, Geschwindigkeit und Dichte ablaufen. Das vergrößere das Spektrum an Chancen,

Möglichkeiten, aber auch Unsicherheiten. Danach wird historisch über den Weg der Universal- und Globalgeschichte zum transnationalen Konzept des Bandes hingeleitet. Roth zeigt Faktoren auf, woran eine europäische Geschichte entwickelt werden kann. Hieran schließt sich die Darstellung des im Jahre 2009 aktuellen Forschungsstandes zur Geschichte Europas und europäischer Einzelstaaten im Allgemeinen und zum Verkehr im Besonderen im 20. Jahrhundert an. Dabei kann Roth ein Desiderat (Ausnahme: Eisenbahn) für den transnationalen Ansatz der historiographischen Bearbeitung des Gegenstands prinzipiell plausibel machen. Indes fehlen in seinem Überblick gerade zur technischen Infrastruktur einige Publikationen.¹ Zwar stellen Hans-Liudger Dienel und Colin Divall im folgenden Aufsatz das Großprogramm “Tensions of Europe” vor, aus dem einige der fehlenden Veröffentlichungen hervorgegangen sind, und Gijs Mom führt diese Werke in seinem Aufsatz konkret an. Jedoch vermisst man bei Roth einen expliziten Verweis darauf. So entsteht der Eindruck, das Feld und Konzept bildeten noch eine äußerst große Lücke und der Autor verfügte nicht über hinreichende Kenntnis zur Forschungslage.

In Aufsatz 8 (Kapitel II) beschreibt Helmut Trischler die Verläufe im Verkehr in Ost und West in der Zeit der Blockkonfrontation nach 1945. So hat es bereits kurz vor Kriegsende und später seitens der USA, Frankreichs und von europäischen Institutionen Bemühungen für eine die Staatengrenzen übergreifende Verbindung des Verkehrs gegeben. Diese sind jedoch von den Ländern der östlichen Hemisphäre oder den nationalen Interessen westeuropäischer Partner torpediert worden. Die

Folgen der Spaltung in Ost und West nach 1945 für Europa führt Trischler exemplarisch an den historiographisch sonst wenig beachteten Wasserstraßen sowie den Autobahnen vor. Bei den Wasserstraßen verloren in Deutschland die Elbe und der Mittelkanal ihre vormals große Bedeutung. Die Grenzziehung verursachte nach 1945 die meisten deutschen Wasserbauprojekte. Indessen mussten Ostblockstaaten wie die ČSSR (bis in die 1960er Jahre hinein im Übrigen ebenso die DDR) für ihren Transitverkehr westliche Häfen wie Hamburg in Anspruch nehmen. Laut Trischlers abschließender, stimmiger Einschätzung hätten die Verkehrsnetze in ihrer historischen Kontinuität und Beständigkeit letztlich einer klaren Teilung der Welt widerstanden. Überdies hat der Transitverkehr selbst in der Hochzeit des Kalten Krieges dem Osten ermöglicht, westliche Waren, Mentalitäten und Wertmaßstäbe kennenzulernen und sich anzueignen. Diese Entwicklung war nicht aufzuhalten.

Einen interessanten Aspekt für den Verkehr wirft Christopher Kopper in seinem Aufsatz (Kapitel III) auf: die Involvierung des Transportwesens in einen Krieg. Insbesondere für die Mobilmachung bei militärischen Eskalationen wird es, inklusive seiner zivilen Bestandteile, genutzt und benötigt. Das erörtert Kopper anhand des Einsatzes der Eisenbahn im Ersten Weltkrieg. Dabei tun sich für die Vorbereitungsphase von Kriegen frappierende Parallelen zu Strukturen und Mechanismen auf, wie sie in der Militär- und Sicherheitspolitik gleichfalls nach 1945, namentlich in der DDR (hier immer auf Weisung der Schutzmacht Sowjetunion), bei der Bahn zu beobachten sind. So wurde auch in Preußen weit vor 1914 damit

begonnen, in Kooperation zwischen Militär und zivilen Eisenbahnstellen genaue Militärfahrpläne für die Mobilmachung und den Aufmarsch aufzustellen. Zudem arbeiteten in Preußen wie der DDR die für die Eisenbahn zuständigen militärischen Bereiche und die Direktionen der Länderbahnen, in der DDR die Generaldirektion der Reichsbahn, im Geheimen die Erweiterung der Gleisanlagen und Verladerrampen sowie den Umbau von Güterwagen für Militärtransporte für den Kriegsfall ganz genau aus. Des Weiteren hatten Preußische Eisenbahnverwaltung wie ostdeutsche Reichsbahn auf Betreiben des Militärs für eine Auseinandersetzung Strecken auszubauen, die in der Friedenszeit nur sehr wenig oder gar nicht befahren wurden. Das veranlasste beide Bahninstitutionen zu betriebswirtschaftlich unsinnigen Investitionen. Es ist davon auszugehen, dass dem Militär- und Sicherheitsbereich im verkehrlichen Segment Spezifika inhärent sind, die systemunabhängig historische Kontinuitäten hervorbringen. Darüber hinaus erscheint zu Koppers Beitrag aus transnationaler bzw. europäischer Perspektive notierenswert, dass es neben den negativen Auswirkungen der Kriegshandlungen im Ersten Weltkrieg für die Bahnen in Belgien und Polen im russischen Westen (nach 1918 das Gebiet Litauens) durch den Bau von Strecken durch das deutsche Militär auch zu positiven infrastrukturellen Effekten gekommen ist.

Einen sehr innovativen Ansatz entwickelt Kurt Möser (Kapitel IV). Er greift in seinem konzisen Artikel die Zukunftsentwürfe für den Verkehr im 20. Jahrhundert auf. Zutreffend richtet er sein Augenmerk nicht nur auf die Wünsche, sondern ebenso auf die Befürchtungen, die im Laufe

der Zeit für zukünftige Transportmittel in der Gesellschaft gehegt wurden. Vor 1914 herrschten bei den Menschen vor allem Phantasien rund um die Luftfahrt vor, die später in der Vision von der Erreichbarkeit des Weltalls aufgingen. In den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg standen für den Verkehr dann Antizipationen der Zukunft im Mittelpunkt, die sich um den Antrieb mittels der aufkommenden Nuklearenergie drehten. Synchron entstanden Imaginationen im Zuge der „Zukunft der Stadt“. Individuelle und kollektive Formen der urbanen Mobilität sollten miteinander verbunden werden. Zu den neu gedachten Verkehrsmitteln zählten die Kabinenbahnen und die Einschienenhochbahn. Problematisch ist lediglich die synonyme Verwendung der Begriffe „Vision“ und „Utopie“.

Insgesamt ist der kaum auf Archivmaterialien basierende, vielmehr aus veröffentlichten Quellen und der Forschungsliteratur erarbeitete Sammelband auf jeden Fall ein Gewinn. Er besticht insbesondere durch seine breite Anlage. Positiv hervorzuheben ist zusätzlich, dass geschichtswissenschaftlich vernachlässigte Teilgebiete, wie die Verkehrsinfrastruktur „Pipeline“ und das Transportmittel „Container“ (Michael Hascher, Kapitel V) eigens zur Sprache kommen. Nützlich und hilfreich sind die zahlreichen Tabellen und Abbildungen sowie die Indizes zu Personen und Orten im Anhang. Gleichwohl müssen einige

Monita erwähnt werden. Trotz der Erwartung, etwas über europäische Perzeptionen und Initiativen mehrerer verschiedener Staaten des Kontinents zu erfahren, überwiegt im Band in summa der Blick von und auf Deutschland. Ferner bleiben die Felder Kommunikation und Nachrichten etwas unterbelichtet; neuere Phänomene wie das Internet werden nicht einbezogen. Ein besseres Lektorat hätte zahlreiche orthographische und grammatikalische Fehler vermieden (z. B. S. 29 f., 37, 39 f., 224 f., 369, 371, 373). Bedauerlich ist auch, dass der Name des bekannten Wirtschaftshistorikers Knut Borchardt zweifach falsch geschrieben ist (S. 25 f.). Letztlich schmälern diese Kritikpunkte den Wert des Sammelbandes nicht.

Anmerkung:

- 1 So z. B.: J. Frerich/G. Müller, Europäische Verkehrspolitik. Von den Anfängen bis zur Osterweiterung der Europäischen Union, München 2004; G. Mom, Roads without rails. European highway-network building and the desire of long-rang motorized mobility, in: *Technology and Culture* 46 (2005) 4, S. 745-772; E. v. d. Vleuten/A. Kaijser (Hrsg.), *Networking Europe. Transnational infrastructures and the shaping of Europe*, Sagamore Beach 2006; F. Schipper, *Driving Europe. Building Europe on roads in the twentieth century*, Amsterdam 2008. Seit 2009 sind zur Thematik weitere Beiträge u. a. unter der Leitung von Gerold Ambrosius am Institut für europäische Regionalstudien in Siegen erschienen, sowie in: A. Badenoch/A. Fickers (Hrsg.), *Materializing Europe. Transnational infrastructures and the project of Europe*, New York 2010.

Autorinnen und Autoren

Jan Carlos Breitinger

M.A., Frankfurt am Main

E-Mail: jan.c.breitinger@web.de

Gerd Callesen

Dr., Wien

E-Mail: gerd.callesen@chello.at

Claudia Christiane Gatzka

M.A., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften

E-Mail: claudia.gatzka@hu-berlin.de

Michael Hochgeschwender

Prof. Dr., Ludwig-Maximilians-Universität München

E-Mail: michael.hochgeschwender@lrz.uni-muenchen.de

Christian Johann

M.A., Freie Universität Berlin

E-Mail: christian.johann@fu-berlin.de

Ralph Kaschka

Dr., Berlin

E-Mail: Ralph.Kaschka@gmx.de

Maike Lehmann

Dr., Universität Bremen, Forschungsstelle Osteuropa

E-Mail: mlehmann@uni-bremen.de

Hedwig Richter

Dr., Universität Greifswald, Historisches Institut

E-Mail: hedwig.richter@uni-greifswald.de

Benjamin Schröder

M.A., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften

E-Mail: benjamin.schroeder@geschichte.hu-berlin.de

Yvonne Schulz Zinda

Prof. Dr., Universität Hamburg

E-Mail: yvonne.schulz.zinda@uni-hamburg.de

Malwina Talik

B.A., Universität Leipzig

E-Mail: malwina.talik@wp.pl

Alexandra Tischel

Dr., Universität Stuttgart

E-Mail: alexandra.tischel@ilw.uni-stuttgart.de

Umberto Tulli

M.A., Università di Bologna, Forlì

E-Mail: umberto.tulli2@unibo.it